Unmenschlichkeit als System

Dieser sensationelle Dokumentarbericht über die „KgU e.V."
ist einmalig in seiner Art. Noch nie wurde in Deutschland so umfassend und gründlich über eine noch in Aktion befindliche Agentenzentrale öffentlich geschrieben, wie das hier geschieht.

In diesem mit zahlreichen Dokumenten belegten Bericht erfahren Sie genaue Einzelheiten über die Vorgeschichte und die Gründung der Agentenorganisation „KgU" sowie über ihre weitere Entwicklung und Tätigkeit bis zum heutigen Tage.

Wer gibt dieser Organisation Aufträge? Von wem erhält sie

ihre finanziellen Mittel? Mit welchen anderen Spionage- und Sabotageorganisationen und mit welchen amtlichen Stellen steht sie in Verbindung? Von welchen Menschen wird sie geleitet? Welcher Organisationsform bedient sie sich? Mit welchen Mitteln und Methoden „arbeitet" sie? Welches Ziel und welchen Zweck verfolgt die „KgU"?

Diese und andere Fragen beantwortet Ihnen dieses Buch ebenso wie die Frage: Weshalb legte sich die der Unmenschlichkeit dienende „Kampfgruppe" den irreführenden Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" zu?

3,40 DM

UNMENSCHLICHKEIT ALS SYSTEM

DOKUMENTARBERICHT
über die
„Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e. V."
Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2–4

1957

KONGRESS-VERLAG BERLIN

 – Verlagslizenz Nr. 15 – Ag. Nr. 207/57/DDR
Umschlagentwurf: Paul Busche
Druck: VEB Landesdruckerei Sachsen, Dresden A 1 III-9-5 1518

Vorwort

Der englisch-französische Überfall auf Ägypten und der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn haben der ganzen Welt mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, was unter der vom USA-Außenminister John Foster Dulles geforderten „Politik am Rande des Krieges" zu verstehen ist:

Aus imperialistischen Macht- und Profitinteressen wollen die „Politiker der Stärke" die antikolonialen Befreiungsbewegungen brutal ersticken und die antiimperialistischen Nationalstaaten sowie die Staaten des sozialistischen Weltlagers vernichten. Daher kämpfen sie mit allen Mitteln gegen die Politik der friedlichen Koexistenz und versuchen, die Menschheit über den Rand des Krieges zu zerren.

Diesem menschenfeindlichen Ziel sollen auch die für 1957 vorgesehene Konzentrierung der westdeutschen Streitkräfte an der Ostgrenze der Bundesrepublik und die Ausrüstung der Bonner Armee mit Atomwaffen dienen.

Aus dem gleichen Grunde unterhalten die imperialistischen Staaten Geheimdienste, die nach den jüngsten Niederlagen der „Welteroberer" in Ägypten und Ungarn ihre „Ostblock"-Spionage unter der Leitung des amerikanischen CIA koordinieren wollen, wie Mitte Dezember 1956 auf der Pariser NATO-Tagung beschlossen wurde. Mit dieser Spionage, mit Sabotage und auch mit maßloser Hetze wollen sie die sozialistischen Staaten, also auch die Deutsche Demokratische Republik, „aufweichen", um so den aggressiven deutschen Militaristen und ihren amerikanischen Hintermännern den militärischen Überfall zu ermöglichen und zu erleichtern.

Daher forderte der stellvertretende sowjetische Außenminister Kusnezow am 12. Dezember 1956 auf der 11. Vollversammlung der UNO, die völkerrechtswidrige Wühltätigkeit der imperialistischen Agentenorganisationen und besonders die des amerikanischen Ge-

heimdienstes gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie unverzüglich zu untersuchen. Daß diese Forderung völlig zu Recht erhoben wurde, läßt sich tausendfach beweisen.

Mit dem vorliegenden Werk unterbreiten wir der Weltöffentlichkeit einen solchen Beweis:

Zu den Hilfstruppen der amerikanischen Kriegstreiber gehört auch eine sich mit dem irreführenden Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ tarnende Sabotage- und Terrororganisation, die wie viele ihresgleichen in Westberlin ihren Sitz hat. Sie wurde vom USA-Geheimdienst ins Leben gerufen und von Deutschen aufgebaut.

Wie diese Organisation — deren Leiter, Ernst Tillich, wenige Tage vor dem Anschlag der Horthy-Faschisten gegen die Volksmacht in Ungarn und vor dem räuberischen Überfall auf Ägypten zur Berichterstattung und zum Befehlsempfang nach Washington befohlen wurde — mit der Suche nach Verbrechern begann und sich zu einer „5. Kolonne des Kalten Krieges“ entwickelte, schildert der Dokumentarbericht „Unmenschlichkeit als System“. Er ist die erste ausführliche Veröffentlichung über den organisatorischen Aufbau und die Verbrechen der sogenannten KgU, die sie wider jedes Recht und Gesetz gegen das deutsche Volk, gegen die Völker Europas, gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit beging und begeht.

Daher sollte jeder Deutsche diesen Dokumentarbericht lesen.

Berlin, Anfang Januar 1957

Die Redaktion

Einleitung

Nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands kamen die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Potsdam überein, das deutsche Volk nicht zu vernichten oder zu versklaven, sondern ihm die Möglichkeit zu geben, sein Leben auf demokratischer und friedlicher Grundlage neu zu gestalten. Diese im Potsdamer Abkommen festgelegte Vereinbarung gab dem deutschen Volk die Chance, aus seiner Geschichte die notwendigen Lehren zu ziehen.

Zugleich übernahmen die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens die moralische Verpflichtung, dem deutschen Volk dabei zu helfen. Dem entsprechen auch die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze dieses Abkommens über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege.[1] Sie sollten auch die Gewähr für die Sicherheit in Europa vor einer künftigen deutschen Aggression bieten.

Die Verwirklichung der hauptsächlichsten Grundsätze des Potsdamer Abkommens in allen vier Besatzungszonen hätte eine solche demokratische Entwicklung in einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland garantiert. Damit wäre ganz Deutschland zu einem mächtigen Friedensfaktor geworden. Aber nur in der sowjetischen Besatzungszone wurden die Bestimmungen dieses Abkommens eingehalten. Buchstäblich mit den letzten Federstrichen, die der Präsident der USA, Harry S. Truman, und der englische Premierminister, Clement R. Attlee, unter das Potsdamer Abkommen setzten, begannen die Westmächte eine Politik der Nichteinhaltung ihrer in Jalta und Potsdam übernommenen Verpflichtungen.

Die herrschenden imperialistischen Kreise dieser Länder steuerten immer stärker auf eine Zerstückelung Deutschlands zu, um die Macht

---

1) Vgl. „Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente", Kongreß-Verlag, Berlin 1955, S. 21 bis S. 28.

der Imperialisten, Junker und Militaristen wenigstens im Westen unserer Heimat zu retten und sich selbst eine strategische Ausgangsbasis zum Angriff gegen die vom imperialistischen Joch befreiten Länder zu verschaffen.

> „Bereits im Dezember 1946 wurde von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, das den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde.“[2]

Der Außenminister der USA, Byrnes, hatte zwar im Württembergischen Staatstheater in Stuttgart am 6. September 1946 erklärt, daß

> „der Hauptzweck der militärischen Besetzung war und ist, Deutschland zu entmilitarisieren und entnazifizieren, nicht aber, den Bestrebungen des deutschen Volkes hinsichtlich einer Wiederaufnahme seiner Friedenswirtschaft künstliche Schranken zu setzen“,

und er hatte auch hervorgehoben:

> „Die denkenden Menschen der Welt werden von jetzt ab die Tätigkeit der Alliierten in Deutschland nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren Leistungen beurteilen“,

aber das wirkliche Hauptziel der westlichen Besatzungsmächte konnte er mit solchen Erklärungen auch nicht verschleiern. Von der Gründung der Bizone über die in Westdeutschland und in Westberlin im Juni 1948 durchgeführte separate Währungsreform bis zur Proklamierung des westdeutschen Separatstaates am 7. September 1949 und der Unterzeichnung des Pariser Kriegspaktes am 23. Oktober 1954 führt eine gerade Linie zur Erreichung dieses Hauptzieles der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik: Westdeutschland fest an das Nordatlantikpaktsystem zu ketten und zu einer Aufmarschbasis für einen neuen Aggressionskrieg auszubauen.

> „Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlich-

---

2) Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Oktober 1949.

keit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen."[3]

Als einzige der Signatarmächte hielt sich die Sowjetunion konsequent an die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Sie führte in ihrer damaligen Besatzungszone nicht nur die völlige Entmilitarisierung und Abrüstung durch, sondern unterstützte auch die fortschrittlichen demokratischen deutschen Kräfte dabei, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen und die Friedenswirtschaft zu entwickeln. Die Betriebe der faschistischen Kriegsverbrecher gingen in die Hände des Volkes über, und das Land der Junker wurde Bauernland. Die reaktionären Kräfte, die Deutschland zweimal in diesem Jahrhundert in unsagbares Elend gestürzt hatten, wurden entmachtet und damit die Wurzeln des deutschen Imperialismus, Militarismus und Chauvinismus in einem Teil Deutschlands vernichtet.

Als mit der Entstehung des Bonner Separatstaates im September 1949 der nationale Notstand ausbrach, waren die demokratischen Kräfte im deutschen Volk bereits so erstarkt, daß sie das Schicksal der Nation in ihre eigenen Hände nehmen konnten. Diese antifaschistisch-demokratischen Kräfte schufen als Bollwerk im Kampf gegen die Spalter und Verderber Deutschlands am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte.

„Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die Provisorische Regierung gebildet."[4]

Während so im Osten Deutschlands unbeirrbar der Weg der Demokratie und des Friedens beschritten wurde, das werktätige Volk sich mehr und mehr auf seine schöpferische Kraft besann und wahre Heldentaten des friedlichen Aufbaus vollbrachte, wurden Westdeutschland und Westberlin immer mehr zum Tummelplatz imperialistischer und militaristischer Kreise und ihrer Handlanger.

---

3) Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR vom 12. 10. 1949.

4) Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR vom 12. 10. 1949.

Das konnten jetzt tatsächlich alle denkenden Menschen der Welt erkennen, von denen der damalige Außenminister der USA, Byrnes, in Stuttgart gesagt hatte, daß sie die Tätigkeit der Alliierten in Deutschland nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren Leistungen beurteilen würden.

I
Der Weg der KgU

1. Die Gründung

Ein Mann namens H i l d e b r a n d t

In den Aggressionsplänen der Westmächte spielte von Anbeginn Berlin eine besondere Rolle. Das gab Mister Conant, der heutige USA-Botschafter in Bonn, später selbst zu: Berlin sollte „eine Lanzenspitze gegen den Osten" werden. Das ist auch der wahre Grund für die in den Westsektoren von Berlin am 23. Juni 1948 entgegen allen alliierten Vereinbarungen durchgeführte separate Währungsreform, durch die die deutsche Hauptstadt in zwei Teile zerrissen wurde.

Westberlin wurde zum „vorgeschobenen Brückenkopf", in dem sich vielerlei lichtscheues Gesindel sammelte und unter direkter Anleitung und Unterstützung sowie unter dem Schutz der Westmächte und ihrer Geheimdienste sich zu Agenten-, Spionage- und Terrororganisationen zusammenschloß.

Bei der Schaffung dieser Agenten- und Spionagezentralen mußten die Westmächte und ihre Dienststellen in Deutschland selbstverständlich „das Gesicht wahren". Die Untergrundorganisationen wurden deshalb vor der Öffentlichkeit mit einer Aufgabenstellung humanitären Charakters getarnt.

So richtete Anfang des Jahres 1948 ein Mann namens Rainer Hildebrandt in seiner Wohnung, Berlin-Grunewald, Höhmannstraße 4, einen „Suchdienst" ein und entwickelte dabei in kürzester Zeit einen umfangreichen Schriftverkehr.

Wer war dieser Rainer Hildebrandt?

Der ehemalige KgU-Hauptagent Hanfried Hiecke (Deckname: Walter) bestätigte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deut-



Rainer Hildebrandt gründete 1948 die „KgU"

schen Demokratischen Republik, was bereits genügend bekannt war:

Hildebrandt ist ein Hochstapler. Das beweist allein schon das unberechtigte Führen eines Doktortitels. Dieser „Doktor" Rainer Hildebrandt, der in der Öffentlichkeit als Journalist und Schriftsteller auftrat und vorgab, sich ganz karitativen Aufgaben zu widmen, hatte einen besonderen Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes zu erfüllen. Dieser besondere Auftrag war ihm durch einen Captain Biel übermittelt worden. Selbstverständlich wurden für die Erfüllung des Auftrages umfangreiche Geldmittel von amerikanischer Seite zur Verfügung gestellt.

Auf der Suche nach Verbrechern

Wen wollte Hildebrandt eigentlich suchen?

Viele Menschen waren in Deutschland im Chaos der letzten Kriegsmonate und der ersten Wochen nach dem Kriegsende von ihren Angehörigen getrennt worden und hatten jede Verbindung mit ihnen verloren. Unter ihnen befanden sich viele, die 1948 noch immer nicht wußten, ob ihre nächsten Angehörigen noch lebten.

Wollte Hildebrandt ihnen durch seinen „Suchdienst" helfen? Er dachte gar nicht daran!

Dem von ihm im Auftrage amerikanischer Hintermänner ins Leben gerufenen „Suchdienst" waren andere Ziele gesetzt worden:

Es fing so „harmlos" an: Ein aktiver Faschist, der wegen seiner Verbrechen inhaftiert gewesen war, kam zu Hildebrandt. Dieser Nazi, ein alter Bekannter Hildebrandts, fragte ihn nach dem Verbleib eines gemeinsamen Bekannten. Hildebrandt wußte auch nichts über ihn, begann aber die Suche, indem er an Angehörige ebenfalls inhaftierter Nazis und SS-Leute schrieb. Auf diesem Briefwechsel, der sich durch Rückfragen laufend erweiterte, baute er im Auftrage des CIC-Captains Biel einen „Suchdienst" auf.

So bekam Hildebrandt — und damit der amerikanische Geheimdienst — unzählige Anschriften von Angehörigen derjenigen Personen in die Hände, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten.

Von diesen Angehörigen konnte angenommen werden, daß sie sich leicht für Spionage- und andere Agentenarbeit gewinnen ließen. Diese Menschen suchte er besonders in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, in der bekanntlich Kriegsverbrecher und aktive Faschisten zur Verantwortung gezogen wurden, wie auch diejenigen, die die demokratische Entwicklung mit den skrupellosesten Mitteln aufzuhalten oder zu verhindern suchten; denn in Ostdeutschland sind ja die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konsequent durchgeführt worden.

Er suchte also Verbrecher und deren Angehörige, um sie für neue Verbrechen gegen das deutsche Volk, gegen die Menschlichkeit und gegen den Frieden einzusetzen.

Diese Zielsetzung ist später — im Jahre 1952 — unumwunden durch den KgU-Pressechef Hasso Graf in einer von der KgU herausgegebenen Broschüre „Der Weg der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ bestätigt worden:

> „Aus den Kreisen dieser Entlassenen (gemeint sind die im Sommer 1948 von den sowjetischen Besatzungsbehörden entlassenen ehemals aktiven Faschisten; d. Red.) kamen die ersten Mitarbeiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit.“

Mit welcher Intensität Hildebrandt seinen Auftrag erfüllte, ist auch aus dem gleichnamigen Artikel der soeben angeführten Broschüre ersichtlich, denn Graf betont darin, daß dies „der größte Suchdienst für diesen Personenkreis in Deutschland sein dürfte“. Also „der größte Suchdienst in Deutschland“ nach Verbrechern, denn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren ja viele, nach denen Hildebrandt suchte, verurteilt worden.

Der „Suchdienst“ Hildebrandts hatte demnach die Aufgabe, Voraussetzungen für den Aufbau einer Agentenzentrale zu schaffen.

Die KgU wird als „Verein“ lizenziert

Um die Mitte des Jahres 1948 hatte Hildebrandt seinen „Suchdienst“ in solchem Maße erweitert, daß er allein nicht mehr in der Lage war, die anfallenden Arbeiten zu bewältigen. An Hand der von ihm angelegten Kartei suchte er sich deshalb einige Hilfskräfte zu seiner Unterstützung. Nach wie vor verblieben jedoch die Geschäftsräume in seiner Privatwohnung, Berlin-Grunewald, Höhmannstraße 4. Seinen amerikanischen Auftraggebern erschien es jedoch ratsam, die Geld-

quellen dieses „Suchdienstes" vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Sie befürchteten, daß Mißtrauen unter der deutschen Bevölkerung gegen diesen „Suchdienst" aufkommen könnte. Deshalb erhielt Hildebrandt die Anweisung, sich besser zu tarnen und sich an das Evangelische Hilfswerk, den Caritas-Verband und das Deutsche Rote Kreuz zu wenden. Dort sollte er um Unterstützung durch Lebensmittel- und Geldspenden bitten. Hildebrandt kam dieser Aufforderung unverzüglich nach. Bei Verhandlungen mit diesen Organisationen gab er an, daß er nur karitative Ziele verfolge, worauf Hildebrandt dann auch lange Zeit unterstützt wurde.

Eine der Organisationen, die der Bitte Hildebrandts sofort entsprach, war die amerikanische Care-Paket-Verteilungsstelle in Berlin-Zehlendorf, Lentzeallee. Um die Hintergründe dieser Bereitwilligkeit zu kennzeichnen, kann auf eine Charakterisierung der Care-Organisation nicht verzichtet werden.

Am 27. Mai 1950 veröffentlichte die „Neue Zeitung", das offizielle Blatt der amerikanischen Militärverwaltung in Westberlin, folgende Meldung:

> „New York (DPA). Alle Amerikaner werden aufgefordert, noch heute insgesamt 100 000 Dollar zu spenden, damit die Hilfsorganisation (gemeint ist die Care-Organisation; d. Red.) dem Berliner Oberbürgermeister Prof. Ernst Reuter noch vor dem FDJ-Pfingstaufmarsch über den Erfolg berichten kann."

Mit Care-Paketen sollte also die deutsche Jugend davon abgelenkt werden, ihren Willen für Deutschlands Einheit, für den Frieden und für eine glückliche Zukunft zu bekunden.

Noch deutlicher wird der Charakter der Care-Organisation durch eine Stellungnahme des Prager Direktors dieser Organisation, Mister Herbert Lass, gekennzeichnet. Anfang August 1950 gab Mister Lass bei seinem Rücktritt der tschechoslowakischen Presse folgendes bekannt:

> „Ich trete zurück, weil die Care-Organisation die friedensfeindliche Politik der USA-Regierung moralisch und praktisch unterstützt . . ."

Der politische Charakter der Care-Organisation geht auch aus einem ihrer internen Berichte vom Januar 1950 hervor, in dem Rechenschaft über den Verbleib der Care-Pakete gegeben wird. Nach diesem Bericht erhielten im Jahre 1949:

> 800 000 Pakete die CIC-Zentrale Heidelberg (um als sogenannte Agentenprämien ausgegeben zu werden),

500 000 Pakete das amerikanische Hauptquartier Frankfurt (Main) (für ähnliche Zwecke), über
50 000 Pakete verfügte direkt General Clay,
200 000 Pakete verteilte die amerikanische Militärregierung in Westberlin. Davon erhielt einen großen Teil die KgU, während die anderen Pakete hauptsächlich an die zur Störung des S-Bahn-Verkehrs eingesetzten UGO-Trupps ausgegeben wurden.

Dieser Bericht gibt somit zugleich Aufschluß darüber, wie umfassend die Unterstützung der Care-Organisation für den „Suchdienst" Hildebrandts war.

Aber das war nicht die einzige Form der Zusammenarbeit zwischen Hildebrandt und der Care-Organisation; die Care-Paket-Verteilungsstelle wurde zugleich Verbindungsstelle zwischen dem amerikanischen Geheimdienst und Hildebrandt.

Nach der Spaltung Berlins begann der amerikanische Geheimdienst sofort mit dem Ausbau seiner Agenten- und Spionagezentralen. Um auch dem „Suchdienst" Hildebrandts ein organisatorisches Gefüge zu geben, ohne daß dabei sein wahrer Charakter sichtbar wurde, erhielt Hildebrandt den Auftrag, einen Verein zu gründen. Zusammen mit dem RIAS-Mitarbeiter und Journalisten Dr. Günther Birkenfeld und dem Pressereferenten des Westberliner Senats, Hirschfeld, machte Hildebrandt die für die Bildung eines Vereins erforderlichen 25 Mitglieder namhaft. Aus welchen Kreisen diese „Mitglieder" kamen, geht aus den bereits zitierten Zeilen des Artikels „Der Weg der Kampfgruppe" des KgU-Pressechefs Hasso Graf hervor. Als Vereinsname wurde „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" vorgeschlagen. Zur Wahl dieses Namens erklärte der spätere Leiter der KgU, Ernst Tillich, in einem Vortrag anläßlich des vierjährigen Bestehens der KgU am 15. Dezember 1952:



Der Mitbegründer der „KgU" — RIAS-Mitarbeiter und Journalist — Dr. Günther Birkenfeld

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal etwas über unseren Namen ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' sagen. Vielfach ist die Meinung vertreten worden, . . . er sei zu verschwommen und zu

allgemein. Aber gerade die Allgemeinheit dieses Ausdrucks ist eines der positiven Merkmale, die wir ins Feld führen konnten."

Auf gut deutsch heißt das: Der Name mußte verschwommen sein, um die tatsächlichen Aufgaben dieses „Vereins" nicht bekanntwerden zu lassen.

Offensichtlich war auch der Westberliner Lizenzbehörde der Sinn dieses „Vereins" zu „verschwommen" und zu „allgemein"; sie übergab deshalb den Antrag dem Leiter des Westberliner Senats, Prof. Ernst Reuter, zur Stellungnahme. Reuter, ein eifriger Verfechter der amerikanischen Spaltungs- und Aggressionspolitik, beeilte sich zu versichern, daß die KgU „eine humanitäre Einrichtung ist, gegen deren offizielle Bestätigung keinerlei Bedenken bestehen". Daraufhin wurde Ende November 1948 dieser Suchdienst nach Verbrechern als ordentlicher Verein in das Vereinsregister in Berlin-Charlottenburg unter der offiziellen Bezeichnung „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e. V." eingetragen. Sehr bald verzichtete man jedoch auf das Aushängeschild „Verein", um sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland den Eindruck zu erwecken, die KgU sei eine amtliche Stelle.

Diese Täuschung der Öffentlichkeit wurde noch dadurch verstärkt, daß die KgU am 23. April 1949 von der amerikanischen, englischen und französischen Militärkommandantur in Westberlin offiziell als politische Organisation anerkannt wurde. Als Lizenzträger wurden bestätigt:

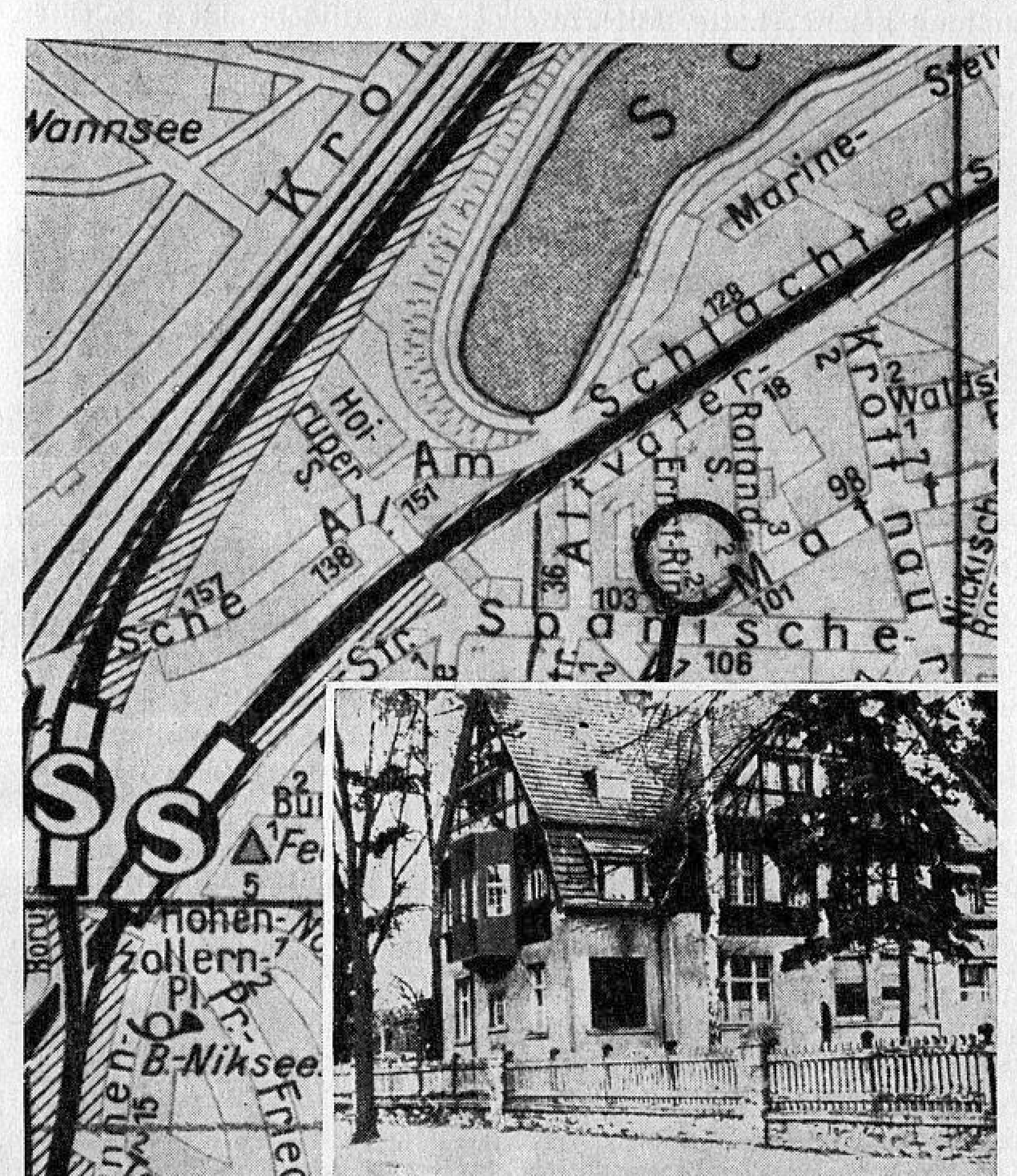
Rainer Hildebrandt, Dr. Günther Birkenfeld, Ernst Benda, Herbert Geisler und Winfried von Wedel-Parlow.

2. Der Ausbau der KgU

Das „Stammhaus"

Wenige Monate nach der Lizenzierung durch die westalliierten Kommandanturen siedelte die KgU am 1. August 1949 aus der Grunewald-Villa Hildebrandts nach der Ernst-Ring-Straße in Berlin-Nikolassee über. Die Miete für die von ihr bewohnten Grundstücke Nr. 2 bis 4 hatte die Sektion des Counter Intelligence Corps (CIC) in Berlin für ein halbes Jahr im voraus bezahlt. Damit hatte die KgU das Quartier erhalten, das noch heute als offizielle Zentrale — „Stammhaus" genannt — gilt.

Mit der Einrichtung dieses sogenannten Stammhauses waren die Vorbereitungen zum Ausbau der KgU zur Agenten- und Spionagezentrale abgeschlossen. Zwar wurde der sogenannte Suchdienst der Form nach noch beibehalten, doch wurden jetzt auf Befehl des CIC Spezialreferate gebildet, die ausschließlich Spionagezwecken dienten.
Als erstes wurde ein Spezialreferat eingerichtet, das sich auf Samm-



Das „Stammhaus" der Spionage- und Sabotageorganisation „KgU":
Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2—4

lung von Informationen über die Deutsche Volkspolizei und über die Abwehrorgane der in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten Truppenteile der Sowjetarmee zu konzentrieren hatte. Die Leitung dieses Referates wurde dem Journalisten W. Grieneisen übertragen, der bis dahin in der Politischen Abteilung des amerikanischen Senders RIAS ein Spionagereferat mit gleicher Aufgabenstellung geleitet hatte. Mit Hilfe der von Hildebrandt angelegten Kartei organisierte Grieneisen einen V-Mann-Apparat, der ihm Informationen über alle mit der Deutschen Volkspolizei zusammenhängenden Fragen liefern sollte. Es wurde für diese Agenten und Spione die in Westdeutschland und Westberlin bei der Polizei geläufige Bezeichnung „V-Mann" (Vertrauensmann) gewählt, um einerseits auf jeden Fall die Worte „Agent" und „Spion" zu vermeiden und zum anderen dem Ganzen einen vertrauenerweckenden und offiziellen Anstrich zu geben.

Die von den V-Leuten eingehenden Spionageberichte hatte Grieneisen direkt an das CIC weiterzuleiten, dessen damaliger Berliner Sektionschef Oberst Wallach (Decknamen: Thompson und Lorenz — Spitzname: Plumpsbacke) war. Als Verbindungsoffizier des CIC zur KgU fungierte in dieser Zeit Major Rothkrug, der damals in Berlin-Zehlendorf, Kleiststraße 5, wohnte.

Das CIC blieb nicht die einzige Organisation des amerikanischen Geheimdienstes, die der KgU Aufträge erteilte. Nach Einrichtung der sogenannten Volkspolizei-Beratungsstelle — mit diesem Namen sollte der Zweck dieses Spionagereferates verdeckt werden — forderte die amerikanische Geheimdienstabteilung Military Intelligence Detachment (MID) von der KgU die Organisierung eines Nachrichtenbüros, das sich ausschließlich mit dem Komplex der allgemeinen Militärspionage beschäftigen sollte — also mit Spionage gegen die in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten Besatzungstruppen der Sowjetarmee. Der Befehl wurde sofort ausgeführt, wobei alle Gesichtspunkte der Konspiration berücksichtigt wurden. Dieses Spionagebüro wurde schlicht und einfach „Außenstelle der KgU" genannt, und nur Hildebrandt und einige seiner engsten Vertrauten wußten von seinem Bestehen, seinen Aufgaben und daß es in Berlin-Zehlendorf-West, Salzachstraße, untergebracht war.

Als Leiter dieser „Außenstelle" wurde der MID-Resident und damalige KgU-Hauptagent Harry Wichmann (Decknamen: Gebhard und Otto) eingesetzt. Zu dieser Zeit erhielt Wichmann vom MID seine Weisungen durch den Verbindungsoffizier Major Dean Livingstone, damals in Berlin-Zehlendorf, Argentinische Allee 151, wohnhaft.

Welchen Umfang die Umtriebe dieser beiden Spionagereferate bis Ende 1949 schon angenommen hatten, geht aus einer Bemerkung Hildebrandts hervor, die er in den ersten Tagen des Monats Dezember 1949 gegenüber amerikanischen Journalisten machte:

> „Mein Büro verfügt über den bestinformierten Spionagedienst Deutschlands."

Die „Groschen der Verzweiflung"

Die für den Ausbau der KgU als Agenten- und Spionagezentrale benötigten Geldmittel stellten zum größten Teil das CIC und das MID zur Verfügung. Die Höhe dieser Zuwendungen wurde auf einer Konferenz, die am 16. Dezember 1949 in der KgU-Zentrale, Ernst-Ring-Straße 4, stattfand und an der neben Hildebrandt der SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Chef des englischen Ostbüros, Mr. Baling, und die Leiterin des amerikanischen Ostbüros, Leigth Murry, teilnahmen, genannt — sie betrug monatlich 220 000 Westmark und 1 Million DM der Deutschen Notenbank.

Um diese Finanzierungsquellen in der deutschen Öffentlichkeit nicht bekanntwerden zu lassen, wurde die KgU beauftragt, sich

> an die Öffentlichkeit und,
> wie seinerzeit der „Suchdienst", an amerikanische Organisationen unter Darlegung ihres „karitativen Arbeitsprogramms" um finanzielle Unterstützung zu wenden.

Es erschienen dann in den Westberliner Zeitungen Notizen, in denen die Westberliner Bürger aufgefordert wurden, der „KgU als fördernde Mitglieder beizutreten".

Zum anderen stellten auch amerikanische Organisationen der KgU größere Mengen Lebensmittel, Kleidungsstücke und auch Geldbeträge in verschiedener Höhe zur Verfügung. Auf besondere Fürsprache der amerikanischen Hohen Kommission in Deutschland (HICOG)[5] und ihrer Dienststelle in Westberlin hin erhielt die KgU größere finanzielle Zuwendungen aus der Ford Foundation. Bei der Ford Foundation handelt es sich um einen Fonds, den der Sohn des amerikanischen Monopolisten und Autokönigs Henry Ford, Edsel Ford, zur Verschleierung der amerikanischen Zersetzungspropaganda und zum Zweck der politischen und wirtschaftlichen Spionage bereits

---

5) HICOG = High Commission of Germany.

vor längerer Zeit geschaffen hatte. Ausschlaggebendes Moment für die Stiftung der Ford Foundation war, daß die Familie Ford mit ihr die Zahlung von Erbschaftssteuern in Höhe von mehreren Millionen Dollar umging, wie dies die Stuttgarter „Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“ vom 4. Januar 1956 erneut bestätigte.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Henry Ford für seine „gestifteten“ Dollars von Hitler mit dem höchsten Orden des faschistischen Deutschlands, dem Großkreuz des deutschen Adlerordens, ausgezeichnet wurde. Die Familie Ford hatte mit den Dollars aus der Ford Foundation

> die Herausgabe des berüchtigten Protokolls „Die Weisen von Zion“ finanziert, mit dem eine antisemitische Pogromkampagne eingeleitet wurde,
>
> und einen Spezialfonds, den „Free-Russia-Fonds“, gebildet, mit dem russische weißgardistische Emigrantenorganisationen ausgehalten wurden und aus dem die Ausbildung von Saboteuren, Agenten und Spionen bezahlt wurde, die gegen die Sowjetunion eingesetzt werden oder über die Sowjetunion gemeinste Lügen verbreiten sollten.

Ford hat damit den deutschen Faschismus sowohl in der Rassenhetze als auch in seiner Hetze gegen die Sowjetunion maßgeblich unterstützt.

Schon damals wurde von den Nazis die Ford Foundation als eine „philanthropische Stiftung“ bezeichnet, als eine Stiftung, die eine das Gefühls- und Willensleben sowie den Körper bildende Erziehung fördere. Wie es um die „Philanthropie“ der Stifter der Ford Foundation damals wie heute wirklich bestellt ist, darüber berichtete die „New York Times“ in ihrer Ausgabe vom 7. Mai 1951. Die „New York Times“ schrieb,

> „daß ein späterer Zug der Ford Foundation darin besteht, eine Reihe von europäischen Wissenschaftlern nach den USA zu bringen“,

über deren Tätigkeit diese Zeitung unzweideutigen Aufschluß gab:

> „Unter ihnen befinden sich Spezialisten in exakten Wissenschaften, die dem ‚nationalen Verteidigungswerk‘ große Unterstützung verleihen werden. In Anerkennung dieser Tatsache haben sich die verschiedenen Militärbranchen zur Unterstützung dieser Kampagne bereit erklärt. Einige schon früher Angekommene wurden bereits als Lehrer an Militärschulen geworben sowie als Autoren, Berater und Übersetzer für die ‚Stimme Amerikas‘ und

das ‚Nationale Komitee für ein Freies Europa', eine privat finanzierte antikommunistische Gruppe."

Das also ist und bleibt die „Philanthropie" der Geldgeber dieser Stiftung: Rassenhaß, Pogromhetze, Antisowjethetze, Spionage, Sabotage und Atomkriegspropaganda. Niemanden kann es daher in Erstaunen versetzen, daß die KgU aus der Ford Foundation laufend Subventionen bezieht. Um nur eine annähernde Vorstellung von der Höhe dieser Zuwendungen zu vermitteln, sei erwähnt, daß die KgU von der Ford Foundation allein im März 1951 eine „Sonderspende" von 90 000 Mark erhielt.

Es erschien Hildebrandt jedoch vorerst unangebracht, über diese Finanzquellen zu sprechen. Er befürchtete, daß weite Kreise der deutschen Bevölkerung auch ohne Kenntnis der genauen Tatsachen an der „sozialen Aufgabenstellung" der KgU zweifeln würden, wenn als Geldgeber amerikanische Monopolisten genannt würden.

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe vom 19. November 1952 über die Geldquellen der KgU daher folgendes:



> Auf verschiedene Anfragen, wie die „Kampfgruppe" diese aller Unterstützung werten Taten finanziere, antwortete Hildebrandt geschickt, aber vage: „Wir finanzieren uns von den Groschen der Verzweiflung."

Das war fürwahr eine „vage" Antwort. Man stelle nur den Begriff „Groschen" den im März 1951 von der Ford Foundation erhaltenen oder den von Mrs. Leigth Murry genannten Summen einmal gegenüber. Eins steht jedoch fest, daß dieses amerikanische Geld für die meisten KgU-Agenten, die ihre Haut für die „aller Unterstützung werten Taten" — wie „Der Spiegel" den Terminus Verbrechen huld-

voll umschreibt — zu Markte trugen, tatsächlich zu Groschen der Verzweiflung wurde.

Aber nur wenige Wochen nach dieser Antwort Hildebrandts glaubte die KgU bereits, keinerlei Rücksicht mehr bei der Nennung ihrer Finanzquellen nehmen zu müssen.

> „So ergab sich die Notwendigkeit, eine Abteilung Sozialfürsorge aufzubauen, deren Wirken schließlich durch eine großherzige Spende der Ford Foundation ganz wesentlich unterstützt wurde",

schrieb der KgU-Pressechef Hasso Graf Mitte Dezember 1952 in seinem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe". Und im Heft 2 der „Arbeitsberichte der KgU" heißt es:

> „Die KgU hatte die Freude, zu Weihnachten sowohl vom Berliner Senat als auch von der Ford Foundation eine finanzielle Sonderspende ... zu erhalten ... Daneben standen uns für die soziale Arbeit laufende Zuschüsse der Ford Foundation zur Verfügung ..."

Warum „die Notwendigkeit, eine Abteilung Sozialfürsorge aufzubauen", bestand und welcher Art die „soziale Arbeit" der KgU ist — darüber gab die Westberliner Zeitung „SOS" in ihrer zweiten Oktoberausgabe des Jahres 1955 Auskunft, indem sie den KgU-Pressechef Graf zitierte:

> „Zu unseren eigenen Aufgaben gehört n u r die Beschaffung von Informationen über die Volkspolizei ..."

Dieses Eingeständnis ist vor allem deshalb beachtenswert, weil Graf im Zusammenhang mit diesen Worten erklärte:

> „Es ist nicht unsere Absicht, auf die Frage der Zusammenarbeit mit den alliierten Dienststellen einzugehen."

Der Westberliner „Telegraf" konnte daher in seiner Ausgabe vom 9. Juli 1955, ohne zu lügen, feststellen:



Notwendige Bereinigung

Es war bislang kein Geheimnis, daß die KgU eine zum größten Teil von amerikanischen Geldern lebende und auch für einen US-Nachrichtendienst arbeitende Organisation ist.

Schamvoll verschwieg aber auch der „Telegraf“, daß der Westberliner Senat diese für den amerikanischen Geheimdienst arbeitende Agenten- und Spionagezentrale aus öffentlichen Mitteln unterstützte.

„Zentrale II b“ wird gegründet

Ende 1949 forderte der amerikanische Geheimdienst die Einrichtung einer weiteren Abteilung, deren ausschließliche Aufgabe es sein sollte, Informationen über das politische und wirtschaftliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik zu beschaffen, um Sabotage-, Diversions- und Terroranschläge durchführen zu können. Sie wurde gegründet und erhielt die Tarnbezeichnung „Abteilung II b“. Später wurde sie auch als „Widerstandsabteilung“ bezeichnet. Mit der Leitung wurde ein Dr. Middendorf (Decknamen: Dr. Wagner, Dr. Börner) beauftragt.

Nachdem Middendorf Mitte 1950 zur KgU-Filiale „Kampfbund“ nach Göttingen versetzt worden war — wo er bis 1953 tätig war —, übernahm ein Dr. von zur Mühlen (Deckname: Dr. Hoffmann) die Leitung dieser Abteilung.

Die „Abteilung IIb“ hatte vorerst rein spionagedienstlichen Charakter. Sie bestand aus der „Zentrale II b“, der „Anlaufstelle“ und der „Außenstelle“.

Die „Zentrale II b“ und die „Anlaufstelle“ wurden in der Ernst-Ring-Straße untergebracht. Dort wurden unter der Leitung Middendorfs und seiner Assistenten Hiecke (Decknamen: Fred Walter, Shuettoff, Fryling und Heine) und Schmidt die über den „Suchdienst“ neu angeworbenen V-Leute abgefertigt.

Zur besseren Tarnung wurde die „Außenstelle“ in dem Wohnhaus Berlin-Wilmersdorf, Nestorstraße 5, eingerichtet. Ihr Leiter war der Hauptagent Tietze (Deckname: Seeberg), der den Einsatz solcher V-Leute dirigierte, die der KgU als besonders zuverlässig erschienen.

Nachdem die Tätigkeit in der „Außenstelle“ allmählich an Umfang gewonnen hatte, richteten Middendorf und Tietze fünf „Sachgebiete“ ein. Jeder Sachgebietsleiter hatte eines der damaligen Länder der Deutschen Demokratischen Republik zu bearbeiten und unterhielt eine Anzahl von V-Leuten. So wurde versucht, die Deutsche Demokratische Republik mit einem engen Spionagenetz zu überziehen und Spionageberichte über alle Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten.

Die eingehenden Informationen und Spionageberichte wurden der sogenannten Zentralkartei übergeben, die bis zum Sommer 1950 von Hiecke geleitet wurde. Hier wurden sie gesichtet und — sofern sie den amerikanischen Geheimdienst interessierten — diesem übermittelt.

Im Herbst 1950 wurde die „Abteilung II b" mit ihrer „Zentrale II b", ihren „Sachgebieten" und später auch das inzwischen in der Ernst-Ring-Straße entstandene „chemisch-technische Laboratorium" nach Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 106, verlegt. Symptomatisch ist, daß in diesem Gebäude die oberste Leitstelle der Gestapo, das Himmlersche Reichssicherheitshauptamt, bis 1945 ihren Sitz hatte.



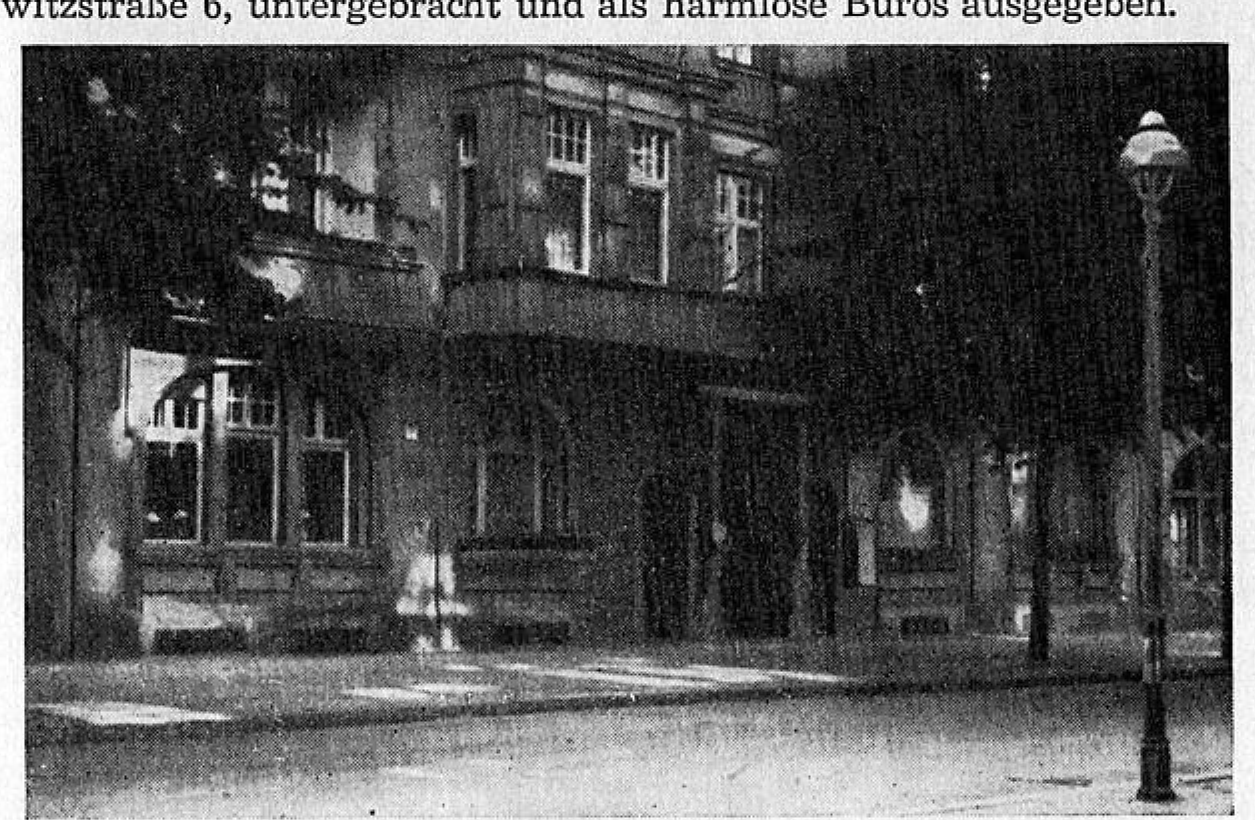
Im Haus Kurfürstendamm 106 in Berlin-Halensee verbargen sich „Zentrale und Abteilung II b" sowie das „chemisch-technische Labor"

Wie die „Abteilung II b" getarnt wurde — darüber sagte der ehemalige KgU-Hauptagent Hiecke bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der DDR aus:

> „Die Büros der ‚Abteilung II b' waren in keiner Weise als Dienststellen der KgU gekennzeichnet. Zur ‚Zentrale II b' konnte man zum Beispiel nur durch die sogenannte Bibliothek Ost gelangen.

Das war eine Bibliothek mit einem großen Leseraum, den die KgU eingerichtet hatte, um diese Dienststelle zu tarnen. Die sogenannten Sachgebiete verbargen sich hinter solchen harmlosen Firmenbezeichnungen wie ‚Sauerbier & Co., Transportfirma' oder ‚Leibacher & Co., Textilien'."

Im November 1951 wurden die „Sachgebiete" aus dem Gebäude Kurfürstendamm 106 einzeln oder zu mehreren in Privatwohnungen verlegt. So wurden zum Beispiel die „Sachgebiete" Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen im Wohnhaus Berlin-Charlottenburg, Clausewitzstraße 6, untergebracht und als harmlose Büros ausgegeben.



Die „Heimstätte" einiger „Sachgebiete",
das Wohnhaus Clausewitzstraße 6 in Berlin-Charlottenburg

Die „Zentrale II b" und das Laboratorium folgten Anfang 1952 und bezogen in Berlin-Steglitz die Villa Kaiser-Wilhelm-Straße 9, in unmittelbarer Nähe des Hauptsitzes des CIC, der sich in der Villa Kaiser-Wilhelm-Straße 4 befand. Die „Zentrale II b" und das Labor wurden nach außen hin in keiner Weise gekennzeichnet, sondern als Privatwohnungen getarnt.

An dieser Methode der Tarnung hat sich bis zur Gegenwart nichts geändert: Leitung und Sachgebiete der „Abteilung II b", seit Sommer 1952 „Abteilung VII", befinden sich noch immer in Privatwohnungen, die allerdings von Zeit zu Zeit gewechselt werden.

Die KgU und der Westberliner Senat standen von Anbeginn ihrer gegen das deutsche Volk und insbesondere gegen die Bevölkerung der deutschen Hauptstadt gerichteten Tätigkeit in engsten Wechselbeziehungen. Beide versuchen, unter dem Deckmantel der Menschlichkeit die alten Faschisten zu rehabilitieren.

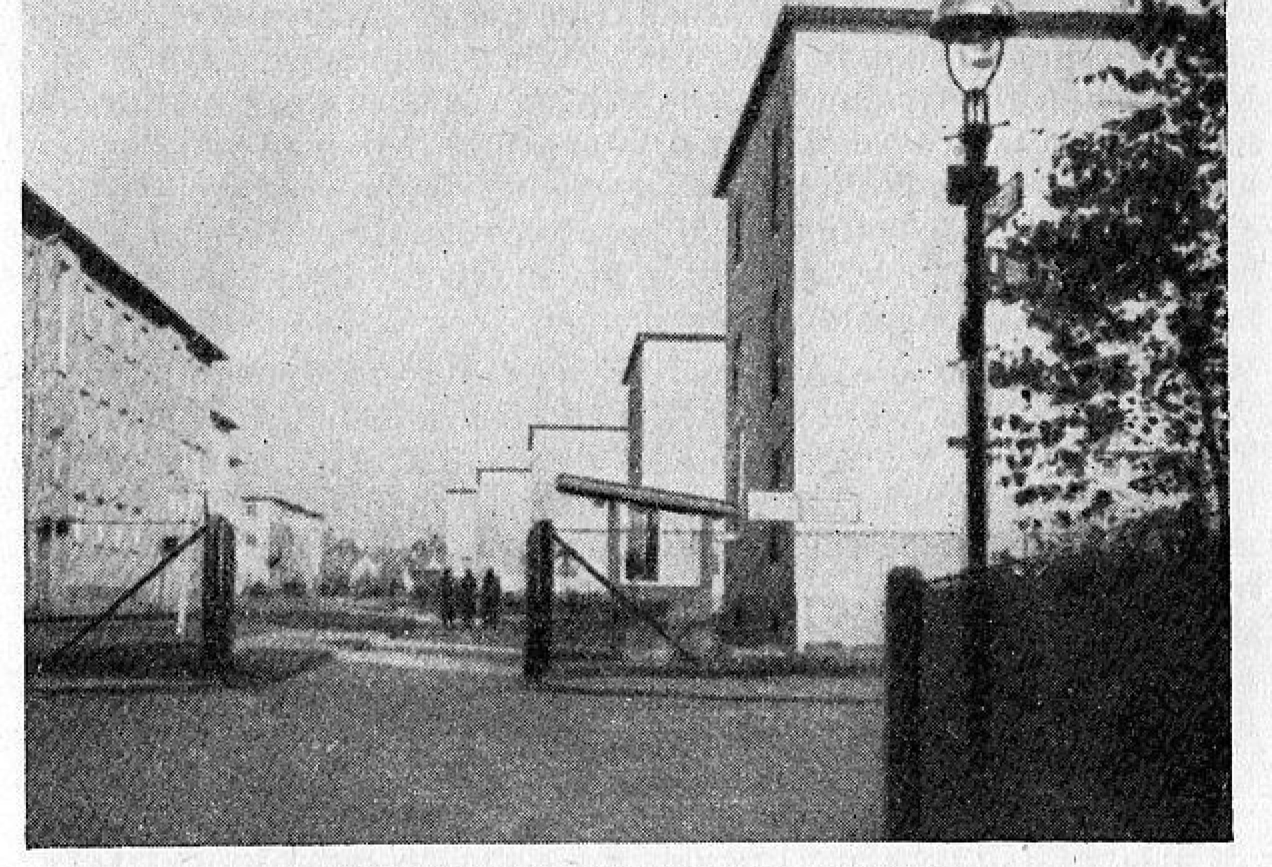
Die Westberliner Zeitung „Der Kurier" berichtet in diesem Zusammenhang in ihrer Ausgabe vom 9. Juli 1955:

> „... Innensenator Lipschitz bestätigte auf eine Anfrage, daß sich seine Behörde seit Jahren der ‚Kampfgruppe' bediene, um Auskünfte über 131er einzuholen, die aus der Ostzone nach Westberlin gekommen sind."

Als 131er werden bekanntlich ehemalige faschistische Beamte und Berufssoldaten bezeichnet, die nach der westdeutschen Gesetzgebung unter Bruch des Potsdamer Abkommens einen Anspruch auf Unterbringung in gleicher Funktion oder das Recht auf entsprechende Versorgung haben. Die enge Zusammenarbeit der KgU mit dem West-



In der Villa Kaiser-Wilhelm-Straße 9 in Berlin-Steglitz wurden zahlreiche Verbrechen geplant und im „Labor" die Diversionsmittel dazu hergestellt



„Flüchtlingslager“ Berlin-Marienfelde

berliner Senat führte schließlich dazu, daß die KgU in das sogenannte Flüchtlingsaufnahmeverfahren eingeschaltet wurde und gegen Bezahlung „Gutachten“ abgab.
Anfang 1950 wurde deshalb bei der KgU eine sogenannte Gutachterstelle eingerichtet, deren Mitarbeiter den Auftrag erhielten, in den Westberliner „Flüchtlingslagern“ Männer, Frauen und Jugendliche zu vernehmen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen hatten. Diese „Gutachterstelle“ teilte dann dem Westberliner Senat mit, ob die Vernommenen als sogenannte politische Flüchtlinge anerkannt werden können oder als solche abgelehnt werden müssen.

Es liegt auf der Hand, daß dadurch die KgU Einfluß und auch einen moralischen und materiellen Druck auf die „Flüchtlinge“ ausüben konnte. Sie wurden nach Informationen aus der Deutschen Demokratischen Republik ausgehorcht. Es wurden ihnen aber auch unvollständige Spionageberichte über die Deutsche Demokratische Republik zur Bestätigung oder zur Ergänzung vorgelegt. Von der Bereitwilligkeit des Vernommenen, solche Spionagenachrichten mitzuteilen, hing dann das „Gutachten“ der KgU an den Westberliner Senat ab. Gerade dieses Betätigungsfeld zeigt eindeutig, daß die Registrierung der KgU als Verein eine einzige Farce war.

Wie weit dieses von amtlichen Stellen geförderte Treiben der „Kampfgruppe" ging, beweist die Tatsache, daß sowohl das Bonner Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen als auch das Amt für Verfassungsschutz in wachsendem Umfang Informationen von der KgU anforderten. Das alles ist nur zu verstehen, wenn man weiß, daß all diese Dienststellen — gleichgültig, ob Westberliner Senat oder die Ministerien der Bundesrepublik — genau wie die KgU der Botmäßigkeit der USA-Monopole unterstehen.

Welches Ausmaß die Anforderung von Informationen durch die Westberliner und westdeutschen Behörden annahm, beleuchtet die Tatsache, daß die „Gutachterstelle" der KgU diese Nachrichten sehr bald nicht mehr allein beschaffen konnte. Deshalb schuf die „Kampfgruppe" noch einige spezielle Ressorts, die insgesamt in der sogenannten Vernehmerabteilung zusammengefaßt wurden. Diese „Vernehmerabteilung" bestand aus

der „Flüchtlingsmeldestelle", wo neu Ankommende erfaßt und registriert wurden (Diese Stelle war deshalb direkt beim sogenannten Notaufnahmeverfahren am Kaiserdamm 85 untergebracht.),

der „Gutachterstelle", die im „Stammhaus" ihren Sitz hatte und Vernehmungen durchführte, und

der „Flüchtlingsberatungsstelle", die sowohl im „Stammhaus" als auch beim „Flüchtlingsdienst" am Messedamm eingerichtet wurde und — gleich den Büros der Geheimdienste der westlichen Besatzungsmächte am Karolinger Platz — die „Flüchtlinge" spionagetechnisch zu bearbeiten hatte.

Recht aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine Äußerung, die der freiwillig in die Deutsche Demokratische Republik gekommene ehemalige KgU-Hauptagent Rupprecht Wagner (damalige Decknamen: Wolff, Lange) auf einer Pressekonferenz[6] des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR am 20. Oktober 1955 in Berlin vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse machte:

> „Ich war weiterhin Beauftragter für die Flüchtlingsmeldestelle der KgU beim Notaufnahmeverfahren am Kaiserdamm 85. Dort hatte ich die Aufgabe, unter den Flüchtlingen Personen herauszufinden, die Angaben über wichtige Industriegebiete, über die Kasernierte Volkspolizei, Behörden, Parteien und Massenorganisationen machen konnten."

---

6) Die Ausführungen Wagners und die Fragen der Pressevertreter sind veröffentlicht worden in der Broschüre „Kalte Krieger gehen unter", Kongreß-Verlag, Berlin 1955.

Die KgU warb aber unter den „Flüchtlingen“ nicht nur Agenten, sondern verschleppte auch Jugendliche. Dieses Verbrechen plauderte ein amerikanischer Offizier im internen Kreis am 12. Juli 1950 aus, wobei er angab, daß die KgU nach seinen Informationen mindestens 450 Jugendliche nach Westdeutschland verschleppt habe, die stets spurlos verschwunden seien. Bei den Jugendlichen habe es sich in der Mehrheit um sogenannte politische Flüchtlinge gehandelt. Auf die Frage, zu welchem Zweck die Jugendlichen aus Berlin abtransportiert wurden, wies der amerikanische Offizier auf Vietnam hin und meinte, daß „auch die Ereignisse in Korea gegenwärtig außerordentlich gute Beförderungsmöglichkeiten für ehrgeizige Jungen“ böten. Für jeden dieser von der KgU in die Fremdenlegion verschleppten Jugendlichen erhielt Hildebrandt 200 Westmark.

Nicht einmal die Westberliner Presse konnte unter dem Druck der öffentlichen Meinung länger schweigen. Sie war gezwungen, zumindest die völlig ungesetzliche Einräumung von Befugnissen an die KgU durch den Westberliner Senat und den Mißbrauch dieser Befugnisse durch die KgU anzuprangern. So schrieb die Ullstein-„B. Z.“ vom 29. September 1955:

> „Mitschuldig an der Gefährdung von Hunderten ... sind alle Behörden Westberlins, die mit der ‚Kampfgruppe‘ Verbindung halten. Was berechtigt beispielsweise die Bundesnotaufnahmebehörde dazu, dieser privaten und von niemand kontrollierten Stelle laufend Flüchtlinge zuzuschicken, die dort vernommen und karteimäßig erfaßt werden? Wie kommt die Polizei dazu, der KgU Einblick in bestimmte Akten zu gewähren?“

Die KgU gefährdete die Freiheit von Hunderten und aber Hunderten von „Flüchtlingen“ in Westberlin, deren Notlage sie für Spionagezwecke ausnutzte. Das tat sie auch durch ihre Göttinger Filiale „Kampfbund“ in den westdeutschen „Flüchtlingslagern“ Uelzen, Gießen und Friedland. Tausendfach ist sie des Verbrechens an der deutschen Jugend und am deutschen Volke schuldig geworden.

IIb organisiert Terror und Hetze

Im Frühjahr 1950 bestand die KgU aus:

der Abteilung IIb,
der Vernehmerabteilung,
der Allgemeinen Verwaltung,

der Zentralkartei,
dem Suchdienst,
dem chemisch-technischen Labor,
der Volkspolizei-Beratungsstelle und
der Außenstelle.

Allein diese Aufzählung zeigt, in welchem Maße die KgU in knapp eineinhalb Jahren zu einer Agenten- und Spionageorganisation ausgebaut worden war. Ihr Ausbau war damit keinesfalls abgeschlossen. Immer verbrecherischer wurden ihre Methoden, gerade deshalb aber unternahm man nach wie vor alle Anstrengungen, um ihr den Anschein einer sozialen Einrichtung zu geben.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner erklärte in diesem Zusammenhang auf der bereits genannten Pressekonferenz am 20. Oktober 1955:

> „Der von der KgU eingerichtete Suchdienst und die zahlreichen organisierten Aktionen zur Verteilung von Lebensmittelpaketen und Sachspenden dienen dem Zweck, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß es sich bei der KgU um eine karitative Einrichtung mit humanitären Zielen handle."

Das bestätigte auch eine Meldung der amerikanischen „Neuen Zeitung" in Westberlin vom 8. Februar 1950:

> „Der Strom der Lebensmittelsendungen in die Ostzone habe bisher ... keine Unterbrechung erfahren, erklärte Ernst Tillich der ‚Neuen Zeitung' ..."

Aber die „Neue Zeitung" wie alle mit amerikanischem Geld ausgehaltenen Zeitungen in Westberlin schwiegen geflissentlich darüber, daß die KgU in den ersten Monaten des Jahres 1950 neben der Spionage nun auch mit der Verbreitung zahlreicher Arten von Hetzschriften begann. Diese Schriften, die gegen die in der Deutschen Demokratischen Republik sich immer mehr festigende demokratische Ordnung, gegen die geeinte Partei der Arbeiterklasse und gegen andere antifaschistisch-demokratische Parteien sowie auch gegen die Sowjetunion in der übelsten Weise hetzten, wurden von der KgU verfaßt und vor allem von der amerikanischen „Neuen Zeitung" gedruckt. Sie trugen in der Regel als Herausgeber Namen von Organisationen, die zum Teil gar nicht existierten oder, wenn es diese Organisationen tatsächlich gab, hatten sie von diesen Schriften keine Kenntnis.

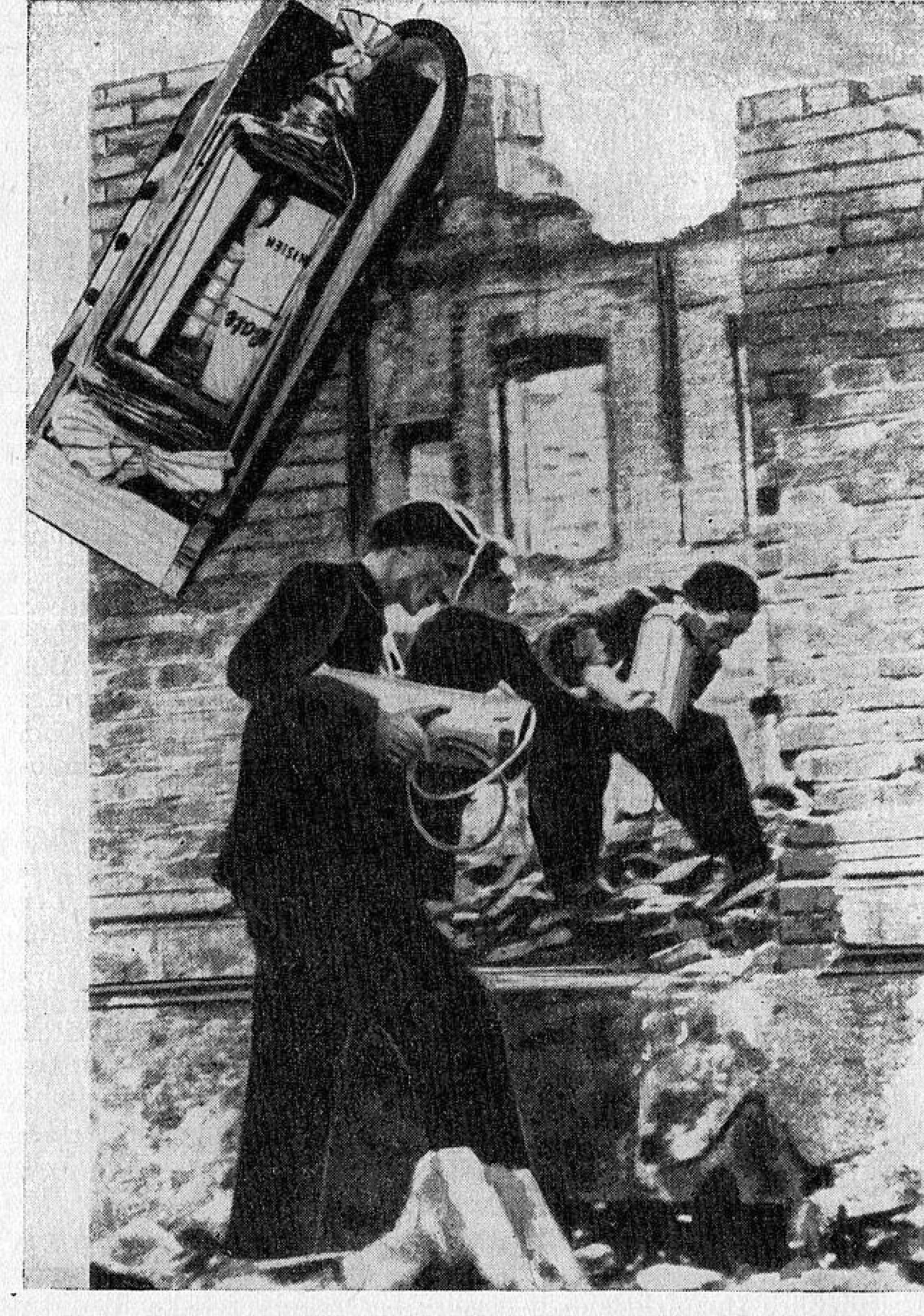
Die Hetzschriften wurden von der KgU über den V-Mann-Apparat der „Abteilung II b" in die Deutsche Demokratische Republik und in den Demokratischen Sektor Groß-Berlins eingeschleust oder mit Ra-

keten in die an die Westsektoren grenzenden Randgebiete der DDR geschossen.
Gerade bei der Herstellung dieser Hetzschriften zeigte sich die enge Zusammenarbeit der KgU mit der „Neuen Zeitung“, die ja auch nichts anderes als eines der Hilfsorgane im System des amerikanischen Geheimdienstes in Westberlin war.
So nahm der in Berlin-Friedenau wohnende Redakteur Käufler als Verbindungsmann der „Neuen Zeitung“ zur KgU nicht nur an den Mitarbeiterbesprechungen der „Abteilung II b“ teil, sondern ließ sich auch in bestimmten Abständen von den Sachgebietsleitern Bericht erstatten. Käufler vermittelte darüber hinaus auch der KgU die finanzielle Unterstützung durch die „Neue Zeitung“. Er beschaffte Lebensmittelpakete von der US-Armee, die die angestellten KgU-Mitarbeiter regelmäßig erhielten, und lieferte auch die von der KgU benötigten Chemikalien, Zündschnuren, elektrischen Zünder und anderen Zubehörteile für Flugblattraketen. Diese Raketen wurden im amerikanischen Auftrag von der Firma Gebrüder Musseh1, Berlin-Grunewald, Seebergsteig, entwickelt und hergestellt.
Vor allem versuchte die KgU, im Frühjahr 1950 das Deutschlandtreffen der Jugend und im Oktober 1950 die Volkswahlen in der Deutschen Demokratischen Republik durch Hetzschriften zu stören. Der bereits erwähnte Hanfried Hiecke, der seit September 1950 Leiter des „Sachgebietes Sachsen“ der „Abteilung II b“ war, sagte darüber bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik folgendes aus:

> „Mir wurde damals von Dr. Middendorf (M. war der damalige Leiter der ‚Abteilung II b‘; d. Red.) erklärt, daß diese Zersetzungspropaganda der KgU vom amerikanischen Geheimdienst und der Bonner Regierung finanziert werde. Er, Middendorf, sollte dafür Vorschläge für geeignete Störaktionen einreichen und zugleich einen Kostenvoranschlag beifügen. Ihm sei gesagt worden, daß Geld dabei keine Rolle spiele. Middendorf erklärte mir weiter, daß man sich gerade von den Störaktionen gegen das Deutschlandtreffen große Wirkungen erhoffe, da die Zusammenfassung Hunderttausender junger Menschen geradezu eine ideale Gelegenheit sei, auf die Jugendlichen der DDR einzuwirken.“

Über das Ziel dieser Störaktionen befragt, sagte Hiecke aus:

> „Damit sollte der geregelte Ablauf des Deutschlandtreffens gestört, unter den Teilnehmern eine pessimistische Stimmung und schließlich Unzufriedenheit gegen das Organisationskomitee der FDJ ausgelöst werden. Diese Unzufriedenheit sollte dann durch



Der Abschuß von Flugblattraketen gefährdet das Leben der Bevölkerung Berlins

entsprechende antidemokratische und antisowjetische Parolen erweitert werden, um so die Jugendlichen zu einer feindseligen Haltung gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu verführen."



Die Druckerei Hildebrandt & Stephan in Berlin SW 29, Blücherstraße, druckt die Hetzschriften der „KgU"

Im Hof 2 befinden sich die Arbeitsräume der Druckerei

Toreinfahrt Blücherstraße

Zu der Hetze anläßlich der Volkswahlen im Oktober 1950 erklärte Hiecke, daß sie mit den gleichen Methoden wie die im Frühjahr betrieben wurde. Nach seinen Aussagen ist der größte Teil der Flugblätter, Zeitungen und Broschüren von der Druckerei Hildebrandt & Stephan, Berlin SW 29, Blücherstraße, hergestellt worden. Sie wurden teils durch Agenten in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust, teils durch Flugblattraketen in die Berliner Randgebiete geschossen. Zugleich hatten die Agenten aber auch den Auftrag, die Bevölkerung der DDR bei Wahlversammlungen und andern Veranstaltungen durch Stinkbomben zu terrorisieren.

„Die Bevölkerung der Sowjetzone ist politisch weiter als die der Bundesrepublik."

Das mußte ein Jahr später — einer Nachricht des Westberliner „Tagesspiegels" vom 19. Dezember 1951 zufolge — der Leiter der KgU, Ernst Tillich, auf einer Pressekonferenz über das bei diesen Störaktionen erlebte Fiasko zugeben.

Der neue Mann: Ernst Tillich

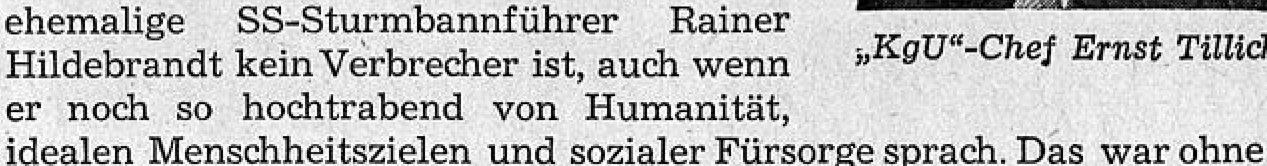


„KgU"-Chef Ernst Tillich

Es gibt ein altes deutsches Sprichwort, dessen Wahrheit niemand bezweifelt:

„Wer Dreck anfaßt, besudelt sich!"

Nun kann keinesfalls gesagt werden, daß die Geschäfte des CIC und des MID saubere Geschäfte seien. Solche Verbrechen, wie sie von diesen Institutionen des amerikanischen Geheimdienstes geplant werden, kann man auch nur mit Verbrechern ausführen. Niemand wird behaupten, daß der ehemalige SS-Sturmbannführer Rainer Hildebrandt kein Verbrecher ist, auch wenn er noch so hochtrabend von Humanität, idealen Menschheitszielen und sozialer Fürsorge sprach. Das war ohne jeden Zweifel dem amerikanischen Geheimdienst bekannt. Gerade darum hatte Hildebrandt ja auch den Auftrag zur Gründung der KgU erhalten.



Doch gibt es im „Ehrenkodex" des amerikanischen Geheimdienstes auch eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Sie wird — wie alles in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — durch das Geld bestimmt. Diese Grenze überschritt Hildebrandt.

Wir haben bereits über eine interne Besprechung berichtet, die am 16. Dezember 1949 in der KgU-Zentrale, Ernst-Ring-Straße 2—4, stattfand und die von der damals gerade neuernannten Leiterin des amerikanischen Ostbüros, Mrs. Leigth Murry, geleitet wurde. Schon allein die Tatsache, daß diese Besprechung um 22 Uhr abends begann, deutet darauf hin, daß sie von großer Wichtigkeit war. Mrs. Murry teilte mit, daß sich die Aufträge an die KgU nicht mehr nur auf Spionage erstrecken, sondern auch auf Terrorakte innerhalb des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik ausdehnen werden. Doch das war nicht der eigentliche Grund ihres Erscheinens. Mrs. Leigth Murry forderte von Hildebrandt vor allem Rechenschaft darüber, von welchem Geld er sich den großen amerikanischen Wagen gekauft und woher er die Mittel habe, sich außer seinem Bankkonto in der Schweiz noch ein Bankkonto in Lissabon einzurichten. Sie forderte Rechenschaft über den Verbleib der monatlichen Zuschüsse in Höhe von 220 000 Westmark und 1 Million DM

der Deutschen Notenbank sowie über den Verbleib der zusätzlichen Zuwendungen durch den Westberliner Senat, durch das Bonner Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen und durch andere Organisationen. Sie wollte schließlich wissen, wo die der KgU aus der letzten Sendung zugewiesenen 75 000 Care-Pakete geblieben seien.

Mrs. Murry stellte weiter fest:

> „Ihr Büro (gemeint ist die KgU; d. Red.) sammelt den ganzen Abschaum aus dem Osten, und die aus diesen Quellen stammenden Informationen geben Sie uns unüberprüft weiter. Für die phantasievollsten Märchen wird eine Unmenge Geld herausgeworfen, und die britischen und die amerikanischen Dienststellen, die sich dann auf diese Nachrichten bei ihrer Arbeit stützten, haben dadurch schweren Schaden."[7]

Hildebrandt konnte weder eine stichhaltige Begründung für seine Auslandskonten geben noch klare Rechenschaft über die Verwendung der der KgU zur Verfügung gestellten amerikanischen Geldmittel ablegen. Er vermochte auch nicht die Anschuldigungen von Mrs. Murry in bezug auf die Arbeitsmethoden der KgU zu widerlegen. Als die Leiterin des amerikanischen Ostbüros in der gleichen Nacht Berlin mit dem Flugzeug in Richtung Frankfurt (Main) verließ, stand bereits fest, daß Hildebrandt — es sei einmal der Jargon erlaubt — ein „toter Mann" war.

Aus Prestigegründen konnte der amerikanische Geheimdienst Hildebrandt aber nicht sofort fallenlassen. Jedoch erschienen einige Monate später in der Westberliner Presse, so auch im „Telegraf" vom 22. März 1950, Notizen gleichlautenden Inhalts:

> „Professor Ernst Tillich, Dozent an der Hochschule für Politik, ist in die Geschäftsführung der von Dr. Hildebrandt geleiteten ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' eingetreten."

Das war also der „neue Mann", den der amerikanische Geheimdienst zum Leiter der KgU bestimmt hatte. Um der Öffentlichkeit den Wechsel in der Leitung noch vorzuenthalten, wurde Hildebrandt beauftragt, auf eine Vortragstournee in die USA zu fahren. Auf dieser Vortragsreise versuchte Hildebrandt dann, durch maßlose Hetztiraden gegen die Deutsche Demokratische Republik seine Position zu retten. Unter anderem verpflichtete er sich gegenüber dem Amt für psychologische Kriegsführung bei der Central Intelligence Agency (CIA — das ist die oberste Spionagebehörde der USA; d. Red.), die KgU ganz in den Dienst des Kalten Krieges zu stellen.

---

7) „B.Z. am Abend" vom 19. Dezember 1949.

Doch Hildebrandt konnte an dem vom amerikanischen Geheimdienst gefaßten Beschluß nichts mehr ändern: Während seiner Abwesenheit hatte Tillich bereits den ihm vom CIC erteilten Auftrag zur Reorganisation der KgU durchgeführt. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" schrieb darüber später (in seiner Ausgabe vom 19. November 1952):

> Er räumte erst mit den Vertrauensleuten auf, die Rainer Hildebrandt geheuert hatte. Dann engagierte er nach und nach sieben wohlinformierte Polizisten aus Stumms Stab für die wichtigsten Posten.
>
> Walter Dethloff bekam den Decknamen Martini und wurde zum Geschäftsführer ernannt. In dieser Eigenschaft machte er dann den ehemaligen Kripo-Assistenten Werner Geerdts zum Leiter der Vernehmungsabteilung.
>
> Aus dem jetzt 30jährigen Gerd Baitz wurde der Leiter der Abteilung Widerstand*), Leeder. Mit knapp 1000 Mark Monatsgehalt machte er sich im Hause Kurfürstendamm 106 an die Arbeit. Mit den Worten: „Jetzt weht hier ein frischer Wind" brach er erst einmal die Schränke und Schreibtische der alten Mitarbeiter auf.
>
> Als Hildebrandts Vertreter Dr. von zur Mühlen gegen die Demolierung seiner Dienstmöbel protestierte, wurde er an die Luft gesetzt. Für ihn holte sich Baitz die ehemaligen Kriminalassistenten Parey und Herzog, die während ihrer Polizeitätigkeit im Referat KJ F5 vorwiegend Menschenraubdelikte behandelt hatten.
>
> *) Offiziell firmiert die Abteilung Widerstand als „Organisation für kulturelle Hilfe".

Mit anderen Worten: In der KgU hatte so etwas Ähnliches wie eine „große Wachablösung" stattgefunden. Vor allem erwartete der amerikanische Geheimdienst von dem Nachfolger des Dr. von zur Mühlen, Gerd Baitz (Decknamen: Leeder und Bährmann), der im Januar 1951

zur KgU kam, daß er es verstehen würde, die KgU zu „einem wirkungsvollen Instrument der psychologischen Kriegsführung der USA“ zu machen.
Gerd Baitz war bis zu seinem Eintritt in die KgU Leiter der den amerikanischen Behörden unterstehenden Kriminalpolizei im amerikanischen Sektor Berlins (GCIS — German Criminal Investigation Service) gewesen und hatte — bedingt durch diese Dienststellung — sehr enge Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst. Er war registrierter Vertrauensmann des CIC und wurde von diesem als der geeignetste Mann zur Intensivierung der Spionage, Sabotage und der Terroraktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik angesehen.
Im Verlauf der folgenden Jahre erhielt Gerd Baitz in der KgU immer mehr Machtbefugnisse und ist heute, wenn auch nicht der offizielle, so doch faktisch der Leiter dieser amerikanischen Agenten- und Spionageorganisation.
Interessant ist, daß nicht einmal der Westberliner Polizeipräsident Stumm darüber informiert wurde, von wem Baitz, Dethloff, Geerdts, Milster, Parey und Herzog die Anweisung zu ihrem Eintritt in die KgU erhalten hatten. So erließ Dr. Stumm eine Anordnung, in der es unter anderem heißt:

„Der Polizeipräsident
Präs.-Abt. Tgb. Nr. 811/51

Berlin, den 12. November 1951

An alle Dienststellen nach Verteiler III

I) Aus dem Dienst der Berliner Kripo sind folgende Pol.-Angehörige ausgeschieden:

Baitz, Gerd	Milster, Kurt
Dethloff, Walter	Parey, Günter
Geerdts, Werner	Herzog, Günter
Schultz, Irmgard,	

um bei der ‚Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit‘ gegen bessere Bezahlung als bei der Polizei eine Beschäftigung anzunehmen. Durch Hinweise ... bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß offenbar ausgeschiedene Pol.-Angehörige ihre Verbindung zu ihren ehemaligen, noch bei der Polizei beschäftigten Kollegen dazu ausnützen, um Auskünfte jeder Art für ihre Arbeit zu erlangen ...“

Der Westberliner Polizeipräsident verbot nach dieser Feststellung unter Ziffer III):

„Mündliche und fernmündliche Anfragen von der ‚Kampfgruppe' bzw. deren Beauftragten ... zu beantworten."

Er drohte bei Verstößen gegen dieses Verbot:

„Sollte ich im Einzelfall Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung feststellen, so werde ich die betreffenden Angestellten bzw. ihre Dienststellenleiter zur Verantwortung ziehen, sofern nicht außerdem noch eine strafrechtliche Verfolgung geboten ist."

Obwohl Dr. Stumm gleichzeitig in dieser Anordnung beteuerte:

„Ich beabsichtige nicht, die Tätigkeit der ‚Kampfgruppe' zu beeinträchtigen",

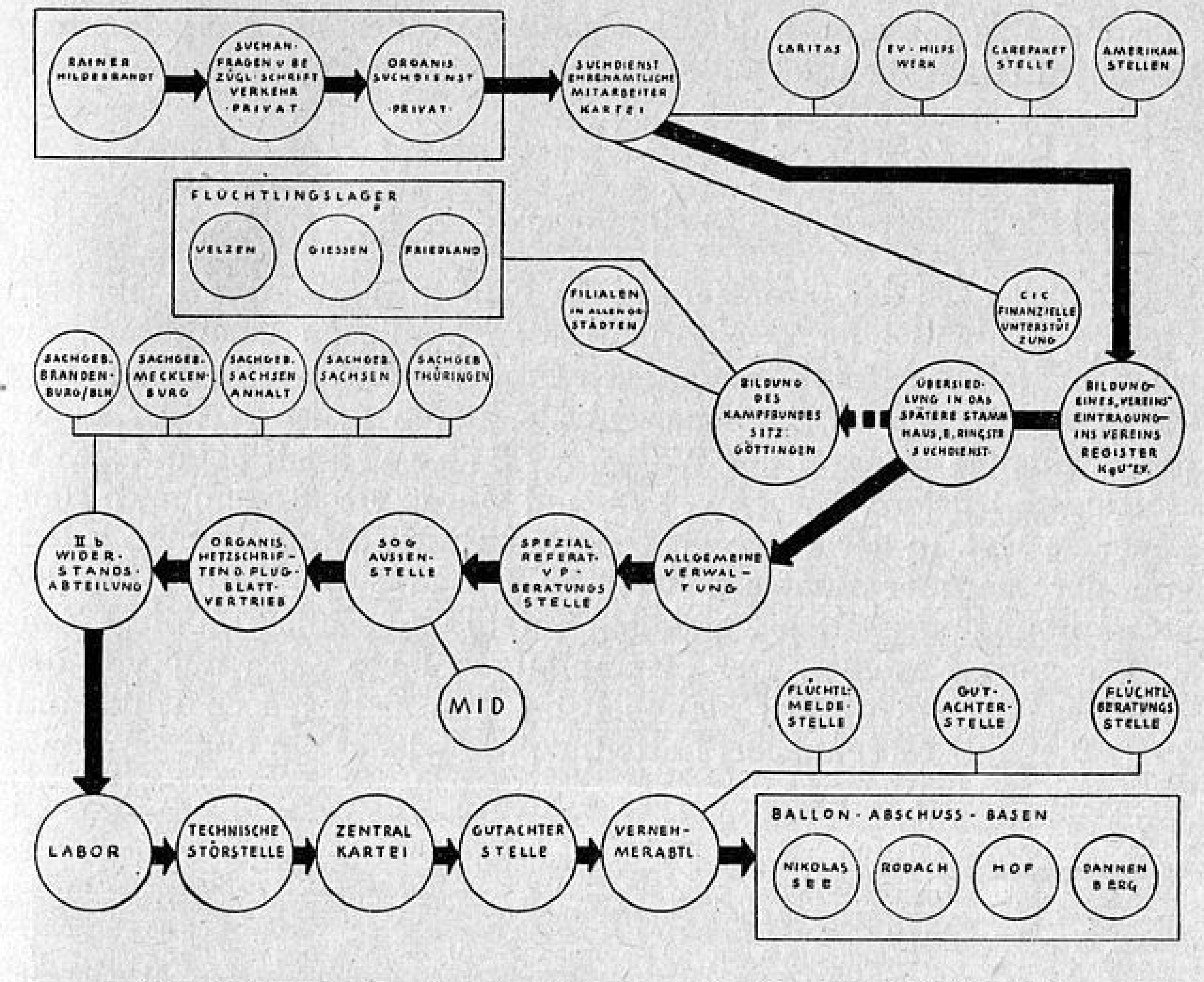
traf die KgU sofort Maßnahmen, um den Westberliner Polizeipräsidenten „in die Schranken zu weisen".

So berichtete die Westberliner Tageszeitung „Der Tag" am 19. Dezember 1951:

„Berlin, 18. 12. (Eigenmeldung). Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit prüft gegenwärtig, ob sie gegen Polizeipräsident Dr. Stumm Anklage wegen Gefährdung und Schädigung ihrer Mitarbeiter erheben soll. Dr. Stumm hat kürzlich eine Verfügung erlassen, nach der Westberliner Polizeidienststellen Mitarbeitern der Kampfgruppe, die früher Polizeiangestellte waren, nicht mehr direkte Auskunft erteilen dürfen. In der Verfügung hatte Dr. Stumm sieben Mitarbeiter der Kampfgruppe mit ihrem vollen Namen genannt, die von der Kampfgruppe aus Sicherheitsgründen streng geheim gehalten werden ..."

„Der Tag" ging selbstverständlich nicht darauf ein, warum gerade diese Namen streng geheimgehalten werden sollen. Er äußerte nicht einmal sein Befremden darüber, daß dieser „eingetragene Verein", der sich doch — wie er immer wieder betonte — „nur humanitären und karitativen Aufgaben widmet", die Namen seiner Mitarbeiter streng geheimhalten muß. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß nicht einmal die Westberliner Presse an diese Lüge, die sie doch so oft kolportierte, geglaubt hat.

Fest steht außerdem, daß die KgU mit dem Eintritt Tillichs und Baitz' eine der wichtigsten Organisationen im System der amerikanischen psychologischen Kriegsführung geworden war. Bereits im August 1950 hatte Tillich die „Zentrale II b" angewiesen, mit Sabotageakten gegen die Deutsche Demokratische Republik zu beginnen. Im September 1950 befahl er den „Sachgebietsleitern" der „Abteilung II b", zum Tag der Volkswahlen im Oktober Brandstiftungen in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren.



Die Entwicklung der Agentenorganisation „KgU“ bis 1953

Darüber sagte der ehemalige KgU-Hauptagent Hanfried Hiecke bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

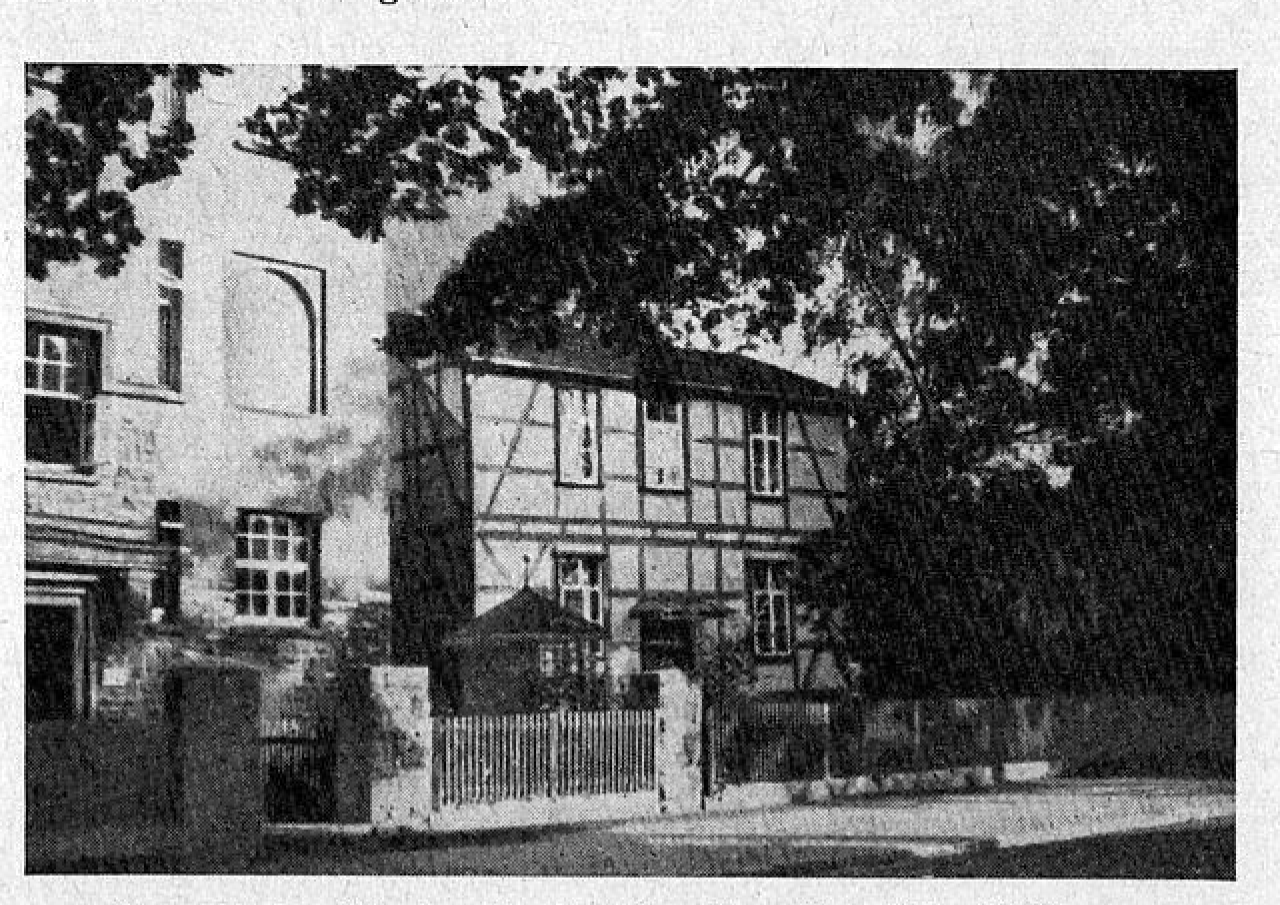
> „Tillich ordnete an, daß in jedem Land der DDR am Abend des 15. Oktober 1950 mindestens ein Gebäude der SED oder der FDJ abbrennen muß. Die KgU wollte diese Brandstiftungen dann propagandistisch als ‚Ausdruck der Volksempörung‘ auswerten.“

Waren die verbrecherischen Pläne Tillichs noch etwas verschwommen, so entwickelte Baitz ein genau fixiertes Programm, nach dem systematisch Sabotage- und Diversionsakte in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert wurden. Nach diesem Programm ging die „Abteilung II b“ dann auch zu den sogenannten administrativen Störungen über, das heißt zu Störungen der Verwaltungsarbeit der Staatsorgane und der Betriebsleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik durch in den Geschäftsgang eingeschleuste gefälschte Dienstanweisungen. Zu dem Gebiet der „administrativen

Störungen" gehörte auch das Einschleusen großer Mengen gefälschter Lebensmittelkarten und anderer Bezugsberechtigungsscheine in die Deutsche Demokratische Republik.

Zweigstelle „Kampfbund" in Hannover

Einige Zeit nach der Lizenzierung der KgU in Westberlin entstand in Westdeutschland eine Zweigorganisation ähnlichen Charakters, die sich den Namen „Kampfbund gegen Unmenschlichkeit" gab. Der Sitz dieser Agenten- und Spionagezentrale, deren gegenwärtiger Leiter der ehemalige General der Waffen-SS Sievers ist, befand sich in Göttingen, Düsterer Eichenweg 28, und wurde vor kurzem nach Hannover verlegt. In der Folgezeit trennte sich der „Kampfbund" jedoch von der Berliner Zentrale, weil Hildebrandt die bisher an den „Kampfbund" gezahlten Zuschüsse kürzte und schließlich diese Zahlungen ganz einstellte. Der „Kampfbund" lebte dann nur von den „Almosen" westdeutscher Monopolisten. Nachdem jedoch Tillich und Baitz die KgU reorganisiert hatten, wurde wieder ein enger Kontakt zwischen beiden hergestellt.



Das war der Sitz der Zweigstelle „Kampfbund" in Göttingen, Düsterer Eichenweg 28

Im Heft 3 der „Arbeitsberichte der KgU“ heißt es darüber:

> Ursprünglich stellte dieser Kampfbund eine Zweigorganisation der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit dar, der sich jedoch später aus internen Gründen von ihr löste. Nunmehr hat sich der „Kampfbund“ wieder unserer Organisation unterstellt. Dadurch ist uns die Arbeit in Westdeutschland erheblich erleichtert worden

Worin bestand und besteht „die Arbeit in Westdeutschland“?

Antwort auf diese Frage versuchte eine von der KgU und dem „Kampfbund“ gemeinsam herausgegebene Werbeschrift zu geben: Der „Kampfbund“ habe

> „es übernommen, zur Unterrichtung der Deutschen in der Bundesrepublik über die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang beizutragen und tätige Hilfsbereitschaft zu wecken“.

Das sah in der Praxis so aus: In übelster Weise wurden über die Deutsche Demokratische Republik Lügen verbreitet und in riesigen Auflagen Hetzschriften mittels Ballons in das Gebiet der DDR gebracht. Die Werbeschrift wies ausdrücklich auf diese Ballonaktionen hin und erklärte dazu, daß auf diesem Wege „Grüße, Verhaltungsmaßregeln und Ratschläge in die Sowjetzone getragen“ werden. Da die Flugblätter ohne jede Ausnahme zum Terror aufzuputschen versuchten, wird deutlich, was der „Kampfbund“ unter „Grüße, Verhaltungsmaßregeln und Ratschläge“ versteht.

Die Werbeschrift forderte schließlich dazu auf, „dem Kampfbund als förderndes Mitglied beizutreten“, und wies darauf hin, daß jeder, der dieser Aufforderung nachkomme, „keine andere als die für jeden Deutschen selbstverständliche Verpflichtung, sich aktiv für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen, übernehme“.

Wie bodenlos unverschämt und abgefeimt diese Lüge ist, wird dadurch deutlich, daß dem „Kampfbund“ die Überwachung fortschrittlicher westdeutscher Bürger obliegt, die gegen die Pariser Kriegsverträge und für eine demokratische, friedliche Wiedervereinigung Deutschlands eintreten. Das wird nicht zuletzt auch durch die Tatsache bewiesen, daß der „Kampfbund“ faschistisch-militaristische Terrortrupps unterhält, die nach der Methode der SA und SS gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und gegen Mitglieder anderer westdeutscher Organisationen, die sich der Remilitarisierung und Refaschisierung Westdeutschlands widersetzen, provokatorisch vorgehen. Zum anderen haben diese Terrortrupps die Aufgabe, faschisti-

sche und militaristische Kundgebungen zu schützen. Sie verfolgen jeden, der gegen die Machenschaften der Kriegstreiber und anderer faschistischer Elemente protestiert. Es gehört zu den Aufgaben dieser sogenannten Kampftrupps, Veranstaltungen westdeutscher demokratischer Organisationen gewalttätig zu sprengen.

Doch nicht nur das. Entlang der westlichen Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik wurden vom „Kampfbund" besondere Stützpunkte eingerichtet, um die Militärspionage im Grenzgebiet zu organisieren und solche illegalen Grenzübergänge zu schaffen, über die Hetzmaterial, Agenten und Saboteure in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust werden können. Von diesen Stützpunkten aus — vor allem von Rodach bei Coburg, Hof und Dannenberg — werden Unmengen von Ballons mit Hetzschriften, aber auch mit Brandsätzen in die Deutsche Demokratische Republik gestartet.

Dazu erklärte der KgU-Pressechef Hasso Graf in dem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe":

> Wir haben „den Flugblattversand mit Ballons ausgebaut, und zwar sowohl von Westberlin als vor allem auch von der westdeutschen Zonengrenze her. Es sind auf diese Weise im letzten Jahr (1952; d. Red.) über 3,8 Millionen Flugblätter mit Ballons in die Sowjetzone verschickt worden."

Eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen der KgU und dieser Zweigstelle in Hannover besteht ferner in der spionagetechnischen Bearbeitung der westdeutschen „Flüchtlingslager" Uelzen, Gießen und Friedland.

Herr im Hause: „Abteilung VII"

Inzwischen war Hildebrandt ausgebootet worden. Die westdeutsche bürgerliche Zeitung „Der Weser-Kurier" vom 9. Januar 1952 schrieb aus diesem Anlaß, daß

> „der Leiter des in Westberlin tätigen ‚Kampfbundes gegen die Unmenschlichkeit', Dr. Rainer Hildebrandt, seines Postens enthoben wurde, weil er Geld, das er in dienstlicher Eigenschaft von einer auswärtigen Macht bekam, für sich verwendet hat. Zur Zeit befindet er sich in einer Nervenheilanstalt in Süddeutschland."

Hildebrandt war also entweder wie der ehemalige amerikanische Kriegsminister Forrestal gleichfalls das Opfer seiner eigenen faustdicken Lügen geworden, oder — was wahrscheinlicher war — er mußte auf Geheiß des CIC hinter sicheren Irrenhausmauern verschwinden,

um nicht aus der Schule plaudern zu können. Die zweite Version wurde besonders durch eine Erklärung Tillichs unterstrichen, daß Hildebrandt „leberkrank" sei und sich „auf Krankheitsurlaub" befinde. Wie absurd diese Erklärung war, erkennt jedermann, da allgemein bekannt ist, daß man zur Ausheilung einer Lebererkrankung nicht in ein Irrenhaus eingeliefert wird.

Nachdem auf solche Art die Verhältnisse innerhalb der KgU geklärt worden waren, gingen Tillich und Gerd Baitz daran, den ihnen vom amerikanischen Geheimdienst erteilten Auftrag in die Tat umzusetzen.

Ende 1951 gründete Gerd Baitz die seiner Abteilung unterstehende „Administrative Störstelle".

Über die Aufgaben dieser sogenannten Administrativen Störstelle schrieb später der KgU-Pressechef in seinem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe":

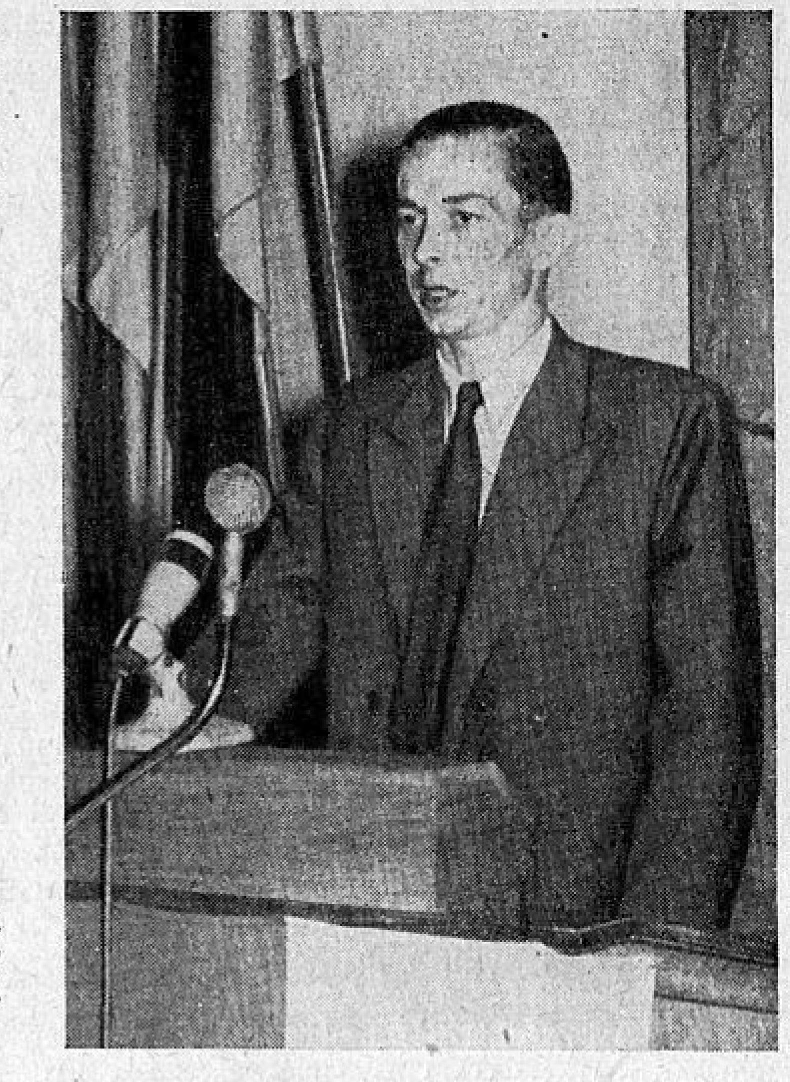
> Es kam darauf an, beispielsweise den Abschluß der Kollektivverträge, die Erhöhung der Produktionsziffern oder gegenwärtig die Bildung der Produktionsgenossenschaften zu verzögern. Es kam schließlich darauf an, den Staatsapparat einschließlich des Staatssicherheitsdienstes dauernd in Unruhe zu halten, ihn leerlaufen zu lassen und das Mißtrauen der Funktionäre untereinander bewußt so zu steigern, daß sie sich gegenseitig zerfleischen.

Diese „Administrative Störstelle" wandte vor allem die Methode der Fälschung an. Systematisch wurden alle erreichbaren Schriftstücke durch Agenten in Betrieben und Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik gestohlen, um an Hand dieser Unterlagen Briefköpfe und Unterschriften leitender Funktionäre des Staatsapparates, des Wirtschaftsapparates, der Parteien und der Massenorganisationen fälschen zu können.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Rupprecht Wagner erklärte dazu auf der internationalen Pressekonferenz am 20. Oktober 1955:

> „Die operative Aufgabe dieser Abteilung besteht darin, Organisationen, Verwaltungsdienststellen, volkseigene Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, Handelszentralen und andere Institutionen pausenlos mit Fälschungen zu überschütten. Die Abteilung wurde so leistungsfähig ausgebaut, daß seit Frühjahr 1955 monatlich 300 bis 400 verschiedene Arten von Fälschungen zum Versand kommen. Als Vorlagen für Fälschungen werden sogar Postsendungen benutzt, die von ausländischen Handelspartnern an die Handelsorgane der DDR gerichtet sind."

„Da entschloß ich mich, freiwillig in die DDR zu gehen und mich den Sicherheitsorganen, ohne Rücksicht auf die sich für mich daraus ergebenden Folgen, zu stellen."



Herr Rupprecht Wagner bei der Abgabe seiner Erklärung auf der Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin

Um den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, wird seit dieser Zeit auch von der KgU systematisch versucht, Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Westdeutschland und Westberlin abzuwerben. Hierbei ging die „Administrative Störstelle" auch zum individuellen Terror über. Über die dabei angewandten Methoden berichtete Rupprecht Wagner auf der gleichen Pressekonferenz:

> „So werden zum Beispiel Angehörigen der Intelligenz anonyme Warnungen zugestellt, daß wegen angeblich feindlicher Äußerungen auf der Arbeitsstelle ihre Verhaftung bevorstehe. Damit versucht man, eine Angstpsychose zu erzeugen und zu erreichen, daß sie nach Westberlin fliehen. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Versendung von Stellenangeboten, die in westdeutschen Zeitungen erscheinen. Baitz erließ die Anordnung an alle Sachgebietsleiter, besonderes Augenmerk auf qualifizierte Techniker,

Ingenieure, Betriebsleiter usw. zu legen, um durch deren Flucht eine möglichst langfristige Produktionsstörung zu erzielen. Mit diesen hinterhältigen Betrügereien und Fälschungen soll eine systematische Republikflucht erreicht werden. Viele Personen, die auf diese Fälschungen hereinfielen und sich zur Flucht verleiten ließen, müssen wegen der nicht vorhandenen Arbeitsstellen in Flüchtlingslagern hausen und sind gezwungen, sich als billige Arbeitskräfte ins Ausland zu verkaufen."

Zugleich mit der Einrichtung der sogenannten Administrativen Störstelle entwickelte Gerd Baitz einen Plan zur Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik durch Sabotage- und Diversionsakte. Es wurden Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnbrücken, Werkanlagen, Kanalschleusen und auf das Energienetz organisiert.

Zu diesem Komplex führte der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner auf der schon mehrfach erwähnten Pressekonferenz folgendes aus:

„Nach dem Sachgebietsleiter Berlin-Brandenburg erhielten im Frühjahr 1952 auch alle anderen Sachgebietsleiter den Auftrag, derartige Diversionsakte vorzubereiten und durchzuführen. Im Zusammenhang mit dieser Anweisung ist mir bekannt geworden, daß der Chemiker Kaiser beauftragt wurde, 500 Sprengbüchsen und eine gleiche Anzahl Thermitsätze und Phosphorampullen jeder Größe herzustellen sowie verschiedenartige Säuren zur Zerstörung von Maschinen und Transformatoren. Alle Sachgebietsleiter wurden angewiesen, die von Kaiser angefertigten Diversionsmittel an ihre zuverlässigsten V-Leute auszugeben und ihren Einsatz zu veranlassen."

Das „chemisch-technische Laboratorium" der KgU, das kurze Zeit nach der Gründung der „Abteilung II b" eingerichtet worden war, hatte nicht nur Fälschungen vorzunehmen und Sprengmittel, Brandbomben und Thermitsätze zu produzieren, sondern auch Gift herzustellen.

Über die Verwendung dieses Giftes gab Rupprecht Wagner den deutschen und ausländischen Pressevertretern Auskunft:

„Mitte 1952 entwarf Baitz den verbrecherischen Plan, leitende Personen des öffentlichen Lebens, bekannte Persönlichkeiten und Regierungsmitglieder der DDR durch Gift zu beseitigen. Zu diesem Zweck ließ er im Labor, das sich zu dieser Zeit in der Kaiser-Wilhelm-Straße 9 befand, ein Kontaktgift herstellen. Dieses Gift, so sagte Baitz, hat die Eigenschaft, bereits durch das Berühren mit den Fingerspitzen gesundheitliche Störungen hervorzurufen,

die sich steigern und durch Beschädigung des Rückenmarks zu Bewußtseinsstörungen und schließlich zum Tode führen. Zur Anwendung dieses Giftes waren bereits alle Vorkehrungen getroffen worden. Mit diesem Kontaktgift versehene Schreiben, Bittgesuche und Eingaben lagen bereit, um an führende Personen des öffentlichen Lebens und an Regierungsmitglieder verschickt zu werden."

Die der KgU vom amerikanischen Geheimdienst zur Verfügung gestellten Geldmittel wurden zum größten Teil nun von der „Abteilung II b", die seit Sommer 1952 „Abteilung VII" genannt wird, verbraucht, und die Verbrechen, die Gerd Baitz geplant hatte, waren in einem solchen Umfang organisiert worden, daß selbst in Westberlin und Westdeutschland immer mehr empörte Stimmen gegen die KgU laut wurden.

So erklärte auf einem Treffen der Evangelischen Jugend im Oktober 1952 Kirchenpräsident D. Niemöller:

„Ich halte diese Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für eine Verbrechergruppe. Ich halte die Leute für Verbrecher, die andere Leute anstiften und für sich arbeiten lassen, obwohl sie wissen, daß diese Leute geschnappt und eingesperrt werden."

Unter dem Druck der ehrlichen Mitglieder sah sich der Berliner Landesvorstand der SPD gezwungen, Tillich aus der Partei auszuschließen. Um diesen Ausschluß auf das rein politische Gleis zu schieben, ließ Tillich der Presse eine Stellungnahme zugehen, die sein Renommee in den Augen der Einpeitscher der Remilitarisierungspolitik heben sollte. So erschien im „Montags-Echo" vom 24. November 1952 folgende Notiz:

„Tillich zu unbequem
Berlin (AP). In einer Stellungnahme der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' zu den gegen sie hauptsächlich von der SPD-Presse erhobenen Angriffen wird der Ausschluß Ernst Tillichs aus der SPD mit dessen stetigem Eintreten für den Generalvertrag und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erklärt."

Wenige Tage zuvor, am 6. November 1952, hatte der Westberliner „Telegraf" unter der Überschrift „Der Weg der Kampfgruppe" versucht, sich von der KgU zu distanzieren. Der „Telegraf" wies darauf hin, daß er seit zwei Jahren die KgU nicht erwähnt habe, weil er dazu berechtigte Gründe habe. Einer dieser Gründe sei:

„In den letzten Monaten mehrten sich Anzeichen dafür, daß Mitarbeiter der Kampfgruppe über den bisherigen Arbeitsbereich

> hinaus zu Aktionen schritten oder sich mit solchen brüsteten, die überhaupt nicht mehr im Aufgabenbereich einer politischen Kampforganisation ... liegen können."

Und doch hatte zu Anfang des Jahres 1952 Dr. Reuter, der ja immerhin zum SPD-Vorstand gehörte, Tillich wärmstens dem amerikanischen Geheimdienst empfohlen, wie aus folgendem Brief hervorgeht:

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER
VON BERLIN

Geschäftszeichen SKal. IV 1 — (1) BERLIN-SCHÖNEBERG, DEN 26.3.1952
RUDOLPH-WILDE-PLATZ
FERNRUF

An die

Public, Safety Division
HICOG , Berlin Element
zu Hd. von Mr. Muhlman
Berlin-Zehlendorf
Clayallee 170

Zu der von Ihrem Herrn K a h l erbetenen Auskunft über Herrn Ernst T i l l i c h bemerke ich, daß ich ihn und seine Arbeit seit etwa 5 Jahren kenne. Ich habe danach keinen Anlass an seiner politischen Integrität zu zweifeln und hätte keine Bedenken, wenn ihm als politischen Leiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit eine Lizenz zur Herausgabe von Druckerzeugnissen erteilt würde.

Reuter
(Dr. Reuter)

Professor Reuter hatte ja schließlich auch keinerlei Bedenken gegen Hildebrandt und auch keine Bedenken gegen die Gründung von Traditionsverbänden der Waffen-SS geäußert. Wohl hatte das CIC bereits im August 1952 erwogen, Ernst Tillich aus Gründen, die wir später ausführlich darlegen werden, seines Postens als Leiter zu entheben, damit der eigentliche Leiter der KgU, Gerd Baitz, seine Aufträge um so ungestörter durchführen konnte. Doch mußte es jetzt

Tillich rein aus Prestigegründen halten. Es überließ aber Tillich allein die Mühe, sich der schweren — und wie das CIC wußte — äußerst berechtigten Vorwürfe zu erwehren. Tillich versuchte dann auch, sich mit einem Artikel im „Tagesspiegel" vom 14. Dezember 1952 reinzuwaschen. In diesem Artikel biederte er sich zugleich an:

> „Fast die einzigen, die in gleicher Richtung (wie die KgU; d. Red.) arbeiteten, waren damals der RIAS und das Ostbüro der SPD ... Die Kampfgruppe selbst hat diese Spezialisierung bewußt gefördert. Es hat sich aber bisher niemand gefunden ..., der eine auch in den Einzelheiten allen gemeinsame Konzeption proklamiert hätte."

Weiter beklagte sich Tillich bitterlich in diesem Artikel darüber, daß niemand für die Methoden der KgU „Verständnis findet":

> „Doch was ist statt dessen geschehen? Es ist nicht erforderlich, in der Öffentlichkeit auf die Verleumdungen einzugehen, die gewisse Kreise auch im Westen ... kolportieren; man wird nicht mit denen rechten können, die ihr eigenes Ansehen in der Sowjetzone verspielt und nun aus Eifersucht vom ‚Dilettantismus' und ‚Geltungsbedürfnis' der Kampfgruppe reden."

Daß die KgU nach wie vor ihre verbrecherischen Methoden fortzusetzen gedachte, geht dann aus folgendem Satz hervor:

> „Die Kampfgruppe schließt sich völlig denen an, die vor ... nutzlosen Propagandaaktionen warnen ..."

Und das tat die „Abteilung VII" dann auch, indem sie ihre Diversionsakte gegen die Deutsche Demokratische Republik fortsetzte.

Im Winter 1953/54 ging das sogenannte Notaufnahmeverfahren aus der Hand des Westberliner Senats vollends in die der Bonner Regierung über. Damit entfielen die der KgU durch den Westberliner Senat für die „Gutachten über politische Flüchtlinge" gezahlten Gelder, so daß die KgU eine Umstellung in der Finanzierung ihrer „Vernehmerabteilung" vornehmen mußte. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" wollte auf diese Abteilung nicht verzichten, da sie ja sowohl der KgU als auch dem CIC neue Agenten zutrieb, wie aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" Nr. 33 vom August 1952 hervorgeht. Um den „Vernehmerapparat" zu erhalten, schlug Baitz seinen amerikanischen Auftraggebern vor, die bisherige „Flüchtlingsbefragung" völlig umzustellen und selbständige, mit den „Vernehmern" besetzte Referate zu bilden, die in absehbarer Zeit unter Anleitung der „Abteilung VII" ebenfalls operativ — vor allem auf dem Gebiet

der „administrativen Störungen“ — gegen die Deutsche Demokratische Republik arbeiten könnten.

Das CIC billigte sofort Baitz’ Vorschlag und stellte zusätzliche Mittel zur Verfügung, mit denen der ehemalige „Vernehmerapparat“ finanziert wurde. Ungefähr ab November 1954 begannen diese Referate ihre aktive Hetz- und Terrortätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Seit diesem Zeitpunkt sind sie auch vollends der „Abteilung VII“ — also Gerd Baitz — untergeordnet, für die sie bis dahin lediglich Hilfsdienste geleistet hatten.

Somit ergibt sich gegenwärtig folgendes Organisationsschema der KgU: Mit Ausnahme der „Allgemeinen Verwaltung“ sind sämtliche Abteilungen und Referate des „Stammhauses“ in der Ernst-Ring-Straße einzig und allein der „Abteilung VII“ und damit Gerd Baitz direkt unterstellt. Sofern sie nicht unmittelbar an den Anschlägen gegen die Deutsche Demokratische Republik beteiligt sind, haben sie ohne jede Ausnahme mittelbar Vorarbeiten zur Organisierung dieser Anschläge zu leisten.

Daraus ergibt sich, daß wohl Ernst Tillich dem Namen nach der Leiter der KgU ist, die KgU jedoch faktisch von Gerd Baitz geleitet wird.

3. Die imperialistische Ideologie von Mord und Terror

Kalter Krieg — Verschwörung gegen den Frieden

Der Krieg in Europa war gerade beendet, die vom Faschismus gepeinigten und getretenen Menschen atmeten auf, sie hofften auf einen dauerhaften Frieden, der ja auch durch das Potsdamer Abkommen gewährleistet schien.

Aber die imperialistischen und militaristischen Kreise in den USA, in Großbritannien und Frankreich hatten anderes im Sinn. Mit wirtschaftlichen und politischen Drohungen, provokatorischen Herausforderungen und auch mit brutaler Gewalt versuchten sie, andere Länder unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen.

Diese aggressive Politik wurde sehr bald den Völkern als „Politik der Stärke“ ein Begriff. Die Verfechter der „Politik der Stärke“ beabsichtigen, die imperialistische Weltherrschaft zu errichten, alle fortschrittlichen, demokratischen und nationalen Bewegungen zu zerschlagen, die Arbeiterbewegung zu terrorisieren. Das bedeutet

schließlich: Die „Politik der Stärke“ zielt auf einen Krieg gegen die Länder des sozialistischen Lagers und gegen die antiimperialistischen Nationalstaaten hin.

Ausdruck dieser friedensfeindlichen Politik ist die Vergiftung der politischen Atmosphäre durch eine vorsätzlich erzeugte Kriegspsychose, wahnsinnige Aufrüstungen und das Errichten von amerikanischen Militärstützpunkten auf fremden Territorien. Wo sich nur irgendeine Möglichkeit bot, die Völker gegeneinander aufzuhetzen und Mißtrauen unter sie zu säen, wurde diese ausgenutzt oder künstlich eine gespannte Lage geschaffen. Es entstanden aggressive Militärblocks unter dem Kommando der USA, wie der Nordatlantikpakt, die Westeuropäische Union, die SEATO und der Bagdad-Pakt. Und all das nannten sie den Kalten Krieg, dessen Hauptstoßrichtung stets eindeutig gegen die Länder des sozialistischen Lagers wies. Als einzigen Vorwand dafür hatten die Verfechter des Kalten Krieges nur die abgeleierte Goebbelssche Lüge von der „kommunistischen Bedrohung“ zur Hand.

Es sei hier nur an die Begründung des Wehrpflichtgesetzes erinnert, die Dr. Adenauer dem Bonner Bundestag gab:

> „Schutz unserer Freiheit und Schutz unserer Heimat und Schutz Europas vor dem vordrängenden Sowjetrußland, das Europa haben will.“

Gerade dieser total verlogene Ausspruch zeigt, daß man die deutschen Imperialisten und Militaristen, deren Exponent ja der Bundeskanzler ist, wiederum zu den aktivsten Einpeitschern des Krieges zählen muß. Sie sind genauso wie ihre Partner in Übersee daran interessiert, Westdeutschland zu einem Stützpunkt des Nordatlantikpaktes auszubauen, von dem aus sie versuchen wollen, die Aggression gegen die Länder des sozialistischen Lagers zu beginnen. Mitten durch Deutschland läuft ja die Grenze zwischen den beiden Weltlagern. Niemand kann es daher in Erstaunen setzen, daß sich der Kalte Krieg vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik richtet; denn sie ist das am weitesten nach Westen vorgeschobene Land des sozialistischen Lagers. Mehr und mehr wirkt das Beispiel der DDR, strahlen die von den Werktätigen in unserer Republik erzielten Erfolge nach Westdeutschland, aber auch nach Westeuropa aus. Und deshalb versuchen die deutschen und vor allem die amerikanischen Imperialisten, die Deutsche Demokratische Republik durch Spionage und Sabotage, mit Brandstiftungen und Diversion, durch Mord und Terror sturmreif zu machen.

Denn Kalter Krieg bedeutet auch: Spionage und Sabotage, Brandstiftung und Diversion, Mord und Terror.

Diese Definition des Begriffes „Kalter Krieg“ gab die „New York Times“ vom 6. März 1953:

> Kalter Krieg, das heißt: „Ausbildung, Bewaffnung und Plazierung von Spionen, Saboteuren und Guerillas, die innerhalb und außerhalb des ‚Eisernen Vorhanges‘ Aktionen ausführen, die mit großen Verlusten an Menschen, Material und Geld verknüpft sind.“

Was damit erreicht werden soll, gab das amerikanische Blatt „Wallstreet Journal“ gleichfalls am 6. März 1953 unumwunden zu:

> „Solche Aktionen, wie die Verbreitung von Gerüchten, das Einschmuggeln von Waffen und die Organisierung von ‚Volks‘aufständen tragen das wohlerwogene Risiko eines Krieges in sich.“

Daß die Organisierung von „Volks“aufständen (vom „Wallstreet Journal“ sinnigerweise selbst in Anführungszeichen gesetzt) nicht nur der Wunschtraum irgendwelcher Zeitungsschreiber, sondern einer der wichtigsten Züge der Strategie des Kalten Krieges ist, haben die Ereignisse in Ungarn allen Menschen gezeigt, wo sich „Revolutionäre“ und „Freiheitskämpfer“ nennende Faschisten die Freiheit und die sozialistischen Errungenschaften mit Füßen traten und die Menschen brutal niedermetzelten, die ihr Leben lang für die Freiheit des ungarischen Volkes vom Joch des Imperialismus und Faschismus eingetreten sind.

Das Risiko eines Krieges haben also die deutschen und amerikanischen Imperialisten „wohlerwogen“ oder — wie es in ihrer Sprache heißt — einkalkuliert: Von den in den Agentenzentralen und Spionageorganisationen investierten Summen versprechen sie sich riesige Profite durch einen dritten Weltkrieg. Aus dem Blut der Völker wollen sie wieder einmal Gold schlagen.

Wie groß allein die amerikanischen „Investitionen“ in diesem blutigen Geschäft sind, verriet ungewollt die westdeutsche Zeitung „Rheinische Post“ bereits am 1. September 1951:

> „In der Auslandshilfe (der USA; d. Red.) ist ein sorgfältig verschleierter Posten in Höhe von 159 Millionen Dollar enthalten, der für antikommunistische Aktionen in Europa vorgesehen ist. Einzelheiten werden streng geheimgehalten.“

Die Zurückhaltung der Zeitung „Rheinische Post“ war eigentlich völlig unnötig, denn Einzelheiten über diese große Verschwörung gegen

den Frieden hatte die „U. S. News & World Report“ bereits am 9. April 1948 der Weltöffentlichkeit bekanntgegeben:

> „Der Plan X sieht die Bildung von Mordkommandos unter amerikanischer Leitung vor. US-Agenten müssen mit Fallschirmen in Osteuropa abgesetzt werden ...“

Und auch der Major im amerikanischen Geheimdienst, F. Raschberg, hatte auf einer Geheim-Konferenz des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen der Bundesrepublik diese Pläne schon vor der Veröffentlichung in der „Rheinischen Post“ erläutert. Major Raschberg erklärte auf dieser Konferenz:

> „Wir knausern nicht mit Millionen für den Kampf gegen den ostdeutschen Staat.“

Die „Rheinische Post“ hätte auch deshalb keinerlei Zurückhaltung zu üben brauchen, weil der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sich ja schon am 5. April 1951 vor dem Bonner Bundestag bereit erklärt hatte,

> „Anreger und Helfer für alle Verbände, Organisationen und Institutionen zu sein, die bereit sind, ihre Tagesarbeit unter das Gesetz der Zurückweisung des Kommunismus zu stellen. Ihnen haben wir in großem Umfange das nötige Rüstzeug zur Verfügung gestellt.“

Zu den Organisationen, die dieses „Rüstzeug“ erhalten und ganz nach der imperialistischen Ideologie von Mord und Terror handeln, gehört auch die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Sieht man von der phrasenhaften Bemäntelung ab, mit der die KgU versucht, ihre Mittäterschaft an der Verschwörung gegen den Frieden zu vertuschen, so sind doch folgende Zeilen aus einem Vortrag, den Tillich anläßlich des vierjährigen Bestehens der KgU am 15. Dezember 1952 hielt, äußerst aufschlußreich:

> „Politische Führung heute, heißt Seelenführung im Kalten Krieg. Mancher, der den Weg der Kampfgruppe seit ihrem Beginn im Jahre 1948 mitgegangen ist, ist sicher oftmals erschrocken über die Größe der Aufgabe, die ihr zugewachsen war.“

In etwas verständlicherem Deutsch versuchte die „Stuttgarter Zeitung“ am 13. Juli 1955 ihren Lesern darzulegen, um welche Aufgaben es sich handelt, über die angeblich „mancher, der den Weg der KgU seit ihrem Beginn mitgegangen ist, erschrocken“ ist.

> „Die Koppelung der Begriffe ‚KgU‘ und ‚kalter Krieg‘ ist nämlich symptomatisch für die Wandlung der Arbeit dieser Organisation ...“



STUTTGARTER ZEITUNG

Mittwoch, 13. Juli 1955

Die Koppelung der Begriffe „KgU“ und „kalter Krieg“ ist nämlich symptomatisch für die Wandlung der Arbeit dieser Organisation in der Zeit ...

Zwischen „politischer Seelsorge“ und Geheimdienst

Von unserer Berliner Redaktion

... womit sich die KgU jedoch schon von ihrer ursprünglichen Idee entfernte und sich auf ein Gebiet begab, auf dem sich die Grenzen zwischen Widerstand und Sabotage, zwischen Nachrichtenbeschaffung und Spionage verwischen

Die KgU begab

> „sich auf ein Gebiet . . ., auf dem sich die Grenzen zwischen Widerstand und Sabotage, zwischen Nachrichtenbeschaffung und Spionage verwischen . . .“

Noch deutlicher aber drückte sich die Westberliner Zeitung „Der Abend“ am 21. Mai 1954 aus, als sie kurz und bündig von der „Kampfgruppe f ü r Unmenschlichkeit“ sprach. Ob gewollt oder ungewollt: Hier wurde die KgU einmal bei ihrem richtigen Namen genannt; denn eine von den Geldern des amerikanischen Geheimdienstes und seiner reaktionären, militaristischen Hintermänner ausgehaltene Organisation, die sich ganz der Verschwörung gegen den Frieden verschrieben hat, kann nur als eine Kampfgruppe f ü r Unmenschlichkeit bezeichnet werden.

Die KgU — ein Werkzeug der Aggressoren

Am 23. Oktober 1952 veröffentlichte der Westberliner „Tagesspiegel“ einen Artikel Tillichs mit der Überschrift „Zur Strategie der Befreiung“. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

> „Wir müssen heute den Mut aufbringen, uns einzugestehen, daß sich in dem gegenwärtigen Stadium kommunistischer Macht-

konsolidierung die Sowjetzone nicht aus eigener Kraft befreien kann."

Tillich spricht also hier von der „Befreiung der Sowjetzone". Knapp ein Jahr später benutzte auch Dr. Adenauer diesen Begriff. Am 7. September 1953, dem Tag nach den Bundestagswahlen, erklärte er:

> „Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir sollten aber lieber sagen: Befreiung."

Was sich Adenauer und seine Koalitionspartner, was sich das amerikanische Kriegsministerium, sein Geheimdienst und die KgU unter dem Begriff „Befreiung" vorstellen, hat der Vizepräsident des Bonner Bundestages, Dr. Jäger (CDU), auf dem Lübecker Deutschlandtag der „Jungen Union" im Frühjahr 1956 mit beispiellosem Zynismus dargelegt. Auf die Frage eines westdeutschen Jugendlichen, wie man sich die Befreiung Ostdeutschlands eigentlich vorstelle, da doch dort die Menschen ihre demokratischen Errungenschaften nicht aufgeben würden und deshalb Gewalt angewendet werden müsse, antwortete Jäger:

> „In einem Kriege kann man nicht danach fragen, wer einem gegenübersteht. Hier gilt es zu kämpfen und zu schießen!"

Das Wort „Befreiung" im Munde der Bonner NATO-Politiker und im Munde des Leiters einer amerikanisch gelenkten Spionage- und Terrororganisation bedeutet nichts anderes als Brudermord und Aggression.

Das ist absolut nichts Neues. Sprach nicht Hitler schon von „Befreiung"? Hat er nicht Österreich „befreit"? Hat er nicht die Tschechoslowakei „befreit"? „Befreite" er nicht Polen, Ungarn, Rumänien, um ein „freies" Europa zu schaffen?

Wie es um diese „Befreiung" dann bestellt war, das wissen nicht nur die Deutschen, sondern alle Völker Europas allzu genau. Es ist auch zur Genüge bekannt, wie diese „Befreiung" vorbereitet wurde; denn auch der Begriff „5. Kolonne" ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt zu einem feststehenden, jedem verständlichen und jedem ehrlichen Menschen verhaßten Begriff geworden. Eine solche faschistische 5. Kolonne zu schaffen, ist vor allem die Aufgabe der KgU, die sie zur Vorbereitung der von der NATO geplanten Aggression gegen die Länder des Friedens erfüllen soll. Der Auftrag lautet nicht, irgendwo eine solche 5. Kolonne zu bilden. Er ist ganz

präzis gestellt: Sie soll in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert werden.

In einem Vortrag, den ein Verfechter der NATO-Politik und -Strategie, der holländische Prof. Dr. Dr. Peeters, aus Anlaß des vierjährigen Bestehens der KgU am 15. Dezember 1952 in Westberlin hielt, wird sogar erläutert, wie diese 5. Kolonne aufgebaut werden soll, die im Augenblick der Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik den Verteidigern des Arbeiter-und-Bauern-Staates in den Rücken fallen soll:

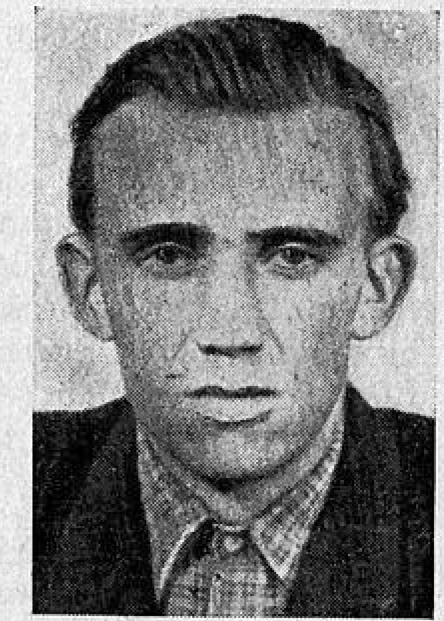
> „Hier können die Kriegserfahrungen ... des zweiten Weltkrieges herangezogen werden, mit zwei Korrekturen allerdings:
>
> 1. daß wir jetzt nicht im Kriege sind;
> 2. daß diese Methode den neuen Lebensbedingungen hinter dem Eisernen Vorhang angepaßt werden muß.
>
> Die Kriegserfahrungen deuten darauf hin, daß eine geheime Massen-Partisanenbewegung auf die Dauer nicht zu halten ist. Die Heranschaffung von Lebensmitteln und Munition, Medikamenten, Transportmitteln usw. bringt große Schwierigkeiten, die alles leicht zum Platzen bringen können.
>
> Eine solche Organisation darf nur dann einsatzbereit sein, wenn eine militärische Intervention von draußen unmittelbar bevorsteht. Inzwischen muß sie sich von jeder großgeplanten Initiative — auch Teilinitiative — am besten zurückhalten. Sie muß aber existieren und ohne bürokratischen Ballast passiv bleiben, um nur in Zusammenarbeit mit draußen aktiv zu werden."

Es gibt zahlreiche Fakten, die eindeutig beweisen, daß die KgU auch Maßnahmen im Sinne dieser verbrecherischen Weisungen trifft. Aus der Fülle des Materials, das den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik bekannt ist, sollen nur einige Beispiele genannt werden.

1951 warb der KgU-Hauptagent Kurt Baitz (Decknamen: Meißner, Schubert, Thal), der Vater des stellvertretenden Leiters der KgU und Leiters der „Abteilung VII", Gerd Baitz, den Agenten Reinhard Weitling (Deckname: Bastmann), geboren am 5. Mai 1929, früher wohnhaft in Eberswalde, Eisenbahnstraße 53, an.

Dieser erhielt 1953 von der KgU Nachschlüssel für Hoch- und Niederspannungsstationen sowie für Umspannwerke mit dem Auftrag ausgehändigt, sich davon zu überzeugen, ob diese Nachschlüssel zum Eindringen in die Stationen geeignet seien. Nach einer vom Hauptagen-

ten Kurt Baitz gegebenen Anweisung sollten diese Stationen zu einem „bestimmten Zeitpunkt“ — dem Kriegsfall! — von KgU-Agenten mit diesen Nachschlüsseln geöffnet und in die Luft gesprengt werden. Weitling sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus, daß Kurt Baitz etwa 60 Paare solcher Nachschlüssel besaß, die an Diversanten ausgegeben und von ihnen bis zum Einsatzbefehl aufbewahrt werden sollten.



Agent Reinhard Weitling, Deckname: Bastmann

<u>Frage:</u> Haben Sie derartige nachgemachte Schlüssel von dem Hauptagenten " SCHUBERT " erhalten ?

<u>Antwort:</u> Ja ! " SCHUBERT " übergab mir als Fachmann 2 derartige Schlüssel, die für meine kommende Tatigkeit innerhalb der " Kampfgruppe " nach den Worten des " SCHUBERT " von großer Wichtigkeit sein sollen.

<u>Frage:</u> Was meinte " SCHUBERT " damit, von " großer Wichtigkeit " ?

<u>Antwort:</u> Durch die Aussprache mit " SCHUBERT " erkannte dieser, dass ich auf dem Gebiet der " Energie" qualifiziert bin. Durch diese Schlüssel bin ich als Fachmann in der Lage, ungehindert Zerstörungen der Analagen bezw. Ausschaltungen vorzunehmen. Die Übergabe der Schlüssel an meine Person erfolgte mit dem Hinweis, dass sie für den Tag " X " von großer Wichtigkeit sind.

<u>Frage:</u> Was war mit dem Tag " X " gemeint ?

<u>Antwort:</u> Aus der Unterhaltung mit " SCHUBERT " war zu entnehmen, dass der Tag - " X " - dazu bestimmt ist, einen Generalstreik zu organisieren.

Reinhard Weitling

Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll des Weitling



Bandenführer Heinz Lumma aus Eisleben

Noch aufschlußreicher sind die Aussagen des KgU-Agenten Heinz Lumma, geboren am 7. Mai 1917, eines ehemaligen Angestellten beim Rat der Stadt Eisleben, bisher wohnhaft in Eisleben, Spangenbergstraße 22. Lumma war der Anführer einer KgU-Agentengruppe, die im Mansfelder Land ihr verbrecherisches Unwesen trieb und ihre Aufträge vom KgU-Hauptagenten Richard Hennig (Decknamen: Rux, Weber) erhielt, der das „Sachgebiet Sachsen-Anhalt" in der „Abteilung VII" leitete.

Bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik schilderte Lumma, daß er Ende Juli 1953 mit dem Agenten Waldemar John nach Westberlin fuhr und dem KgU-Hauptagenten Hennig in einer Privatwohnung in Berlin-Lichterfelde-West, Potsdamer Straße 31, über die Ereignisse des 17. Juni 1953 in Eisleben berichtete. In der Unterredung erklärte Hennig, daß der Tag X am 17. Juni 1953 vorzeitig ausgelöst werden mußte, da der neue Kurs der Regierung der DDR dazwischengekommen sei. Eigentlich wäre der Tag X für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen gewesen.

Weiterhin sprach Hennig davon, daß ein neuer Tag X vorbereitet werden müsse und es nun darauf ankomme, einen gewissen Kaderstamm bestehen zu lassen, der künftig keine Diversions- und Sabotageakte durchführen solle, um sich nicht zu gefährden. Dieser Kaderstamm solle nach außen hin versuchen, fortschrittlich zu sein, fachlich gut zu arbeiten und Vertrauen in der Bevölkerung zu erwerben.

Zu diesem neuen Tag X führte Hennig noch aus, daß an dem Tage, wo mit Gewalt die „Einheit Deutschlands" hergestellt werden solle, dieser Kaderstamm die Funktionen in den Verwaltungen übernehmen würde. Auf die Frage, ob Hennig darüber gesprochen hätte, von welcher Seite der Tag X am 17. Juni 1953 ausgelöst wurde, antwortete Lumma:

> „Ja, ich habe Rux (also Hennig; d. Red.) danach gefragt, wer den Tag X ausgelöst hat. Er konnte mir jedoch keine klare Antwort darauf erteilen. Aus seinen Reden konnte ich jedoch entnehmen, daß die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit keine unwesentliche Rolle dabei gespielt hat. Er gab noch zu verstehen, . . . daß

man zukünftig derartige Aktionen sorgfältiger vorbereiten müsse."

Wie diese Aktionen vorbereitet werden, macht der Auftrag deutlich, den die KgU-Agentengruppe, die Lumma anführte, von der Zentrale erhielt: Sie sollte in der Nähe des Harzstädtchens Wippra geeignete Plätze zum Abwurf von Waffen, Munition und Verpflegung ausfindig machen. Diese Ausrüstungsgegenstände sollten von amerikanischen Flugzeugen mit Fallschirmen abgeworfen werden und Lumma und seine Komplicen in die Lage versetzen, am Tage X die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik von innen her zu unterstützen. Die Agenten Trempenau und Spalting fertigten auch entsprechende Lageskizzen und Berichte an, die an die KgU-Zentrale weitergegeben wurden.

Ein ehemaliger KgU-Agent, der durch einen Gnadenerweis der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik inzwischen aus der Haft entlassen wurde, sagte bei seiner Vernehmung über einen Besuch beim KgU-Hauptagenten Gerhard Bruhn (Decknamen: Stark, Schultze) in der KgU-Zentrale, Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2—4, aus:

„... Schultze erläuterte mir dann allgemein, was die KgU will, und zwar, daß sie für die Wiedervereinigung Deutschlands kämpft ... Im weiteren Verlauf der Unterhaltung sprach Schultze davon, daß bald ein Krieg kommen muß und daß die KgU den Krieg brauche und auch will. Die Frau des Schultze unterstützte die Ausführungen ihres Ehemannes und sagte, daß nur durch einen Krieg die Ostgebiete zurückerobert werden könnten."

Weshalb braucht die KgU den Krieg? Für wen sollen „die Ostgebiete durch einen Krieg zurückerobert werden"? Wer hat überhaupt in Deutschland ein Interesse an einem Krieg? Etwa die Arbeiter? Oder die Bauern? Oder die Wissenschaftler, die Frauen, die Mütter? Niemand von ihnen will einen Krieg. Kein Werktätiger will durch Brudermord die Einheit unseres Vaterlandes hergestellt wissen. Keine Mutter will ihren Sohn für die Weltherrschaftspläne amerikanischer und deutscher Imperialisten sinnlos sterben sehen. Denn nur zur Befriedigung der Ausbeutungs- und Machtgelüste dieser Monopolisten sollen „die Ostgebiete zurückerobert werden". Nur deshalb wurde die NATO zusammengezimmert: Durch einen neuen Krieg wollen diese Finanzhaie ihre Weltherrschaft zurückerobern!

„Der Kommunismus muß zerstört werden ... Wir müssen mit Tiefschlägen loshauen ... Krieg! So schnell wie möglich! Jetzt!"

So formulierte der ehemalige amerikanische Militärattaché in Moskau, Generalmajor Robert Grow, in seinem Tagebuch diese Zielsetzung. Und dabei soll auch die KgU schmutzige Handlangerdienste leisten. Sie hat die Vorbereitungen für eine Aggression nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik mit zu organisieren, sondern auch gegen die anderen Länder des Sozialismus.
So wies Tillich bereits in einem Artikel im „Tagesspiegel" vom 23. Oktober 1952 darauf hin, daß eine Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik nur dann Sinn habe, wenn die Aggressoren weiter nach Osten vordringen würden und sich dabei auf die 5. Kolonne stützen könnten:

> „Ein aktiver Befreiungskampf in der Ostzone kann nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig die Befreiungskräfte in den anderen unterdrückten Staaten, in der Sowjetunion und der Sowjetarmee mobilisiert werden."

Zwei Monate später, am 15. Dezember 1952, erläuterte Tillich dann in seinem Vortrag über „Psychologische Kriegführung", welche Aufgaben der KgU vom amerikanischen Geheimdienst — sowohl vom CIC als auch vom MID — in dieser Richtung gestellt wurden:

> *Die psychologische Kriegführung in der SBZ verlangt, daß wir auch die nun einmal in der Sowjetzone Deutschlands befindlichen russischen Soldaten einbeziehen.*

Und weiter:

> **Noch schwerer dürfte dieses Problem gegenüber den Polen und gegenüber den Tschechen sein. Auch hier muß eine Pionierarbeit auf dem Gebiet der psychologischen Kriegführung geleistet werden.**

Wie sich die KgU diese „Pionierarbeit" vorstellt, geht aus den Ausführungen des ehemaligen KgU-Hauptagenten Wagner auf der Pressekonferenz des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR vom 20. Oktober 1955 hervor:

> „Er erklärte (gemeint ist der Leiter der ‚Abteilung VII', Gerd Baitz; d. Red.), daß er nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ein sogenanntes Informationszentrum an der polnischen

Grenze einrichten werde, um von dort aus den polnischen und sowjetischen Raum ‚nachrichtendienstlich' zu durchdringen."

Man sieht: Die KgU spricht vom „Kampf gegen die Unmenschlichkeit" und meint den Kampf **für** die Unmenschlichkeit; die KgU spricht von der „Befreiung Ostdeutschlands" und meint die Entfachung des Brudermords; die KgU spricht von der „Befreiung der anderen unterdrückten europäischen Staaten" und meint die Aggression gegen die Staaten des Friedens! Die KgU spricht schließlich davon, „die Widerstandskraft des echten Menschentums in den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang lebendig zu machen" (Tillich am 15. Dezember 1952) und meint die Unterjochung der wirklich freien Völker der sozialistischen Länder durch imperialistische Usurpatoren! Die Zeitung „Aachener Nachrichten" nahm am 15. August 1952 in einem Leitartikel zu dieser abgrundtiefen Demagogie der KgU Stellung:

> „Es werden fortgesetzt junge Menschen zu einer ... Tätigkeit angehalten, deren Opfer sie am Ende selber sind ..."

Und die „Aachener Nachrichten" heben einen grundlegenden Fehler in der Rechnung der KgU und damit auch in der Rechnung aller ihrer Hintermänner hervor, indem sie darauf aufmerksam machen, daß ein Staat des Volkes, wie ihn die Deutsche Demokratische Republik darstellt, „überhaupt nicht durch die Gangstermethoden des USA-Imperialismus gestürzt werden kann".

Sic id est in praxi — so ist es in Wirklichkeit!

Verrat an der Nation

Alle Verbrechen, deren sich die KgU seit ihrem Bestehen schuldig gemacht hat und die sie im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes und mit Unterstützung des Bonner Staates und des Westberliner Senats beging, waren gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und gegen den Bestand der deutschen Nation gerichtet. Die Mordanschläge der KgU, ihr Terror, ihre Schädlingstätigkeit, ihre Sabotage- und Diversionsakte waren und sind auf das eine Ziel gerichtet, jenen Teil Deutschlands, von dem heute der Friede ausgeht, die Deutsche Demokratische Republik, im Sinne der NATO-Politik sturmreif zu machen. Die Tätigkeit der KgU ist ein Ausdruck jenes schändlichen Verrats an der deutschen Nation, den die deutschen Im-

perialisten und Militaristen seit 1945 unter amerikanischem Kommando betreiben.

Mit der Unterzeichnung des Schandvertrags von Paris verschacherte die Bonner Regierung souveräne Rechte des deutschen Volkes und stellte Westdeutschland als Aufmarschgebiet für die Aggressionspläne des USA-Imperialismus zur Verfügung. An die Stelle der Interessen der deutschen Nation stellte sie die Interessen der deutschen Monopolisten und die ihrer amerikanischen Partner. Der Politik der Entspannung und Verständigung setzt sie die „Politik der Stärke“ und der Aufrüstung entgegen. Gegen den Willen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes in Ost und West peitschte sie am 7. Juli 1956 im Bonner Bundestag das Wehrpflichtgesetz durch. Die Adenauer-Regierung beabsichtigt, das deutsche Volk zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in eine unvorstellbare Katastrophe zu treiben. Und alle ihre antinationalen Pläne versucht sie hinter der Europa-Maske zu verbergen. So auch die KgU.

Ernst Tillich erklärte in seinem am 15. Dezember 1952 gehaltenen Vortrag über „Psychologische Kriegführung“:

> „Die Kampfgruppe darf auch nicht verstanden werden als eine rein nationale Angelegenheit . . .“

Wie Tillich die Kampfgruppe „verstanden haben will“, erläuterten seine weiteren Ausführungen:

> „Man kann keine Seelen im Kalten Kriege führen, wenn man nicht ein positives Bild von der Zukunft besitzt. In diesem Sinne kommt es darauf an, so etwas wie ein europäisches Staatsbewußtsein vorzubereiten . . . Das, was geschaffen werden muß, was unsere Jugend schaffen muß, wenn es unserer eigenen Generation nicht gelingt, ist der europäische Bundesstaat . . .
>
> Darum gehört alles, was wir tun, hinein in den größeren Rahmen einer Zentralführung des Kalten Krieges, in dem die deutschen, die europäischen und die amerikanischen Kräfte zusammenstehen müssen und deshalb zusammenstehen können, weil sie aus einem gemeinsamen geistigen Ideengut emporgewachsen sind.“

All das mag sich recht harmlos anhören. Doch hinter jeder Phrase verbergen sich abgrundtiefe Verbrechen.

Wie kann denn das von Tillich damals entworfene „positive Bild von der Zukunft“ in Wirklichkeit nur aussehen? Es kann nur ein Bild rauchender Trümmer, zerfetzter Menschen und verbrannter Erde sein; denn die KgU hilft ja den amerikanischen Krieg auf deutschem

Boden mit vorbereiten. Was bedeutet denn „ein europäisches Staatsbewußtsein vorzubereiten"?

Das heißt doch nichts anderes, als daß der Deutsche im Westen vergessen soll, für wessen Interessen er in der NATO-Armee kämpfen und sterben soll.

Und wenn Tillich von „einer Zentralführung des Kalten Krieges" spricht, so umschreibt er damit nur die im Abschnitt IV der Londoner Schlußakte des Nordatlantikpaktes vertraglich festgelegte Abmachung, daß die USA den Oberbefehlshaber stellen. Damit ist diesem die Stellung eines Diktators über Westeuropa eingeräumt worden.

Welche Strategie der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Hinblick auf die deutschen Söldnerverbände verfolgt, legte am 16. Dezember 1954 der SPD-Abgeordnete Prof. Baade im Bundestag dar:

> „Nach dieser Strategie ist nicht beabsichtigt, die deutsche Heimat zu verteidigen, sondern in Wahrheit ist beabsichtigt, deutsche Soldaten zu haben, um den erfolgreichen Rückzug der auf deutschem Boden stehenden ausländischen Truppen zu verteidigen."

„Den erfolgreichen Rückzug der auf deutschem Boden stehenden ausländischen Truppen zu verteidigen" heißt aber nichts anderes als Deutschland zu einem Land der verbrannten Erde machen. Das ist der schändliche nationale Verrat der Kreise um Adenauer, an dem die KgU weitgehend beteiligt ist.

Verbrechen gegen die friedliebenden Völker und gegen die Menschlichkeit

Die KgU hat von jeher nicht nur durch Hetzschriften und phrasenverbrämte Reden und Aufsätze ihrer Hauptagenten versucht, die politische Atmosphäre in Deutschland zu vergiften, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich zu machen und die amerikanische Aggression vorzubereiten — sie hat das auch in sehr handfester Weise durchzuführen versucht.

Ihre Methode war dabei, vor allem unter der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein Gefühl der Angst und der Unsicherheit hervorzurufen. Sie bildete Mord- und Diversionsgruppen, die nicht nur auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Repu-

blik Verbrechen ausführen sollten, sondern auch den Auftrag hatten, zu den vom amerikanischen Geheimdienst in der Volksrepublik Polen und in der Tschechoslowakischen Republik mit Fallschirmen abgesetzten Agenten Verbindungen aufzunehmen. Sie sollten diese bei terroristischen Anschlägen auf die polnische und die tschechoslowakische Bevölkerung unterstützen.

Die KgU beauftragte ihre Agenten, an den Ostgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik Stützpunkte einzurichten, von denen aus amerikanische Spione in die Volksrepublik Polen und in die Tschechoslowakische Republik eingeschleust werden können oder von wo aus man ihnen bei der Flucht aus diesen Ländern behilflich sein soll.

Mit provokatorischer Offenheit spricht die KgU davon, daß sie die Absicht hat, an alle „Schalthebel in der Sowjetzone ihre V-Leute zu bringen", damit diese an einem neuen Tag X die Wirtschaft und den Staatsapparat der Deutschen Demokratischen Republik lahmlegen können.

Sie versucht, Angestellte der unteren Staatsorgane der DDR dazu aufzuputschen, die Durchführung solcher Gesetze zu verschleppen, die dem Wohle der Werktätigen dienen. Sie fordert von Arbeitern der volkseigenen Betriebe, daß sie in den Belegschaftsversammlungen Unruhe stiften und betriebliche Anordnungen sabotieren sollen. Journalisten wollte sie verleiten, die gesellschaftliche Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik so plump zu verherrlichen, daß sie der Lächerlichkeit preisgegeben würde. Auf diese Weise wollte die KgU der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zeigen,

> „daß die Gegenkräfte des Westens am Orte selbst vorhanden und am Werke waren ...",

wie der KgU-Pressechef Graf in seinem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe" schrieb.

Ihrem Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen den Frieden versuchte sie stets den Mantel der moralischen Rechtfertigung umzuhängen und sich mit der Gloriole des Märtyrertums zu umgeben. Einen solchen schamlosen Rechtfertigungsversuch, in dem die Verräter an der deutschen Nation, die vom amerikanischen Geheimdienst gekauften Subjekte, verherrlicht werden, stellten Tillichs Ausführungen in seinem bereits mehrfach zitierten Vortrag vom 15. Dezember 1952 dar:

> „Es gehört ... auch mit zur Führung des Kalten Krieges, daß der Westen und die verantwortlichen deutschen und alliierten Stellen darüber Bescheid wissen, was hinter dem Eisernen Vorhang vor sich geht. Es ist deshalb durchaus nicht immer eine verwerfliche, sondern manchmal eine charakterlich außerordentlich hoch zu schätzende Tätigkeit, wenn Informationen und Nachrichten überbracht werden. Wir wenden uns auch deshalb mit Nachdruck dagegen, alle diese Menschen etwa mit dem diffamierenden Ausdruck ‚Agenten' zu belegen ..."

Wie die Tätigkeit der KgU zu bezeichnen ist, mit welchem Ausdruck die Agenten der KgU „belegt" werden müssen, darüber läßt sich kein deutscher Patriot von einem Ernst Tillich oder Gerd Baitz, von keinem einzigen Agenten eines ausländischen Geheimdienstes — und bekleide er sogar das Amt eines Bundeskanzlers in Bonn — irgendwann und irgendwo Vorschriften machen. Jeder Deutsche, der sein Volk achtet, sein Vaterland und den Frieden liebt, der in Freundschaft mit anderen Völkern in der Welt leben will, der für das Wohl seines Volkes und seine glückliche Zukunft arbeitet, kann diese Tätigkeit nur als Verbrechen bezeichnen. Die ganze Tätigkeit der KgU stellt von Anbeginn an eine der gröbsten Verletzungen des Potsdamer Abkommens, eine der gemeinsten Störungen der zwischen zivilisierten Nationen bestehenden Beziehungen und eine völlige Mißachtung der Prinzipien des Völkerrechts dar.

So und nicht anders lautet das Urteil des deutschen Volkes und das aller anderen Völker, die in Ruhe und Frieden leben wollen.

II

Struktur und Hauptagenten der KgU

Die KgU hat folgenden strukturellen Aufbau:

1. Die Leitung, zur Tarnung auch „Vereinsvorstand" genannt.
   Ihr angegliedert sind:
   die Innere Verwaltung und die Kasse, die als Abteilung I bezeichnet werden, und die Pressestelle.
2. Die Operative Abteilung ist die frühere Abteilung IIb, die jetzt als Abteilung VII bezeichnet wird.
3. Die Vernehmerabteilung. Sie trägt die Bezeichnung Abteilung III.

Die Kennzeichnung dieser drei Abteilungen durch Ziffern ist vollkommen willkürlich vorgenommen worden und dient lediglich der Irreführung der Öffentlichkeit; denn es gibt in der KgU weder eine Abteilung II noch eine Abteilung IV, V oder VI.

Mit Ausnahme der getarnten Büros der Operativen Abteilung und der sogenannten Flüchtlingsmeldestelle befinden sich alle Abteilungen und ihre sogenannten Referate im KgU-„Stammhaus". Als „Stammhaus" werden die Gebäude auf dem Grundstück Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2/4, und das gegenüberliegende Haus Nr. 3 bezeichnet.

Das Grundstück Ernst-Ring-Straße 2/4 ist mit einem elektrisch geladenen Zaun umgeben, über den die Hamburger Zeitung „Die Welt" in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1955 schrieb:

> „Vom Oberdeck des 3er Omnibusses betrachten die Fahrgäste seit einiger Zeit schon an der Ernst-Ring-Straße in Nikolassee, die eigentlich Ernst-Tillich-Gasse heißen müßte, interessiert eine Villa, die sich von anderen Villen dadurch unterscheidet, daß sie mit einem elektrisch geladenen Zaun umgeben ist. Die Bemerkungen der Fahrgäste über diese schon rein optisch sonderbar anmutende Spezialvorrichtung sind unterschiedlicher Natur. Die

Sie fürchten die Öffentlichkeit: Die „KgU“-Zentrale in der Ernst-Ring-Straße hinter elektrisch geladenem Zaun

vorherrschende Meinung ist, daß sich in dieser abgeschirmten Villa eine neue Irrenanstalt befinde, mit besonders schwerkranken Patienten, vor denen die Öffentlichkeit geschützt werden müsse."

Es wäre ein grundsätzlicher Fehler, die Menschen, die auf diesem Grundstück wohnen oder hier gemeingefährliche Pläne gegen das deutsche Volk im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes entwerfen, als schwerkranke Geistesgestörte zu betrachten. Um so mehr trifft aber die vorherrschende Meinung unter den Westberliner Bürgern zu, daß die Öffentlichkeit vor ihnen geschützt werden muß. Wie berechtigt diese Forderung ist, werden die folgenden Darlegungen beweisen.

1. Der sogenannte Vereinsvorstand

Die Leitung

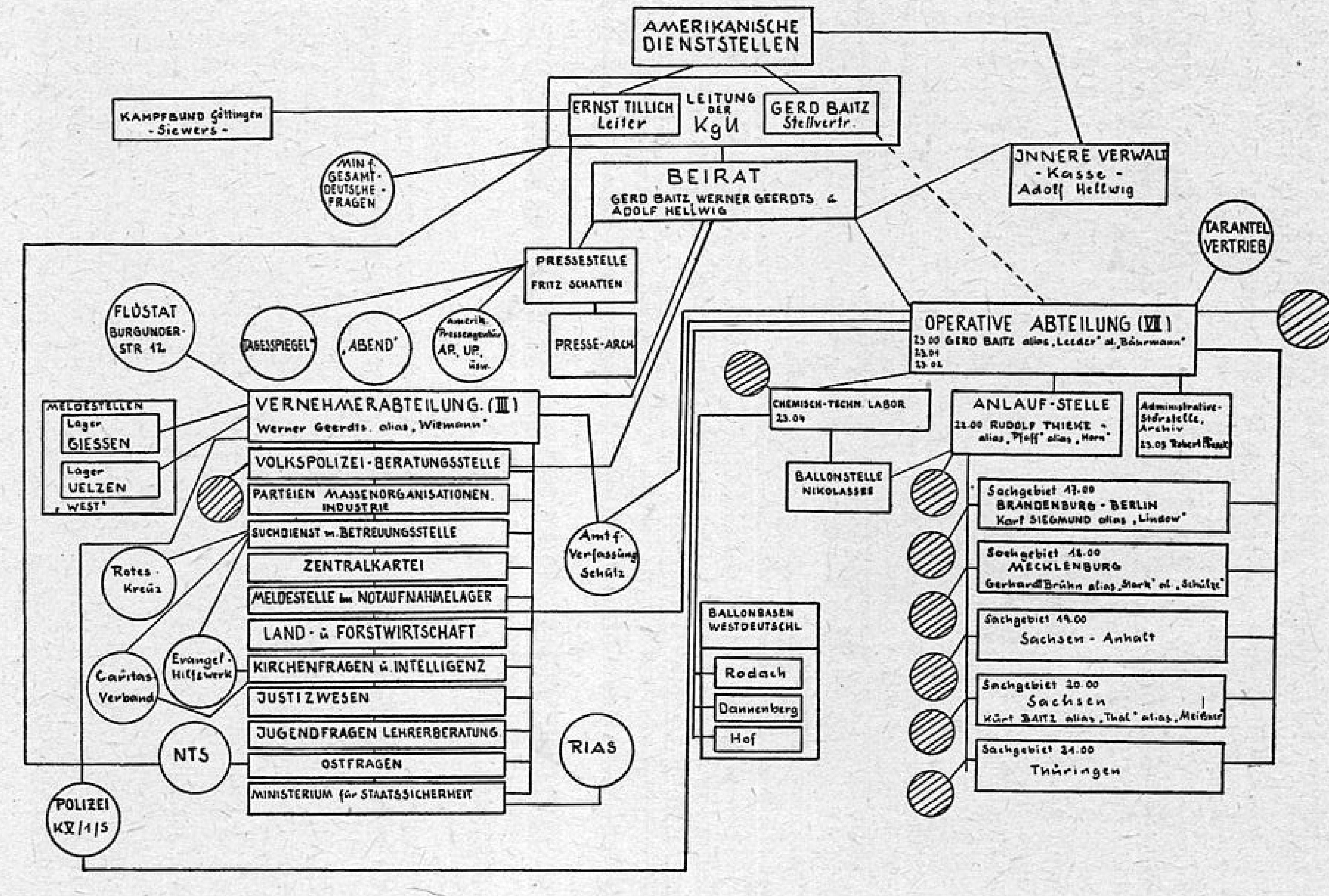
Es wurde bereits gesagt, aus welchen Gründen die KgU sich als „eingetragener Verein" lizenzieren ließ. Wenn auch in der Folge kein Wert darauf gelegt wurde, in der Öffentlichkeit als „Verein" aufzutreten — um einen offiziellen Charakter hervorzukehren —, so hat die KgU da und dort dennoch den Schein vom „eingetragenen Verein" aufrechterhalten. Es wird noch immer in der KgU von dem „Vereinsvorstand" gesprochen, jedoch niemals etwa von einem „Vereinsvorsitzenden", sondern nur von einem Leiter und seinem Stellvertreter.

Offizieller Leiter der KgU ist nach dem Ausscheiden Rainer Hildebrandts seit Jahren Ernst Tillich.

Als sein Stellvertreter fungiert der Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz. Das bedeutet jedoch nicht, daß Gerd Baitz gegenüber Tillich eine untergeordnete Stellung einnimmt. In den Kreisen der KgU-Agenten herrscht vielmehr die Meinung, daß Baitz faktisch der Leiter der KgU ist, sich jedoch aus taktischen Gründen im Hintergrund hält.

Wer ist Ernst T i l l i c h ?

Er wurde am 27. Juni 1910 in Marienwerder/Westpreußen geboren. Sein Vater war der Amtsgerichtsrat Dr. Franz Tillich, seine Mutter eine geborene von Richthofen. Von 1921 bis 1929 besuchte Tillich das Humanistische Gymnasium in Berlin-Zehlendorf und studierte an-



Schema des organisatorischen Aufbaus der „KgU"

schließend in Berlin, Bonn und Tübingen Theologie. Im September 1933 legte er das erste theologische Examen ab, wurde dann Assistent an der Berliner Universität und später Vikar an der Kirche der Bekennenden Gemeinde in Kleinmachnow bei Berlin. Aus dieser Pfarrstelle mußte er jedoch sehr bald wegen seines unmoralischen Lebenswandels ausscheiden.

1936 wurde Tillich von der Gestapo verhaftet, weil er unter den Decknamen „Ulrich" und „Peter" als Nachrichtenhändler für ausländische Presseagenturen wie „United Press", „Agence Havas", „Reuter" und andere tätig war. Tillich hatte diese Tätigkeit nicht aufgenommen, um gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern einzig und allein, um sich zu bereichern.

Das bestätigt auch seine Aussage in der Hauptverhandlung des von den Faschisten gegen ihn eröffneten Prozesses. Hier zeigte sich, daß Tillich nicht im Gegensatz zum Faschismus stand. Um so mehr ist gerade diese Aussage charakteristisch für ihn:

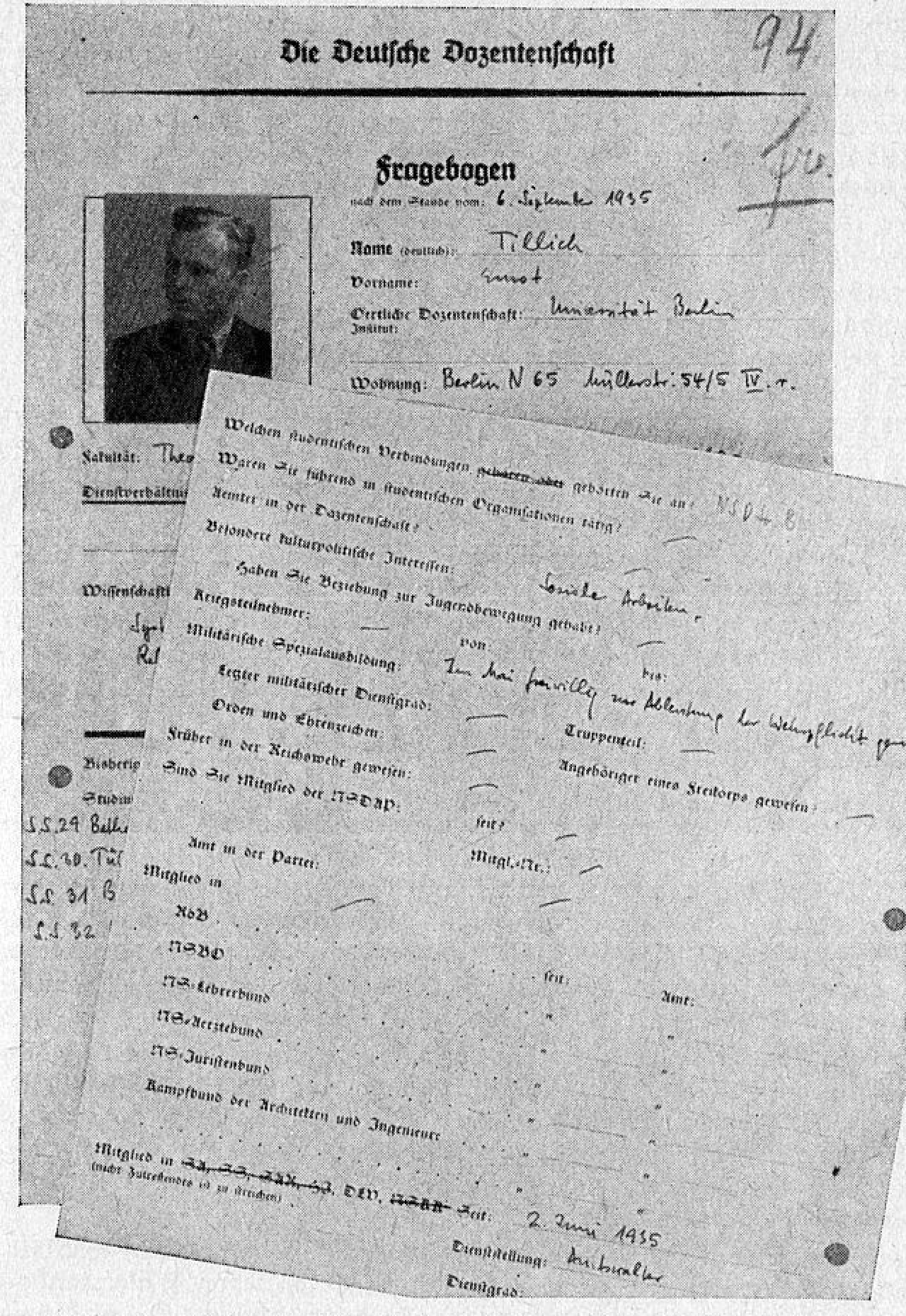
> „Ich habe die Berichterstattung (für die ausländischen Nachrichtenagenturen; d. Red.) ... nicht aus ideellen Gründen übernommen, um der Bekennenden Kirche zu helfen, sondern weil ich nicht genügend Geld zum Leben hatte."

Tillich wurde in diesem Prozeß zu 3 Jahren Haft verurteilt. Aus diesem Urteil leitete er nach 1945 das Recht ab, sich als „antifaschistischer Kämpfer" zu bezeichnen.

Wie sehr Tillich gegen den Faschismus „gekämpft" hat, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß er kurze Zeit nach seiner Haftentlassung — ab Oktober 1939 — als Sachbearbeiter für den Arbeitseinsatz von zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten ausländischen Staatsbürgern bei der Dienststelle „Fabriken-Oberleitung" des Elektrokonzerns Siemens & Halske eingesetzt wurde. Tillich arbeitete in dieser Stellung zur äußersten Zufriedenheit der Faschisten, und er wurde deshalb auch bis Ende des Jahres 1941 uk-gestellt.

Erst im Januar 1942 wurde er zur faschistischen Wehrmacht eingezogen und in Holland und in Belgien eingesetzt. Auch hier leistete er keinerlei Widerstandsarbeit gegen den Faschismus. Im Gegenteil. Für seine Dienstbeflissenheit wurde er sogar zum Feldwebel befördert und schließlich mit dem „Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse" ausgezeichnet.

Nachdem Tillich im Juni 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen war, spielte er sich als „antifaschistischer Widerstandskämpfer" auf, so daß es ihm gelang, in Fürstenfeldbruck bei Mün-


Die Deutsche Dozentenschaft

94

Fragebogen

nach dem Stande vom: 6. September 1935

Name (deutlich): Tillich

Vorname: Ernst

Oertliche Dozentenschaft: Universität Berlin

Institut:

Wohnung: Berlin N 65 Müllerstr. 54/5 IV. r.

Fakultät: Theo…

Dienstverhältnis…

Wissenschaftl…

Bisherig…

Studium…

S.S. 29 Berli…

S.S. 30 Tüb…

S.S. 31 B…

S.S. 32 …

Welchen studentischen Verbindungen ~~gehörten oder~~ gehörten Sie an? NSDStB

Waren Sie führend in studentischen Organisationen tätig? —

Ämter in der Dozentenschaft? —

Besondere kulturpolitische Interessen: Soziale Arbeiten.

Haben Sie Beziehung zur Jugendbewegung gehabt? —

Kriegsteilnehmer: — von: — bis:

Militärische Spezialausbildung: Im Mai freiwillig zur Ableistung der Wehrpflicht ge…

Letzter militärischer Dienstgrad:

Orden und Ehrenzeichen: — Truppenteil: —

Früher in der Reichswehr gewesen: — Angehöriger eines Freikorps gewesen: —

Sind Sie Mitglied der NSDAP: —

seit: —

Amt in der Partei: — Mitgl.-Nr.: —

Mitglied in

RDB

NSBO

NS-Lehrerbund seit: Amt:

NS-Aerztebund

NS-Juristenbund

Kampfbund der Architekten und Ingenieure

Mitglied in ~~SA, SS, SAR, HJ~~, DLV, ~~NSKK~~ seit: 2. Juni 1935
(nicht Zutreffendes ist zu streichen)

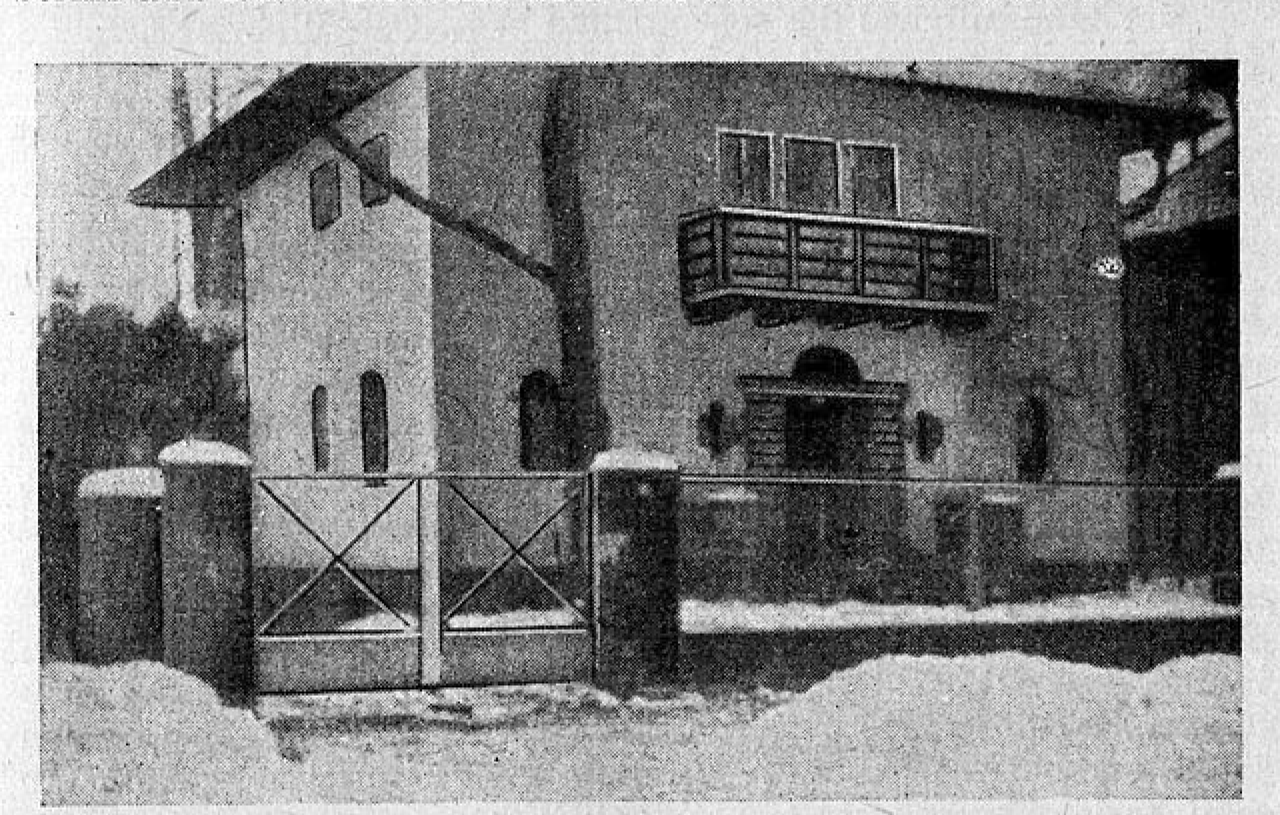
Dienststellung: Anwärter

Dienstgrad:

Hinter der Maske des Theologiestudenten und unter der Kutte des Vikars verbarg sich der Lüstling Ernst Tillich

chen Leiter des Jugendamtes, Stellvertreter des Landrats und schließlich sogar Vorsitzender des Politischen Überprüfungsausschusses des Landkreises zu werden. Zu dieser Zeit wurde er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Im Februar 1946 siedelte Tillich nach Berlin über und wohnte in den Westsektoren nacheinander in folgenden Wohnungen: An der Fließwiese 6, Brombeerweg 32, Giesebrechtstraße 5; gegenwärtig wohnt er in Berlin-Nikolassee, Pfeddersheimer Weg 9. Trotz Widerspruchs des Betriebsrates beim Magistrat von Groß-Berlin wurde er durch Protektion der damaligen Bürgermeisterin Luise Schröder (SPD) als Referent des Fürsorgeamtes eingestellt. Offenbar befürchtete Tillich, durch den Betriebsrat entlarvt zu werden, und schied so noch vor der Spaltung Berlins aus dieser Funktion aus, indem er gesundheitliche Gründe vorschützte. Kurze Zeit nach der Spaltung Berlins wurde Tillich Dozent an der „Hochschule für Politik" in Westberlin und führte zeitweise auch den Titel eines Professors.



Tillichs Wohnung: Berlin-Nikolassee, Pfeddersheimer Weg 9

Auf Anweisung des amerikanischen Geheimdienstes forderte Hildebrandt Anfang 1950 Tillich auf, politischer Berater der KgU zu werden. Im März 1950 trat Tillich schließlich ganz in die Leitung der KgU ein und wurde dann 1951 nach dem Ausscheiden Hildebrandts ihr offizieller Leiter.

Unter Tillichs Leitung begann die KgU mit der systematischen Organisierung von Verbrechen aller Art gegen die Deutsche Demokratische Republik. Zugleich war er nach einer Meldung der Zeitung „Die Welt“ vom 21. Januar 1951 auch Generalbeauftragter (für Berlin und das gesamte Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik) des „Internationalen Komitees für die europäische Widerstandsbewegung“, einer internationalen Spionage- und Sabotage-Organisation, die ihren Sitz in Paris hat und Büros in Westberlin, Den Haag, Luzern und Düsseldorf unterhält.

Tillich ist der Prototyp eines Karrieristen mit unmäßigem Geltungsbedürfnis. Aus der Vielzahl von zum Teil recht einträglichen Posten, die er seit 1950 bekleidete oder jetzt noch innehat, seien hier nur einige genannt:

Abteilungsleiter der Westberliner „Hochschule für Politik“,

Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks,

Vorstandsmitglied des sogenannten West-Ost-Hilfswerks,

Mitarbeiter des Bundes Religiöser Sozialisten,

Mitherausgeber der Zeitschriften „Das Sozialistische Jahrhundert“ und „Publizistisches Zentrum“,

Kommentator beim RIAS und

Mitglied des sogenannten Forschungsbeirates beim Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen der Bonner Regierung.

Bis zu seinem Ausschluß aus der SPD verstand Tillich es auch, sich die Protektion solcher sozialdemokratischer Funktionäre wie Ernst Reuter, Luise Schröder, Franz Neumann und Willy Brandt zu sichern. Eine Trübung dieses Verhältnisses setzte jedoch bereits im August 1952 ein, als das CIC aus denselben Gründen, die auch die SPD zum Ausschluß Tillichs veranlaßten, erwog, an seiner Stelle den Westberliner SPD-Funktionär Willy Brandt mit der Leitung der KgU zu beauftragen. Die Gründe, die zum Ausschluß Tillichs aus der SPD führten, beruhten jedoch nicht auf persönlichen Differenzen zwischen Tillich und einigen rechten SPD-Führern; sie kennzeichnen dafür um so mehr den skrupellosen Charakter Tillichs.

Um den Aufwand für seinen hemmungslosen Lebenswandel und seine ehebrecherischen Beziehungen bestreiten zu können, unterschlug Tillich verschiedentlich Gelder, die der KgU durch den amerikanischen Geheimdienst zur Verfügung gestellt wurden; so unter anderem einen Betrag von 31 500 Mark, der ihm durch einen Mr. Wyne zugeleitet worden war. Diesen Betrag ließ er nicht durch



„KgU"-Boß und Lebemann Ernst Tillich

die Buchführung der KgU gehen. Von dieser Unterschlagung erfuhr der Hauptagent Dethloff, der daraufhin versuchte, Tillich unter Druck zu setzen. Um den unbequemen Mitwisser auszuschalten, versuchte Tillich, Dethloff durch Gift zu ermorden. Kurze Zeit, nachdem Dethloff und Gerd Baitz Tillich wegen seiner Unterschlagungen zur Rede gestellt hatten, erkrankte Dethloff an der „Bornholmer Krankheit", einer Art Gehirnhautentzündung. Die Nachforschungen des ihn behandelnden Arztes nach der Ursache dieser Erkrankung führten schließlich zu dem Ergebnis, daß der Tee, den Dethloff täglich in großen Mengen trank, vergiftet war. Diesen Tee hatte Dethloff von Tillich erhalten.

Diese ungeheuerliche Tatsache teilte der Leiter des Berliner Ostbüros der SPD, Alfred Weber (Decknamen: Peter Fleischmann, Peter Wandel), am 1. November 1952 mehreren Vorstandsmitgliedern des Westberliner Landesverbandes der SPD mit. A. Weber unterbreitete in dieser Unterredung zugleich den Vorschlag, Tillich sofort aus der SPD auszuschließen. Der Mitarbeiter des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, Zweigstelle Berlin, Karl Germer, Mitglied der SPD, kontrollierte zu dieser Zeit im Auftrage des Staatssekretärs Dr. Lenz vom Bonner Innenministerium alle Organisationen, die eine illegale Tätigkeit auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durchführten, unter anderen auch die KgU. In einem Bericht an Staatssekretär Dr. Lenz bestätigte Germer, daß einwandfrei festgestellt worden sei, daß der Tee, den Dethloff getrunken hatte und der beträchtliche Mengen Gift enthielt, von Tillich stammte und daß Dethloffs Gesundheit nie wieder ganz hergestellt werden kann.

Keine Tatsache könnte die ganze Verworfenheit und Skrupellosigkeit Tillichs stärker kennzeichnen als diese. Sie kennzeichnet die Moral jenes Mannes, der sich selbst als „Vertreter des humanitären Gedankens" und als „Feind jeglicher Gewaltanwendung" bezeichnet. Sie kennzeichnet aber auch die Rechtsauffassung des Westberliner Senats und der Bonner Bundesregierung; denn wenn auch der „Telegraf" vom 6. November 1952 in seinem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe" lediglich davon spricht, daß der Landesverband der SPD mitteilt,

„daß Ernst Tillich seit Juli 1952 seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und deswegen von der Mitgliederliste gestrichen worden sei“,

so ist dennoch dem Westberliner Senat und den amtlichen Stellen in Bonn der wahre Sachverhalt bekannt. Schon der bereits genannte Bericht, den K. Germer an Staatssekretär Dr. Lenz gegeben hat, ist dafür ein Beweis.

Immer und immer wieder haben Westberliner Zeitungen, wie der „Telegraf“, Ullstein-„B. Z.“, „Der Kurier“, und die Hamburger Zeitung „Die Welt“ unter dem Druck der Öffentlichkeit eine Überprüfung der Tätigkeit der KgU und besonders ihres Leiters Tillich sogar durch den Generalstaatsanwalt von Westberlin gefordert.

Warum kam es niemals zu einer Anklage oder gar zu einem Prozeß gegen die KgU und gegen Tillich? Diese Frage ist schon oft sowohl in Westdeutschland als auch in Westberlin gestellt worden. Die Antwort ist unschwer zu finden: Knapp einen Monat, nachdem Ernst Tillich aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen worden war, weil sich der Vorstand der SPD vor der deutschen Öffentlichkeit und vor allem vor den SPD-Mitgliedern von einem Giftmörder distanzieren mußte, sandte der Kanzler der Bundesrepublik, Dr. Konrad Adenauer, an Ernst Tillich ein Telegramm, in dem er diesen „herzlichst zu seinen Leistungen beglückwünschte“.

Was könnte wohl deutlicher machen, von wem Tillich gedeckt wird, als dieses Telegramm? Dr. Adenauer stellt sich schützend vor Tillich, obwohl ihm sicherlich auch jene Zeile aus dem Bericht Germers an den Staatssekretär Dr. Lenz bekannt ist, in der es wörtlich heißt, daß

„die KgU nicht mehr wie bisher in so primitiver Weise mit Gift arbeiten darf“.

Nur so ist es auch zu verstehen, daß Tillich noch heute Leiter der KgU ist. Was sich Tillich auf Grund einer solchen Haltung staatlicher Stellen der Bundesrepublik und insbesondere des Bundeskanzlers erlauben kann, erhellt ein Brief, den der Rechtsanwalt Dr. Curt Bley, Bonn, Koblenzer Straße 208, am 27. Oktober 1955 an Hans Zehrer, Chefredakteur der Hamburger Zeitung „Die Welt“, die verschiedene Artikel über die verbrecherische Tätigkeit der KgU veröffentlicht hatte, schrieb:

„Ich nehme Bezug auf unsere gestrige mündliche Besprechung in Sachen der Berichterstattung der Berliner Redaktion der ‚Welt‘, über meinen Mandanten, Herrn Ernst Tillich. Die An-

Dr. Curt B l e y
Rechtsanwalt

Bonn, 27.10.55
Koblenzer Straße 208
Telefon: 2 16 16

Herrn
Hans Z e h r e r
Chefredaktion " Die Welt "

H a m b u r g 36
Kaiser-Wilhelm-Straße 16

Sehr geehrter Herr Zehrer !

Ich nehme Bezug auf unsere gestrige mündliche Besprechung in Sachen der Berichterstattung der Berliner Redaktion der "W e l t ", über meinen Mandanten, Herrn Ernst Tillich.

daß dieses Schreiben ähnlich geheim behandelt wird wie entsprechende Schriftsätze an das Gericht. Ich erlaube mir daher, darum zu bitten, daß mein Schreiben Ihre Akten nicht verläßt. Es wäre bedauerlich, wenn dieses Schreiben gelegentlich eines nächsten Besuches von Herrn Weinert in der Stalinallee in die Hände des sowjetischen Sicherheitsdienstes fiele.

Diese Vorsicht ist umso mehr am Platz, als ich gezwungen war, aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen ebenfalls zu Problemen und Handlungen Stellung zu nehmen, die noch Gegenstand eines schwebenden Verfahrens sind.

Ich bin, mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Unterschrift

P.S. Von diesem Schreiben gibt es sechs Exemplare.

1) Original erhält Herr Zehrer
2) Kopie Herr Menne
3) Kopie Herr Tillich
4) Kopie Herr Jakob Kaiser, Minister für gesamtdeutsche Fragen
5) und 6) zwei Kopien für meine Akten.

Auszüge aus der Abschrift des Drohbriefes an den Chefredakteur der Hamburger Zeitung „Die Welt", Hans Zehrer

gelegenheit hat nicht nur eine rechtliche, insbesondere eine strafrechtliche Seite ...",

so beginnt dieser Brief, der nur das eine Ziel hat: durch Drohungen „Die Welt" und auch die übrige Presse zum Schweigen zu zwingen. Nachdem auf mehreren Seiten in versteckter und offener Form in diesem Brief gedroht wird, erklärt Rechtsanwalt Dr. Bley:

> „Herr Tillich selbst legt Wert auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der gesamten Presse und im besonderen mit der ‚Welt'. Daß auf Grund des Ihnen vorgetragenen Materials wenigstens etwas zur Ehrenrettung von Herrn Tillich geschehen muß, ist klar."

Dr. Bley unterbreitet dann verschiedene Vorschläge, wie die „Ehre" seines Mandanten wiederhergestellt werden könnte, wobei „Gegendarstellungen" verwendet werden könnten, die den Vorteil hätten,

> „nicht ausdrücklich als Berichtigung aufzutreten, den Leser wirklich zu interessieren und dem Verlag die Peinlichkeit eines Dementis seiner Berichte zu ersparen."

Und weiter:

> „Ich wäre auch damit einverstanden, wenn ein in der Sache nicht befangener Journalist und Kollege der ‚Welt' ein Interview mit Herrn Tillich durchführt und in anderer Form einen Artikel über die Arbeit der KgU bringt, der geeignet ist, ... auf diese Weise wenigstens teilweise den Schaden, den mein Mandant in seiner Ehre erlitten hat, wiedergutzumachen."

Nur zu genau wußte Rechtsanwalt Dr. Bley, daß es auf keinen Fall zu einem Prozeß kommen durfte, denn einen Monat zuvor, im September 1955, mußte ja sein Kollege Rechtsanwalt Professor Dr. Dahs in einem ähnlichen Prozeß vor dem Landgericht Hannover einen Schritt des Vertuschens unternehmen, und in diesem Prozeß hieß der Kläger nicht Tillich, sondern Dr. Konrad Adenauer und der Beklagte nicht „Die Welt", sondern „Der Spiegel". Dr. Bley wußte also, daß — wenn es zu einem Prozeß zwischen Ernst Tillich und der „Welt" kommen würde — selbst ein Westberliner oder ein westdeutsches Gericht es nicht wagen kann, das Recht so stark zu beugen, um beispielsweise aus einem Giftmordversuch eine ehrenhafte Handlung zu machen. Dr. Bley wußte weiter, daß auch in Westberlin und in Westdeutschland jedes Gericht die

> „handschriftlichen Notizen des Gehirnzentralenchefs (gemeint ist Ernst Tillich; d. Red.) über ihm unangenehme Personen, die

er am liebsten, ‚da die vorhandenen Gesetze nicht ausreichen', mit Hilfe ‚außergesetzlicher Mittel' beseitigen möchte",

(zitiert aus „Die Welt" vom 28. Juni 1955)

zumindest als Anstiftung zum Mord bezeichnen würde. Deshalb schloß Rechtsanwalt Dr. Bley seinen Brief an den Chefredakteur Hans Zehrer, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, mit folgenden Worten:

„Abschließend darf ich Sie bitten, dieses Schreiben als persönlich und vertraulich zu behandeln ... Da es sich aber bei den erhobenen Vorwürfen um sowohl politisch wie strafrechtlich so gravierende Dinge handelt, möchte ich Sie bitten, daß dieses Schreiben ähnlich geheim behandelt wird wie entsprechende Schriftsätze an das Gericht. Ich erlaube mir daher, darum zu bitten, daß mein Schreiben Ihre Akten nicht verläßt ..."

Im Postskriptum dieses Briefes wird dann noch mitgeteilt, daß es von diesem Schreiben sechs Exemplare gibt, von denen eins an Herrn Jakob Kaiser, Minister für Gesamtdeutsche Fragen, gesandt wurde.

Antwort auf die Frage „Wer ist Ernst Tillich?" kann wiederum nur durch eine Beantwortung folgender Fragen gegeben werden:

Zu welcher Kategorie von Menschen muß die Öffentlichkeit in ganz Deutschland Tillich zählen, der aus der größten westdeutschen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit dem Vorwurf des Giftmordversuches und der Unterschlagung ausgeschlossen wurde und dagegen bei keinem Gericht öffentlich Klage erhebt?

Wie muß die Öffentlichkeit in ganz Deutschland einen Menschen einschätzen, gegen den in der Presse der Vorwurf erhoben wird, daß er Anstiftung zum Mord betreibe, und der diesen Vorwurf nicht durch einen öffentlichen Prozeß entkräften kann?

Wer ist Gerd Baitz?

Der Stellvertretende Leiter der KgU, Gerd Baitz, wurde am 18. August 1923 in Berlin geboren. Nach Besuch der Volksschule, des Gymnasiums und einer Ingenieurschule war er von 1939 bis 1941 in den Askania-Werken in Berlin-Friedenau, Kaiserallee, Praktikant. 1941 wurde er zu einer Fallschirmjäger-Einheit der faschistischen Wehrmacht eingezogen.

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft trat Gerd Baitz in den Berliner Polizeidienst ein und avancierte nach der Spaltung



Der wirkliche Leiter der „KgU", Gerd Baitz

der deutschen Hauptstadt in der Westberliner Polizei in relativ kurzer Zeit zum Leiter der Kriminalpolizei im amerikanischen Sektor (German Criminal Investigation Service/GCIS).

Anfang 1951 schied er auf Weisung des amerikanischen Geheimdienstes, bei dem er bereits längere Zeit als Agent registriert war, aus dieser Funktion aus und trat in die KgU ein, wo er die Leitung der Operativen Abteilung übernahm. Er wohnt gegenwärtig in Berlin-Friedenau, Rubensstraße Nr. 44.

Sofort nach der Übernahme der Leitung der Operativen Abteilung begann Baitz, die Vorbereitung und auch die Ausführung von Sabotage- und Diversionsakten gegen die Deutsche Demokratische Republik intensiv zu betreiben. Zu seiner Charakterisierung mögen die Ausführungen des ehemaligen KgU-

Wohnung des „KgU"-Häuptlings Gerd Baitz: Berlin-Friedenau, Rubensstraße

Hauptagenten Hanfried Hiecke dienen, die er in der von ihm geschriebenen Broschüre „Deckname Walter" über Gerd Baitz machte und die sich sinngemäß mit seinen Aussagen bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik decken:

> „Leeder (also Baitz; d. Red.) ist der Typ jenes SS-Sturmführers — brutal, arrogant, gewissenlos —, wie er aus den faschistischen Vernichtungslagern bekannt wurde. Leeder darf nicht verglichen werden mit einem normalen Verbrecher, der — einmal aus der Bahn geworfen — zum asozialen Element wurde, sondern er ist eine jener Schlächtertypen, die mit der brennenden Zigarette im Mundwinkel die Vernichtung Hunderter und Tausender von Menschen nur mit einem zynischen Lächeln begleiten und die an der Ausübung des Terrors geradezu eine Freude empfinden.
>
> Wenn Leeder über seine gegen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten Pläne sprach, so klang in seinen Worten stets ein satanischer Zynismus an, der eine unverhüllte Freude über die Wirkung der beabsichtigten Diversionen verriet. Dabei begann er, sich seine Vorstellung über die Wirkung der geplanten Diversionsakte in Einzelheiten auszumalen, ja, in seiner Perversität berauschte er sich zuweilen förmlich an dem erträumten Ausmaß des verursachten Schadens und an dem Schmerz und Haß der Werktätigen."

Es gibt seit dem Eintritt Baitz' in die KgU wohl kein Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik, dessen geistiger Urheber er nicht gewesen ist, doch blieb er stets im Hintergrund. Das geht auch aus einer Ansprache, die Tillich anläßlich einer Weihnachtsfeier vor einem Kreis engster Mitarbeiter der KgU 1954 hielt, deutlich hervor:

> „Wenn die Kampfgruppe im Jahre 1954 so große Erfolge hatte, dann ist das ein Verdienst unseres Operativ-Chefs Baitz."

Charakteristisch für Baitz ist neben seinem Sadismus und Zynismus auch sein großes Mißtrauen gegen jedermann, selbst gegen die Mitarbeiter der KgU. So sind niemandem in der KgU — nicht einmal dem offiziellen Leiter Tillich — die Wohnungen bekannt, in denen sich Baitz mit Agenten trifft. Sämtliche Unterlagen von Bedeutung bewahrt er in seinem eigenen Tresor auf, dessen Schlüssel nicht einmal seine beiden Sekretärinnen Vera Jurick und Gerti Schönecker erhalten. Innerhalb der KgU hat er die KgU-Mitarbeiter Gerhard Finn (Decknamen: Pilz, Fuchs), Ernst H. Wilm (Deckname: Berg)

und Rudolf Thieke (Deckname: Pfaff) eingesetzt, die ihm täglich über die Gespräche und die Stimmung der anderen Mitarbeiter der KgU und über sonstige Vorkommnisse jeder Art innerhalb der KgU berichten müssen. Lediglich die Sekretärin Tillichs, Annemarie Knitsch geborene Gresitza (Deckname: Lukas), mit der er ehebrecherische Beziehungen unterhält, genießt sein Vertrauen und hat zugleich von ihm den Auftrag erhalten, die ein- und ausgehende Post sowie die Telefongespräche Tillichs zu kontrollieren und Baitz sofort zu informieren, wenn ein Mitarbeiter der KgU Tillich zu sprechen wünscht.

Wie fast alle KgU-Hauptagenten, führt Baitz ein äußerst ausschweifendes Leben. Innerhalb von vier Jahren fährt er jetzt den achten Wagen, einen Opel-Rekord. Um diesen Aufwand treiben zu können, arbeitet Baitz nicht nur für das CIC und das MID, sondern auch für andere ausländische Geheimdienste, indem er ihnen Spionagematerial der KgU und Agenten zuleitet.

Wenn gesagt wurde, daß Gerd Baitz faktisch der Leiter der KgU ist, so zeigt sich das nicht nur darin, daß er seit Jahren alle Aktionen der KgU gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen Bürger Westberlins, die für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Hauptstadt eintreten, leitet. Das zeigt sich auch darin, daß alle Aufträge des amerikanischen Geheimdienstes an die KgU nicht an Tillich, sondern an Baitz gegeben werden. Nur in Ausnahmefällen wird bei den Besprechungen, die die Beauftragten des amerikanischen Geheimdienstes mit Baitz führen, Tillich hinzugezogen. Tillich nimmt auch niemals an den Besprechungen der Operativen Abteilung teil, noch erhält er irgendeinen Einblick in die konkreten Pläne dieser Abteilung. Kennzeichnend für das Verhältnis zwischen Baitz und Tillich ist folgendes Beispiel: Als Tillich an einer Konferenz in Brüssel teilnahm und telegraphisch 1800 Mark anforderte, wurde dies kategorisch von Baitz abgelehnt, so daß sich Tillich das Geld für die Rückreise von Konferenzteilnehmern borgen mußte.

Wenn Gerd Baitz trotzdem nicht der offizielle Leiter der KgU ist, dann sind dafür zwei Gründe ausschlaggebend:

Dem amerikanischen Geheimdienst erscheint Ernst Tillich, der ehemalige Pfarrer und „Widerstandskämpfer", geeigneter als Baitz, die KgU offiziell als einen „humanitären Verein" zu vertreten.

Der amerikanische Geheimdienst sah voraus, daß die gegen jedes Völkerrecht und Gesetz verstoßende Tätigkeit der KgU auf heftigste Angriffe der deutschen Öffentlichkeit stoßen würde, Angriffe, die sich naturgemäß auf den Leiter der KgU konzentrieren

würden. Während sich Tillich mit diesen Angriffen auseinandersetzen muß, soll Baitz ungehindert weiter wirken können.

Diese Taktik des amerikanischen Geheimdienstes fand dann auch in der Praxis tatsächlich ihre Widerspiegelung. Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der KgU und ihren verbrecherischen Anschlägen auf die deutsche Nation und auch auf das Leben deutscher Bürger wurde fast ausnahmslos von der Westberliner und westdeutschen Presse nur der Name Tillich genannt. Erst ab Ende des Jahres 1955 hat sich das geändert. So erschien zum Beispiel am 14. Oktober 1955 in der Hamburger Zeitung „Die Welt“ ein Artikel, der die Überschrift „Strafanzeige gegen Wiemann und Baitz von der KgU“ trug und mit der Dachzeile „Per Einschreiben an den Generalstaatsanwalt“ versehen war. In diesem Artikel hieß es:

> „Dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht (von Westberlin; d. Red.) wurde gestern per Einschreiben eine Strafanzeige gegen zwei Beamte der Politischen Polizei und gegen die beiden ‚Kampfgruppen‘-Mitglieder Baitz und Wiemann, dessen richtiger Name Geertz lautet, zugeleitet. Die Anzeige lautet auf Freiheitsberaubung im Amt, Verfolgung Unschuldiger und falsche Anschuldigung sowie Aussageerpressung.“

Wenn es bis heute trotz dieser Strafanzeige weder zu einer Untersuchung noch zu einem Prozeß gegen Baitz kam, dann beweist das, daß auch der Leiter der Operativen Abteilung der KgU, Gerd Baitz, genauso wie Tillich in jeder Weise vom amerikanischen Geheimdienst und in dessen Auftrag von der Bundesregierung in Bonn und dem Westberliner Senat gedeckt wird.

Wer ist Annemarie K n i t s c h ?



Tillichs Sekretärin Annemarie Knitsch

Wenn von der Leitung der KgU gesprochen wird, dann muß auch die Privatsekretärin Tillichs und Geliebte Gerd Baitz’, die KgU-Agentin Annemarie Knitsch, genannt werden.

Annemarie Knitsch ist die Tochter des in Berlin-Lichterfelde-West, Dürerstraße 20, wohnenden Teilhabers der Straßen- und Tiefbaugesellschaft G r e s i t z a. Sie wurde am 9. Juni 1918 geboren und wohnt in Berlin-Wannsee, Nibelungenstraße 11. Sie hatte seit der Gründung der KgU stets eine Sonderstellung. Diese besondere Stel-



Hier wohnt Annemarie Knitsch, die Geliebte aller bisherigen „KgU"-Bosse: Berlin-Wannsee, Nibelungenstraße 11

lung ergab sich jedoch nicht aus einer aktiveren Agententätigkeit, sondern einzig und allein aus den intimen Verhältnissen, die sie anfangs mit Hildebrandt, dann mit Tillich sowie auch mit dem ehemaligen KgU-Geschäftsführer Dethloff unterhielt und schließlich mit Gerd Baitz einging. Wegen ihrer engen Beziehungen zu Baitz wird sie von den anderen Mitarbeitern im „Stammhaus" der KgU gefürchtet. Die Rolle, die sie in der KgU spielt, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich Baitz bei Abwesenheit oder anderen Verhinderungen durch sie und nicht durch Tillich bei Verhandlungen und Aussprachen mit den Verbindungsleuten des amerikanischen Geheimdienstes vertreten läßt.

Der Beirat

Um den Anschein einer demokratischen Einrichtung zu erwecken, besteht bei der KgU neben der Leitung auch ein sogenannter Beirat. Er setzt sich aus den Leitern der drei Abteilungen der KgU zusammen und soll die Leitung der KgU beraten und kontrollieren.

Ihm gehören also an:

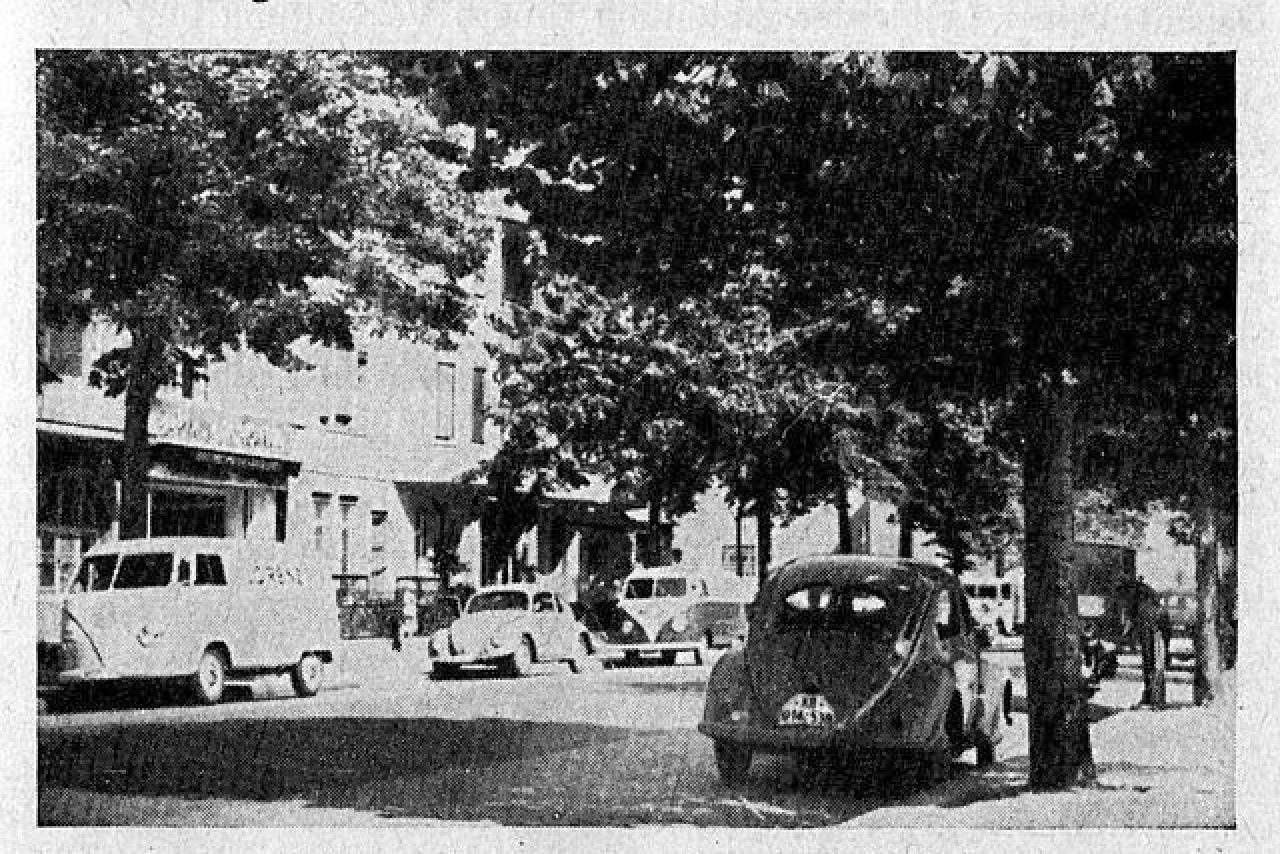
der Leiter der Abteilung I, Adolf Hellwig;
der Leiter der Abteilung III, Werner Geerdts;
der Leiter der Abteilung VII, Gerd Baitz.

Da die Leitung der KgU — wie bereits dargelegt — faktisch in den Händen von Baitz liegt und die gesamte Tätigkeit der KgU über Baitz durch den amerikanischen Geheimdienst gesteuert wird, ist offensichtlich, daß der Beirat eine rein formale Einrichtung ohne jede Bedeutung ist. Beschlüsse, die der Beirat faßt, entsprechen ohne jede Ausnahme dem Willen Baitz' und damit dem des amerikanischen Geheimdienstes.

Innere Verwaltung und Kasse

Zur Durchführung der Verwaltungsarbeiten der KgU und zur Regelung ihrer Finanzen wurde die Abteilung I — Innere Verwaltung und Kasse — geschaffen.

In dieser Abteilung werden unter anderem die Gelder verwaltet, die der KgU vom amerikanischen Geheimdienst, von amerikanischen und deutschen Organisationen sowie von Westberliner und westdeutschen



Wohnung des Hauptagenten Adolf Hellwig: Berlin-Wilmersdorf, Nestorstraße 7

Behörden zur Verfügung gestellt werden. Die Abteilung I finanziert die verbrecherische Tätigkeit der einzelnen Abteilungen der KgU und ihrer Referate, zahlt den Judaslohn für die V-Leute aus und regelt die Lohn- und Gehaltszahlungen an die Angestellten der KgU.

Zur Regelung der Beitragszahlung an die Sozialversicherung für leitende Agenten und andere Angestellte der KgU unterhält die Abteilung I eine Tarnfirma, die die offizielle Bezeichnung „Büro Dr. Hoffmann" trägt und im Gebäude Kurfürstendamm 106 untergebracht ist. Dieses Büro wurde vom ehemaligen Leiter der Abteilung II b, Dr. von zur Mühlen (Deckname: Dr. Hoffmann), gegründet. Alle hauptamtlichen Agenten und Angestellten der KgU werden als Angestellte dieses Büros geführt, um ordnungsgemäß sozialversichert zu sein.



Der „gewissenhafte Buchhalter" der „KgU" Adolf Hellwig

Gegenwärtiger Leiter der Abteilung Innere Verwaltung und Kasse ist Adolf Hellwig.

Hellwig ist etwa 60 Jahre alt und wohnt in Berlin-Wilmersdorf, Nestorstraße 7. Sein Büro befindet sich im Erdgeschoß des Hauses Ernst-Ring-Straße 3. Hellwig führt keinen Decknamen, erweckt äußerlich einen seriösen, durchaus harmlosen Eindruck. Er ist von kleiner, rundlicher Gestalt und erinnert an den Typ des kleinen, mit sich und der Welt zufriedenen Beamten. In Wirklichkeit steht er jedoch in seiner inneren Haltung den übrigen Hauptagenten der KgU in keiner Weise nach. Er bildet sich etwas darauf ein, „der KgU auf seine Art und Weise dienen zu können", und bezeichnet sich selbst oft und gern als „Widerstandskämpfer" — was nichts anderes besagt, als daß er sich selbst mit Terroristen, Brandstiftern und Saboteuren identifiziert.

Die Pressestelle

Die Pressestelle der KgU hat die Aufgabe, Publikationen in Form von Broschüren, Traktaten, Flugblättern und Presseartikeln herauszugeben, in denen gegen die Deutsche Demokratische Republik gehetzt und zugleich versucht wird, die Öffentlichkeit über den wahren Charakter der KgU zu täuschen.

Bis zum Dezember 1955 war der KgU-Hauptagent Hasso Graf Leiter dieser Pressestelle. Nach seinem Tode übernahm der KgU-Hauptagent Fritz Schatten (Deckname: Rombach), wohnhaft Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 9 III, bei Wilm, die Leitung der Pressestelle.

Für die Ausarbeitung der Druckschriften und Artikel sind einige Journalisten und Pressefotografen angestellt. Die Pressestelle arbeitet aber auch mit freischaffenden Journalisten.

Zwischen der Pressestelle und der Operativen Abteilung besteht eine enge Zusammenarbeit, in die auch die Vernehmerabteilung einbezogen ist. Sämtliche in der Operativen Abteilung und in der Vernehmerabteilung eingehenden Informationen über die Deutsche Demokratische Republik, die im Sinne der KgU pressemäßig auswertbar sind, werden der Pressestelle oder dem ihr angegliederten Pressearchiv zugeleitet und als Material zur Ausarbeitung von Hetzschriften benutzt.

Unter anderem gibt die Pressestelle auch das periodisch erscheinende „KgU-Archiv" und das „Echo" heraus — beide sind im wesentlichen Hetzschriften gegen die Deutsche Demokratische Republik — und ferner die sogenannten Arbeitsberichte der KgU, die unregelmäßig, meist aber zu den Jahrestagen der Gründung der KgU erscheinen. Diese „Arbeitsberichte" geben jedoch keinesfalls Auskunft über die wirkliche Tätigkeit der KgU, sondern haben ausschließlich die Aufgabe, der Öffentlichkeit einzureden, daß die KgU eine karitative Einrichtung sei.

Neben diesen von der Pressestelle direkt herausgegebenen Druckschriften werden von ihr ständig Artikel lügnerischen und hetzerischen Inhalts über die Deutsche Demokratische Republik verfaßt und gegen Honorar an verschiedene Westberliner und westdeutsche Zeitungen und Zeitschriften weitergeleitet.

Die Pressestelle der KgU arbeitet auch mit den amerikanischen Nachrichtenagenturen Associated Press (AP) und United Press (UP) und anderen sowie mit einigen westlichen Rundfunkstationen zusammen. Im Heft 3 der „KgU-Arbeitsberichte" heißt es in diesem Zusammenhang:

> „Die Presse wurde laufend mit Meldungen von aktuellen Ereignissen in der Sowjetischen Besatzungszone versorgt und brachte außerdem zahlreiche Leitartikel aus der Feder von Mitarbeitern der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Mit einigen Zeitschriften besteht eine ständige Zusammenarbeit. Ebenso erhielt auch der Westberliner bzw. westdeutsche Rundfunk ständig Unterlagen für Sendungen in und über die SBZ."



Von der „KgU" verbreitete Hetzschriften und -flugblätter

Zu den Zeitungen, die von der KgU ständig mit Lügen über die Deutsche Demokratische Republik versorgt werden, gehören vor allem der Westberliner „Tagesspiegel“ und „Der Abend“.

Was die Zusammenarbeit der KgU mit dem Westberliner Rundfunk betrifft, so handelt es sich hierbei in erster Linie um die Zusammenarbeit mit der als deutschsprachiger Sender getarnten amerikanischen Agentenzentrale RIAS.

Über die engen Verbindungen, die zwischen der KgU und dem RIAS bestehen, sagte der ehemalige KgU-Hauptagent Hanfried Hiecke vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Der RIAS und die KgU sind sozusagen zwei Filialen eines Unternehmens, des amerikanischen Geheimdienstes. Dem entsprechen auch die Beziehungen zwischen beiden. So tauschen sie zum Beispiel ihre Informationen aus, d. h., die ‚Politische Abteilung‘ des RIAS gibt einen großen Teil ihrer Spionageinformationen an die KgU. Ich weiß das ganz genau, weil ich als Leiter der Zentralkartei der KgU etwa wöchentlich diese Berichte in Empfang nahm.“



Der „Chefpropagandist“ der „KgU“ Prof. Dr. Köhler

Es gehört ferner zur Aufgabe der Pressestelle, in Westberlin und Westdeutschland Versammlungen, Pressekonferenzen, Vortragsreisen u. ä. zu organisieren, die „der Aufklärung der Bevölkerung dienen sollen“ und auf denen zumeist Tillich oder Prof. Dr. Köhler sprechen. Prof. Dr. Köhler ist Inhaber des Lehrstuhles für Theologie an der Westberliner „Freien Universität“. Er gilt als Mitglied der KgU und wird innerhalb der KgU als Chefpropagandist bezeichnet. Prof. Dr. Köhler wohnt in Berlin-Lichterfelde, Windmühlenweg, und ist Verfasser zahlreicher Artikel, die im „KgU-Archiv“ und in ähnlichen Druckschriften veröffentlicht wurden und werden. Er ist weiterhin der Autor einiger Hetzbroschüren der KgU. Alle Publikationen aus der Feder des Prof. Dr. Köhler strotzen von Lügen und Verdrehungen, enthalten Hetze und versteckt die Aufforderung zum Terror. Es ist leicht zu erkennen, was die KgU unter „Aufklärung der Bevölkerung“ in den von ihr organisierten Versammlungen, Pressekonferenzen und Vorträgen versteht.

Wie diese Versammlungen zum Beispiel vom Landesverband der SPD in Westberlin eingeschätzt werden, geht aus einer Anweisung des Landesverbandes der SPD vom Anfang Oktober 1952 hervor, in der er seinen Mitgliedern in der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) verbot, auf derselben Versammlung der DAG zu sprechen, auf der Tillich sprechen wollte. Als sich darauf Tillich am 28. Oktober 1952 beim Landesverband der SPD beschwerte, wurde ihm vom 2. Vorsitzenden, Braun, in einem Brief mitgeteilt, daß die SPD verpflichtet sei, Rücksicht auf ihre Mitglieder im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin zu nehmen; denn die Fragen aus der Mitgliedschaft über die Tätigkeit der KgU bestehen nach Ansicht des Vorstandes zu Recht. Weiter wurde Tillich in diesem Brief mitgeteilt, daß die SPD verpflichtet sei, Distanz gegenüber der KgU und ihrem Leiter zu wahren, solange es noch in Westdeutschland Organisationen gebe, die aus demokratisch nicht kontrollierten Quellen Geld erhielten und deren Aktivität sich auch gegen Mitglieder der SPD richte.

Verbindungen der Leitung

Die Leitung der KgU unterhält neben den engen Verbindungen zu amerikanischen Dienststellen und Organisationen auch Kontakte zu zahlreichen anderen Agenten- und Spionagezentralen in Westberlin und Westdeutschland, so zum „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen", zu den Organisationen „NTS" und „VOS", die gleichfalls vom amerikanischen Geheimdienst ausgehalten werden.

Der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" führt wie die KgU eine maßlose Hetzkampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik, indem er vorgibt, gegen angebliche „Verbrechen" in der Deutschen Demokratischen Republik zu Felde zu ziehen, in Wahrheit jedoch Verbrechen organisiert. Neben Wirtschafts- und Militärspionage, Diversions- und Sabotageakten versucht er vor allem, Angehörige der Intelligenz nach Westberlin und Westdeutschland zu locken, wobei er mit Versprechungen oder terroristischen Druckmitteln operiert.

Die Emigrantenorganisation „NTS" (russisch: Nationalny Trudovoj Sojus, deutsch: Nationaler Bund des Schaffens) setzt sich aus russischen konterrevolutionären Elementen zusammen, in der Regel aus Kriminellen, weißgardistischen Offizieren, Abenteurern oder ehemaligen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern, die während der

Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aus Rußland flohen. Sie betreibt Spionage und Zersetzungsarbeit gegen das Lager des Sozialismus, vor allem gegen die Sowjetunion und die in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen. Die Geldmittel des amerikanischen Geheimdienstes gehen dem „NTS“ durch den ehemaligen Gouverneur von New Jersey, Charles Edison, und den amerikanischen Zeitungsmillionär William White zu.

Die sogenannte VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) wurde am 9. Februar 1950 auf Veranlassung englischer Geheimdienstoffiziere des Intelligence Service gebildet. Die Leitung setzt sich vor allem aus Faschisten zusammen, die von 1933 bis 1945 leitende Funktionen im faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten, der Gestapo angehörten oder höhere Dienstgrade bei der SS und der SA besaßen. Das Büro dieser Agentenorganisation befindet sich in Bonn 3, Sternburger Straße 41. Ihr Leiter ist der Oberregierungsrat Dr. Werner Köhler. Der Landesverband Berlin der „VOS“ hat seinen Sitz in Berlin-Charlottenburg, Jebensstraße 1. Auch die „VOS“ arbeitet mit gemeinster Hetze und Spionage gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Die Verbindungen zu den angeführten Organisationen bestehen jedoch meist nur in gelegentlicher Zusammenarbeit, da die KgU ihre Absicht nicht durchsetzen konnte, diese Agenten- und Spionagezentralen zu einem Agentenring zusammenzufassen, in dem sie die dominierende Stelle einnehmen wollte.

Weit enger sind die Verbindungen, die zwischen Westberliner und westdeutschen Behörden und der KgU bestehen, so zur Politischen Polizei des Westberliner Polizeipräsidiums (Abteilung I), zum Amt für Verfassungsschutz und in einem gewissen Grade auch zum militärischen Geheimdienst des Kriegsministeriums der Bundesrepublik sowie zur Gehlen-Organisation, welche direkt dem Bundeskanzler untersteht.

Im Heft 2 der „Arbeitsberichte der KgU“ werden von der KgU weitere „Vertrauensverhältnisse“ zu mehr oder weniger getarnten Agentenorganisationen genannt:

> „Ein besonders enger Kontakt verbindet die KgU mit der ‚Vereinigung für Kulturelle Hilfe‘ (Bücherei Ost, Lesesaal am Potsdamer Platz, Beratungsstelle für freiheitliche Erzieher, Ärztlicher Beratungsdienst und Päckchenhilfe Ost). Die KgU begrüßt ein ähnliches Vertrauensverhältnis auch zu den anderen Betreuungsstellen in Westberlin, insbesondere dem ‚Amt für ge-

samtdeutsche Studentenfragen', der ‚Ostberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes' und dem ‚Bauernverband e. V.'."

Vor allem versuchte die Leitung der KgU, die ehemals enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn wieder aufzunehmen. Dazu äußerte sich der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner auf der internationalen Pressekonferenz vom 20. Oktober 1955 in Berlin:

> „Die KgU bemühte sich zu dieser Zeit, wieder engeren Kontakt zum Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen zu bekommen, und war deshalb ernsthaft daran interessiert, die schon des öfteren erhobenen Angriffe, Jugendliche für Verbrechen zu mißbrauchen, nicht wieder aufleben zu lassen. Baitz befürchtete, daß das Kaiser-Ministerium, um in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, daß es mit diesen Dingen nicht einverstanden sei, die Zusammenarbeit mit der KgU abbrechen werde."

Obwohl das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen darauf bedacht ist, daß seine von der westdeutschen Bevölkerung immer mehr angezweifelte Vertrauenswürdigkeit durch einen offiziellen Kontakt mit der KgU nicht noch mehr sinkt, bemüht es sich dennoch darum, die KgU unter seine Regie zu bekommen, ohne daß dies der Öffentlichkeit bekannt wird.

Diese Bemühungen waren unter anderem Gegenstand einer Beratung des sogenannten Gesamtdeutschen Ausschusses, die im Juli 1954 stattfand. Während dieser Beratung beklagte sich der Westberliner Vertreter des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, Ministerialrat Magen, daß es bisher nicht gelungen sei, entscheidenden Einfluß auf die KgU zu gewinnen. Der Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, beruhigte daraufhin Ministerialrat Magen mit der Bemerkung, daß die amerikanischen Behörden nach langwierigen Verhandlungen zugesagt hätten, die KgU allmählich in deutsche Kontrolle, d. h. in die des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, zu überführen.

Die Verbindungen der Leitung der KgU zu den größeren Westberliner Parteien SPD, CDU und FDP, insbesondere zu deren Ostbüros, beschränken sich vorwiegend auf gelegentliche Zusendung größerer Mengen von KgU-Hetzschriften. Da in Westberlin die Proteste der Bevölkerung gegen die KgU im Sommer 1955 immer heftiger wurden, waren alle Westberliner Parteien gezwungen, sich zumindest dem Schein nach von der KgU zu distanzieren. So meldete unter anderen Westberliner Zeitungen am 7. Juli 1955 der „Telegraf":

„Für eine Überprüfung der Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' hat sich am Mittwochabend Justizsenator Dr. Kielinger (CDU) eingesetzt. Auch eine Reihe anderer politischer Persönlichkeiten, unter ihnen der Regierende Bürgermeister Suhr sowie Innensenator Lipschitz (beide SPD) sowie ein Vertreter der FDP, haben entweder Bedenken gegen die ‚Kampfgruppe' geäußert oder sich deutlich von ihr distanziert. Anlaß zu diesen Stellungnahmen sind Vorwürfe, die in öffentlicher Diskussion gegen die Arbeitsweise der ‚Kampfgruppe' sowie gegen das Verhalten ihres Leiters Tillich gegenwärtig erhoben werden."

Und nach dieser Meldung beeilte sich der Westberliner Bürgermeister Suhr zu erklären:

„Ich habe als Regierender Bürgermeister keinerlei Beziehungen zur ‚Kampfgruppe' unterhalten."

Zwar wollte die SPD-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus sogar eine öffentliche Anfrage über die KgU stellen, verzichtete dann aber darauf, obwohl der „Telegraf" vom 9. Juli 1955 zur Diskussion um diese Anfrage schrieb:

„Die Öffentlichkeit erwartet eine unverzügliche und grundlegende Bereinigung des Problems der KgU."

Da die SPD-Fraktion dieser Forderung der Öffentlichkeit Rechnung tragen mußte, beauftragte sie den Fraktions-Vorsitzenden Franz Neumann am 12. Juli 1955 — wie der „Telegraf" vom 13. Juli 1955 mitteilte,

„sich darum zu bemühen, daß der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) von keiner Stelle des Landes Berlin mehr irgendwelche Zuwendungen gemacht werden".

Der „Telegraf" berichtete in dieser Nachricht weiter:

„Wie Neumann gestern abend vor Pressevertretern bekanntgab, erstreckt sich nach seiner Auffassung dieser Auftrag auch auf die Abteilung V des Polizeipräsidiums (jetzt Abteilung I; d. Red.)."

Allein die Tatsache, daß die SPD-Fraktion auf ihre Anfrage im Abgeordnetenhaus verzichtete, läßt erkennen, daß die Verbindungen zwischen der Leitung der KgU und den Westberliner Parteien einschließlich der SPD noch nicht ganz abgerissen sind.

So kann auch die Meldung der Westberliner Zeitung „Der Kurier" vom 13. Juli 1955,

„auf jeden Fall werde die SPD aber für eine Lösung etwa noch bestehender Verbindungen zwischen der Kampfgruppe und den Berliner Behörden eintreten",

nur als eine Zweckmeldung angesehen werden, die die Westberliner Bevölkerung und vor allem die SPD-Mitglieder beruhigen sollte.

2. Die Operative Abteilung

Die KgU hat stets versucht, die Aufgaben ihrer Abteilungen zu vertuschen, indem sie entweder — um der Sache einen offiziellen Charakter zu geben — die Abteilungen mit Ziffern bezeichnet oder ihnen Namen gibt, die bei der Bevölkerung gewisse positive Vorstellungen über die KgU auslösen können.

In der Zeit des Faschismus ist der Widerstandskampf in Deutschland und in den anderen Ländern Europas zu einem Begriff geworden, der den selbstlosen Einsatz aufrechter, fortschrittlicher und von hohen Idealen der Menschlichkeit erfüllter Menschen gegen den unmenschlichen, jedes Menschen- und Völkerrecht höhnenden Terror der Faschisten umschließt. Im Widerstandskampf gegen den Faschismus haben viele Menschen der verschiedensten sozialen Schichten und Weltanschauungen heldenhaft ihr Leben für die Menschlichkeit eingesetzt und geopfert. In Verdrehung und unter Mißbrauch dieses reinen Begriffes versucht die KgU, all ihre Verbrechen gegen das deutsche Volk als „Widerstandskampf" hinzustellen, und hat deshalb auch ihrer Abteilung VII, die diese Verbrechen plant, vorbereitet und durchführt, den irreführenden Namen „Widerstandsabteilung" gegeben.

Wie bereits dargelegt, sind im Prinzip alle anderen Abteilungen der KgU von der Abteilung VII, der Operativen Abteilung, abhängig oder ihren Weisungen unterstellt. Sie gliedert sich in

- die Zentrale VII,
- die Anlaufstelle,
- die fünf Ländersachgebiete,
- die Administrative Störstelle und
- das chemisch-technische Laboratorium einschließlich Ballonabschußbasen.

Der Operativen Abteilung untersteht der gesamte V-Mann-Apparat der KgU.

Die Einrichtungen der Operativen Abteilung sind bis auf wenige Ausnahmen — wie zum Beispiel die Administrative Störstelle — in

Westberliner Privatwohnungen untergebracht und dort zum Teil als harmlose Büros getarnt. Ihre Mitarbeiter haben die Anweisung, das KgU-„Stammhaus“ in Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2—4, nur in äußerst dringenden Angelegenheiten aufzusuchen. Sie werden zusammen mit den Referatsleitern der Vernehmerabteilung regelmäßig durch Prof. Dr. Köhler vom Lehrstuhl für Theologie der Westberliner „Freien Universität“ in der Thematik „Psychologische Kriegführung“ seminaristisch instruiert.

Die Operative Abteilung, die früher auch die Tarnbezeichnung Abteilung II b trug, wurde geleitet:

vom Dezember 1949 bis Juli 1950
von Dr. Middendorf (Decknamen: Dr. Wagner, Dr. Börner);

vom Juli 1950 bis Januar 1951
von Dr. von zur Mühlen (Deckname: Dr. Hoffmann);

vom Januar 1951 bis jetzt
von Gerd Baitz (Decknamen: Leeder, Bährmann, Tauber, Bertram).

Die Zentrale VII

Als Zentrale VII wird die Leitung der Operativen Abteilung bezeichnet. Ihr Sitz wird besonders streng geheimgehalten und ist zumeist nicht einmal den KgU-Hauptagenten, die nicht zur Operativen Abteilung gehören, bekannt.

Personell gehören zur Zentrale VII, die auch die Tarnzahlen 2300 bis 2302 trägt, außer Gerd Baitz nur seine beiden Sekretärinnen Vera Jurick und Gerti Schönecker.



Der Hauptagent Günter Herzog, Deckname: Paulsen

Die Anlaufstelle

Die sogenannte Anlaufstelle befindet sich im Zimmer 34 im Hintergebäude des Hauses Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2/4. Tarnnummer für die Anlaufstelle und ihren Leiter ist die Zahl 2200. Seit dem Jahre 1950 wurde die Anlaufstelle von folgenden Hauptagenten geleitet:

Kurt Baitz (Decknamen: Thal, Meißner, Gustav, Schubert, Schulze), von 1950 bis Oktober 1952;

Günter Herzog (Deckname: Paulsen), vom Oktober 1952 bis März 1955;

Rudolf Thieke (Decknamen: Pfaff, Horn), vom März 1955 bis Oktober 1956.



Hauptagent Rudolf Thieke

Der bisherige Leiter der Anlaufstelle, der KgU-Hauptagent Rudolf Thieke, wurde am 11. Mai 1913 in Berlin geboren und wohnt augenblicklich in Berlin-Lankwitz, Dillgesstraße 43. Thieke wurde bereits 1934 Mitglied der NSDAP und 1935 Soldat. Während des zweiten Weltkrieges war er Waffenmeister, geriet 1944 in Kriegsgefangenschaft, aus der er 1949 entlassen wurde. Von dieser Zeit an arbeitete Thieke im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin als Transportleiter, später als Leiter der Lehrlingsstelle des Verbandes der Berliner Konsumgenossenschaften und schließlich als Redakteur einer demokratischen Zeitung. Er wohnte damals in Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 40. Obwohl sich Thieke während dieser Zeit als äußerst fortschrittlich aufspielte, was unter anderem aus einem von ihm am 14. Februar 1951 geschriebenen Lebenslauf hervorgeht, war er ein Gegner der demokratischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und organisierte — nachdem er durch den KgU-Hauptagenten Kurt Baitz als V-Mann angeworben worden war —

Rudolf Thieke,
N 54, Wilh. Pieck Str. 40

den 14. 2. 1951

Lebenslauf.

Als 1. Sohn des 1933 verstorbenen [illegible] [illegible] Kurt Thieke wurde ich am 11. 5. 1913 zu Berlin geboren u. [illegible] [illegible]
2 [illegible] Lager-Wandzeitungen ausarbeitete. Meine besondere Liebe gilt den Aufgaben des Fünfjahrplanes.

Thieke.



Wohnung des Hauptagenten Rudolf Thieke:
Berlin-Lankwitz, Dillgesstraße 43

eine KgU-Agentengruppe. Als im Sommer 1952 seine verbrecherische Tätigkeit aufgedeckt wurde, flüchtete er nach Westberlin. Im Dezember 1952 wurde er auf Fürsprache Kurt Baitz' bei der KgU hauptamtlich angestellt und dem damaligen Leiter der Anlaufstelle, Herzog, als Gehilfe zugeteilt. Obwohl er verheiratet ist und Kinder hat, unterhielt er mit einer Frau S a v i n g, Berlin-Neu-Westend, Reichsstraße 82, ein sehr intimes Verhältnis, das ihn bald in finanzielle Schwierigkeiten brachte. Er bildete deshalb eine Schieberzentrale und nutzte dafür die V-Leute der Anlaufstelle als Aufkäufer von Industriewaren in der Deutschen Demokratischen Republik aus. Aber auch mit dem ihm aus den Schiebergeschäften zufließenden Geld wurde er nicht Herr seiner finanziellen Schwierigkeiten. Thieke versuchte daraufhin, Herzog durch Intrigen auszuschalten, um dann selbst Leiter der Anlaufstelle zu werden. Er erreichte es auch, daß Herzog im März 1955 aus der KgU entlassen wurde und er selbst die weit besser bezahlte Stelle des Leiters erhielt.

Zu den hauptsächlichsten Aufgaben des Hauptagenten Thieke gehörte die Überwachung des V-Mann-Apparates der KgU und die An-

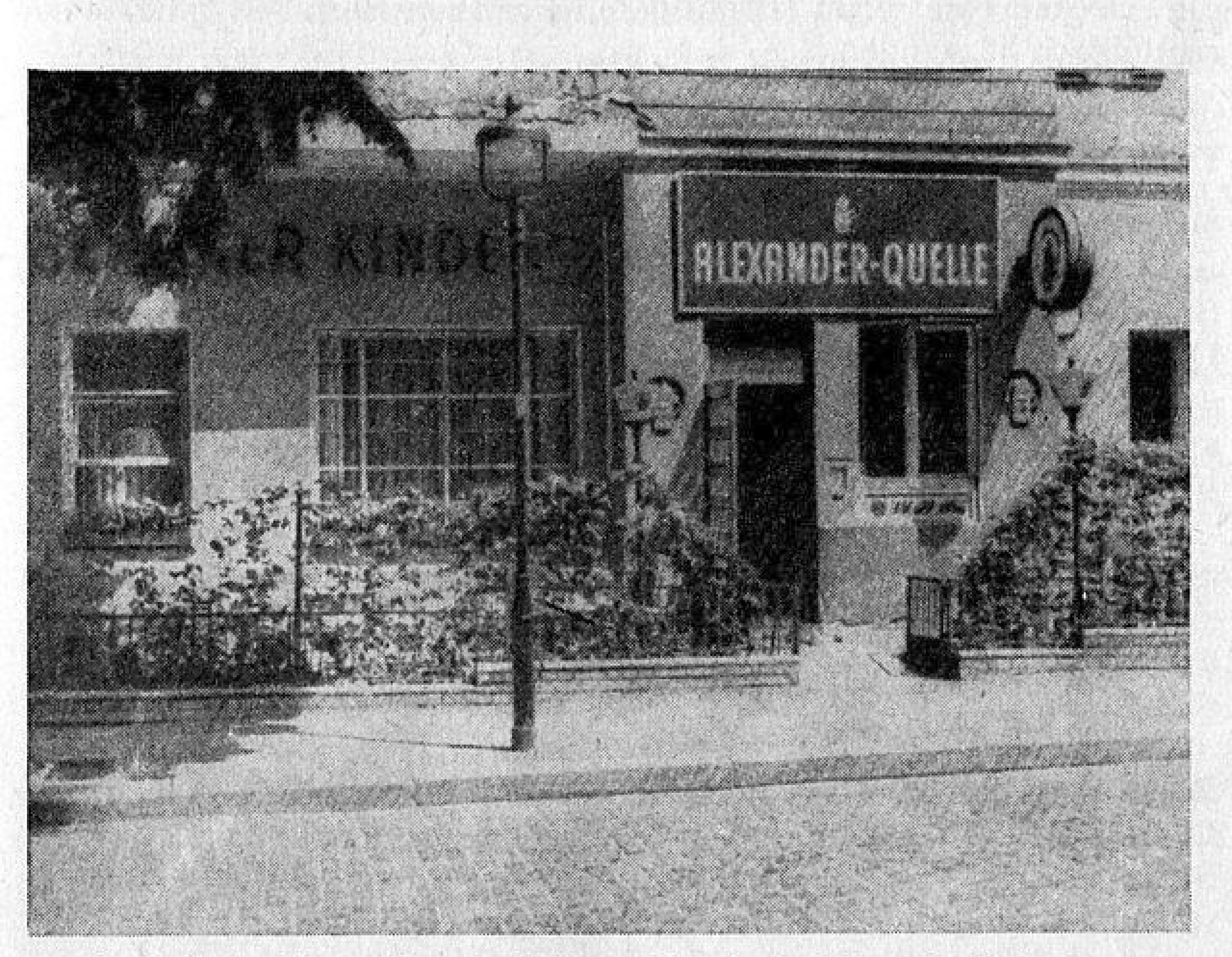


Im Haus Reichsstraße 82 in Berlin-Neu-Westend unterhielt Thieke bei seiner Geliebten ein Treffzimmer

werbung neuer V-Leute für die Operative Abteilung. Alle im „Stammhaus“ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2/4, vorsprechenden Personen wurden deshalb von Thieke überprüft, ob sie als Agenten für die KgU verwendet werden können. Auf Grund einer von Gerd Baitz erlassenen Anordnung haben die Sachgebietsleiter alle die Besucher zur Anlaufstelle weiterzuleiten, aus deren Verhalten oder Angaben ersichtlich ist, daß entweder sie selbst oder Personen aus ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis zu einer Anwerbung geeignet sind.

Weiter überprüfte Thieke solche Personen, die die Deutsche Demokratische Republik illegal verlassen haben und die ihm von der KgU-Meldestelle beim sogenannten Notaufnahmeverfahren zugeführt wurden, daraufhin, ob sie Namen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nennen wollten, die eventuell als V-Leute von der KgU angeworben werden könnten.

Auf Grund dieser Überprüfungen entscheidet dann die Anlaufstelle der Abteilung VII, ob eine Anwerbung der Besucher — oder von



Im Lokal „Alexander-Quelle“ am S-Bahnhof Feuerbachstraße traf sich Thieke mit seinen Agenten

Personen aus ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis — für die KgU zweckmäßig ist.

Alle neu angeworbenen Agenten verbleiben für eine bestimmte Zeit unter der Kontrolle der Anlaufstelle und erhalten nur von ihr Agentenaufträge. Erst nach Ablauf dieser „Bewährungszeit" — die in der Regel drei Monate beträgt — werden die neuen V-Leute den zuständigen Sachgebieten übergeben.

Die Treffs mit seinen Agenten führte Thieke hauptsächlich in folgenden Wohnungen und Lokalen durch:

Berlin-Neu-Westend, Reichsstraße 82 (Wohnung der Frau Saving);
Berlin-Neu-Westend, Ebereschenallee 13/15;
Restaurant „Alexanderquelle" am S-Bahnhof Feuerbachstraße;
Restaurant „Schoppenstube", Berlin-Schöneberg, Dominicusstraße 36.

Lange Zeit ließ sich Thieke die Spionageberichte seiner Agenten an die Deckadresse Frau Bräutigam, Postamt Berlin-Steglitz, Postschließfach 32, senden.

Die Ländersachgebiete

Um den vom amerikanischen Geheimdienst erhaltenen Auftrag so weitgehend als möglich durchführen zu können und der gesamten Spionage-, Sabotage- und Diversionstätigkeit der KgU gegen die Deutsche Demokratische Republik ein organisatorisches Gefüge zu geben, wurden von der Operativen Abteilung fünf Sachgebiete eingerichtet, die der damals bestehenden verwaltungsmäßigen Einteilung der Deutschen Demokratischen Republik in Länder entsprachen:

Sachgebiet Berlin—Brandenburg,
Sachgebiet Mecklenburg,
Sachgebiet Sachsen,
Sachgebiet Sachsen-Anhalt,
Sachgebiet Thüringen.

Diese Einteilung besteht noch heute, obwohl 1952 in der Deutschen Demokratischen Republik mit der weiteren Demokratisierung des Staatsapparates die Länderregierungen aufgelöst und die Länder verwaltungsmäßig in Bezirke aufgeteilt wurden. Jedes Sachgebiet konzentriert sich auf ein bestimmtes Land und hat den Auftrag, sich nach Möglichkeit einen umfangreichen V-Mann-Apparat zu schaffen.

Sachgebiet Berlin-Brandenburg

Im Sachgebiet Berlin-Brandenburg — Tarnnummer 1700 — waren seit 1950 folgende Hauptagenten als Leiter tätig:

Tietze (Deckname: Seeberg), vom Januar 1950 bis September 1951;

Günter Parey (Deckname: Saalmann), vom September 1951 bis April 1954 — ihm war als Gehilfe der Agent Heinz Schlede (Deckname: Roller) zugeteilt —;

Günter Herzog (Deckname: Paulsen), vom April 1954 bis Dezember 1954;

Karl Siegmund (Deckname: Lindow), vom Dezember 1954 bis zur Gegenwart.

Siegmund, der das Sachgebiet Berlin-Brandenburg seit Dezember 1954 leitet, ist etwa 55 Jahre alt und wohnt in Berlin-Lankwitz. Er ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Das Büro des Sachgebietes befindet sich in seiner Privatwohnung.

Siegmund war langjähriger Beamter der Kriminalpolizei und bereits vor 1939 im faschistischen Polizeiapparat tätig. Er gilt als Spezialist im Fahndungsdienst. Nach 1945 verstand er es, sich in die Kriminalpolizei des Landes Brandenburg einzuschleichen und hier Kriminal-Kommissar zu werden.

Als Siegmund Ende des Jahres 1954 zur KgU kam, wurde er selbst den Sachgebietsleitern vorerst nur unter dem Decknamen Lindow bekannt. Er nahm anfangs auch nicht an den Arbeitsbesprechungen der Sachgebietsleiter teil und erhält auch jetzt noch alle seine Anweisungen vom Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, unmittelbar. Siegmunds Sonderstellung innerhalb der KgU erklärt sich aus der Tatsache, daß er nicht nur Leiter des Sachgebietes Berlin-Brandenburg, sondern auch sogenannter Sicherheitsbeauftragter der KgU ist. Als „Sicherheitsbeauftragter" kontrolliert Siegmund die Tätigkeit der einzelnen Sachgebiete und überwacht im Auftrage von Gerd Baitz alle Angestellten des KgU-„Stammhauses" sowie die Abschirmung der Gebäude in der Ernst-Ring-Straße 2—4 gegen das Eindringen Unbefugter. Siegmund ließ aus diesem Grunde auch in den Häusern der KgU in der Ernst-Ring-Straße eine Signalanlage einbauen. Auch der elektrisch geladene Gartenzaun wurde auf seine Anregung im Auftrage von Baitz angelegt.

Auf Anweisung von Baitz unterhält Siegmund enge Verbindungen zur Abteilung I (Politische Polizei) des Westberliner Polizeipräsi-

diums. Es ist bekannt, daß er von der Westberliner Kriminalpolizei auch zu Ermittlungsdiensten eingesetzt wird.

Siegmund ist der verantwortliche Organisator aller Verbrechen, die von der KgU im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin und im Gebiet des ehemaligen Landes Brandenburg durchgeführt werden. Er gilt nach dem Leiter der Operativen Abteilung, Baitz, innerhalb der KgU als einer der gewissenlosesten und hemmungslosesten Hauptagenten.

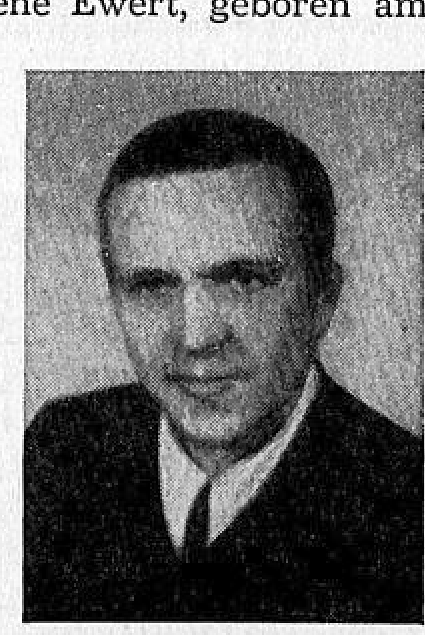
Die Treffs mit seinen V-Leuten führt Siegmund hauptsächlich in Lokalen der Schloß- und Rheinstraße in Berlin-Friedenau durch.

Sachgebiet Mecklenburg

Das Sachgebiet Mecklenburg — Tarnnummer 1800 — hatte bisher folgende Leiter:

> Henry Stenzel (Decknamen: Kubitz, Deters), vom Januar 1950 bis August 1951;
>
> Gerhard Bruhn (Decknamen: Stark, Schultze), vom August 1951 bis zur Gegenwart.

Der KgU-Hauptagent Gerhard Bruhn wurde am 10. Dezember 1913 in Loitz, Kreis Demmin, geboren und wohnt jetzt in Berlin-Zehlendorf, Busseallee 39/41, wo sich auch das Büro seines Sachgebietes befindet. Seine Ehefrau Christa Bruhn, geborene Ewert, geboren am 1. Februar 1929 in Barth, ist gleichfalls festangestellte KgU-Agentin. Bruhn, der einer kleinbürgerlichen Familie entstammt, ist von Beruf Diplom-Kaufmann. 1941 wurde er zur faschistischen Wehrmacht einberufen und nach seiner Ausbildung einer Feldgendarmerie-Einheit zugeteilt. Er behauptet, während der faschistischen Okkupation Frankreichs in der Resistance, der französischen Widerstandsbewegung gegen die faschistischen Interventen, gekämpft zu haben, hat aber in Wirklichkeit einem Sonderkommando der Feldgendarmerie angehört, das in Paris die Bordelle zu kontrollieren und zu überwachen hatte. 1944 geriet er in Kriegsgefangenschaft, aus der



Hauptagent Gerhard Bruhn



Hier wohnte bisher das Agentenehepaar Bruhn:
Berlin-Lankwitz, Leonorenstraße 48

er 1947 nach seiner Entlassung nach Loitz in Mecklenburg zurückkehrte. Da sein Vater nach 1945 als aktiver Faschist vorübergehend inhaftiert worden war, übernahm er dessen Geschäft. Bruhn nutzte die durch den Krieg und seine Folgen entstandene Knappheit an Versorgungsgütern in gemeinster Weise aus und betrieb einen schwungvollen Schwarzhandel mit Zigaretten, Punktkarten für Textilien und mit anderen bewirtschafteten Waren. Er wurde deshalb zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Einer neuen Verhaftung wegen gleicher Wirtschaftsvergehen entzog er sich im Oktober 1950 durch die Flucht nach Westberlin. Hier wurde er sehr bald bei der KgU fest angestellt. Im August 1951 übernahm er dann die Leitung des Sachgebietes Mecklenburg.

Von Bruhn stammen die verbrecherischen Aufträge, die Eisenbahnbrücke bei Löcknitz zu sprengen und Schiffe zu versenken, die die Ostseehäfen des Bezirks Rostock anlaufen. Alle Verbrechen, die von KgU-Agenten in Mecklenburg verübt wurden und noch durchgeführt werden, erfolgten und erfolgen auf Anweisung von Bruhn.

Bruhn ist ein haltloser, moralisch durch und durch verkommener Mensch. So verbindet er die Anwerbung von Frauen und Mädchen als KgU-Agentinnen fast immer damit, intime Beziehungen herbeizuführen. Er trifft sich deshalb mit den Frauen weniger in Lokalen, sondern zumeist nachts in seiner Wohnung, in der Wohnung des Ehepaares Wichmann in Berlin-Dahlem, Herrfurthstraße 9, oder in der Wohnung von Frau Hedwig Sander, Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 85d.



Die Agentin Christa Bruhn

Es ist kennzeichnend für den moralischen Tiefstand des Ehepaares Bruhn — und das ist symptomatisch für alle KgU-Hauptagenten —, daß die Ehefrau Christa Bruhn nicht nur um dieses ehebrecherische Treiben ihres Mannes weiß, sondern auch dafür sorgt, daß einige ihr bekannte Westberliner

Trefflokal des Hauptagenten Bruhn: Pension Schmidt, Berlin-Steglitz, Schloßstraße

Ärzte — zum Beispiel Dr. Bertetzkow in Berlin-Wilmersdorf — die Folgen dieser intimen Verhältnisse unauffällig gegen ein Honorar von 120 D-Mark beseitigen.

Neben den bereits genannten Treffzimmern unterhält Bruhn noch solche in Berlin-Steglitz, Schloßstraße, in der Pension Schmidt und in Berlin-Tiergarten, Agricolastraße 7, bei Schumacher.

Die Anschriften Berlin-Dahlem, Herrfurthstraße 9 und Unter den Eichen 85d, dienen ihm auch als Deckadressen.

Sachgebiet Sachsen

Das Sachgebiet Sachsen — Tarnnummer 2000 — wurde seit 1950 von folgenden Hauptagenten geleitet:

> Hanfried Hiecke (Deckname: Walter), vom September 1950 bis März 1951;
>
> Kurt Milster (Deckname: Malik), vom März 1951 bis November 1952;



Wohnung des Hauptagenten Kurt Baitz: Berlin-Steglitz, Munster-Damm 17

K u r t B a i t z (Decknamen: Thal, Meißner, Gustav, Schubert, Schulze) vom November 1952 bis jetzt.

Der KgU-Hauptagent Kurt Baitz wurde am 19. November 1897 in Berlin geboren und wohnt in Berlin-Steglitz, Munster-Damm 17. Er ist der Vater des Leiters der Operativen Abteilung, Gerd Baitz. Das Büro des Sachgebietes befindet sich in seiner Privatwohnung.

Kurt Baitz ist ein alter Faschist, der bereits 1933 Mitglied der NSDAP wurde. Er war während der Zeit des Faschismus Angestellter bei der Reichsschuldenverwaltung.

Nach 1945 war Kurt Baitz in der Ostredaktion des „Telegraf" Leiter des sogenannten Ost-West-Vertriebs.

Seitdem er bei der KgU als Hauptagent arbeitet, hat er fast alle Sachgebiete der Operativen Abteilung geleitet, so daß ein großer Teil der von der KgU auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführten Verbrechen von ihm geplant und organisiert wurde. So erteilte er zum Beispiel den Auftrag zur Sprengung der großen Förderbrücke des Böhlener Braunkohlenreviers, der dank

Deckadresse des Hauptagenten Kurt Baitz:
Heinz Seegers, Berlin-Friedenau, Wilhelm-Hauff-Straße 4, bei Stocks

der Wachsamkeit der Werktätigen und der Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik nicht ausgeführt werden konnte.

Unter den von Kurt Baitz entwickelten Methoden der Anwerbung neuer Agenten ist wohl die als die gemeinste zu bezeichnen, mit der er versuchte, durch Heiratsanzeigen in der Presse der Deutschen Demokratischen Republik Frauen und Mädel, die sich nach Ehe- und Mutterglück sehnten, in die Fänge der KgU zu treiben.

Die Treffs mit seinen Agenten führt Kurt Baitz unter anderen in folgenden Lokalen und Wohnungen durch:

Café „Schildkröte", Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstraße;
Pension „Lyra", Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße;
Wohnung der Helene Wessel, Berlin-Schöneberg, Babelsberger Straße 50.

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit seinen V-Leuten benutzt er unter anderen folgende Deckadressen:

Erich Bielick, Berlin-Steglitz, Schöneberger Straße 15;
Heinz Seegers, Berlin-Friedenau, Wilhelm-Hauff-Straße 4, bei Stocks;
Ursula Bruhn, Schwelm/Westfalen, Kölner Straße 50.

Sachgebiet Sachsen-Anhalt

Das Sachgebiet Sachsen-Anhalt — Tarnnummer 1900 — wurde vom April 1951 bis September 1955 vom KgU-Hauptagenten Richard Hennig (Decknamen: Rux, Weber, Reimann) geleitet. Da Hennig aus der KgU ausschied, wurde der Hauptagent Kurt Baitz mit der provisorischen Leitung dieses Sachgebietes beauftragt.



Hauptagent Richard Hennig

Sachgebiet Thüringen

Bis zum Juli 1951 wurde das Sachgebiet Thüringen — Tarnnummer 2100 — vom Hauptagenten Krüger (Deckname: Kramer) und danach vom Hauptagenten Rupprecht Wagner (Decknamen: Wolff, Gottwald, Müller, Bernhardt, Lange) geleitet. Im Mai 1955 schied Wagner auf eigenen Wunsch aus der KgU aus und stellte sich am

10. September 1955 freiwillig den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik. Seit dieser Zeit wird dieses Sachgebiet provisorisch vom Hauptagenten Gerhard Bruhn geleitet.

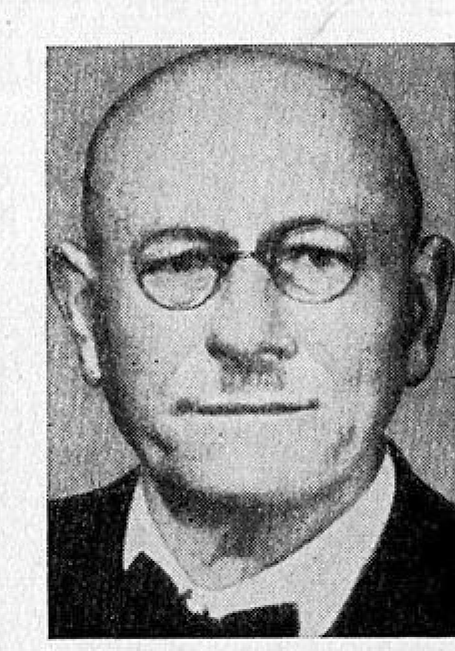
Es war anfangs ein Prinzip der KgU, daß für jedes Landessachgebiet ein der KgU-Leitung beziehungsweise der Zentrale VII gegenüber verantwortlicher Hauptagent eingesetzt wurde, dem alle in dem betreffenden Land tätigen V-Leute und Agenten unterstellt waren. Das änderte sich um die Mitte des Jahres 1955, als die Hauptagenten Hennig und Wagner aus der KgU ausschieden und die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik mehr und mehr die Verbrechen der KgU entlarvten. Der KgU gelang es nicht, für die Sachgebiete Sachsen-Anhalt und Thüringen neue Hauptagenten einzusetzen, so daß diese Gebiete von Kurt Baitz und Gerhard Bruhn mit übernommen werden mußten.

Die Administrative Störstelle

Zur Administrativen Störstelle — Tarnnummer 2303 — gehören: Das Archiv und der sogenannte technische Apparat.

Die Störstelle hat die vielfältigsten Dokumenten-Fälschungen herzustellen und ihren Vertrieb beziehungsweise Gebrauch zu organisieren.

Leiter der Administrativen Störstelle ist der KgU-Hauptagent Max Pönack (Decknamen: Barth, Daniel, Rabaul). Pönack, geboren am 21. September 1892 in Fürstenberg/Oder, wohnt im KgU-„Stammhaus“, Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2/4.



Spezialist für Unterschriftenfälschung Max Pönack

Vor 1945 war er Stabsintendant bei der faschistischen Wehrmacht und arbeitete nach dem Kriege in der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises Bad Liebenwerda.

Pönack ist bereits seit 1951 für die KgU tätig, vor allem als Spitzel in den Westsektoren Berlins. Da er Erfahrung in der Verwaltungsarbeit besitzt, wurde er vom Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz,

als Berater für die Organisierung administrativer Störungen in der Deutschen Demokratischen Republik hinzugezogen und dann Ende 1951 mit der Leitung der Störstelle beauftragt.

Alle bei der Operativen Abteilung und im KgU-„Stammhaus" einlaufenden Spionageunterlagen und -nachrichten, die sich für die Anfertigung von Fälschungen verwenden lassen, werden in einem besonderen Archiv gesammelt. Hier werden sie nach folgenden Rubriken eingeordnet: Parteien, Organisationen, volkseigene Betriebe und andere Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik.

Über die Tätigkeit der Administrativen Störstelle sagte der KgU-Chefkurier Gustav B u c i e k , geboren am 28. August 1902, damals wohnhaft in Berlin-Köpenick, Kaulsdorfer Straße 260, bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Die von der KgU gefälschten und verbreiteten Anweisungen und Richtlinien werden in der Abteilung VII ... hergestellt. Mit der Herstellung von Fälschungen sind die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter Pönack und Kubitz (gemeint ist Stenzel; d. Red.)



DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REFUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHKRHEIT

Berlin-Lichtenberg, Normannenstr. 26-28

01898 S O N D E R A U S W E I S

Der Genosse Gustav B e y e r
wohnhaft Berlin O. 17 Stalinallee [illegible]

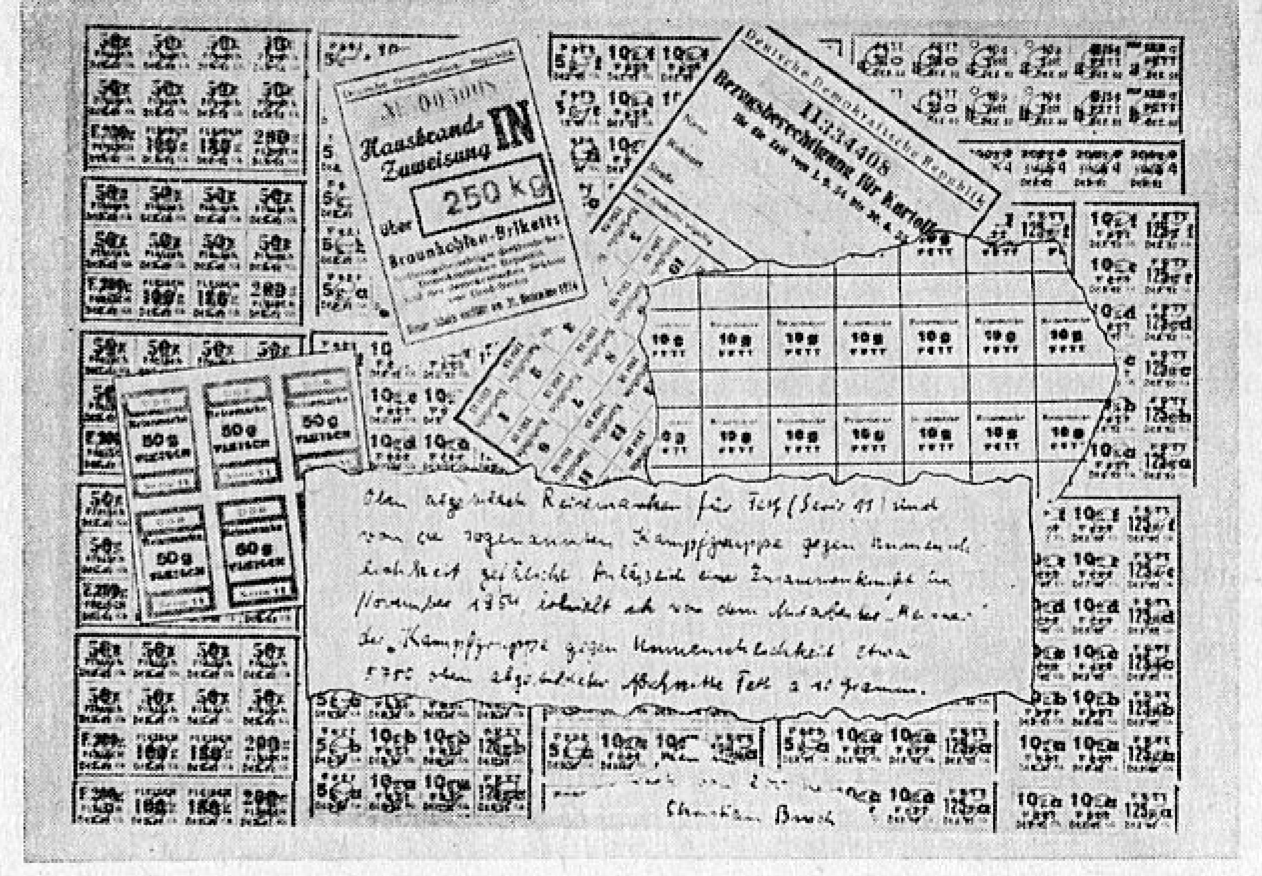
ist im Auftrage des Ministeriums für Staatssicherheit mit Ermittlungen in der Angelegenheit AZ geh. II 5503/53 in den Monaten Januar 54 bis Dezember54 beauftragt.

Bei sämtlichen Fahrten wird angeordnet, den oben aufgeführten Genossen ungehindert passieren zu lassen.

gez. [illegible]elke

Berlin - Lichtenberg, den [illegible]

Gefälschter Ausweis



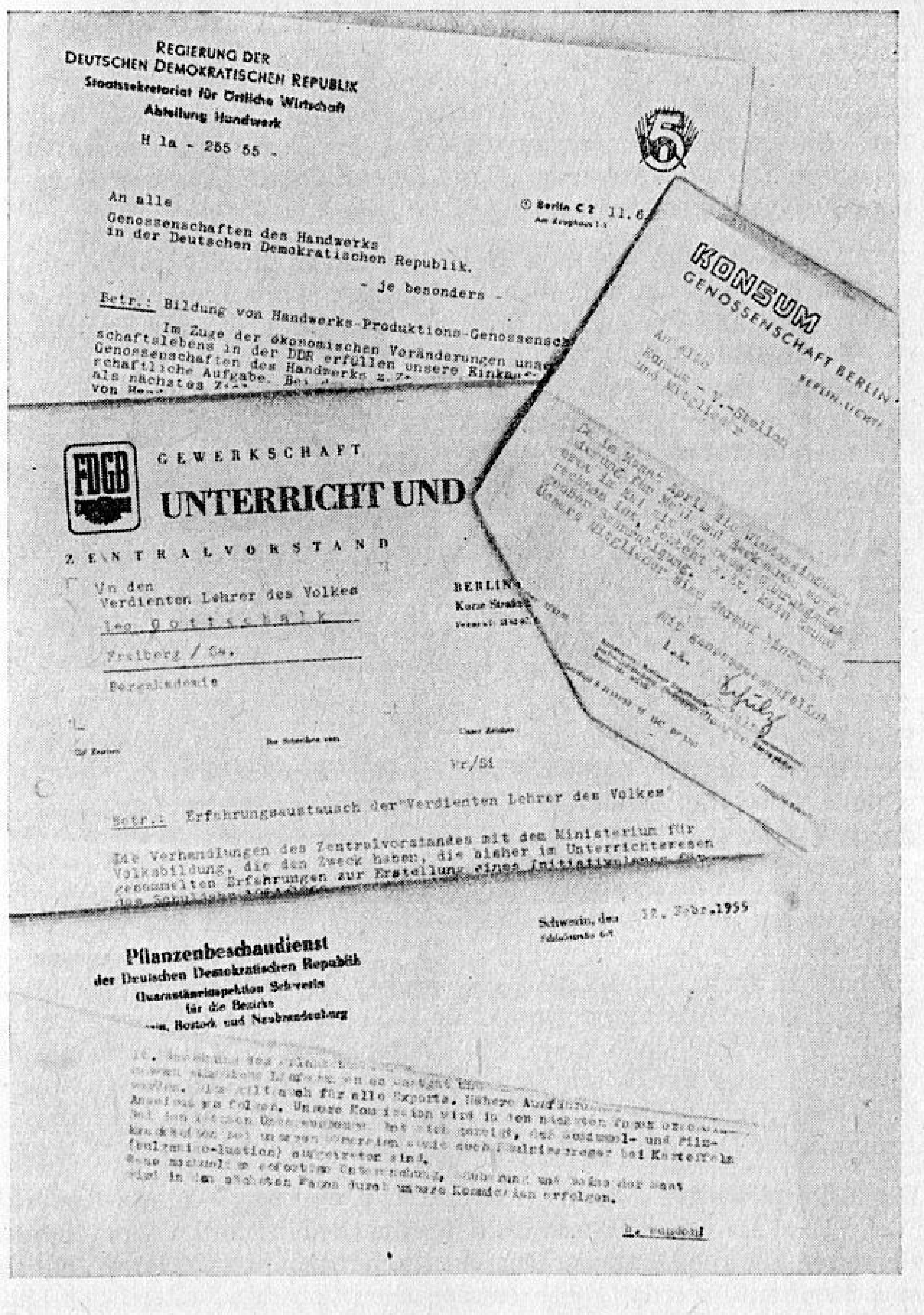
Gefälschte Lebensmittelkarten

beauftragt, die auch die dafür notwendigen Erfahrungen besitzen.

Es ist mir bekannt, daß Pönack bei der KgU als Spezialist für Fälschungen von Unterschriften gilt, während Kubitz der Spezialist für Fälschungen von Dienstsiegeln und Ausweisen ist...

Ich möchte noch hinzufügen, daß in der Fälscherwerkstatt außerdem Entwürfe zur Herstellung gefälschter Lebensmittelkarten, Konsumrabattmarken, Beitragsmarken, Briefmarken usw. entstehen, die dann an bestimmte Firmen, wie zum Beispiel Hildebrandt & Stephan in Berlin SW, Blücherstraße, in Auftrag gegeben werden."

Pönack erteilt nicht nur an diese Firma Druckaufträge zur Fälschung von amtlichen Formularen und Briefbogen der Ministerien und anderer Organe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern steht auch mit anderen Westberliner Firmen in ständiger Verbindung. So stellt unter anderen die Firma „Papier-Berg", Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 110, im Auftrage der KgU Fäl-



REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft
Abteilung Handwerk

H 1a - 255 55 -

An alle
Genossenschaften des Handwerks
in der Deutschen Demokratischen Republik.

- je besonders -

Betr.: Bildung von Handwerks-Produktions-Genossensch

Im Zuge der ökonomischen Veränderungen unse
schaftslebens in der DDR erfüllen unsere Einkau
Genossenschaften des Handwerks z.Z.
schaftliche Aufgabe. Bei
als nächstes Z
von Han

Berlin C 2 11. 6

GEWERKSCHAFT
UNTERRICHT UND

ZENTRALVORSTAND

An den
Verdienten Lehrer des Volkes
Gottschalk
Freiberg / Sa.
Bergakademie

BERLIN
Kurze Straße

Unser Zeichen
Vr/Si

Betr.: Erfahrungsaustausch der "Verdienten Lehrer des Volkes"

Die Verhandlungen des Zentralvorstandes mit dem Ministerium für
Volksbildung, die den Zweck haben, die bisher im Unterrichtswesen
gesammelten Erfahrungen zur Erstellung eines Initiativplanes für
des Schulj

KONSUM
GENOSSENSCHAFT BERLIN

An alle
Konsum - V.-Stellen
und Mitglieder

I. A.

Schwerin, den 12. Febr. 1955

Pflanzenbeschaudienst
der Deutschen Demokratischen Republik
Quarantäneinspektion Schwerin
für die Bezirke
Schwerin, Rostock und Neubrandenburg

gilt auch für alle Exporte. Nähere Ausführungen
Anweisung zu folgen. Unsere Kommission wird in den nächsten Tagen
krankheiten bei unseren
(Solanum tuberosum) aufgetreten sind.
Eine nochmalige sofortige Untersuchung,
wird in den nächsten Tagen durch unsere Kommission erfolgen.

Von der „KgU" gefälschte Rundschreiben

schungen von Stempeln und Dienstsiegeln der Deutschen Demokratischen Republik her.

Die Fälschungen der Administrativen Störstelle sind jedoch in ihrer Auswirkung nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet. Dazu schrieb das „Neue Deutschland" in seiner Ausgabe vom 10. November 1955:

> „In Westberlin nehmen Geldfälschungen immer mehr zu. Im Durchschnitt wird täglich der nachweisbare Eingang von 4000 D-Mark falscher 5-D-Mark-Stücke gemeldet. Wie aus Kreisen des Falschgelddezernats der Westberliner Kriminalpolizei verlautet, führen gewisse Fäden in die Zentrale der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in Berlin-Nikolassee. Die KgU, die von führenden Kreisen des Westberliner Senats unterstützt wird, verfügt bekanntlich über eine Reihe gut eingearbeiteter Fälscher, wie sich bereits bei der Fälschung von Lebensmittelkarten, Ausweisen und Dokumenten der DDR erwiesen hat. Bei den Falsifikaten handelt es sich in erster Linie um 5-D-Mark-Stücke mit dem Jahresstempel 1951 von der Serie D, ferner um 10-D-Mark-Scheine der Serie 1948. Auch falsche 5-D-Mark-Banknoten sind verschiedentlich aufgetaucht."

Das Einschleusen der gegen die Ordnung und die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten Fälschungen geschieht über die Ländersachgebiete durch besondere Kuriere oder durch V-Leute.

Durch sogenannte Posteinschleuser (das sind Agenten der KgU, die den Auftrag haben, größere Briefsendungen in möglichst viele Postkästen zu verteilen) werden etwa 40 Prozent dieser Fälschungen in Umlauf gebracht. Ein anderer, sehr großer Teil wird durch ehemalige, jetzt in Westdeutschland wohnende V-Leute in die Deutsche Demokratische Republik versandt. Ein dritter Teil der Fälschungen geht über den Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, an den amerikanischen Geheimdienst, der sie durch seine anderen Agentenzentralen in die Deutsche Demokratische Republik einschleust.

Die Administrative Störstelle hat keinen eigenen V-Mann-Apparat. Wenn es sich notwendig macht, daß Pönack selbst mit V-Leuten oder Personen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben, sprechen muß, werden diese Aussprachen von den Leitern der Ländersachgebiete arrangiert.

Im Jahre 1950 richtete die KgU ein eigenes kleines Laboratorium ein, um sich bei der Herstellung der für die Schädlingstätigkeit und Diversion erforderlichen Mittel von anderen Laboratorien unabhängig zu machen. Zugleich sollte aber auch durch eigene Herstellung solcher Mittel erreicht werden, daß der Kreis jener, die um den Einsatz dieser Mittel durch die KgU wußten, möglichst klein gehalten wurde.

Anfangs befand sich dieses Labor, das die Tarnnummer 2304 trägt, im KgU-„Stammhaus". Es wurde dann in das Haus Kurfürstendamm 106 und danach in das Haus Kaiser-Wilhelm-Straße 9, Berlin-Steglitz, verlegt. In diesem Labor waren seit 1950 folgende Hauptagenten tätig:

Kaiser (Deckname: Rieger) von 1950 bis 1952;
Feustel (Deckname: Fröhlich) von 1951 bis 1952;
Stenzel (Decknamen: Kubitz, Deters) von 1951 bis jetzt;
Pönack (Decknamen: Barth, Daniel, Rabaul) von 1952 bis jetzt.

Vom Oktober 1950 bis zu seiner Festnahme durch die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik war Wolfgang Kaiser, geboren am 16. Februar 1924 in Leipzig, zuletzt wohnhaft in Berlin-Friedenau, Grazer Damm 175, Chefchemiker der KgU.

Kaiser, der Chemiestudent war, fertigte anfangs Stinkbomben an, ging dann aber sehr bald zur Herstellung von Phosphorampullen über. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese Brandmittel nicht die Wirksamkeit hatten, die die KgU forderte. Daraufhin beauftragte der Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, Kaiser mit der Entwicklung metallzerstörender Brandsätze. Kaiser entwickelte eine Thermitmischung, die es ermöglichte, Brandsätze von größter Wirksamkeit in jeder beliebigen Größe anzufertigen.

Im Oktober 1951 ging Kaiser dann zur Herstellung von Explosivkörpern über, nachdem er vorher vier Wochen in der pyrotechnischen Fabrik Gebr. Mussehl, Berlin-Grunewald, gearbeitet und sich hier die Grundkenntnisse angeeignet hatte. Die von Kaiser entwickelten Sprengkörper besaßen eine äußerst hohe Brisanz.

Die vom chemisch-technischen Labor der KgU hergestellten Diversionsmittel werden auf dem amerikanischen Manövergelände Berlin-Grunewald ständig auf ihre Wirksamkeit überprüft. Ihre Einschleusung in die Deutsche Demokratische Republik erfolgt auf die verschiedenste Weise. So werden für Säuren und andere ätzende



[illegible]

1 Ampulle mit [illegible] Flüssigkeit

Es sollte der Inhalt und die Eigenschaften derselben festgestellt werden.

[illegible]

Es handelt sich um Schwefelkohlenstoff, in dem ca. 20 % gelber Phosphor aufgelöst wurde.

[illegible]

Ein Teil der Flüssigkeit wurde [illegible] auf Papier gegeben. Nach 57 Sekunden trat Selbstentzündung ein. [illegible]

[illegible]

„KgU-Chefchemiker“ Wolfgang Kaiser
und von ihm hergestellte Brandampullen und Sprengkörper

Flüssigkeiten handelsübliche Likörflaschen benutzt. Brandsätze und leichtere Sprengladungen werden in Konservendosen oder Pappkartons verpackt. Zur Tarnung des Inhalts dieser Behälter werden von der KgU Etikette angefertigt, wie sie auf Erzeugnissen der Deutschen Demokratischen Republik zu sehen sind. So werden zum Beispiel auf Konservendosen, die Sprengmittel enthalten, gefälschte Etikette volkseigener Gemüsekonservenfabriken geklebt. Größere Sprengladungen werden in Handkoffer eingebaut, wobei die Größe der Koffer vom Umfang der Ladung bestimmt wird.

Im Sommer 1951 wurde das chemisch-technische Labor von der Ernst-Ring-Straße in das damals geheime Quartier der Operativen Abteilung in Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 106, verlegt. Die Verlegung machte sich wegen einer Unvorsichtigkeit des Hauptagenten Kaiser notwendig, der auf der Treppe des KgU-„Stammhauses“ eine Korbflasche mit Buttersäure hatte fallen lassen. Die Anwohner der Ernst-Ring-Straße hatten sich wegen des widerlichen Geruchs, der die ganze Gegend verpestete, bei der Westberliner Polizei über die KgU beschwert.

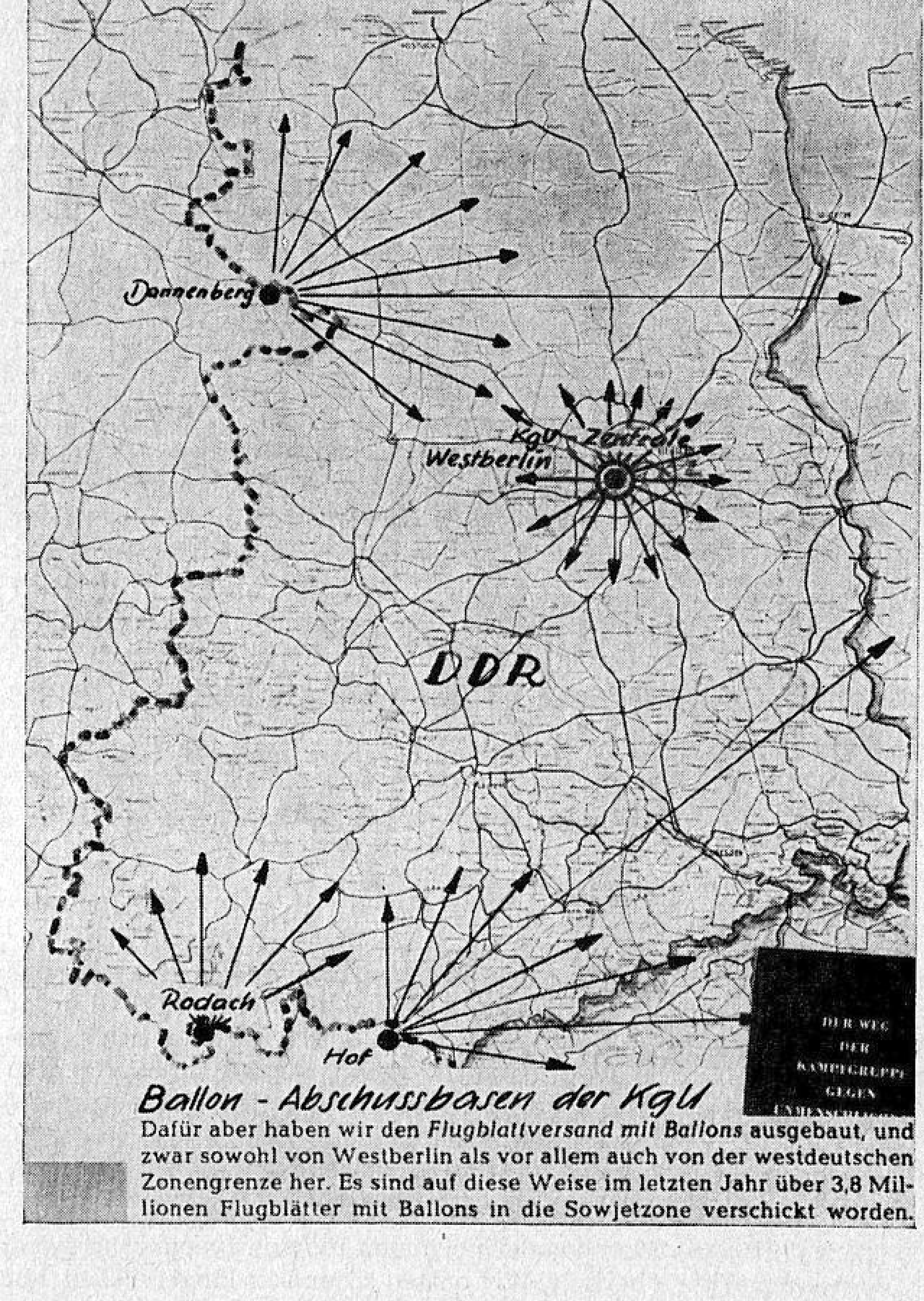
Im Frühjahr 1952 mußte das Labor erneut umziehen, da die KgU infolge der Enthüllungen der Presse der Deutschen Demokratischen Republik eine Haussuchung durch die Westberliner Staatsanwaltschaft befürchtete. Das Labor wurde deshalb im Keller des Hauses Kaiser-Wilhelm-Straße 9 in Berlin-Steglitz untergebracht. Zu seiner Sicherung wurden größere Umbauten vorgenommen. Unter anderem wurde auch eine Entlüftungsanlage eingebaut.

Die Ballonabschußbasen

Die Wachsamkeit der Bevölkerung und die der Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik erschwerte immer mehr das Einschleusen von Hetzschriften und -flugblättern der KgU und der anderen Spionage- und Agentenzentralen durch V-Leute. Schon Anfang 1952 konnte die KgU es nicht mehr wagen, ihren Agenten solches Material zu übergeben, wenn sie nicht in kürzester Frist die meisten ihrer V-Leute verlieren wollte.

Dazu schrieb der KgU-Pressechef Hasso Graf in seinem Artikel „Der Weg der Kampfgruppe“ Mitte Dezember 1952:

> „Wir halten die Methode der normalen Flugblattverteilung schon seit langem für überholt. Wir hatten schon seit längerer Zeit nur noch auf speziellen und ausdrücklichen Wunsch Flugblätter zum



Ballon - Abschussbasen der KgU

Dafür aber haben wir den *Flugblattversand mit Ballons* ausgebaut, und zwar sowohl von Westberlin als vor allem auch von der westdeutschen Zonengrenze her. Es sind auf diese Weise im letzten Jahr über 3,8 Millionen Flugblätter mit Ballons in die Sowjetzone verschickt worden.

Ballons mit Hetzschriften gefährden in hohem Maße die Luftsicherheit

Mitnehmen ausgegeben, seit einiger Zeit tun wir auch dies nicht mehr. Dafür aber haben wir den *Flugblattversand mit Ballons* ausgebaut, und zwar sowohl von Westberlin als vor allem auch von der westdeutschen Zonengrenze her."

Die Organisierung und Ausführung dieser sogenannten Ballonaktionen wurde dem chemisch-technischen Labor der KgU übertragen, das in

Berlin-Nikolassee,
Hof/Bayern,
Rodach bei Coburg und
Dannenberg

Ballonabschußbasen einrichtete.

Die Ballonabschußbasis Berlin-Nikolassee soll hauptsächlich Kundgebungen und andere Veranstaltungen im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin stören und die Bevölkerung der an Berlin angrenzenden Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik terrorisieren.

Die Ballonabschußbasen in Westdeutschland sollen gegen die Bevölkerung der übrigen Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik und vor allem auch gegen die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik wirken.

Die KgU setzt bei diesen Ballonaktionen Spezialballons ein, deren Auslösevorrichtung so konstruiert ist, daß sich der Zeitpunkt des Absturzes der Hetzflugblatt-Pakete vorher festlegen läßt. Aufgefundene Ballons sind häufig über 300 Kilometer weit geflogen; das beweist, daß die Ballons auch weit über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hinausschweben sollen.

Zur exakten Durchführung solcher Aktionen unterhält die KgU Verbindungen zu Westberliner und westdeutschen Wetterdienststellen, von denen sie genaue Angaben über Windrichtung und -geschwindigkeiten erhält.

Verbindungen der Operativen Abteilung

Die Operative Abteilung der KgU unterhält zahlreiche selbständige Verbindungen zu offiziellen Westberliner Institutionen, die ihr Hilfsdienste leisten, sie fördern und schützen.

Die bedeutendste dieser Verbindungen ist die zur Abteilung I des Westberliner Polizeipräsidiums (Politische Polizei). Diese Verbindung beleuchtet schlaglichtartig zwei wesentliche Tatsachen:

1. Die KgU wird als eine amerikanische Agenten- und Spionagezentrale durch die Westberliner Polizei größtenteils gedeckt.
2. Die Westberliner Polizei arbeitet Hand in Hand mit einer Organisation, die gegen die Interessen der Westberliner Bürger, der Bürger des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin und überhaupt gegen das ganze deutsche Volk mit Mitteln arbeitet, deren Anwendung in jedem zivilisierten Staat mit hohen Zuchthausstrafen geahndet wird.

So berichtete die Hamburger Nachrichtenzeitschrift „Der Spiegel" am 19. November 1952 unter anderem:

> „Die ‚Kampfgruppe' dehnte ihre Aktivität auch auf Westberlin aus. Der Westberliner Journalist Heinz Krüger wurde am 9. November 1950 in seiner Hermsdorfer Wohnung (französischer Sektor) von ‚gangsterhaften' Gestalten überfallen, die die Polizei aber kurz darauf festnehmen konnte. Am nächsten Tag berichteten alle Westberliner Zeitungen von einem mißglückten Menschenraubversuch an dem Journalisten Krüger und forderten energisches Vorgehen gegen die Täter. Was die Öffentlichkeit nie erfuhr, war, daß diese Täter wenige Stunden nach ihrer Verhaftung wieder auf freiem Fuß waren.
>
> Auf der Polizeiwache stellte sich nämlich heraus, daß die beiden angeblichen Menschenräuber Karl-Heinz Stabenow, 22, und Dieter Norden, 19, Agenten der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' waren, die Krüger ‚einen Denkzettel' für sein neutralistisches Verhalten und seine Verbindungen zum ‚Nauheimer Kreis' des Professor Noack verpassen wollten. Ein gewisser Seeberg, den Karl-Heinz Stabenow und Dieter Norden von der Wache aus anriefen, hatte die Freilassung der Verhafteten verlangt. Seeberg war das Pseudonym des ‚Kampfgruppen'-Vorstandsmitgliedes Tietze, das seine Leute bei solchen Pannen zu decken pflegte."

Am 13. Oktober 1955 berichtete die Hamburger Zeitung „Die Welt" über die Festnahme der 32jährigen Gertrud Corth — „die unter dem Decknamen Klausen früher in der KgU-Zentralkartei gearbeitet hatte" — durch zwei Kriminalbeamte der Westberliner Polizei im Beisein des KgU-Hauptagenten Geerdts. Ausführlich schildert „Die Welt" in diesem Bericht, wie Frau Corth nach Gestapo-Methoden von

21.35 Uhr bis 0.30 Uhr vernommen wurde und dann nach einem Gespräch zwischen dem Leiter der Operativabteilung, Gerd Baitz, und den vernehmenden Kriminalbeamten zur Häftlingssammelstelle in der Friesenstraße gebracht wurde. Ihr wurde vorgeworfen, bei ihrem Ausscheiden aus der KgU „geheime Akten militärischer Art mitgenommen und sie später der westlichen Presse zur Verfügung gestellt zu haben“. Sie wurde erst gegen 16 Uhr entlassen, nachdem sie ein entsprechendes Protokoll unterschrieben hatte.

„Die Welt“ schrieb dann weiter:

> „Wir meinen, der Chef der Politischen Polizei wird zu prüfen haben, ob hier nicht der Tatbestand der Aussageerpressung gegeben ist.“

Am 14. Oktober 1955 warf „Die Welt“ noch einmal die berechtigte Frage auf:

> „Es wird in dieser Hinsicht von den verantwortlichen Behörden noch zu prüfen sein, inwieweit Angehörige der Polizei einer privaten Vereinigung wie der KgU Abschriften von Vernehmungsprotokollen und andere Vorgänge fortlaufend zur Verfügung gestellt haben.“

In dem bereits zitierten Brief des Rechtsanwalts Dr. Curt Bley an den Chefredakteur der Zeitung „Die Welt“, Zehrer, wird auf diesen Artikel Bezug genommen:

> „Mit seiner Berichterstattung hat sich Herr Weinert (das ist der Verfasser der Artikel der ‚Welt‘ vom 13. und 14. Oktober 1955; d. Red.) in ein schwebendes Verfahren eingemischt und hat schärfste und unqualifizierte Angriffe gegen die Berliner Polizei (gemeint ist die Westberliner Polizei; d. Red.) gerichtet.“

So stellte Rechtsanwalt Dr. Bley fest. Aber weder gegen den Journalisten Dieter Weinert noch gegen „Die Welt“ wurde jemals durch die Westberliner Polizei ein Verfahren wegen „schärfster und unqualifizierter Angriffe“ eingeleitet.

Sie konnte das auch gar nicht, denn es ist einerseits erwiesen, daß folgende KgU-Hauptagenten im ständigen Kontakt mit der Abteilung I des Westberliner Polizeipräsidiums stehen:

> Gerd Baitz in seiner Eigenschaft als Leiter der Operativen Abteilung der KgU;
> Karl Siegmund in seiner Eigenschaft als Sicherheitsbeauftragter der KgU;
> Stenzel in seiner Eigenschaft als Techniker.

Andererseits wird die enge Verbindung zwischen der KgU und der Abteilung I des Westberliner Polizeipräsidiums durch die Tatsache bewiesen, daß der ehemalige Leiter der Abteilung I, Weissmann, während seiner Amtszeit zwei- bis dreimal wöchentlich im KgU-„Stammhaus" Verhandlungen mit KgU-Hauptagenten führte. Es ist weiterhin kein Geheimnis, daß alle hauptamtlichen und operativ tätigen Mitarbeiter der Abteilung VII der KgU im Besitz von Schußwaffen sind, für die die Waffenscheine durch die Westberliner Polizei ausgestellt wurden.

Von hauptamtlichen Mitarbeitern der KgU begangene kriminelle Delikte werden von der Westberliner Polizei auf Anweisung des amerikanischen Geheimdienstes totgeschwiegen. So wurden — um nur einige Beispiele zu nennen — Tillich nicht wegen Giftmordversuchs, Gerhard Bruhn und seine Frau nicht wegen Abtreibung und Gerd Baitz nicht wegen Fälschung vor Gericht gestellt und verurteilt.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner machte in diesem Zusammenhang auf der Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 vor den Vertretern der deutschen und ausländischen Presse folgende Ausführungen:

> „Er (Baitz; d. Red.) erklärte ferner, daß weitere Presseangriffe nicht zu erwarten seien und auch etwaige Untersuchungsverfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft Westberlins im Keime erstickt werden würden. Die Richtigkeit dieser Behauptung wurde u. a. durch folgende Tatsache bestätigt: Der Westberliner Polizei und der Staatsanwaltschaft wurde bekannt, daß Baitz zahlreiche Personalausweise gefälscht hatte. Trotzdem erfolgte keine strafrechtliche Verfolgung, weil die Akten auf Veranlassung des amerikanischen Geheimdienstes vom amerikanischen Militärgericht angefordert und nicht zurückgereicht wurden."

Noch ein Beispiel soll erhellen, welchen Charakters die Verbindungen der KgU zur Westberliner Polizei sind. Am 2. Januar 1956 verstarb, angeblich durch Selbstmord, die Witwe des ehemaligen KgU-Pressechefs Hasso Graf. Die Westberliner Zeitung „Der Kurier" hatte zwar einige Wochen zuvor, am 14. Dezember 1955, in einer Kurzmeldung vom Tode Grafs berichtet. Doch in keiner einzigen Westberliner Zeitung, nicht einmal in der Zeitung „Der Abend", die solche Nachrichten gewöhnlich sensationell aufmacht, erschien eine Notiz über den angeblichen Selbstmord der Frau Graf. Frau Graf, Mutter von zwei Kindern, wurde keinesfalls durch eine wirtschaftliche Notlage in den Tod getrieben, denn ihr Mann hatte ihr eine sichere Lebensgrundlage hinterlassen. Aber Frau Graf hatte unter

dem Decknamen Kranz jahrelang im KgU-„Stammhaus“ gearbeitet und wußte um viele streng behütete Geheimnisse der KgU. Nach ihrem Ausscheiden befürchtete die KgU, daß sie diese Geheimnisse der Öffentlichkeit preisgeben könnte. Im allgemeinen ist es in jedem Rechtsstaat üblich, daß die Polizei nach den Gründen eines Selbstmordes zu forschen hat. Diese Nachforschungen wurden jedoch von der Westberliner Polizei nicht vorgenommen, nachdem sich die KgU an den amerikanischen Geheimdienst gewandt und ihm mitgeteilt hatte, daß die KgU daran interessiert sei, daß der „Selbstmord“ der Frau Graf in der Öffentlichkeit nicht bekannt werde.

Der Westberliner Polizeipräsident Dr. Stumm befürchtete, daß dieses sich vor den Augen der Öffentlichkeit vollziehende Hand-in-Hand-Spiel zwischen der Westberliner Polizei und der KgU zu einem Skandal führen würde. Daher erließ er — wie die Westberliner „2. Nachtdepesche“ in ihrer Ausgabe vom 8. Juli 1955 meldete —

> „... eine Anordnung, daß sämtlichen Polizeibeamten und Polizeidienststellen der dienstliche Verkehr mit Angehörigen der Kampfgruppe verboten sei“.

Daß diese Anordnung keinesfalls ernst zu nehmen, sondern einzig und allein als eine formale Erklärung anzusehen ist, die zur Beruhigung der empörten Westberliner Bevölkerung in die Öffentlichkeit lanciert wurde, geht aus der Feststellung hervor, die die „2. Nachtdepesche“ daran anschließend trifft:

> „Das hat jedoch nichts daran geändert, daß heute nicht nur die Abteilung V (jetzt Abteilung I; d. Red.), sondern auch eine dem Polizeipräsidenten unterstellte Dienststelle in Steglitz den innigsten Kontakt mit der KgU pflegt und dieser Organisation dort Informationen, Auskünfte und Einsichten gegeben werden, die in anderen Fällen den betreffenden Polizeibeamten Hals und Kragen kosten würden.“

So ist das bis heute geblieben.

3. Die Vernehmerabteilung

Die sogenannte Vernehmerabteilung der KgU, die auch Abteilung III genannt wird, hatte ursprünglich die Aufgabe, Personen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen hatten, zu „vernehmen“, das heißt, sie auszuhorchen. Aus dieser Zeit stammt auch der Name der Abteilung, der ihrer jetzigen Tätigkeit nur noch zum Teil entspricht.

Der ehemals relativ selbständig arbeitende Vernehmerapparat wurde im Laufe des Jahres 1954 auf Vorschlag des Leiters der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, reorganisiert; die Vernehmerabteilung wurde mit einigen schon bestehenden und einigen neugebildeten Referaten zusammengelegt und faktisch der Operativen Abteilung unterstellt.

Die Vernehmerabteilung ist heute ein ausgesprochenes Hilfsorgan der Operativen Abteilung, auch wenn sie nach außen als eine selbständige Abteilung in Erscheinung tritt. Ihre Aufgaben sind mehr die eines Zuträgers und bestehen im wesentlichen in

der Ermittlung von Spionagenachrichten durch „Vernehmungen" von Besuchern und solchen Personen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben, wobei nach den Plänen der Operativen Abteilung vorgegangen wird und die Ermittlungsergebnisse auch dieser Abteilung zugeleitet werden, wo man sie als Grundlage zur Organisierung der verschiedenartigen Verbrechen verwertet;

der Auswahl und Ausarbeitung von Materialien, an Hand deren die Administrative Störstelle der Operativen Abteilung gefälschte Dokumente herstellen und diese in Umlauf setzen kann.

Die Vernehmerabteilung ist nach Referaten unterteilt, die im Gegensatz zu den Ländersachgebieten der Operativen Abteilung nicht auf der Basis der territorialen Aufteilung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern vorwiegend nach spionagetechnischen Gesichtspunkten gebildet wurden. So hat die Vernehmerabteilung solche Referate, deren Aufgabengebiete entsprechend den Fragen der Landwirtschaft, der Kirche, der Parteien, der Massenorganisationen usw. festgelegt sind.

Die Vernehmerabteilung unterhält außer der zu ihr gehörenden sogenannten Volkspolizei-Beratungsstelle keinen eigenen V-Mann-Apparat.

Die Referate dieser Abteilung sind mit geringen Ausnahmen — wie die Meldestellen in den „Flüchtlingslagern" — ausschließlich im KgU-„Stammhaus" in der Ernst-Ring-Straße untergebracht.

Die Leitung der Vernehmerabteilung

Die Vernehmerabteilung wird vom KgU-Beiratsmitglied Werner Geerdts (Deckname: Wiemann) geleitet. Geerdts ist etwa 35 Jahre alt und seit 1953 mit der zweiten Sekretärin Tillichs, die unter dem Decknamen Hansen bekannt ist, verheiratet.

Vor seiner Tätigkeit in der KgU war Geerdts Kriminal-Assistent in der Westberliner Kriminalpolizei. Sein Eintritt in die KgU geschah auf Anweisung des amerikanischen Geheimdienstes. Obwohl Geerdts Mitglied des KgU-Beirates ist, spielt er — gemessen an Gerd Baitz, Tillich und Siegmund — nur eine untergeordnete Rolle. Als Beiratsmitglied führt Geerdts die Aufsicht über alle Einrichtungen des KgU-„Stammhauses", soweit sie nicht der Operativen Abteilung angehören. Dabei wird er stets von Siegmund als Sicherheitsbeauftragtem überspielt. Desgleichen ist er in Abwesenheit Tillichs für die offizielle Post der KgU unterschriftsberechtigt, jedoch ist diese Post ohne wirkliche Bedeutung. Er ist weiterhin berechtigt, alle eingehende Post der KgU entgegenzunehmen, doch wird der gesamte Posteingang durch Baitz' Vertraute, Annemarie Knitsch, vorher gesichtet.

Auch in der ihm unterstehenden Abteilung kann er nicht frei schalten und walten, sondern erhält genaue Anweisungen von Gerd Baitz.

Die Referate der Vernehmerabteilung

Der sogenannte Suchdienst mit Betreuungsstelle wird von der Hauptagentin von Hierscheydt (Deckname: Just), wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Straße 20, geleitet. Diese Einrichtung, aus der die KgU entstand, hat die Aufgabe, zu „beweisen", daß die KgU karitativ und humanitär arbeitet. In Wirklichkeit haben der Suchdienst, die Suchkartei und die Betreuungsstelle nur den einen Zweck, Nachrichtenquellen zu erschließen und Material zu sammeln, mit dem sich Hetze und Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik organisieren lassen.

Die sogenannte Meldestelle wird von einem Hauptagenten geleitet, der den Decknamen Brunnen trägt. Ihr Sitz befindet sich im „Hauptflüchtlingslager" Berlin-Marienfelde, Marienfelder Allee 66 bis 68; sie unterhält Nebenstellen in den westdeutschen „Flüchtlingslagern" Gießen und Uelzen.

Die Meldestelle und ihre Nebenstellen haben die Hauptaufgabe, Personen, die die Deutsche Demokratische Republik illegal verlassen haben, nach Spionagenachrichten auszuforschen und festzustellen, ob sich im Bekannten- und Verwandtenkreis der „Flüchtlinge" Personen befinden, die eventuell für eine Agententätigkeit von der KgU angeworben werden können.

Das Referat Parteien, Massenorganisationen und Industrie, das von einem Hauptagenten mit dem Decknamen



Die Kartei des „Suchdienstes“

Freund geleitet wird, soll die Arbeits- und Lebensbedingungen von Funktionären der Parteien, Organisationen, der Industriebetriebe und von Angehörigen der technischen Intelligenz erforschen. Ziel dieser Bespitzelung ist, irgendwelche Ansatzpunkte herauszufinden, wie politische Funktionäre, Betriebsleiter, Ingenieure und andere leitende Angestellte der Industriebetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik überredet oder gezwungen werden können, die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen.

Die Tätigkeit dieses Referates ist weiter darauf gerichtet, Aktionen zu organisieren, die einen ordnungsgemäßen Arbeitsablauf in Partei- und Gewerkschaftsbüros oder in Betriebsleitungen verhindern sollen.

Das Referat Land- und Forstwirtschaft wird von dem Hauptagenten Ernst H. Wilm mit dem Decknamen Berg geleitet. Es hat Spionagenachrichten über die Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu beschaffen, um mit diesen Unterlagen der Operativen Abteilung Möglichkeiten zu geben, verbrecherische Anschläge zur Behinderung der Frühjahrsbestellung, der Ernte, der Herbstaussaat und so weiter zu organisieren.

Das Referat Kirchenfragen und Intelligenz, das von einem Hauptagenten mit dem Decknamen Wilhelmi geleitet wird, hat einerseits die Aufgabe, Spionagematerial zu besorgen, das geeignet ist, das Verhältnis der Kirchen zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Es hat weiterhin den Auftrag, zersetzend auf die Intelligenz der Deutschen Demokratischen Republik einzuwirken und die Angehörigen der Intelligenz nach Möglichkeit zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu bewegen.

Das Referat Jugendfragen und Lehrerberatung untersteht der Leitung der Hauptagentin Käte Fiedler. Aufgabe dieses Referates ist es, zersetzend auf Lehrer, Schüler, Studenten und Jugendliche in der Deutschen Demokratischen Republik einzuwirken, den Ablauf der Schul-, Hochschul- und Lehrlingsausbildung zu stören und nach Möglichkeit sowohl Lehrer als auch Jugendliche zur Aufgabe ihres Berufes und zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu veranlassen.

Das Referat Justizwesen, das vom Hauptagenten Gerhard Finn (Decknamen: Pilz, Fuchs) geleitet wird, hat den Auftrag, Spionagenachrichten über das Justizwesen der Deutschen Demokratischen Republik zu beschaffen und Störaktionen zu organisieren.

Die sogenannte Volkspolizei-Beratungsstelle wird von dem Hauptagenten Richard Feldmann (Deckname: Wartenberg)

geleitet. Sie hat Spionage und Störaktionen gegen die Deutsche Volkspolizei, gegen die Kasernierte Volkspolizei (bis Anfang dieses Jahres) und jetzt auch gegen die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren.

Sie betreibt diese Spionage durch eigene V-Leute, also durch Agenten, die in der Nähe von militärischen Objekten oder Dienststellen der Deutschen Volkspolizei wohnen oder Verbindungen zu solchen Dienststellen haben.

Zu den von diesem Referat organisierten Störaktionen gehört der Versand von „Einberufungen" an Jugendliche zur Kasernierten Volkspolizei oder jetzt zur Nationalen Volksarmee, um sie so zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu bewegen.

Das Referat Staatssicherheit untersteht der Leitung des Hauptagenten Bernhard Sagolla (Deckname: Sachse). Es hat den Auftrag, Spionagenachrichten über Dienststellen und Angehörige der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu beschaffen, um Störaktionen gegen die Sicherheitsorgane unternehmen zu können.

Das Referat Ostfragen, das von dem Hauptagenten Hermann von Hierscheydt (Deckname: Just), etwa 58 bis 59 Jahre alt, wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Straße 20, geleitet wird, ist eine Art Verbindungsstelle zu den weißgardistischen und nationalistischen Emigrantenorganisationen, die Spionage- und Agententätigkeit gegen die Sowjetunion und gegen die europäischen Länder der Volksdemokratie betreiben.

Die Zentralkartei steht unter der Leitung des Hauptagenten Hans-Eugen Böhme (Deckname: Gabler). Dort werden alle bei der KgU einlaufenden Spionagenachrichten und sonstigen Materialien sowie alle innerhalb der KgU angefertigten Berichte, Meldungen und schriftlichen Vorgänge gesammelt, karteimäßig erfaßt und abgelegt. Das so archivmäßig geordnete Material steht den einzelnen Abteilungen der KgU und ihren Referaten auf Anforderung zu jeglicher Auswertung zur Verfügung.

Verbindungen der Vernehmerabteilung

Die Vernehmerabteilung unterhält selbständige Beziehungen zu einigen Westberliner und westdeutschen Behörden und auch zu anderen Agentenorganisationen.

So tauscht sie mit der Abteilung I des Westberliner Polizeipräsidiums (Politische Polizei) Informationen über die Deutsche Volkspolizei und die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus.

Sehr eng ist die Zusammenarbeit der Vernehmerabteilung mit dem Amt für Verfassungsschutz der Bonner Regierung. Das Amt für Verfassungsschutz holt vor allem bei der Vernehmerabteilung Auskünfte über Personen ein, die die Deutsche Demokratische Republik verließen und in irgendeiner Weise in sein Blickfeld geraten sind oder sich in Westdeutschland um eine Stellung im öffentlichen Dienst bemühen.

Verbindungen der Vernehmerabteilung zum Deutschen Roten Kreuz, zum Evangelischen Hilfswerk und zum Caritas-Verband bestanden hauptsächlich in den Jahren 1950 bis 1954. Von diesen Organisationen wurden dem Suchdienst beziehungsweise der Betreuungsstelle der KgU Sach- und Geldspenden zugeleitet. Die Entlarvung der KgU als eine im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes arbeitende Agenten- und Spionagezentrale, die systematisch Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre friedliebenden Bürger plant, organisiert und begeht, hat dazu geführt, daß sich diese Institutionen von der KgU distanzierten.

Das „Neue Deutschland" vom 13. Oktober 1955 meldete in diesem Zusammenhang:

> „Wie aus zuverlässigen Westberliner Quellen bekannt wird, hat das Deutsche Rote Kreuz in Westberlin die bisher geleisteten Zahlungen für den sogenannten Suchdienst der Agentenzentrale ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' mit sofortiger Wirkung eingestellt.
>
> Wie verlautet, hat sich das Westberliner Deutsche Rote Kreuz infolge der neuesten Enthüllungen über die ‚KgU' in der demokratischen und der Westberliner Presse zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen. Es stellte sich heraus, daß die ‚KgU' die für den ‚Suchdienst' zur Verfügung gestellten Mittel ‚zweckentfremdet', d. h. zur Agentenwerbung und Agentenbetreuung, benutzte."

III

Der V-Mann-Apparat der KgU

1. Die Agentenwerbung

Die Werber

Die meisten Agenten der KgU werden von der Operativen Abteilung geworben, deren Sachgebietsleiter angewiesen sind, jede sich zur Anwerbung von Personen aus der Deutschen Demokratischen Republik und dem Demokratischen Sektor von Groß-Berlin bietende Gelegenheit auszunutzen.

Die zentrale Stelle für alle Anwerbungen ist die Anlaufstelle der Operativen Abteilung, die im „Stammhaus", Ernst-Ring-Straße 2—4, untergebracht ist und vom Hauptagenten Rudolf Thieke (Decknamen: Pfaff, Horn) bis zum 31. Oktober 1956 geleitet wurde. Jeder Besucher des KgU-„Stammhauses" wird — sobald nur die geringste Möglichkeit besteht, ihn in die Agentenarbeit einzuspannen — dieser Anlaufstelle zugeführt. In den meisten Fällen ahnen solche Besucher nicht einmal, warum sie zur Anlaufstelle weitergeleitet werden.

Die Anlaufstelle und die Ländersachgebiete der Operativen Abteilung arbeiten aber auch mit sogenannten Agentenschleppern. Das sind in der Regel V-Leute, die von den KgU-Hauptagenten beauftragt werden, diejenigen unter ihren Bekannten und Verwandten, an denen die KgU besonders interessiert ist, nach Westberlin zu bringen. Die „Agentenschlepper" locken dann ihre Bekannten oder Verwandten unter den verschiedensten, harmlos erscheinenden Vorwänden, wie Kinobesuch, Einkäufe, Gaststättenbesuch u. a. m., nach Westberlin und bringen sie dabei unauffällig mit den Hauptagenten zusammen.

Der Agent Christian Busch, Berlin-Pankow, Breite Straße 3a, geboren am 30. Juni 1932, sagte über seine Anwerbung durch einen

„Agentenschlepper" vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik unter anderem aus:

> „Anfang Dezember 1953 besuchte ich mit dem mir seit 1950 bekannten Gotthard Ziesche aus Gommern eine mir mit Namen unbekannte Gaststätte in Berlin-Schöneberg ... Gleich nach unserem Eintreffen in diesem Lokal stellte mich Ziesche einem Mann namens Meißner vor. Meißner (Deckname des KgU-Hauptagenten Kurt Baitz; d. Red.) wurde von Ziesche als sein Bekannter ausgegeben. Im Verlauf der folgenden Unterhaltung wurde ich von Meißner gefragt, welchen Beruf ich ausübe, wo ich wohne, wo ich vorher gewohnt habe und ob ich oft zu meinen Eltern nach Dresden fahren würde.

Ich erzählte ihm darauf, dass ich an der Humboldt-
Universität in Berlin Veterinär-Medizin studiere,
in Berlin-Pankow wohne und etwa alle drei bis vier
Wochen meine Eltern in Dresden besuche. Während
dieses Gespräches verließ ZIESCHE die Gaststätte
und ließ mich mit MEISSNER allein.
Zum Abschluß unseres Gespräches erklärte mir MEISSNER
dann, dass er sich für die wirtschaftliche Lage
in der Deutschen Demokratischen Republik interessiere
und fragte mich, ob ich gewillt sei, ihm Informationen
aus der Deutschen Demokratischen Republik zu liefern.

.Christian Busch.....

Sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin wirbt die KgU darüber hinaus Agenten unmittelbar durch ihre Residenten oder Kuriere an. Als Residenten werden solche Agenten bezeichnet, die als Mittelsmänner zwischen den V-Leuten und den Hauptagenten fungieren. Zum Teil bereiten die Residenten oder Kuriere die Anwerbung nur so weit vor, daß sie dann durch die Anlaufstelle beziehungsweise die Sachgebietsleiter während eines Besuches der betreffenden Personen in Westberlin vollzogen werden kann.

So reiste der Resident und Chefkurier der KgU, Gustav Buciek, mit gefälschten Personalausweisen in der DDR umher, um den Agentengruppen Aufträge zu übermitteln und Spionageberichte entgegenzunehmen. Dabei betätigte er sich zugleich als Agentenwerber.


Personalausweis Nr. 105/3103/53

Name: Buciek
Vorname: Gustav Georg Ludwig
Beruf: Angestellter
geboren am 28. August 1902
in Berlin
Staatsangehörigkeit: Deutschland
Wohnung: Berlin SW29, Hasenheide 52

Gestalt: mittelgroß
Gesicht: oval
Augenfarbe: graugrün
Haarfarbe: dkl. braun
Besondere Kennzeichen: keine
Unterschrift des Inhabers
...ber 1954.
...nicht verlängert wird.
...tember 1953
in Berlin

Unterschrift des Inhabers
Größe
Bes. Kennz.:
Gültig bis

Geburtsname:
verehel.
Vornamen: Hermann Willi Alex
Geburtstag: 21. Dezember 1904
Geburtskreis: Stolp
Nationalität: Deutsch
Erlernter Beruf: ohne
Familienstand: verh.
Dieser Personalausweis wurde in Jena am 05. ... ausgestellt
Unterschrift
0443151

Unterschrift des Inhabers
Größe: groß Augenfarbe: blaugrau
Bes. Kennz.: keine
Gültig bis 07. Dezember 1955

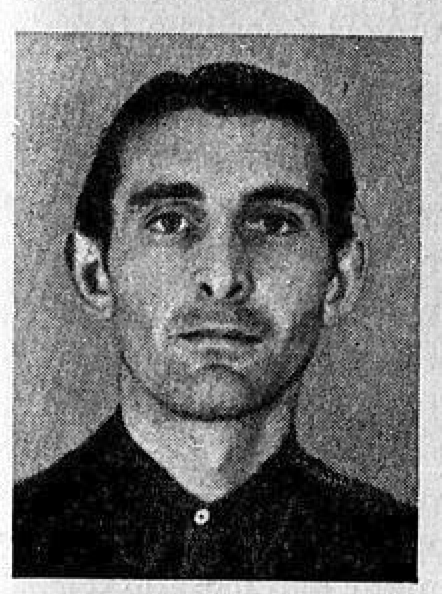
Geburtsname:
verehel.
Vornamen: Heinz Lothar
Geburtstag: 16 Februar 1915
Geburtsort: Birkenfließ
Geburtskreis:
Nationalität: Deutsch
Erlernter Beruf: Revierförster
Familienstand: verh.
Dieser Personalausweis wurde in ... am 02.12.1953 ausgestellt
Unterschrift
VIII 0030233

Personalausweis des Buciek und bei ihm gefundene gefälschte Personalausweise der DDR

Weiterhin werden Agenten von den Anführern der KgU-Agentengruppen geworben.

So hat der KgU-Resident Johann Burianek, Berlin N 58, Senefelderstraße 24, geboren am 16. November 1913, im Volkseigenen Betrieb „Secura“ Berlin acht Personen für die von ihm gebildete KgU-Agentengruppe als Mitglieder angeworben.

Der KgU-Agent Heinz Gnichtel, Borna, Roßmarksche Straße 5, geboren am 6. August 1920, erhielt vom Hauptagenten Kurt Baitz den Auftrag, eine Agentengruppe zu bilden, und warb dafür in Borna, Leipzig und im Braunkohlenkombinat Espenhain neun Personen — darunter seine Ehefrau Marianne und seinen Bruder Kurt Gnichtel — an.



Agent Heinz Kühn

Der KgU-Agent Heinz Kühn, Gartz/Oder, Ernst-Thälmann-Straße 174, geboren am 7. September 1926, hatte von der KgU den Auftrag erhalten, eine Agentengruppe zu bilden, die auch Verkehrsanlagen in der Deutschen Demokratischen Republik sprengen sollte. Bei der Anwerbung konzentrierte sich Kühn auf solche Personen, die auf Grund ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zur faschistischen Wehrmacht pioniertechnische Kenntnisse besaßen. Bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sagte Kühn unter anderem aus:

Antwort: Im Januar 1952 erzählte ich DALLMANN über das Bestehen unserer Bande und die Aufträge, die wir für die Hildebrandt'sche Organisation ausführten.
Durch Unterhaltungen mit DALLMANN war mir bekannt, dass er bei der faschistischen Wehrmacht Pionier war.
Da wir im Auftrag der Hildebrandt'schen Organisation in Zukunft Sprengungen von verkehrswichtigen Objekten wie Brücken, Transformatorenhäuschen usw. durchführen sollten, wozu uns die nötigen Kenntnisse fehlten, versuchte ich DALLMANN dafür zu gewinnen, der als Pionier die Erfahrungen hatte.

Heinz Kühn

Die KgU versucht, alle Personen, die aus irgendeinem Grunde mit ihr in Verbindung treten, als Agenten anzuwerben. Sie konzentriert sich dabei allerdings auf solche Personen, von denen sie weiß oder annimmt, daß sie auf Grund ihrer politischen Einstellung in der Vergangenheit oder in der Gegenwart nicht mit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Zielen einverstanden sind. Zum großen Teil handelt es sich hierbei um unverbesserliche faschistische und militaristische Elemente.

Der KgU-Agent Heinrich Balitzki (Deckname: Gerber), Vogelsdorf, Seestraße 54, geboren am 3. Dezember 1911, war von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP und der SA. 1937 nahm er am Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg teil. 1940 kam er zu der dem SS-Chef Himmler unterstellten Sicherheitspolizei und wurde in den folgenden Jahren zur Bekämpfung sowjetischer Partisanen eingesetzt. Bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sagte Balitzki aus:

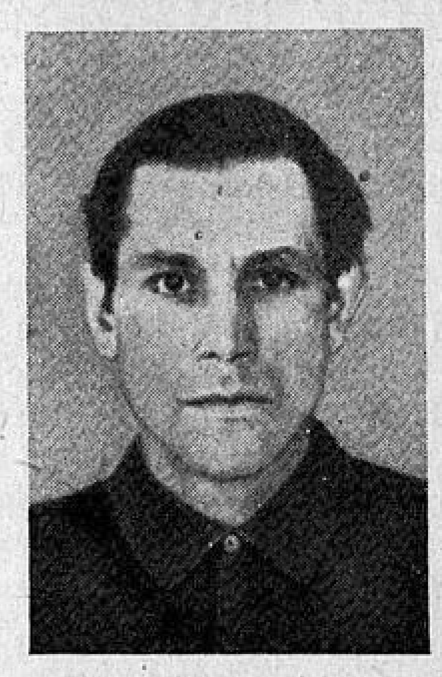
> „Ich habe in der Polizeieinheit 11, Bataillon 18, gegen die im Hinterland der faschistischen Truppen operierende sowjetische Befreiungsbewegung gekämpft ... Als Funker gab ich alle wichtigen Befehle schnellstens durch Funk weiter, was eine schnelle Bekämpfung dieser Freiheitskämpfer ermöglichte ... Die Befehle lauteten, jeden Freiheitskämpfer im Hinterland zu vernichten, wo er aufgespürt wird, ihn aber zuvor dem nächsthöheren Stab zuzuführen. Weiterhin sollten Dörfer, in denen sich Freiheitskämpfer aufhielten, abgebrannt und Erschießungen als Abschreckung durchgeführt werden ..."

Im Februar 1943 verstand es Balitzki, sich zurück nach Deutschland versetzen zu lassen. Er kam zur Berliner Polizei im Bezirk Lichtenberg. In der Vernehmung sagte er über seine dortige Tätigkeit aus:

> „Ich war zum Streifendienst eingesetzt ... und zur Absperrung gegen die Bevölkerung, die auf Grund der Fliegerangriffe gegen die Hitlerregierung auftrat."

Der KgU-Agent Otto Kranz, Berlin-Charlottenburg, Goslarer Platz 1, geboren am 4. Mai 1912, war seit 1929 Angehöriger der faschistischen SA und von 1930 bis 1945 Mitglied der NSDAP. Als Justizwachtmeister befand er sich schon kurz nach Kriegsbeginn im ehemaligen Westpreußen, wo er als willfähriges Werkzeug der faschi-

Der Kreis der Angeworbenen: Faschisten, Militaristen und Kriminelle

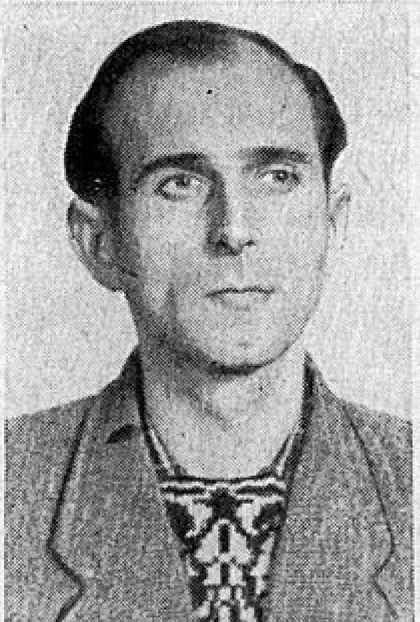




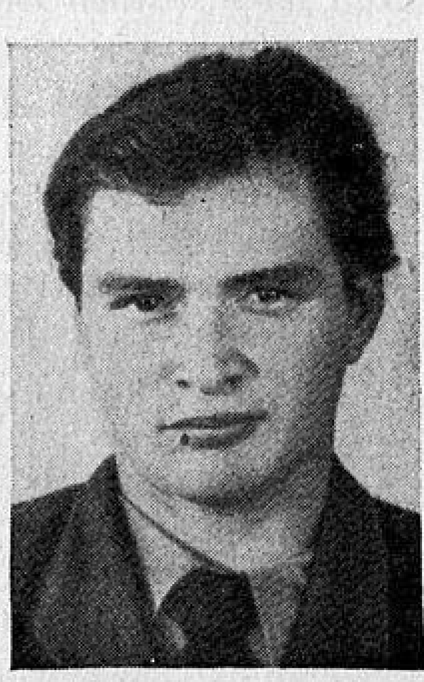
Die Faschisten
Heinrich Balitzki und Otto Kranz



Der Spitzel
Ludwig Kratz



Der Militarist
Hans Seifarth



Der Kriminelle
Herbert Hoese

stischen Okkupanten an der maßlosen Terrorisierung der polnischen Bevölkerung teilnahm.

Der KgU-Agent Reinhard Weitling, Eberswalde, Eisenbahnstraße 53, geboren am 5. Mai 1929, der schon in frühester Jugend im faschistischen Ungeist erzogen und Fähnleinführer geworden war, trat im Dezember 1944 als Freiwilliger in die VI. SS-Panzerabwehrbrigade ein.

Ein besonders kennzeichnendes Beispiel für die Methode der KgU, vor allem solche Personen als Agenten anzuwerben, die, ohne Lehren aus der Geschichte zu ziehen, Faschisten und Militaristen geblieben sind, war die vom KgU-Agenten Hans Seifarth angeführte Agentengruppe. Seifarth aus Jena, August-Kotthaus-Straße 16, geboren am 12. September 1919, wurde zur Fallschirmtruppe eingezogen. Er erhielt mehrere Auszeichnungen. Sein letzter Dienstgrad war Oberfeldwebel. Zu seiner Agentengruppe gehörten:

Horst Heber, geboren am 1. September 1920, der freiwillig zu den Fallschirmjägern ging, sein letzter Dienstgrad war Feldwebel;

Herbert Gewinner, geboren am 14. November 1920;

Dietrich Rentzsch, geboren am 14. September 1921, der sich freiwillig zum faschistischen Arbeitsdienst und später zur Fallschirmtruppe meldete;

Ernst Kürsten, geboren am 25. Juni 1915, der ebenfalls freiwillig zum faschistischen Arbeitsdienst und später zur faschistischen Luftwaffe ging und es bis zum Oberfeldwebel brachte;

Ursula Digutsch, geboren am 6. März 1919, eine ehemalige BDM-Führerin, die Mitglied der Nazi-Partei war und sich bei Kriegsbeginn freiwillig zum sogenannten Osteinsatz in den besetzten polnischen Gebieten gemeldet hatte.

Alle diese Personen sind faschistisch erzogen worden und sehr aktiv in der faschistischen Jugendorganisation tätig gewesen.

Zu dieser Agentengruppe gehörte außerdem Karl Mathes, geboren am 27. Februar 1900, der schon 1933 SS-Führer war und später Mitglied der NSDAP wurde.

Gerade dieses Beispiel zeigt noch einmal mit aller Eindringlichkeit die wahren Absichten, die der erste Leiter der KgU, Rainer Hildebrandt, im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes mit seinem sogenannten Suchdienst verfolgt hatte und die auch heute noch von der KgU verfolgt werden: Menschen zu suchen, die schon während der Zeit des Faschismus in Deutschland und in anderen Ländern be-

reit gewesen waren, ohne Skrupel Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.

Mit fast gleicher Intensität warb und wirbt die KgU auch kriminelle und korrupte Elemente an, Personen, die jeglichen moralischen Halt verloren haben, jugendliche Abenteurer oder Angehörige bereits verhafteter Agenten sowie amnestierte oder in Haft gewesene Personen.

Auch dafür sollen einige Beispiele genannt werden:

Der KgU-Agent Herbert Hoese aus Berlin N 31, Swinemünder Straße 92, geboren am 22. Februar 1929, ist wegen Fahrgeldhinterziehung, Landstreicherei, Diebstahls, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung sechsmal vorbestraft.

Der KgU-Agent Karl-Heinz Müller, Borna, Dinterplatz 4, geboren am 29. Juni 1913, ist nicht nur ein faschistisches, sondern auch ein asoziales Element. Seit 1933 war Müller hauptamtlich in der faschistischen Jugendorganisation tätig, wurde dann Mitglied der NSDAP und nahm 1936 und 1937 als Delegierter an den faschistischen Parteitagen in Nürnberg teil. Obwohl er den Färberberuf erlernte, hat er niemals ehrlich gearbeitet. Selbst die Faschisten mußten ihn wegen Veruntreuung von Geldern entlassen. Nach 1945 bemühte sich Müller bei der Konsumgenossenschaft in Borna um die Funktion eines Lagerverwalters. Diese Stellung nutzte er aus, um eine Reihe von Diebstählen zu begehen.

Der KgU-Agent Ludwig Kratz, Leipzig W 33, Karl-Schurz-Straße 8, geboren am 18. März 1927, ist der Typ eines käuflichen Spitzels und Vaterlandsverräters. Nach Kriegsende meldete sich der ehemalige Oberfähnrich freiwillig zum Arbeitseinsatz nach Frankreich und war dort in Marneval als Spitzel für die Sureté Nationale (d. i. die französische Geheimpolizei) tätig. Im August 1952 kehrte er nach Deutschland zurück und bewarb sich einige Zeit danach schriftlich bei der KgU als Agent. Seine „Bewerbung" sandte er der KgU in einem Einschreibebrief zu, den er in Westberlin aufgegeben hatte. Die Antwort erbat er postlagernd nach Westberlin. Am 15. September 1952 ging Kratz dann selbst zur KgU-Zentrale, übergab seinen schon geschriebenen Lebenslauf, ließ sich als Agent registrieren und verpflichten, wobei er den Decknamen Ibsch erhielt.

Doch nicht nur von diesen Gesichtspunkten läßt sich die KgU bei ihrer Agentenwerbung leiten. Sie ist auch an solchen Personen interessiert, die in der Nähe militärischer Objekte der Sowjetarmee und der Nationalen Volksarmee, neben Dienststellen der Sicherheits-

organe der Deutschen Demokratischen Republik, Flugplätzen, Kasernen, Truppenübungsplätzen oder ähnlichen Einrichtungen wohnen. Sie bemüht sich weiterhin, entweder Mitarbeiter des Staatsapparates als Agenten anzuwerben oder Agenten in den Staatsapparat, aber auch in die demokratischen Parteien und Massenorganisationen einzuschleusen. So wurde zum Beispiel ein ehemaliger Agent, der sich später den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik freiwillig stellte, von der KgU beauftragt, Bekanntschaften mit Mitarbeitern der Sicherheitsorgane anzuknüpfen, sie auszuhorchen und nach Möglichkeit der KgU zur Anwerbung zuzuführen.

Besonders charakteristisch ist der Fall des KgU-Agenten Adam Ehresmann, Dessau, Heidestraße 87. Ehresmann hatte von der KgU den Auftrag erhalten, Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands zu werden. Nachdem er der NDPD beigetreten war, verstand er es, sich im Mai 1952 zu einem Lehrgang an der NDPD-Landesparteischule Sachsen-Anhalt in Naumburg delegieren zu lassen. Dort fertigte er für die KgU Abschriften der Lehrpläne sowie eine Namensliste des Lehrpersonals und der Schüler an und übergab dieses Material der KgU. Zugleich versuchte Ehresmann aber auch, einige Parteischüler für die KgU als Agenten anzuwerben, was ihm bei Genrich, Ritzmann und Hoppe gelang.

Im Auftrage des KgU-Hauptagenten Hennig bildeten die KgU-Agenten Heinz Lumma, Eisleben, Spangenbergstraße 22, geboren am 7. Mai 1917, und Waldemar John, Eisleben, Clara-Zetkin-Straße 70, geboren am 7. November 1926, eine Agentengruppe, deren Mitglieder zum großen Teil beim Rat des Kreises Eisleben beschäftigt waren und denen es durchweg gelungen war, in die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands einzudringen und sich dort Funktionen zu erschleichen. Unter Mißbrauch dieser Funktionen versuchten sie dann, in einigen Gemeinden des Kreises Eisleben — wie Ziegelroda, Erdeborn und anderen — weitere Agentengruppen der KgU zu bilden, die sie als Ortsgruppen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands zu tarnen beabsichtigten.

In der letzten Zeit versuchte die KgU, ihre verbrecherische Tätigkeit gegen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik vor allem auf dem Lande zu verstärken. Sie trachtete deshalb danach, solche Personen als Agenten anzuwerben, die früher Gutsarbeiter waren und jetzt auf Volkseigenen Gütern oder in Maschinen-Traktoren-Stationen arbeiten oder Mitglieder Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften geworden sind.

Der bereits genannte KgU-Agent Heinrich Balitzki warb für seine Agentengruppe auch mehrere Bauern an. Diese Gruppe vernichtete im Auftrage des KgU-Hauptagenten Bruhn unter anderem die mit Getreide gefüllte Scheune des Bauern Lucas in Petershagen durch zehn von der KgU gelieferte Brandsätze.

Es muß jedoch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß sich die KgU keinesfalls darauf beschränkt, nur Personen der hier genannten Kreise als Agenten anzuwerben, sondern sie ist von jeher bestrebt, jeden Menschen in ihre Verbrechen gegen das deutsche Volk und insbesondere gegen die Deutsche Demokratische Republik einzubeziehen, wenn sich ihr dazu nur die geringste Möglichkeit bietet. Die Untersuchungen und die Vernehmungen von KgU-Agenten durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben eindeutig bewiesen, daß mancher Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin in die Fänge der KgU geriet und ihr willfähriges Werkzeug wurde, obwohl er vorher niemals die Absicht gehabt hatte, Agent der KgU zu werden. Mit den gemeinsten und abgefeimtesten Methoden wurde er eingefangen und fand dann zumeist nicht mehr den Mut, sich durch eigenen Entschluß von der KgU zu lösen. Gerade deshalb sollen hier auch einige Methoden, die die KgU bei der Anwerbung von Agenten praktiziert, dargelegt werden.

Methoden der Anwerbung

Wie bereits erwähnt, werden alle Besucher des „Stammhauses" — gleichviel, aus welchem Grunde sie sich an die KgU wenden — der Anlaufstelle zugeleitet, sofern sich nach Ansicht eines der Hauptagenten in der jeweilig aufgesuchten Abteilung auch nur der kleinste Anknüpfungspunkt bietet, den Besucher als Agenten anzuwerben. Genauso wird mit solchen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik oder des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin verfahren, die nach Westberlin gelockt wurden, um sie für die schmutzige Arbeit der KgU zu mißbrauchen.

Der Leiter der Anlaufstelle unterhält sich dann mit dem Besucher scheinbar völlig zwanglos. Er geht dabei in den meisten Fällen auf die persönlichen Angelegenheiten des Besuchers ein, fragt zuerst nach Familien- und Lebensverhältnissen, um dann geschickt auf die Verhältnisse am Arbeitsplatz und in der Deutschen Demokratischen Republik überzuleiten. Es werden Fragen nach Bekannten, Freunden, Arbeitskollegen und Verwandten eingeflochten; denn die Unter-

redung wird von Anfang an unter dem Gesichtspunkt geführt, möglichst viele Namen anderer Personen zu erfahren, die für eine eventuelle Anwerbung in Frage kommen könnten.

Während dieser Unterhaltung stellt der KgU-Hauptagent fest, inwieweit der Besucher für Agententätigkeit geeignet ist und ob sich Ansatzpunkte dafür ergeben, daß ihn die KgU durch Erpressung zur Agentenarbeit zwingen kann. Sind solche Ansatzpunkte nicht vorhanden, dann werden ihm meist die angeblichen Aufgaben der KgU dargelegt; er wird — wie es im Jargon der KgU heißt — „ideologisch bearbeitet“. Dem Besucher wird erzählt, daß die KgU in der Weltöffentlichkeit alles Unrecht anprangern und durch karitativen Dienst in Not geratene Menschen unterstützen will und daß sie diese ihr gestellte Aufgabe nicht allein bewältigen könne, sondern dazu die Hilfe von Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise aus dem Demokratischen Sektor von Groß-Berlin benötige, die vor allem in der Übermittlung von Informationen bestehe. Dabei wird dem Besucher eingeredet, daß eine solche „humanitäre Tätigkeit“ keinesfalls verboten sei und deshalb auch keinerlei Risiko in sich berge. Es wird alles darauf angelegt, den Besucher durch eine seiner Mentalität angepaßte Heuchelei und Demagogie zu gewinnen. Erklärt er sich dann zur Unterstützung der KgU bereit oder hat er im Laufe des Gesprächs schon Aussagen gemacht, die sich spionagedienstlich verwerten lassen, so hat er dadurch dem Hauptagenten die Ansatzpunkte in die Hand gegeben, die dieser herausfinden wollte, um zur Anwerbung überzugehen.

In anderen Fällen geht der Hauptagent von ganz spezifisch-persönlichen Gegebenheiten aus. Er verspricht dem Besucher Rat und Hilfe, um ihn an die KgU zu ketten und ihn dann später durch Täuschung und Betrug, schließlich auch durch Drohung und Erpressung zu einer verbrecherischen Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik zu zwingen.

Viele Beispiele gibt es dafür, daß sich Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in dem Glauben an die KgU wandten, von ihr in irgendeiner Angelegenheit Rat und Hilfe zu erhalten. Stets wird ihnen jegliche Unterstützung zugesichert, aber dafür eine Gegenleistung gefordert, die meist jedoch in die Form einer Gefälligkeit rein persönlicher Art gekleidet wird (Mitnahme und Weiterbeförderung von Briefen und dergleichen mehr). Geht der Besucher darauf ein und erledigt solche „persönlichen Gefälligkeiten“, dann wird ihm zu einem späteren Zeitpunkt ungeschminkt erklärt, daß er gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen habe und

nun nicht mehr zurück könne. An Stelle der großzügig versprochenen Hilfe und Unterstützung erhält er dann nur noch Agentenaufträge.

Eindringlich beweist das die Aussage des in Leipzig wohnenden ehemaligen KgU-Agenten W. L., der sich den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik freiwillig stellte:

„Ich beabsichtigte, meine in Österreich wohnende Schwester zu besuchen, und unterhielt mich darüber gelegentlich mit meinem damaligen Freund Edwin Eichhorn, der in Gerstenberg, Bezirk Leipzig, wohnt. Eichhorn erklärte mir, daß er Verbindung zu einer Dienststelle in Westberlin habe, die in solchen Sachen helfen könne. Im Glauben, die notwendige Unterstützung für meine Fahrt nach Österreich zu bekommen, fuhr ich zusammen mit Eichhorn nach Westberlin. Hier suchten wir in Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2—4, eine ‚Dienststelle' auf, von der ich damals noch nicht wußte, daß es sich hier um die sogenannte Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit handelte. Wir meldeten uns beim Pförtner an. Da Eichhorn hier schon bekannt war, empfing uns sofort ein Herr, der sich unter dem Namen Schubert (Deckname des Hauptagenten Kurt Baitz; die Red.) vorstellte. Ich schilderte ihm mein Anliegen und bat um Auskunft, inwiefern er mich bei der Erlangung eines Visums unterstützen könnte. Schubert erklärte, daß ihm das durchaus möglich sei, doch würde das allerdings nicht so schnell gehen. Bei der weiteren Unterhaltung lenkte Schubert das Gespräch auf ein anderes Thema über und fragte mich über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik aus, über die Stimmung der Bevölkerung, über die Lage von Industrieobjekten, über den Betrieb der Reichsbahn — in dem ich beschäftigt war —, über sowjetische Flugplätze, Einheiten der Deutschen Volkspolizei und anderes. Ich habe diese Fragen des Schubert, soweit es mir möglich war, rückhaltlos beantwortet, vor allen Dingen deshalb, weil ich damals kein Freund der Deutschen Demokratischen Republik war, sehr oft den RIAS hörte und mir die Verhältnisse im Westen als ideal erschienen. Nach Beendigung der Unterhaltung bestellte mich Schubert für sechs Wochen später wieder nach Westberlin mit dem Versprechen, mir in dieser Zeit das notwendige Visum für die Österreichfahrt zu besorgen. Nach etwa sechs Wochen fuhr ich wieder zu Schubert nach Westberlin. Er stellte mich einem

gewissen Kramer vor, mit dem ich in Zukunft weiter in Verbindung bleiben sollte. Kramer teilte mir mit, daß es nicht so leicht sei, ein Visum nach Österreich zu bekommen; er würde jedoch alles versuchen, mir dieses schon in nächster Zeit zu beschaffen.

Im Laufe des weiteren Gesprächs sagte er mir dann, daß meine letztgemachten Angaben über die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik und vor allem über den Flugplatz in A... sehr wertvoll für sie waren und ich nun verpflichtet sei, auch weiterhin solche Aufträge für die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' zu erfüllen. Er stellte mir die Aufgabe, über alle wirtschaftlichen, politischen und militärischen Dinge in der Deutschen Demokratischen Republik zu berichten. Ich erklärte hierzu meine Bereitschaft und sagte einen weiteren Besuch in Westberlin zu.

Bei meinem nächsten Zusammentreffen in Westberlin lernte ich einen weiteren Mitarbeiter der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' kennen, der sich mit dem Namen Wolff (gemeint ist der Hauptagent Wagner; die Red.) vorstellte. Dieser brachte zum Ausdruck, daß er jetzt mit mir zusammenarbeiten würde. Ich erhielt für diese Tätigkeit den Decknamen ‚Schreiber', eine Deckadresse in Westberlin und eine Flasche mit farbloser Tinte. Hiermit sollte ich schriftliche Berichte fertigen, die ich in der Zeit zwischen den Besuchen mit der Post an die mir übergebene Westberliner Adresse schicken sollte. Ich erhielt auch Flugblätter, die ich in der Deutschen Demokratischen Republik verteilte. Bei einem der nächsten Besuche, der in Westberlin in der Clausewitzstraße 6 stattfand, übergab mir Wolff eine größere Flasche mit Säure. Er sagte dazu, daß ich diese Säure in leere Kesselwagen der Reichsbahn schütten sollte, um diese damit unbrauchbar zu machen. Ferner übergab er mir mehrere Büchsen, die als Konservendosen getarnt waren. Ein Teil dieser Büchsen war mit Brandstoff — dem sogenannten Thermit — gefüllt. Diesen Brandstoff sollte ich unauffällig von einer Brücke in Güterzüge werfen, um sie damit in Brand zu setzen. Der andere Teil der Büchsen war mit Sprengstoff gefüllt. Mit diesen Sprengstoffbüchsen hieß er mich, zusammen mit dem bereits genannten Eichhorn, Hoch-

spannungsmaste zwischen Regis-Breitingen und Treben/Lehma im Bezirk Leipzig zu sprengen ..."

Bei der Anwerbung von Agenten spielt der sogenannte Suchdienst der KgU eine besondere Rolle. Es gibt noch immer Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die glauben, über diesen „Suchdienst" Nachforschungen nach Kriegsvermißten oder ehemaligen Umsiedlern anstellen zu können oder Auskünfte über Festgenommene zu erhalten — und so in die Fänge der KgU geraten.

Der Textilappreteur Kurt Walther, geboren am 6. September 1908, wohnhaft in Auerbach/Erzgebirge, Untere Hauptstraße 70, der für die KgU als Militärspion tätig war, sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik über seine Anwerbung durch den KgU-Hauptagenten Kurt Baitz aus:

> „Ich fuhr im September 1952 zur Industrieausstellung nach Westberlin. Während meines Aufenthaltes in Westberlin fuhr ich zur Zentrale der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße. Dort wollte ich mich nach dem Verbleib des inhaftierten Otto Drummer aus Auerbach erkundigen. Ich erhielt die Auskunft, daß Drummer nicht registriert sei und ich in einigen Monaten nochmals nachfragen sollte. Anschließend wurde ich in einem Nebenzimmer von einem Herrn, der sich mit dem Namen Thal (das ist einer der Decknamen des KgU-Hauptagenten Kurt Baitz; die Red.) vorstellte, zu Agentendiensten für die sogenannte KgU im Gebiet der DDR aufgefordert."

Die Hausfrau Erna Kollhoff, geboren am 4. März 1900, früher in Zinnowitz, Frankstraße 5, wohnhaft, erfuhr im Januar 1952 während eines Gesprächs, daß die Angehörigen inhaftierter ehemaliger Faschisten von der KgU unterstützt würden. Ihr Ehemann war von 1937 bis 1945 aktives Mitglied der Nazipartei gewesen, hatte sich eines Verbrechens schuldig gemacht und war deshalb nach 1945 in Haft genommen worden. Frau Kollhoff suchte noch im gleichen Monat die KgU in Westberlin auf, wo man ihr Lebensmittel zu schicken versprach, wenn sie in Zukunft Informationen an die KgU liefern würde. Sie wurde dann als Agentin registriert und betrieb fortan Spionage.

Bei der Anwerbung von Agenten arbeitet die KgU sehr eng mit anderen Einrichtungen des amerikanischen Geheimdienstes zusammen, die gleich ihr nach außen durch eine „karitative Aufgabenstel-

lung“ getarnt sind. So haben unter anderem eine Reihe von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik sich an die sogenannte Kulturelle Hilfe in Berlin-Charlottenburg, Kurfürstendamm 106, und die ihr angeschlossene sogenannte Lehrerberatungsstelle gewandt, die sich — wie auch der „Ärztliche Beratungsdienst“ — als Zutreiber für die KgU betätigten.

Der Lehrer einer Schule in Berlin-Köpenick, Helmut Buchhorn aus Berlin-Friedrichshagen, Fürstenwalder Damm 472, geboren am 30. Mai 1929, erfuhr, daß die „Kulturelle Hilfe“ in Westberlin unentgeltlich Bücher verteile. Im September 1952 suchte er deshalb die „Kulturelle Hilfe“ auf, wurde von dort an die KgU weitergeleitet und von dieser unter dem Decknamen Alpha zur Spionage angeworben.

Eine andere Einrichtung, die in ähnlicher Weise der KgU Agenten zutreibt, ist die als Sender RIAS getarnte amerikanische Agenten- und Spionagezentrale. Über die Zusammenarbeit zwischen dem RIAS und der KgU sagte der ehemalige KgU-Hauptagent Hiecke aus:

> „Zwischen dem RIAS und der KgU bestand die Vereinbarung, daß Besucher des RIAS, von denen angenommen werden konnte, daß sie zu feindlichen Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik bereit sind, an die KgU zur Anwerbung weitergeleitet werden. In der Praxis sah das dann so aus, daß der RIAS nur solche Personen nicht zur KgU schickte, die bei ihm bereits von Beauftragten des CIC und des MID angeworben worden waren. Mir ist bekannt, daß zum Beispiel im Herbst 1950 ungefähr 30 Prozent aller von der KgU angeworbenen Agenten zuerst beim RIAS gewesen waren. Der überwiegende Teil dieser Personen hatte von der Residentin des amerikanischen Geheimdienstes im RIAS, Frau Thum (Deckname: Stein), einen Zettel mit der Anschrift der KgU erhalten. Ich weiß das deshalb so genau, weil diese Personen in der KgU entweder von mir selbst oder von meinen Sekretärinnen Vera Jurick (Decknamen: Mahler und Burkhardt) und Erika Danckwärts (Deckname: Dabendorf) empfangen wurden.“

Welche Methoden dabei vom RIAS entwickelt wurden, möge folgendes Beispiel erläutern:

Der Angestellte Hans Seifarth, Jena, August-Kotthaus-Straße 16, geboren am 12. September 1919, nahm als ständiger RIAS-Hörer im

Juli 1950 an einem Preisausschreiben des RIAS teil. Seine Lösungen zeichnete er mit dem Decknamen Wolf ab und sandte sie unter der Decknummer 24 917 (das war seine ehemalige Feldpost-Nummer!) an den RIAS ein. Daraufhin wurde er in Jena von einer ihm unbekannten Person aufgesucht. Dieser Mann, es handelte sich um einen Kurier der KgU, übergab Seifarth einen mit dem Namen Schulze unterschriebenen Zettel, in dem er aufgefordert wurde, sich eine Buchprämie in der Ernst-Ring-Straße abzuholen. Seifarth fuhr daraufhin zur KgU-Zentrale nach Westberlin und wurde dort zum Zimmer 34 — der Anlaufstelle — verwiesen. Der ihn empfangende Hauptagent stellte sich mit dem Namen Schulze vor, war aber in Wirklichkeit Kurt Baitz. Als Seifarth nach seiner Buchprämie fragte, antwortete ihm Baitz, daß er hier nicht beim RIAS, sondern bei der KgU sei. „Wir veranstalten keine Preisausschreiben", erklärte ihm Baitz, „aber Sie können auch bei uns Prämien erhalten."

Nach einem Gespräch wurde Seifarth dann von Baitz als Spion angeworben.

Einen wesentlichen Teil ihrer Agenten wirbt die KgU über Personen an, die die Deutsche Demokratische Republik illegal verlassen haben und sich in Westberlin als sogenannte politische Flüchtlinge ausgeben. Im Heft 2 der „Arbeitsberichte der KgU" heißt es:

> „Im Februar 1952 trat das Bundesnotaufnahmegesetz in Berlin in Kraft. Neben den Ostbüros der SPD, CDU, FDP und dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen hat auch die KgU bei den Bundesbehörden eine Meldestelle eingerichtet . . . Um den Ratsuchenden zu genügen, verlegt die KgU ihren Beratungsdienst in unmittelbare Nähe der Flüchtlingsstellen des Berliner Senats und der Bundesbehörden . . ."

Daß dieser sogenannte Beratungsdienst einzig und allein dazu eingerichtet wurde, um neue Agenten anzuwerben, und wie er die Anwerbung von Agenten organisierte, erläuterte vor deutschen und ausländischen Pressevertretern der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner auf der Pressekonferenz des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik am 20. Oktober 1955:

> „Unter Ausnutzung der Notlage dieser Flüchtlinge stellte ich fest, ob sich in ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis Personen befanden, die zur Werbung als KgU-Agenten geeignet waren. Wenn dies der Fall war, dann wurden die Flüchtlinge dem jeweils zuständigen Sachgebietsleiter übergeben, der die weitere Bearbei-

tung vornahm. Flüchtlinge aus Thüringen veranlaßte ich selbst, die zur Werbung vorgesehenen Personen aus der Deutschen Demokratischen Republik brieflich zu einem Besuch Westberlins einzuladen. Die Flüchtlinge wurden mit der lügnerischen Behauptung erpreßt, daß zur Bestätigung ihres Fluchtgrundes der Besuch einer ihnen bekannten Person in Westberlin notwendig sei.

Die Mitarbeit und die Einrichtung einer Meldestelle beim Notaufnahmeverfahren hatte lediglich den Zweck, mit Hilfe der Flüchtlinge neue Agenten aus der Deutschen Demokratischen Republik zu werben, um auf diese Weise die starken Ausfälle des V-Mann-Apparates laufend zu ersetzen. Mit den gleichen verwerflichen Methoden arbeiten auch die KgU-Meldestellen in den westdeutschen Flüchtlingslagern Gießen und Uelzen."

Um ihren durch die Wachsamkeit der Bevölkerung und die Schlagkraft der Staatssicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik stark dezimierten V-Mann-Apparat ergänzen zu können, scheut die KgU nicht davor zurück, sich der Methode des gemeinsten Betruges an Frauen und Mädchen, die sich nach Familienglück sehnen, zu bedienen.

So gab der bereits genannte KgU-Chefkurier Gustav Buciek im Auftrage des Hauptagenten Kurt Baitz in einigen Presseorganen der Deutschen Demokratischen Republik Heiratsanzeigen auf, um die sich auf diese Anzeigen meldenden Frauen und Mädchen als Agenten für die KgU anzuwerben.

Am 16. Mai 1954 erschien zum Beispiel in der „Wochenpost" eine von Buciek aufgegebene Anzeige folgenden Inhalts:

„36jähriger, blond, 170, Kaufmann, sucht 28—30jährige Dame zwecks näheren Kennenlernens. Bildzuschrift mit Lebenslauf erwünscht. Wochenpost Berlin, KN 5867"

Auf diese Anzeige hin sandte auch Frau G. Sch., Sekretärin in einem Magdeburger volkseigenen Großbetrieb, ihr Foto und ihren Lebenslauf ein. Sie teilte darin mit, daß ihr Mann als Hauptmann während des Krieges gefallen sei und sie sich gern wieder verheiraten möchte. Auf diesen Brief schrieb Buciek, daß er an einem näheren Kennenlernen interessiert sei, jedoch geschäftlich zur Zeit verhindert wäre, sie zu besuchen, und deshalb vorschlage, bis zu einem für ihn günstigeren Zeitpunkt schriftlich mit ihr in Verbindung zu bleiben.



Durch Heiratsannoncen sollten Frauen ins Agentennetz gezogen werden

Auf einer Urlaubsreise an die Ostsee im Juli 1954 unterbrach Frau Sch. ihre Fahrt in Berlin und traf sich mit Buciek. Bei dieser Zusammenkunft erzählte ihr Buciek, daß er Industriekaufmann sei und viel reisen müsse, so daß er sich im Augenblick wegen einer Heirat zeitlich noch nicht festlegen könne. Er schlug vor, miteinander weiterhin im Briefverkehr zu bleiben, und vereinbarte mit ihr einen Besuch in Magdeburg.

In der Unterhaltung mit Frau Sch. interessierte sich Buciek vor allem für ihre politische Einstellung und ihre Arbeitsstelle und versuchte, einiges über die Produktion, den Direktor und den Parteisekretär des Großbetriebes, in dem sie arbeitete, in Erfahrung zu bringen. Um durch diese Fragen kein Mißtrauen aufkommen zu lassen und sein Interesse zu begründen, erzählte er ihr, daß er als Einkäufer im OSRAM-Werk in Westberlin beschäftigt sei, und plauderte über kleine Begebenheiten aus diesem Betrieb, die er frei erfand.

Nach Magdeburg zurückgekehrt, erzählte Frau Sch. ihrer Freundin, die im gleichen Großbetrieb arbeitete wie Frau Sch., ihre Erlebnisse mit dem angeblichen Industriekaufmann. Als Buciek dann Frau Sch. in Magdeburg besuchte, lernte diese Freundin ihn auch kennen. Der Freundin der Frau Sch. fiel sofort das überaus starke Interesse Bucieks für Angaben aus dem Werk auf. Sie hielt es für ihre Pflicht, von ihrem Verdacht dem Betrieb Mitteilung zu machen, um Frau Sch. vor Schaden zu bewahren. Die äußerst undurchsichtige Angelegenheit wurde den Sicherheitsorganen gemeldet. Auf Grund dieser Benachrichtigung konnte Buciek dann während einer weiteren Fahrt in die Deutsche Demokratische Republik festgenommen werden. Bei seiner Festnahme war er im Besitz mehrerer gefälschter Personalausweise der Deutschen Demokratischen Republik.

Während seiner Vernehmung durch die Staatsorgane sagte Buciek aus:

> „Hinsichtlich der Aufgabe der Heiratsanzeigen in der DDR-Presse erhielt ich von WOLFF (Deckname für den KgU-Hauptagenten Wagner; d. Red.) die Anweisung, die Anzeigen in folgenden Zeitungen bzw. Zeitschriften unterzubringen: Berliner Zeitung, Wochenpost, Sächsische Zeitung — Ausgabe Dresden und Ausgabe Freital, Leipziger Volkszeitung — Ausgabe Leipzig-Land und Ausgabe Altenburg, Thüringer Landeszeitung — Ausgabe Erfurt und Ausgabe Gotha, Volkswacht — Ausgabe Saalfeld ... Bei der Aufgabe der Anzeigen sollte ich unter allen Umständen

nicht den richtigen Namen angeben, sondern den in meinem Besitz befindlichen gefälschten Personalausweis auf den Namen Richard Reuner verwenden...

Während einer Besprechung mit BAITZ alias THAL machte mir dieser ausführliche Angaben über Zweck und Ziel dieser Heiratsanzeigen. BAITZ erklärte mir, daß sich die KgU mit der Aufgabe von Heiratsanzeigen in der demokratischen Presse folgendes Ziel gesetzt hatte:

1. Die Anwerbung von Agenten für die Spionage und Untergrundtätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Das Finden von Unterkunfts- und Übernachtungsmöglichkeiten für die Verbindungsleute (Kuriere) der KgU.
3. Die Schaffung von sogenannten Sammelpunkten, bei denen die Kuriere die Spionageberichte der in der Deutschen Demokratischen Republik wohnenden Agenten abholen konnten...

Ich selbst habe von BAITZ etwa 30 Zuschriften, die von Frauen und jungen Mädchen auf Grund der Heiratsanzeigen eingingen,



Süßigkeiten, damit diese Frauen „noch mehr Vertrauen bekommen"

mit dem Auftrag erhalten, mit diesen Frauen oder Mädchen in Briefwechsel zu treten, Zusammenkünfte zu vereinbaren und sie je nach Eignung der KgU zuzuführen. Der Briefverkehr zwischen den Frauen und mir verlief zur vollsten Zufriedenheit der KgU, insbesondere des Agenten BAITZ. Da ich mich in meinen Briefen jeweils auf die Mentalität der einzelnen Frauen einstellte, gelang es mir schon durch den Briefverkehr, ein gewisses Maß ihres Vertrauens zu gewinnen und dadurch gleichzeitig Auskunft über die jeweiligen persönlichen Verhältnisse zu erlangen ..."

zu erlangen. Von BAITZ alias THAL erhielt ich dann noch die Anweisung, an verschiedene weibliche Personen Geschenke in Form von Süssigkeiten zu übersenden. Er sagte mir diesbezüglich, dass man dadurch bei diesen Personen noch mehr Vertrauen bekommen kann und sie dann später auch dementsprechend leichter zur direkten Mitarbeit beziehungsweise als sogenannte Übernachtungsstätten und Sammelpunkte gewinnen kann.
Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen.
Der Inhalt entspricht in allen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

Auf die von Buciek in die Presse der Deutschen Demokratischen Republik lancierten Heiratsanzeigen gingen über 300 Antworten von Frauen ein. Zu 36 von diesen 300 Frauen, nämlich zu denen, die in volkseigenen Betrieben und Verwaltungen als Sekretärinnen oder Sachbearbeiterinnen tätig waren, hat allein Buciek Verbindungen aufgenommen und sich mit ihnen getroffen. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme waren von ihm bereits vier Frauen als Agenten angeworben worden.

Eine andere Methode der Agentenwerbung ist die Einladung zu Rücksprachen. Die Einladungsbriefe werden über Mittelsmänner oder

Kuriere zugestellt. Es wird darin gebeten, nach Westberlin zu kommen, weil angeblich eine Rücksprache in einer persönlichen Angelegenheit dringend erforderlich sei.

In einem solchen, vom KgU-Hauptagenten Kurt Baitz abgesandten und mit seinem Decknamen Meißner unterzeichneten Brief an einen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik heißt es:

Bei Ihrem nächsten Besuch in Berlin bitte ich Sie, sich unbedingt mit dem Westberliner Anschluß 84 82 32 App. 34 in Verbindung zu setzen. Verlangen Sie dort Herrn Meißner zu sprechen. Im Interesse Ihrer Sicherheit bedarf es der Diskretion gegenüber jedermann. Weiteres mündlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Meißner

Die KgU versucht jedoch nicht nur, neue Agenten durch „höfliche" Briefe anzuwerben, sondern versendet auch Briefe, in denen der Empfänger in der übelsten Weise verleumdet wird. Mit dieser Methode soll der Empfänger provoziert werden, nach Westberlin zu fahren, um sich gegenüber den Briefschreibern zu rechtfertigen.

In einer Reihe von Fällen versuchte die KgU auch, politisch aktive Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch Drohbriefe einzuschüchtern und zu einem Besuch der KgU in Westberlin zu veranlassen. Dem Empfänger wird bedeutet, daß ihm von der KgU „großzügig die Gelegenheit eingeräumt wird", seine bisherige fortschrittliche Haltung durch Agententätigkeit für die KgU — also für den amerikanischen Geheimdienst — „zu sühnen", wenn er einer solchen Aufforderung folgt. In der Regel schließen diese Briefe mit der lächerlichen Drohung, daß der Empfänger eines Tages die Hilfe des Westens benötigen würde, es dann aber für ihn zu spät sei.

An diese Drohung anknüpfend, schrieb der KgU-Hauptagent Kurt Baitz an einen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik:

> „... Sie kämen dann als Bittender, der sich auf nichts berufen kann. Dieser Situation möchte ich Sie entheben und sage es offen heraus, daß ich es begrüßen würde, mit Ihnen in ein Gespräch zu kommen. Würde Sie Ihr Weg einmal nach Berlin führen, dann lassen Sie mich bitte über den Westanschluß 84 43 46, App. 34,

rufen, und wir werden uns bei einem Glase Wein oder bei einer Tasse Kaffee näherkommen.

Da Sie mein Gast sein sollen, gestatten Sie mir, die Ihnen entstandenen Unkosten zu übernehmen. Diesen Brief zum Staatssicherheitsdienst zu tragen, würde ich Ihnen nicht empfehlen, einerseits, weil man erst auf Sie aufmerksam werden würde, Sie für Spitzeldienste pressen könnte, woraus sich für Sie nur unangenehme Folgen ergeben würden. Außerdem bleibt Ihnen für den Fall des Mißtrauens die Möglichkeit offen, auch noch nach der Reise dem Staatssicherheitsdienst davon Kenntnis zu geben.

Ich verbleibe in der Hoffnung, Sie in absehbarer Zeit persönlich kennenlernen zu können,

Ihr Meißner"

Eine weitere Methode der KgU, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu locken, um sie dann als Agenten anzuwerben, ist folgende: Es werden Briefe versandt, deren Absender dem Empfänger völlig unbekannt sind und zu deren Inhalt der Empfänger auch nicht die geringste Beziehung finden kann. Diese Briefe sollen die Neugierde wecken, sollen den Empfänger psychologisch zwingen, die angegebene Adresse aufzusuchen, um das „Rätsel" zu lösen. In der raffiniertesten Weise wird dabei fast immer, um zum Ziel zu kommen, an die Mentalität des jeweiligen Empfängers angeknüpft.

In einem solchen Brief heißt es:

„Lieber Karl!

Bei unserer neuen Firma kannst Du bombenreich werden. Nicht trinken, nicht rauchen, gut arbeiten und dann noch nicht mal eine Freundin haben. Das lasse ich mir gefallen. Besuche mich bitte mal in den nächsten Tagen. Ich kann Dir in gewisser Beziehung hier bei Meiers sehr behilflich sein.

Also, ich erwarte Dich. Laß es Dir recht gut gehen, und komme bald mal her.

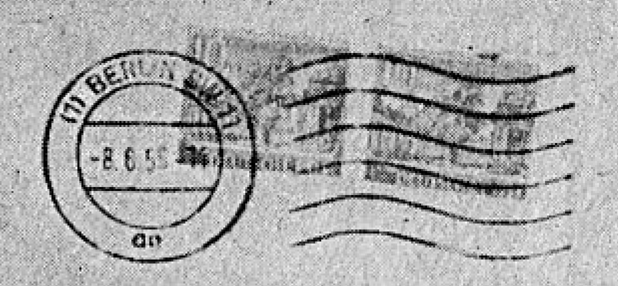
Recht herzliche Grüße

Dein Joachim Reich

Du kannst mich bei E. Meier in Berlin-Dahlem, Herrfurthstr. 9, erreichen."

Zu den Methoden der Anwerbung, deren sich die KgU bedient, gehört selbstverständlich auch die des Anlockens durch Geldangebote.

J.Reich b.Meier Berlin-Dahlem, Herrfurthstr.9



Herrn
Karl [geschwärzt]

Gotha/Thür.
===========
Karl-Liebknecht-Str.

d. 8. Juni 1955

Lieber Karl!

Bei unserer neuen Firma kannst Du bombenreich werden. Nicht trinken, nicht rauchen. Gut arbeiten und dann noch nicht mal eine Freundin haben. Das lasse ich mirgefallen. Besuche mich bitte mal in den nächstenTagen. Ich kann Dir in gewisser Beziehunghier bei Meiers sehr behilflich sein.

Also, ich erwarte Dich. Laß es Dir recht gut gehen und komme bald mal xxxxx her.

Recht herzliche Grüße

Dein Joachim Reich

Du kannst mich bei E. Meier in Berlin-Dahlem, Herrfurthstr. 9 erreichen.

Diese Methode wird äußerst unterschiedlich gehandhabt. Von vielen sei hier nur ein Beispiel genannt:
Der Angestellte Kurt H o p p e , Güterfelde (Kreis Teltow), Friedensstraße 38, geboren am 24. Juni 1911, hatte 15 000 DM Schulden. Er versuchte, sich seiner Schulden durch Verschieben von Buntmetall und von Stahl nach Westberlin zu entledigen und auf jede nur mögliche Weise zu Geld zu kommen. So ließ er sich durch den Leiter der Operativen Abteilung der KgU, Gerd Baitz, sofort als Agent anwerben, als ihm Baitz dafür Geld anbot. Unter den Decknamen Beutel und Bolle betrieb Hoppe dann Spionage und Sabotage für die KgU.

Von jeher gehörte es zu den Methoden der Geheimdienste kapitalistischer Staaten, Frauen von zweifelhaftem Ruf aus allen Schichten als Lockvögel gerade bei der Agentenwerbung einzusetzen. Die KgU macht dabei keine Ausnahme. Im Gegenteil.
So erhielt ein KgU-Agent aus Leipzig — selbständiger Handwerker und Besitzer eines Personenkraftwagens — den Auftrag, bei einer seiner nächsten Fahrten nach Berlin seinen Freund Konrad B r a s s e r mit nach Westberlin zu bringen. Brasser war Sachbearbeiter beim Rat des Bezirks Leipzig und Mitglied der LDPD. Der KgU war bekannt, daß er unverheiratet war, gern trank und Liebesabenteuer suchte. Brasser kam deshalb auch der Einladung seines Freundes, einmal Westberlin bei Nacht kennenzulernen, gern nach und fuhr mit ihm im August 1953 im Wagen bis Potsdam. Dort bestiegen beide die S-Bahn. Während der Fahrt sagte dann der KgU-Agent dem Brasser beiläufig, daß er in Westberlin mit einem alten Kriegskameraden zusammentreffen werde, der sich gut in Berlin auskenne und dem er schon manchen feucht-fröhlichen Abend zu verdanken habe. Am Anhalter Bahnhof wurden sie bereits von diesem „Kriegskameraden" erwartet und begaben sich sofort in das berüchtigte Nachtlokal „Badewanne". Hier wurde Brasser im Laufe des Abends mit einer Frau bekannt gemacht, bei der er dann den Rest der Nacht verbrachte. Diese Frau, eine Zutreiberin der KgU, verstand es, Brasser so hörig zu machen, daß er ihr das Versprechen gab, des öfteren nach Westberlin zu kommen und sie zu besuchen. Darüber sprach er dann auch am nächsten Morgen mit seinem Freund und dessen „Kriegskameraden", und sie bestärkten ihn in seinem Vorhaben.

In den folgenden Monaten fuhr Brasser mehrmals nach Westberlin, fand Gefallen an den wilden Zechereien und wurde so der Frau immer höriger. Dadurch kam er bald in ernste finanzielle Schwierigkeiten. Gerade das aber war das Ziel, auf das die KgU hingearbeitet hatte. Als Brasser weder aus noch ein wußte, erklärte ihm der angeb-

liche Kriegskamerad seines Freundes, daß er Mitarbeiter der KgU sei und ihn in finanzieller Hinsicht gern unterstützen wolle, wenn Brasser auch der KgU entgegenkommen würde. Er erklärte ihm ohne Vorbehalt, wie dieses Entgegenkommen aufzufassen sei, nämlich: Angaben über die Tätigkeit des Rates des Bezirks Leipzig und Charakteristiken von leitenden Angestellten des Rates des Bezirks zu liefern! Brasser war zwar sehr erstaunt über die rücksichtslose Offenheit des Hauptagenten und die an ihn gestellte Zumutung, wußte jedoch keinen Ausweg aus seiner heiklen Lage. Er erklärte sich bereit, als Agent für die KgU zu wirken. Doch damit war der Auftrag der für die KgU arbeitenden Agentin noch nicht erfüllt. Sie verstand es, Brasser noch stärker an sich zu ketten, so daß ihm die KgU immer größere Aufträge erteilen konnte. Die KgU ging schließlich so weit, daß sie von Brasser forderte, alle ihm zugänglichen Verschlußsachen des Rates des Bezirks Leipzig zu fotografieren und den Film der KgU zu überbringen. Bei der Durchführung dieses Auftrages wurde Brasser gestellt und festgenommen. Sein Freund, der Handwerksmeister, der schon längere Zeit für die KgU arbeitete und bereits mehrere Personen auf die gleiche Weise wie im Falle Brasser der KgU zugetrieben hatte, wurde ebenfalls festgenommen.

Eine der übelsten Methoden der KgU bei der Anwerbung von Agenten ist das Unter-Druck-Setzen solcher Menschen, die in ihren Personalbogen — aus manchmal völlig unbegründeter Furcht vor etwaigen Folgen — irgend etwas verschwiegen oder falsche Angaben gemacht haben.

Dafür ein Beispiel:

Der Agent Willibald Schuster, Großebersdorf Nr. 2, geboren am 20. Juni 1928, sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „... Im September 1951 — den genauen Tag weiß ich nicht mehr — erhielt ich einen durch die Deutsche Post in Weida/Thüringen abgestempelten Brief zugestellt, der einen mir nicht bekannten Namen als Absender trug. Aus diesem Brief konnte ich entnehmen, daß auf meine Zugehörigkeit zur Waffen-SS von etwa 21. oder 22. April bis 4. Mai 1945 angespielt wurde.
>
> ... Da ich tatsächlich in dem von mir bei der Deutschen Reichsbahn abgegebenen Personalfragebogen meine Zugehörigkeit zur Waffen-SS verschwiegen hatte, entschloß ich mich, die Zentrale der KgU in Westberlin aufzusuchen. Dem KgU-Mitarbeiter übergab ich nach Betreten des Zimmers den erhaltenen Drohbrief. Er

nahm darauf ein Gespräch über persönliche Dinge mit mir auf und erkundigte sich nach meinem Wohlergehen. Anschließend kam er auf meine Zugehörigkeit zur faschistischen Wehrmacht zu sprechen und sagte mir, daß ich doch der Waffen-SS angehört habe und dies bei Aufnahme meiner Tätigkeit bei der Deutschen Reichsbahn verschwiegen hätte, was ich ihm bestätigte. Er erklärte mir weiter, daß ich meine Arbeitsstelle bei der Deutschen Reichsbahn bei Bekanntwerden dieser Angelegenheit verlieren würde...

...Ich erklärte bei dem vorgenannten Treff deshalb meine Bereitschaft zur Mitarbeit für die KgU, da ich von dem KgU-Mitarbeiter unter Druck gesetzt wurde. Ich wollte durch meine Mitarbeit für die KgU verhindern, daß diese meine Dienststelle bei der Deutschen Reichsbahn von dem Verschweigen meiner Zugehörigkeit zur Waffen-SS unterrichtet ..."

Anwerbung und Registrierung der Agenten

Die KgU wirbt in vielen Fällen ihre Agenten nicht gleich beim ersten Besuch oder beim ersten Treff an. Zwar werden an den Besucher — soweit Voraussetzungen dafür bestehen — beim ersten Zusammentreffen bereits bestimmte Aufträge zur Agententätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik (wie zum Beispiel Spionagenachrichten zu beschaffen und diese beim nächsten Besuch mitzubringen) gegeben, doch stellt die KgU meist erst durch andere Agenten Ermittlungen über den Besucher an, bevor sie zu einer direkten Anwerbung übergeht. Zugleich wird das beim ersten Besuch angelegte Personalblatt an die Zentrale der Operativen Abteilung gegeben, die an Hand dieses Personalblattes bei der Westberliner Politischen Polizei und zum Teil auch beim amerikanischen Geheimdienst nachprüft, ob irgend etwas über den Besucher bekannt ist. Stellt sich bei dieser Überprüfung heraus, daß nichts gegen seinen Einsatz als Agent spricht, wird er beim nächsten Besuch der Anlaufstelle „verpflichtet" und erhält einen Decknamen.

Nach den Aussagen einer Reihe ehemaliger KgU-Agenten bei den Vernehmungen durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik hat diese sogenannte Verpflichtung ungefähr folgenden Wortlaut:

Ich erkläre mich hierdurch freiwillig zur Zusammenarbeit mit der KgU bereit. Ich bin darüber belehrt, daß bei Aufnahme einer

Verbindung zu anderen, ähnlichen Organisationen die Zusammenarbeit mit der KgU automatisch erlischt.

Mit dieser sogenannten Verpflichtung wird kein anderes Ziel verfolgt, als den Unterzeichner fest in die Hand zu bekommen, ihm jederzeit — wenn er seine verbrecherische Tätigkeit aufzugeben beabsichtigt — mit einer Benachrichtigung der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik drohen zu können. Zugleich will man dadurch verhindern, daß die angeworbenen Agenten dasselbe Spionagematerial noch einmal an andere Agenten- und Spionagezentralen des amerikanischen und englischen Geheimdienstes verkaufen.

Den neuangeworbenen Agenten der KgU werden die Decknamen nach einem bestimmten System gegeben: Jedes Sachgebiet der Operativen Abteilung benutzt bestimmte Buchstaben als Anfangsbuchstaben der Decknamen der ihm unterstellten Agenten. Dadurch ist es möglich, schon beim Nennen des Decknamens festzustellen, in welchem Lande der Deutschen Demokratischen Republik und für welchen Hauptagenten der Agent tätig ist. So legt zum Beispiel das Sachgebiet Sachsen die Decknamen nach den Buchstaben A, L, T, I und das Sachgebiet Thüringen nach den Buchstaben D, O, Sch fest.

Der KgU-Agent Herbert Gewinner, Jena, Berthold-Delbrück-Straße 47, geboren am 14. November 1920, erklärte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republick:

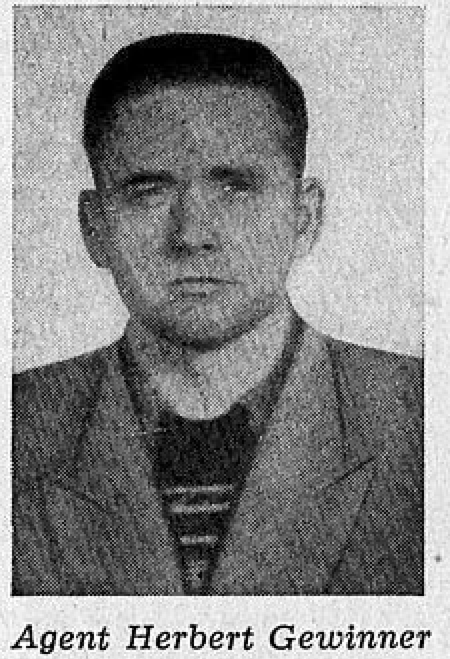
Welchen Decknamen haben Sie und Heber bei der Registrierung erhalten ?

Ich erhielt von dem Agenten, das Angebot, mir selbst einen Decknamen zu wählen, jedoch sollte dieser mit den Anfangsbuchstaben S. beginnen, da Jena in dem Gebiet liegt, wo alle Decknamen mit S. anfangen. Ich wählte den Decknamen "Schomm" und vereinbarte mit dem Agenten, daß Heber und später Kürsten, den ich ebenfalls dort registrieren ließ, unter diesem Decknamen bei der "KgU" eingetragen wurde. Unsere Gruppe lief bei der "KgU" unter dem Decknamen "Schomm".

Meine Worte sind im Protokoll richtig wiedergegeben

selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben.

Herbert Gewinner



Agent Herbert Gewinner

Alle in einer Agentengruppe zusammengefaßten Agenten führen in der Regel den gleichen Decknamen wie der Anführer der Gruppe, nur werden diese Decknamen noch mit einer laufenden Nummer versehen, wie zum Beispiel Schomm I, Schomm II usw.

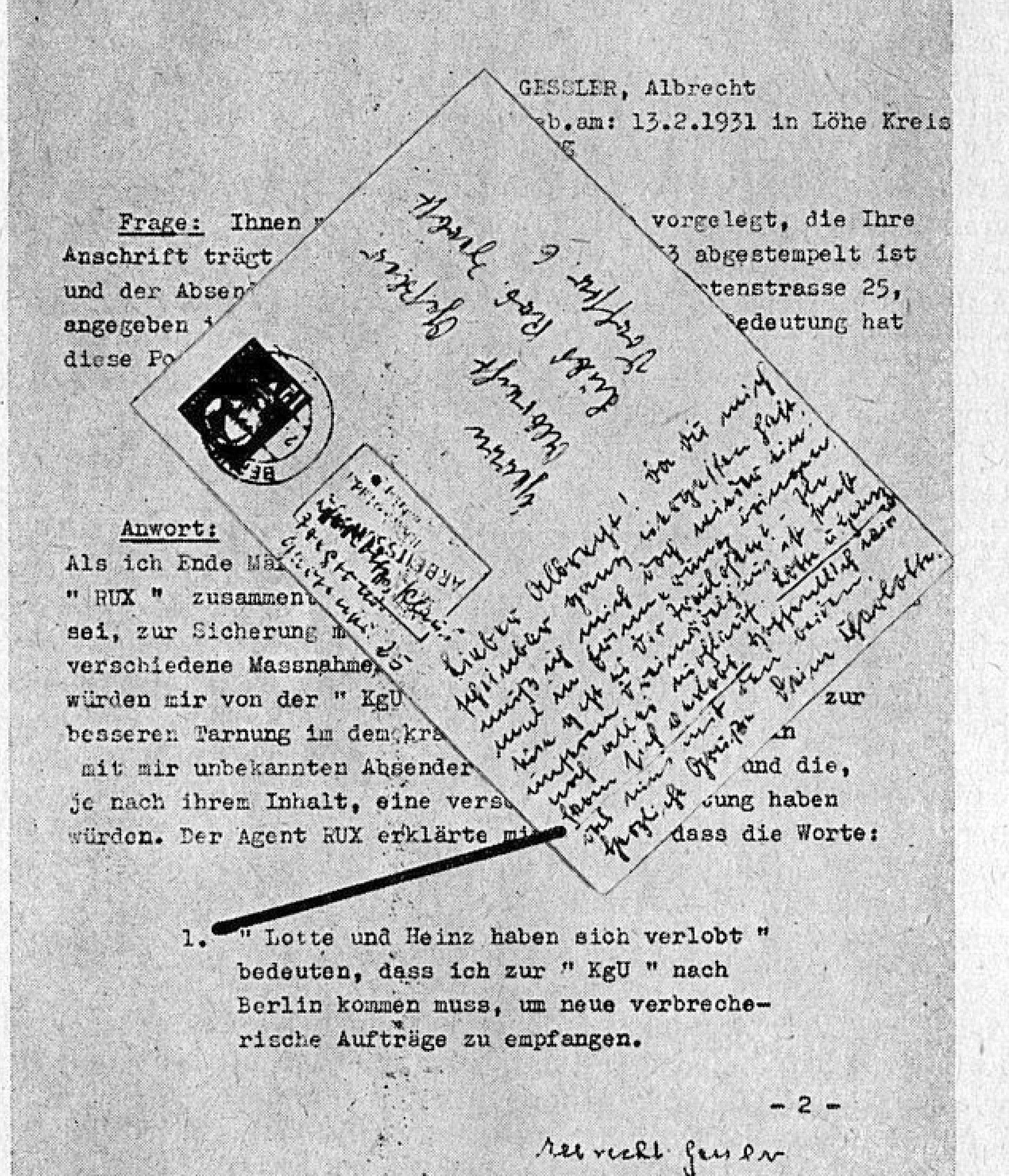
Die Klarnamen der Agenten dürfen prinzipiell nur der Anlaufstelle, dem zuständigen Sachgebietsleiter und der Zentrale VII bekannt sein.

Die neuangeworbenen Agenten unterstehen etwa drei bis sechs Monate lang der Anlaufstelle und müssen während dieser Zeit Informationen über ihren Betrieb und einzelne Personen sowie Stimmungsberichte aus der Bevölkerung und dergleichen mehr liefern. Diese Berichte werden nicht in jedem Falle weitergeleitet, da sie vorerst hauptsächlich der Überprüfung des Neuangeworbenen dienen, indem sie mit anderen Spionageberichten zur gleichen Thematik verglichen werden.

Nach Ablauf dieser Zeit wird der neuangeworbene Agent nach einer Besprechung mit dem Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, dem für ihn zuständigen Sachgebietsleiter zugewiesen, der ihn in seiner Länderkartei registriert. Der Deckname wird dabei nicht geändert, da er bereits unter diesem Gesichtspunkt ausgewählt wurde.

Bei der Registrierung des neuen V-Mannes im Sachgebiet — sie wird in der KgU als „Verkartung" bezeichnet — werden auf einer dreiteiligen Karteikarte die vollständigen Personalien, der Deckname, ein kurzer Lebenslauf und eine kurze Charakteristik des Agenten eingetragen.

Diese Karten sind für jedes Sachgebiet in einer anderen Farbe gehalten. Auf ihnen ist genügend Raum, um bei Bildung von Agentengruppen mehrere Agenten eintragen zu können. Die letzte Seite der Karte ist in drei Felder aufgeteilt, in denen die vereinbarten Texte für „Anlauf" (das ist der Besuch in Westberlin), „Einigeln" (das ist die zeitweilige Einstellung der Agententätigkeit) und für „Absetzen" (das ist der Auftrag zur Flucht) eingetragen werden. Dabei wird für jeden V-Mann beziehungsweise für jede Agentengruppe ein anderer Text oder ein anderes Zeichen vereinbart, die auf Wunsch der Agenten gegebenenfalls geändert werden.


Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten

GESSLER, Albrecht
geb.am: 13.2.1931 in Löhe Kreis

Frage: Ihnen w... vorgelegt, die Ihre Anschrift trägt ...3 abgestempelt ist und der Absen... tenstrasse 25, angegeben ... Bedeutung hat diese Po...

Anwort:
Als ich Ende Mä... " RUX " zusammen... sei, zur Sicherung m... verschiedene Massnahme... würden mir von der " KgU ... zur besseren Tarnung im demokra... mit mir unbekannten Absender ... und die, je nach ihrem Inhalt, eine versc... ung haben würden. Der Agent RUX erklärte mi... dass die Worte:

1. " Lotte und Heinz haben sich verlobt " bedeuten, dass ich zur " KgU " nach Berlin kommen muss, um neue verbrecherische Aufträge zu empfangen.

- 2 -

Albrecht Gessler

Getarnte Anweisung der „KgU"-Zentrale

So bedeutete zum Beispiel eine Postkarte mit einem Stadtbild, ein Brief mit nichtssagendem Text, dessen Briefmarke nach rechts geneigt war, oder ein Telegramm mit erfreulichem Inhalt (Glückwunsch zum Geburtstag, zur Taufe oder Hochzeit u. a.): „Sofort nach Westberlin kommen!“ Eine Postkarte mit einem Blumenbild, ein Brief, dessen Briefmarke nach links geneigt war, oder ein Telegramm ernsten oder betrüblichen Inhalts (Unfall gehabt, keinen Urlaub erhalten, krank geworden usw.) hieß: „Arbeit vorläufig einstellen; Gefahr im Verzuge!“ Eine Postkarte mit Landschaftsaufnahme, ein Brief, dessen Briefmarke auf den Kopf gestellt war, oder ein Telegramm sehr ernsten Inhalts (Todesfall usw.) forderte auf: „Sofort nach Westberlin fliehen!“

Auf der Karteikarte wird außerdem vermerkt, an welche Westberliner oder westdeutsche Deckadresse der V-Mann seine Berichte sendet beziehungsweise unter welchem Absender er getarnte Mitteilungen von der KgU erhält.

Schließlich wird auch eingetragen, ob der V-Mann im Besitz von Geheimtinte ist.

Nach Ausfüllung wird die Registrierkarte an die Zentrale VII gegeben und dort fotokopiert. Die Fotokopie wird dem amerikanischen Geheimdienst zugestellt, das Original im Tresor des Leiters der Operativen Abteilung, Gerd Baitz’, verwahrt.

Beim Sachgebiet wird über jeden Agenten ein sogenanntes Berichtsblatt angelegt, das in der gleichen Form wie die Karteikarte gehalten ist, jedoch nur seinen Decknamen trägt. Auf diesem Berichtsblatt wird vermerkt, an welchem Tag der Agent Westberlin anläuft, welche Berichte usw. er mitbringt, welche Aufträge ihm erteilt wurden und wieviel Geld an ihn ausgezahlt wurde.

2. Die Verbindungen zwischen der Zentrale und den Agenten

Nach der „Verpflichtung“ und „Verkartung“ des Agenten geht die KgU dazu über, ihm ganz festumrissene Spionageaufträge zu erteilen, wie zum Beispiel die Erkundung militärischer Objekte. Je nach seiner Eignung und den sich ihm bietenden Möglichkeiten erhält er dann auch Aufträge zur Sabotage, Diversion, zum Terror und so weiter.

Um ständig mit ihren Agenten in Verbindung bleiben, ihnen Anweisungen erteilen, Diversionsmittel aushändigen und ihre Spionagenachrichten entgegennehmen zu können, hat die KgU ein ausgeklügeltes System entwickelt.

DDR

WESTBERLIN

WD

Ein Ingenieur aus einem Industriebetrieb Sachsens flüchtet nach Westberlin

Er wird verwiesen ins

Flüchtlingslager Marienfelde

und verhört von der

Meldestelle der KGU im Flüchtlingslager

oder

Anlauf-Stelle d. Abt. VII der KgU

Treff-Ort

Bestellung

und bei Eignung weitergeschickt zum

KGU-Stammhaus
- Referat Industrie -

Bericht

dort muss er schriftlich ausführlich berichten

und wird dann nach Westdeutschland oder zurück ins Flüchtlingslager abgeschoben.

DDR-Feindl. Person 2

fährt als geworbener Agent der KgU zurück

Bestellung

Abt. VII d. KgU Sachgeb Sachsen

Kriminelle Person 3

Treff-Ort

fährt als geworbener Agent der KgU zurück

Immoral. Person 4

Fortschrittl. Person 5

(Drohbrief)

Treff-Ort

Abt. VII d. KgU Sachgeb. Sachsen

Hinweise aus Spionage-Informationen des V-LEUTE-Netzes d KgU

Bekannte, Verwandte, Arbeitskollegen usw von (1) über die er bei der KgU Angaben gemacht hat

Schema der Anwerbung neuer V-Leute

Innerhalb dieses Systems spielten die von der Zentrale eigens zur Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen ihr und den Agenten bestimmten Verbindungsleute — auch geheime Kuriere genannt — die Hauptrolle. Seitdem jedoch die Einreise von Westberliner Bürgern in die Deutsche Demokratische Republik gesetzlich geregelt ist, haben die geheimen Kuriere wesentlich an Bedeutung verloren.

Bei den gegenwärtig von der KgU verwendeten Kurieren handelt es sich entweder um Agenten aus Westberlin, die mit gefälschten Papieren in die Deutsche Demokratische Republik reisen, oder aber um V-Leute, die in der Deutschen Demokratischen Republik oder im Demokratischen Sektor Groß-Berlins wohnen. Diese Kuriere leiten die Aufträge der KgU an andere V-Leute weiter und nehmen die Berichterstattung der V-Leute an die KgU entgegen.

Da die stets wachsende Wachsamkeit der Bevölkerung und der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeiten der Kurierverbindung außerordentlich einschränkte, ist die KgU dazu übergegangen, die Agenten selbst nach Westberlin kommen zu lassen. Hier erstatten sie Bericht und nehmen neue Aufträge entgegen. Die unmittelbare Verbindung zwischen den Agenten und den Hauptagenten wurde so ausgebaut. Dabei fungieren die nach Westberlin kommenden Agenten zugleich als Kuriere, die für die Administrative Störstelle Fälschungen in die Deutsche Demokratische Republik einschleusen.

Bei der Beförderung von Spionagematerialien nach Westberlin werden alle möglichen Methoden angewandt, um eine Entdeckung zu verhindern. Eine der gebräuchlichsten Methoden war es, die Spionageberichte auf den Toiletten der Eisenbahnwagen zu verstecken. Darüber sagte zum Beispiel der KgU-Agent Werner Kleinert, Dresden-Radebeul 1, Clara-Zetkin-Straße 16, geboren am 15. Februar 1931, bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der DDR unter anderem aus:

> „Während der Fahrt versteckte ich diese Zigarette (er hatte das Spionagematerial in einer Zigarette untergebracht; die Red.) im Klosett des Eisenbahnwagens. Kurz vor der Endstation holte ich die Zigarette bzw. das Spionagematerial aus dem Versteck, und Schulze (das ist ein KgU-Agent, der mit Kleinert zusammenarbeitete; die Red.) . . . steckte sie sich in den Mund, als wenn er sie gerade anbrennen wollte."

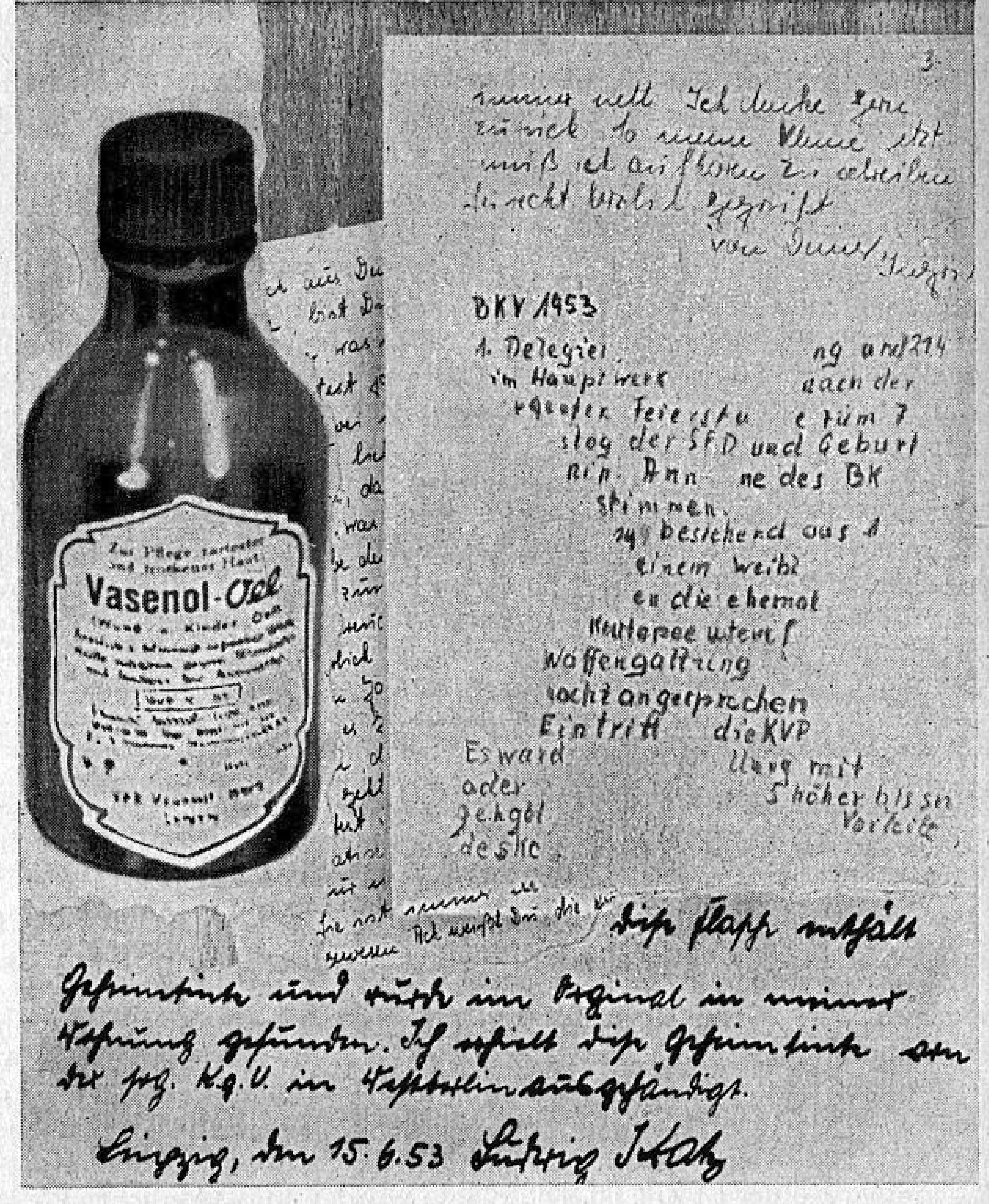
Ein anderer KgU-Agent, der bereits genannte Ludwig Kratz aus Leipzig, verwahrte bei seinen Fahrten nach Westberlin die Spionageberichte in Briefumschlägen, die er mit der Anschrift des damaligen Staatssekretariats für Staatssicherheit versehen hatte. Er hoffte, auf diese Weise nicht kontrolliert zu werden.

Kratz mußte jedoch — wie viele seinesgleichen — feststellen, daß er sich einer trügerischen Hoffnung hingegeben hatte.

Durch die empfindlichen Einbußen an Agenten ist die KgU gezwungen, mehr und mehr vom Kuriersystem abzugehen. Sie versucht nun in verstärktem Maße, von ihren Agenten die Spionagenachrichten auf dem Postwege zu erhalten. Die V-Leute bekommen deshalb von den Hauptagenten eine Flasche mit Geheimtinte, mit der die Spionageinformationen zum Beispiel auf der Rückseite eines im familiären Ton gehaltenen Briefes oder auch zwischen den Zeilen eines mit normaler Tinte geschriebenen Liebesbriefes niedergeschrieben werden. Diese Briefe werden in der KgU-Zentrale mit einem Entwickler bestrichen, worauf dann die Spionageinformationen sichtbar werden. Für diese auf dem Postwege übermittelten Nachrichten erhalten die Agenten in der Deutschen Demokratischen Republik von ihren zuständigen Sachgebietsleitern Deckadressen, an die die Briefe zu richten sind. In zahlreichen Fällen werden dafür auch Deckadressen in Westdeutschland ausgegeben.

Ein ehemaliger KgU-Agent, der sich freiwillig den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik stellte, erklärte dazu auf einer Pressekonferenz unter anderem:

> „Zur brieflichen Übermittlung von Spionagenachrichten erhielt ich von Rux (das ist der Deckname des KgU-Hauptagenten Hennig; die Red.) eine Flasche mit Geheimtinte, die als Hyzet-Feuerzeugbenzin deklariert war. Mit dieser Tinte sollte ich Briefe an mir namhaft gemachte Personen in Westdeutschland schreiben, die das Spionagematerial dann an die KgU weiterleiten würden. Diese westdeutschen Adressen wurden von Zeit zu Zeit gewechselt. Eine lautete zum Beispiel: Ursula Bruhn, Schwelm/Westfalen, Kölner Straße 50. Die Briefe wurden in persönlicher Form abgefaßt und häufig durch Beifügung eines fortschrittlichen Zeitungsartikels oder einer Broschüre getarnt. Die Spionageermittlungen wurden dann mit Geheimtinte zwischen die Zeilen geschrieben. Rux sagte mir einmal, daß Vorname und Straße des Empfängers nicht entscheidend seien, da die Briefe gleich auf der westdeutschen Post von Agenten abgefangen würden."

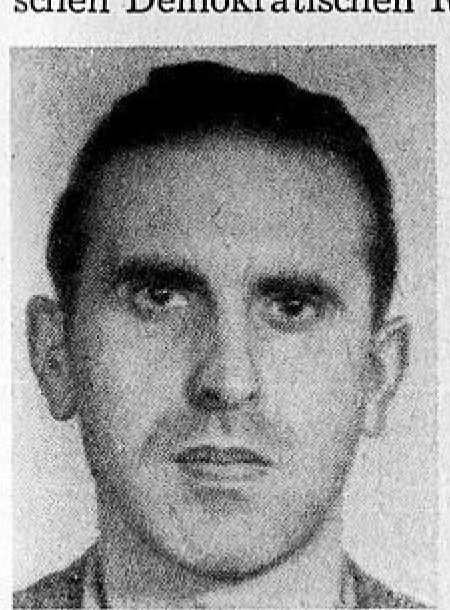


Eine Methode der Übermittlung von Spionagenachrichten

Der Postweg wird — wie bereits dargelegt — von der KgU auch benutzt, um den Agenten bestimmte Anweisungen zu geben oder sie zu warnen. Darüber berichtete derselbe ehemalige KgU-Agent vor der Presse:

„Damals erhielt ich von Rux auch ein Stück Zelluloidstreifen, dessen Gegenstück einem bei mir vorsprechenden KgU-Agenten oder Kurier als Legitimation dienen sollte. Weiter verabredete er mit mir einige Signale: Der Erhalt eines Päckchens mit ‚Nestle Kindernährmittel' bedeutete, daß ich nach Westberlin kommen sollte, ein Päckchen mit Hautcreme, daß ich mich nach dem Westen absetzen sollte, usw."

Es gibt auch Hinweise dafür, daß die KgU sich bemüht, den Kontakt mit den Agenten durch die Einrichtung von Funkstellen in der Deutschen Demokratischen Republik auszubauen.



Agent Dietrich Rentzsch

Der KgU-Agent Dietrich Rentzsch aus Jena, An der Trebe 19, geboren am 14. September 1921, der bei der faschistischen Luftwaffe eine Ausbildung im Funken erhalten hatte, wurde von dem KgU-Agenten Gewinner als Funker für die Agentengruppe in Jena vorgesehen. Bei der Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik berichtete Rentzsch über eine illegale Zusammenkunft in seiner Wohnung, auf der die Beschaffung eines Funkgerätes besprochen wurde. Im Protokoll der Vernehmung heißt es:

Nochmals zur Wahrheit ermahnt sagt er folgendes aus:

Zur Sache: Dietrich Rentzsch

Frage: In Ihrer Vernehmung haben Sie zugegeben, daß in Ihrer Wohnung in Juli 1951 eine illegale Zusammenkunft von mehreren Personen stattfand. Wer nahm an dieser Zusammenkunft teil und was wurde dort gesprochen ?

Antwort: An dieser Zusammenkunft im Juli 1951 in meiner Wohnung haben G e w i n n e r, Herbert, D i - g u t s c h, Ursula, H e b e r, Horst und ich teilgenommen. Das Hauptthema an diesem Abend war die Beschaffung eines Funkgerätes für unsere illegale Gruppe. Gewinner berichtete, daß die Möglichkeit bestände, ein Funkgerät aus Berlin von der sogenannten "KgU" zu erhalten. Gewinner wollte die Heranschaffung des Funkgerätes übernehmen und bei mir in der Wohnung sollte es eingebaut werden, da ich von Gewinner für die Arbeit mit dem Funkgerät bestimmt wurde.

Wie sehr sich die KgU bemühte, eine zentrale Funkstation einzurichten, geht aus der Vernehmung des Chef-Chemikers der KgU, Wolfgang Kaiser, durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik hervor. Kaiser sagte darüber aus:

„... Am 2. März 1952 erhielt ich von Leeder (das ist der Deckname von Gerd Baitz; die Red.) den Auftrag, für die KgU eine Sendeanlage mit 100 Watt zu besorgen ...

Als ich diesen Auftrag erhalten hatte, ging ich zu einem mir bekannten Westberliner Funkamateur und fragte ihn, ob er mir einen Mittelwellensender beschaffen könnte. Dieser Funkamateur konnte keine bindende Zusage machen, versprach mir aber, in dieser Hinsicht Nachforschungen anzustellen. Ich vereinbarte mit ihm eine Frist, in der er mir einen endgültigen Bescheid geben sollte. An diesem Tag gingen Leeder, Stenzel alias Kubitz, Sydow und ich zu diesem Funkamateur. Leeder, der sich als Herr Bauer vorstellte, trat als Geldgeber auf. Stenzel und Sydow waren die technischen Sachverständigen. Ich selbst war der Vermittler. Auf den Bescheid, daß das Gerät lieferbar ist, wurde der Preis vereinbart ...

Durch weitere Gespräche erfuhr ich dann, daß dieser Sender für Sendungen der Hildebrandtschen Organisation verwendet werden sollte, um Agenten und Spionen in Form von Ansprachen und Kommentaren verschlüsselte Nachrichten zukommen zu lassen ... Die Sendeanlage sollte im Dachgeschoß des Hauses Kaiser-Wilhelm-Straße 9 eingebaut und dort von Sydow bedient werden ... Zur Inbetriebnahme der Sendeanlage sollte eine 80-Meter-Antenne gebaut werden."

Die ganze Verworfenheit der KgU und ihrer Agenten zeigt sich in der Tatsache, daß zur Nachrichtenübermittlung und gegenseitigen Verständigung — vor allem der Agenten einer Agentengruppe untereinander — skrupellos Kinder mißbraucht werden.

Der KgU-Resident Gerhard Benkowitz, Weimar, Böhlaustraße 3, geboren am 2. Juni 1923, der damals stellvertretender Schulleiter war, ließ Spionagenachrichten und Anweisungen an die Mitglieder seiner Diversantengruppe durch ihm anvertraute Schüler überbringen. Nach der Inhaftierung Benkowitz' schrieb dazu der 12jährige Schüler Jürgen Lehmann aus Weimar, Kirschbachstraße 5, die nebenstehende Erklärung:



Weimar den 29.4.1955

Erklärung!

Hiermit erkläre ich, daß ich als Schüler der in Klasse des
Herrn Benkowitz für diesen ausser meiner Schulzeit
Wege erledigt habe.
Ich benutzte hierzu mein Fahrrad. Ich überbrachte
im Auftrage des Herrn Benkowitz verschlossene
Briefe an verschiedene Personen von Weimar.
Auch Herrn Kogel habe ich derartige Dinge
von Herrn Benkowitz übergeben. Ich habe
weiterhin von Herrn Kogel an Herrn Benkowitz
Briefe weitergeleitet.
Was die Briefe beinhalteten wußte ich
nicht.

Jürgen Lehmann.
Weimar, Kirschbachstr. 5.

Dieser Mißbrauch von Kindern durch die KgU beschränkt sich nicht, wie im Fall Benkowitz oder im Fall Rentzsch — der gleichfalls als Lehrer Schüler seiner Klasse zur Übermittlung von Agentenberichten mißbrauchte —, auf die Ausnutzung fremder Kinder als Kuriere. Der der Agentengruppe des Rentzsch angehörende Mathes ließ durch seine Tochter Hedwig der Agentin Ursula Digutsch Spionagematerial zustellen, während die Digutsch ihrerseits ihren Sohn, der Schüler der vierten Klasse war, als Boten zum Agenten Rentzsch schickte.

Der Treff

Die hauptsächlichste Form des Kontaktes zwischen den Hauptagenten und ihren V-Leuten aus der Deutschen Demokratischen Republik ist der sogenannte Treff. Nach Ankunft des V-Mannes in Westberlin ruft er grundsätzlich die KgU nur unter der Nummer 84 43 46 von einem Fernsprecher an, durch den man den V-Mann wieder erreichen kann (zumeist aus einem Lokal). In der Zeit von 8.30 Uhr bis 17 Uhr verlangt er den Apparat 34 (das ist der Anschluß der sogenannten Anlaufstelle; die Red.). Vor 8.30 Uhr und nach 17 Uhr wird der Anruf automatisch auf diesen Nebenapparat geschaltet, der dann in der



Trefflokal der „KgU": Café Storch, Berlin-Lichterfelde-West



Treffzimmer des Hauptagenten Bruhn:
Berlin-Tiergarten, Agricolastraße 7, bei Schumacher

Wohnung des Portiers steht, die sich über den Räumen der Anlaufstelle befindet.

Der V-Mann nennt seinen Decknamen und verlangt seinen Sachgebietsleiter zu sprechen. Von der Anlaufstelle aus wird dann der jeweilige Sachgebietsleiter verständigt, der nun zum Lokal zurückruft und seinen V-Mann an den Apparat holen läßt. Bei dem darauffolgenden Gespräch werden Zeit und Ort des Zusammentreffens — also der Treff — verabredet. Am Telefon spricht fast ausschließlich der Hauptagent, während der V-Mann nur mit ja oder nein antwortet, um etwaigen Zuhörern im Lokal keine Hinweise über den Inhalt des Gesprächs zu geben.

Bei bestimmten V-Leuten, die des öfteren nach Westberlin kommen, werden vorher mehrere Treffpunkte festgelegt und mit Zahlen bezeichnet, so daß der Hauptagent am Telefon nur die Zeit und die entsprechende Zahl zu nennen braucht.

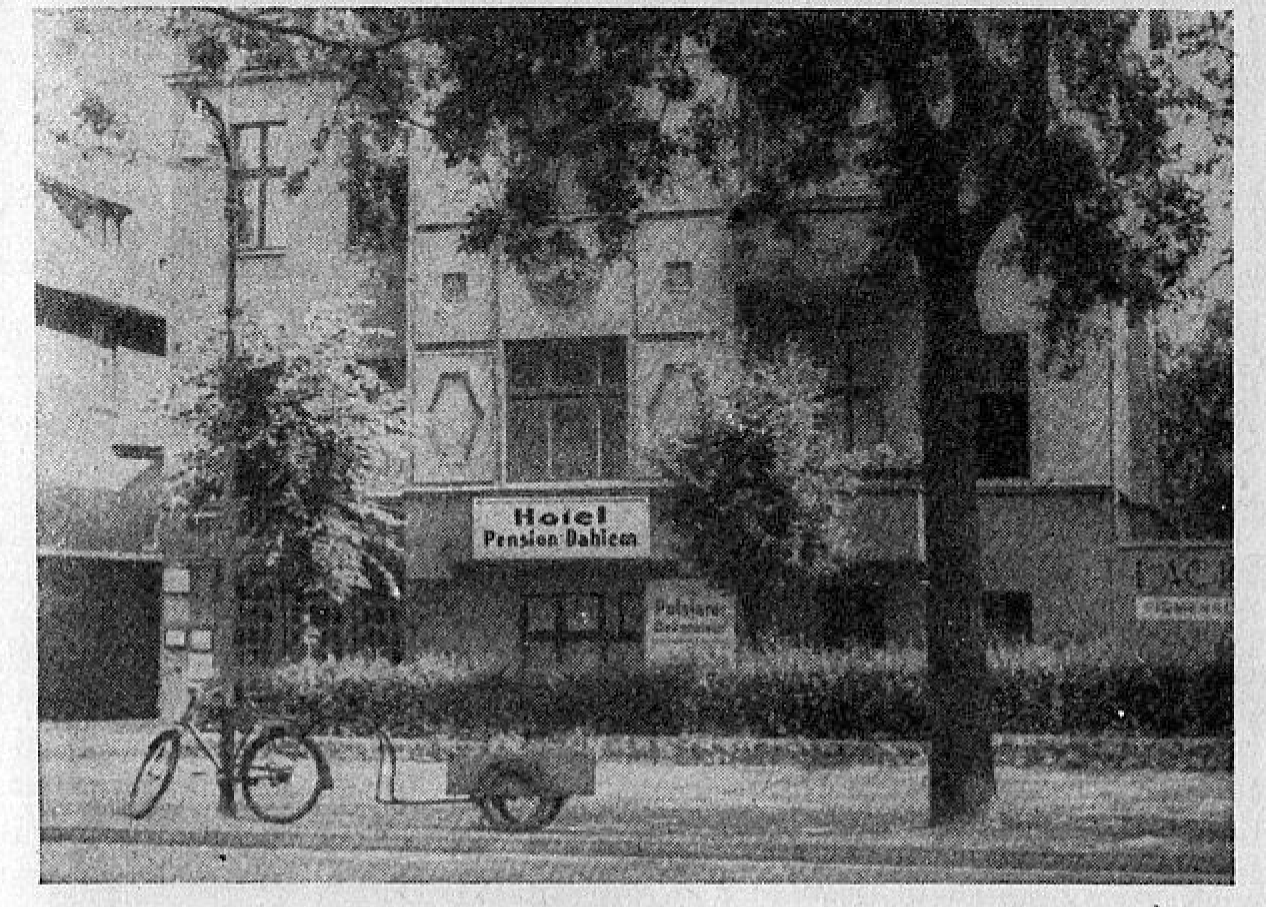
Für Treffs mieten die Sachgebietsleiter der KgU möblierte Zimmer. Vor Abschluß des Mietvertrages werden die Vermieter durch die Politische Polizei des Westberliner Polizeipräsidiums überprüft. Der

Hauptagent mietet das Zimmer unter Vorlage eines vom amerikanischen Geheimdienst gelieferten westdeutschen Personalausweises. Er gibt zum Beispiel an, Vertreter einer westdeutschen Firma zu sein, der zur Abwicklung von Geschäften in Westberlin weilt und deshalb für einige Zeit ein Zimmer braucht. Häufig wird dem Vermieter auch vorgetäuscht, daß die angeblich vertretene westdeutsche Firma noch geschäftliche Beziehungen zu alten, in der Deutschen Demokratischen Republik wohnenden Kunden unterhält, die sie im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands zu pflegen gedenkt, auch wenn zur Zeit keine Geschäftsabschlüsse erfolgen könnten. Durch diese Andeutungen will der Hauptagent vermeiden, daß die Vermieter mißtrauisch werden, wenn Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ihren Untermieter aufsuchen. Aus all dem ergibt sich, daß die Vermieter grundsätzlich nicht über den wahren Verwendungszweck der von ihnen vermieteten Zimmer informiert werden.

Nachdem er den V-Mann angerufen hat, fährt der Sachgebietsleiter mit einer Taxe oder auch mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln zum Trefflokal. Dort werden jedoch grundsätzlich keinerlei Bespre-



Deckadresse des Hauptagenten Bruhn:
Meier, Berlin-Dahlem, Herrfurthstraße 9



Übernachtungsstätte für „KgU"-V-Leute:
Pension Dahlem, Berlin-Lichterfelde, Unter den Eichen 89a

chungen geführt. In der Regel sucht man zwecks Tarnung vorerst einige andere Lokale auf, wobei verschiedene Taxen benutzt werden, und erst dann fährt man zur Treffwohnung. Eine Ausnahme allerdings bilden die Treffs mit V-Leuten, denen die KgU nicht voll vertraut. Diesen sogenannten unzuverlässigen V-Leuten werden die Aufträge in irgendeinem Lokal übermittelt beziehungsweise übergeben sie dort dem Hauptagenten ihre Agentenberichte.

In der Treffwohnung muß der V-Mann dem Hauptagenten Bericht über die Erfüllung der ihm erteilten Aufträge erstatten und zugleich auch über alle Probleme und Beobachtungen berichten, die sich auf das politische Leben in seinem Heimatort, auf die Stimmung der Bevölkerung, auf seine Fahrt nach Berlin u. a. m. beziehen.

Den Sachgebietsleitern werden von der Zentrale VII ständig eine Reihe von aktuellen Fragen (Frühjahrsbestellung, Ernteeinbringung, Erfassung, Betriebskollektivverträge, Produktionsschwierigkeiten usw.) genannt, die sie bei den Treffs den V-Leuten zur Beantwortung vorzulegen haben.

Bei diesen Treffs nimmt der Sachgebietsleiter auch das Spionagematerial oder Material, das sich zur Organisierung von administrativen Störungen eignet, von dem V-Mann entgegen. Handelt es sich um Schriftstücke oder andere Unterlagen, die der V-Mann sofort wieder mit zurücknehmen muß, so wird umgehend der Hauptagent Stenzel (Decknamen: Kubitz, Deters) verständigt, der das Spionagematerial in der Zentrale VII fotokopiert.

Schließlich wird noch der nächste Anlauftermin festgelegt, wobei jedoch nicht der genaue Tag, sondern nur die Woche, in welcher der nächste Treff stattfinden soll, genannt wird. Im allgemeinen führen die Hauptagenten mit ihren V-Leuten solche Treffs im Abstand von zwei bis vier Wochen durch.

Kann der V-Mann nicht am gleichen Tage zurückfahren, stellt ihm die KgU ein Treffzimmer oder auch in einer Pension ein Übernachtungszimmer zur Verfügung. Dabei achten die Sachgebietsleiter darauf, daß keine polizeiliche Anmeldung der V-Leute erfolgt. Die KgU hat deshalb mit einigen Hotels und Pensionen — wie zum Beispiel mit der „Pension Dahlem" in Berlin-Lichterfelde — vereinbart, daß dort V-Leute übernachten können, ohne sich polizeilich anmelden zu müssen. Offensichtlich ist die Westberliner Polizei darüber unterrichtet, denn diese Hotels und Pensionen haben trotz Verletzung der gesetzlichen Anmeldepflicht noch niemals Schwierigkeiten mit der Westberliner Polizei gehabt. Den in Westberlin ankommenden V-Leuten werden die Fahrtkosten und sonstige Unkosten unabhängig von dem Judaslohn, den sie für ihre verbrecherische Tätigkeit erhalten, zurückerstattet. Das erhaltene Geld quittiert der V-Mann mit seinem Decknamen.

Auswertung der Agentenberichte

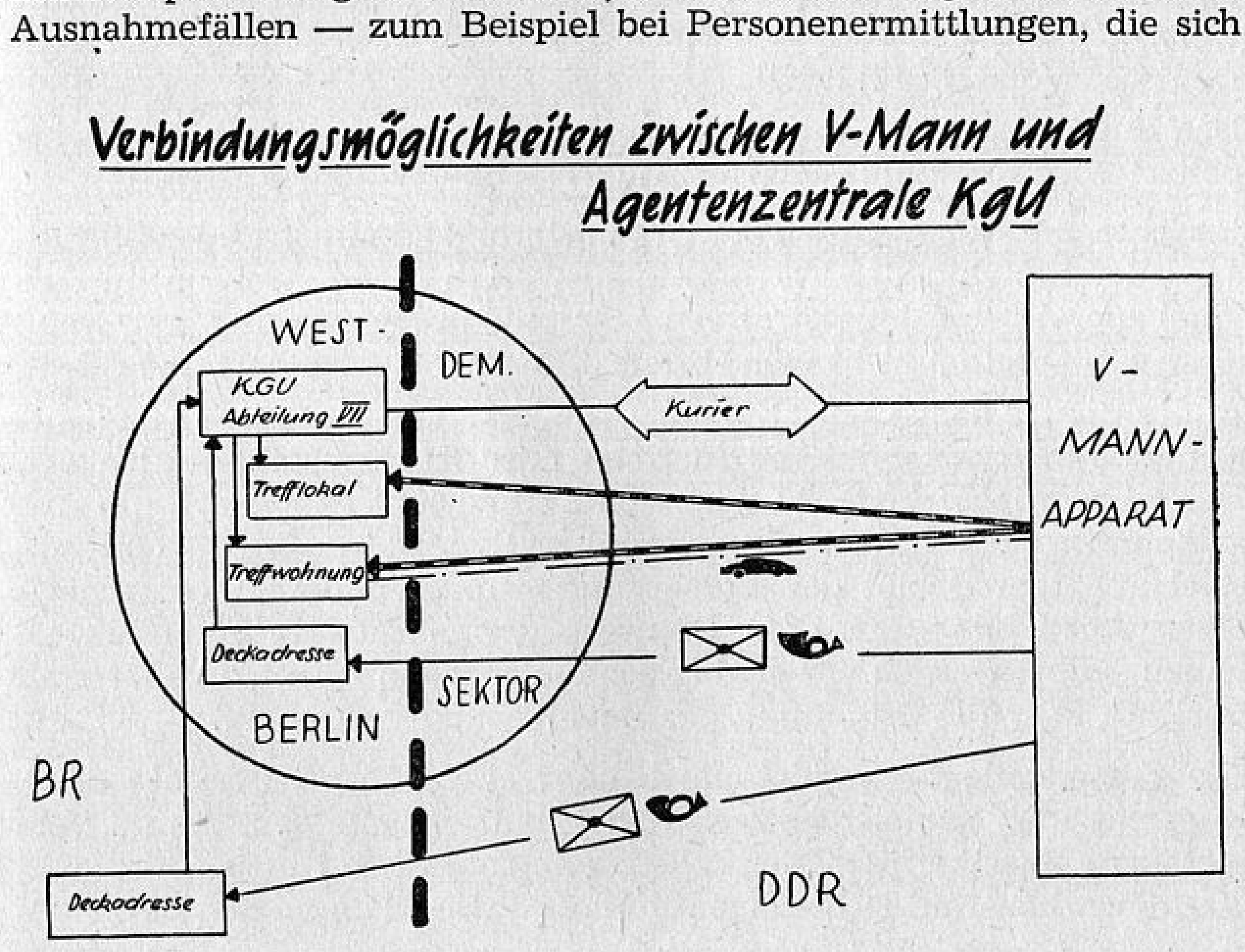
Jeder Treff und seine Ergebnisse werden vom Sachgebietsleiter unmittelbar nach der Zusammenkunft mit dem Agenten auf dessen Berichtsblatt vermerkt. Nach den Aussagen ehemaliger KgU-Hauptagenten vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik geschieht dies etwa in folgender Form:

> 1. 10. 1955. Erscheint nach Absprache. Bringt Information aus dem Handel und der Versorgung. Berichtet über besondere Vorkommnisse beim Rat des Kreises in X. Nächster Treff letzte Oktoberwoche. 50,— wurden erstattet.

Danach erfolgt die eigentliche Auswertung des Treffs in Berichtsform. Der Sachgebietsleiter bearbeitet die ihm vom V-Mann schriftlich oder mündlich übermittelten Informationen, indem er sie in sogenannte Komplex-Berichte aufteilt (Militärspionage, Industriespionage, Versorgungslage, Charakteristiken usw.). Es ist also durchaus möglich, daß in Auswertung eines Treffs bis zu 20 einzelne Berichte angefertigt werden.

Jeder dieser Berichte wird in mehrfacher Ausfertigung an die Zentrale VII gegeben, so zum Beispiel Informationen über die Deutsche Volkspolizei in fünf Exemplaren, über militärische Fragen in vier Exemplaren und alle sonstigen Berichte in drei Exemplaren.

Entgegen der „Dienstanweisung“ — jedoch mit Wissen des Leiters der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, — verbleibt ein weiterer Durchschlag jedes Berichts beim jeweiligen Sachgebiet und wird dem Berichtsblatt beigefügt. Dieser Durchschlag muß allerdings spätestens drei Monate nach der Berichterstattung vernichtet werden, so daß sich beim Berichtsblatt des V-Mannes prinzipiell nur die von ihm während der letzten drei Monate gelieferten Informationen (außer den stichpunktartigen Vermerken) befinden. Nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen — zum Beispiel bei Personenermittlungen, die sich



über einen längeren Zeitraum ausdehnen — dürfen die Durchschläge, die diesen Fall betreffen, länger als drei Monate beim Sachgebiet aufbewahrt werden.

Die vom Sachgebietsleiter angefertigten V-Mann-Berichte werden alle zwei bis drei Tage aus den getarnten Büros der einzelnen Sachgebiete von einem Kurier der Zentrale VII abgeholt, der sie einer Sekretärin von Gerd Baitz übergibt. Von dort aus werden die Berichte an folgende Stellen weitergeleitet:

das erste Exemplar an die Zentralkartei,
das zweite Exemplar an die Pressestelle und
das dritte Exemplar an „F“ (das ist der amerikanische Geheimdienst).

Dieser Verteilerschlüssel bezieht sich auf alle in drei Ausfertigungen geschriebenen „Normalberichte“, worunter Spionageberichte über Handel, Versorgung, Transport, Industrie, Landwirtschaft usw. zu verstehen sind.

Bei den vierfach ausgefertigten Berichten über Militärspionage wird das vierte Exemplar an den dem Bundeskanzler Dr. Adenauer direkt unterstehenden militärischen Geheimdienst, die Gehlen-Organisation, weitergeleitet, der auch das vierte Exemplar der Berichte über die Deutsche Volkspolizei erhält.

Das fünfte Exemplar der Spionageberichte über die Deutsche Volkspolizei wird der Volkspolizeiberatungsstelle der KgU übermittelt.

Berichte, die sich eventuell zur Organisierung administrativer Störungen oder individueller Terrorakte auswerten lassen, werden im Original zuerst der Administrativen Störstelle übergeben und erst, wenn diese das Original nicht mehr braucht, bei der Zentralkartei abgelegt.

In der Zentralkartei wird die erste Ausfertigung eines jeden Berichts seinem Inhalt entsprechend in Orts- oder Stichwortakten abgelegt. Das so geordnete Material wird von Zeit zu Zeit analysiert, um Ansatzpunkte zur Organisierung administrativer Störungen — zum Beispiel auf dem Gebiet der Versorgung — oder anderer verbrecherischer Anschläge gegen die Deutsche Demokratische Republik zu haben. Dabei werden vor allem auch die von den Agenten gelieferten Berichte über die Stimmung der Bevölkerung verwertet.

Die Pressestelle verwendet die bei ihr eingehenden Berichte dazu, Informationen zumeist hetzerischen Inhalts abzufassen, die an verschiedene Westberliner Zeitungen, an sämtliche Westberliner und westdeutschen Nachrichtenagenturen und vor allem an den RIAS ge-

liefert werden. Die Pressestelle gibt mit Hilfe dieses Materials auch das regelmäßig erscheinende „KgU-Archiv" und andere Hetzschriften heraus. Diese Druckschriften werden von der Pressestelle regelmäßig jeden Monat allen Abgeordneten des Bonner Bundestages und der westdeutschen Landtage sowie bestimmten Bonner Ministerien zugeleitet.

Die Volkspolizeiberatungsstelle ergänzt an Hand der ihr übergebenen fünften Ausfertigungen ihre eigenen Spionageberichte, die monatlich der Operativen Abteilung und in Kopie dem amerikanischen Geheimdienst zugesandt werden.

An westdeutsche und ausländische Dienststellen (Amt für Verfassungsschutz, Bonner Ministerien, Westberliner Senat, MID, CIC usw.) werden außer den oben genannten Exemplaren in der Regel keinerlei Einzelmeldungen, sondern nur aus mehreren Informationen zum gleichen Problem zusammengefaßte Spionagegesamtübersichten gegeben.

Die Spionageinformationen militärischer Art werden nicht von der KgU, sondern ausnahmslos vom amerikanischen Geheimdienst ausgewertet. Alle Berichte, die Militärspionage betreffen, werden vom Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, zu den einzelnen amerikanischen Dienststellen gebracht, die ihm auch neue Aufträge dieser Art erteilen.

3. Sicherung und Tarnung der KgU-Verbrechen

Die KgU gibt ihren Agenten bis ins einzelne gehende Anweisungen, in welcher organisatorischen Form und mit welchen Methoden die verbrecherische Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik durchzuführen ist. Sie gibt ihnen darüber hinaus auch genaue Maßregeln, wie sie sich selbst zu verhalten und zu tarnen haben, um ihre Verbrechen möglichst wirkungsvoll ausführen zu können und dabei unerkannt zu bleiben.

Zu diesem Komplex führte der Leiter der KgU, Ernst Tillich, in seiner am 15. Dezember 1952 anläßlich des vierjährigen Bestehens der KgU gehaltenen Rede unter anderem aus:

> „Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hat eine ganz allgemeine Formel, die lautet: Je mehr Widerstand, desto mehr Tarnung! Das ist eine Anweisung an die Leute, die als wirkliche Vertrauensleute mit der Kampfgruppe zusammenarbeiten, und

ich brauche sie nicht weiter zu erklären. Umgekehrt aber gilt etwas Ähnliches: Je mehr Tarnung, desto mehr Widerstand!"

Da in der Sprache Ernst Tillichs gewisse Begriffe, die allgemein im deutschen Wortschatz äußerst klar sind, durcheinandergeraten, heißt das auf gut deutsch: Je mehr Verbrechen, desto mehr Tarnung! Und umgekehrt: Je mehr Tarnung, desto mehr Verbrechen.

Die Organisationsformen der verbrecherischen Tätigkeit der KgU gegen die Deutsche Demokratische Republik

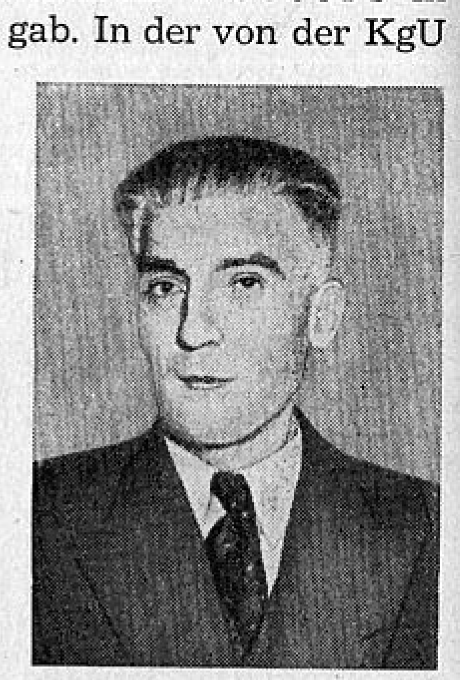
Die KgU arbeitet hauptsächlich mit Einzelagenten, weil sie sich davon die größte Sicherheit für ihre verbrecherische Tätigkeit verspricht. Die Begründung für diese Organisationsform geht aus der Agentenanweisung „Sinnvoller Widerstand" hervor, in der es unter anderem heißt:

> „Allein bleiben, wenn man keine Erfahrungen in der weit gefährlicheren Widerstandsarbeit in Gruppen besitzt. Auch ein Heer von Einzelgängern kann zur Befreiung Entscheidendes beitragen ..."

Was die KgU unter „Widerstand" und unter „Befreiung" versteht, ist hinlänglich bekannt geworden.

Doch die KgU arbeitet nicht nur mit Einzelgängern, sondern auch mit Agentengruppen. Bei der Bildung der Agentengruppen bemüht sie sich, den Weisungen zu folgen, die der Holländer Peeters in seiner Abhandlung „Theorie der 5. Kolonne" gab. In der von der KgU herausgegebenen Schrift „Der Weg der Kampfgruppe" schreibt Peeters:

> „Die Zellenbildung von höchstens 3 Mann ist weitaus die beste Organisationsform. Diese Zellen können durch kleinere Initiativen bei der Bevölkerung und in der Besatzungsarmee eine große Nervosität hervorrufen, die sich zwar nicht direkt strategisch verwerten läßt, wohl aber in diesen beiden Sektoren den Widerstandsgeist stärkt."



Prof. Dr. Dr. Peeters

Die Spionage- und Agententätigkeit wie überhaupt alle verbrecherischen Anschläge der KgU gegen die Deutsche Demokratische Republik zeigen, daß die KgU nach

diesen Hinweisen verfährt. So erteilt sie fast immer Anweisungen zur Dezentralisierung, wenn es zu einer Zusammenfassung mehrerer Agenten in einer Gruppe gekommen ist.

Der bereits genannte KgU-Agent Heinz Lumma sagte darüber bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Die in Eisleben bestehende Gruppe der KgU, der insgesamt fünf Personen angehörten, besteht seit dem Frühjahr 1952. Einzelne Mitglieder dieser Gruppe standen jedoch seit Herbst 1951 mit der KgU in Verbindung ...
>
> Auf Anordnung von Rux alias Weber (Decknamen des Hauptagenten Hennig; die Red.) wurde im Juli 1952 die Gruppe wegen der eigenen Sicherheit dezentralisiert, d. h. daß jedes Gruppenmitglied selbständig für Rux alias Weber arbeitete und voll verantwortlich für sein Aufgabengebiet war."

Während in diesem Falle eine restlose Auflösung der Gruppe erfolgte, zeigen andere Beispiele, daß bei größeren Agentengruppen angeordnet wird, sie in kleinere Gruppen aufzuteilen. So beauftragte der KgU-Hauptagent Kurt Baitz die Agenten Josef Klupp, Seiffen, August-Bebel-Straße 33, geboren am 30. Juli 1925, und Werner Lorenz, Seiffen, August-Bebel-Straße 46, geboren am 20. Oktober 1928, die von ihnen angeführte 18köpfige Agenten- und Terrorgruppe zu dezentralisieren.

Diese Gruppe war 1946 aus einer vierköpfigen Bande des faschistischen Werwolfs entstanden und von Anfang an bewaffnet. Im August 1951 nahm diese Bande Verbindung zur KgU auf und wurde dann einige Zeit später in drei Gruppen aufgeteilt. Zur ersten Gruppe gehörten die Agenten und Terroristen Klupp, Lorenz, Hübler, Kluge, Reißmüller, Böhme, Engelmann, Weber und Wolfgang Glöckner. Die zweite Gruppe bestand aus den Agenten und Terroristen Horn, Diecke, Manfred Glöckner, Beer, Kaden und Morgenstern. Verbindungsmann zwischen diesen beiden Gruppen war Wolfgang Glöckner aus Seiffen, August-Bebel-Straße 9, geboren am 22. September 1931.

Die Mitglieder der dritten Gruppe — Herbert Ulbricht, Walter Wagner und Arno Reichel — waren im Gegensatz zu den beiden ersten — den sogenannten aktiven Gruppen — nicht unmittelbar an den Verbrechen der Bande beteiligt, hatten aber davon Kenntnis und waren im Besitz gebrauchsfähiger Schußwaffen. Sie bildeten eine sogenannte stille Reserve.

Diese Bande, die vom KgU-Hauptagenten Kurt Baitz den Decknamen Admiral erhalten hatte, verfügte bei ihrer Zerschlagung durch die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik über folgende Waffen:

1 MG 42 mit 2 Ersatzläufen, 2 Ersatzschlössern und 1 Ersatzfeder,
2 Karabiner 98 K,
2 Jagdgewehre (1 Drilling und 1 Schrotzwilling),
9 Pistolen verschiedener Kaliber, davon 1 Leuchtpistole,
1 Kleinkalibergewehr,
2 Stielhandgranaten,
3 Eierhandgranaten,
89 Sprengkapseln,
2 Gewehrgranaten,
5600 Schuß Maschinengewehr- und Karabinermunition,
300 Schuß Kleinkalibermunition 6 mm,
160 Schuß Pistolenmunition verschiedener Kaliber, passend für die vorhandenen Pistolen,
10 Leuchtpatronen,
2 Seitengewehre,
1 Hirschfänger.

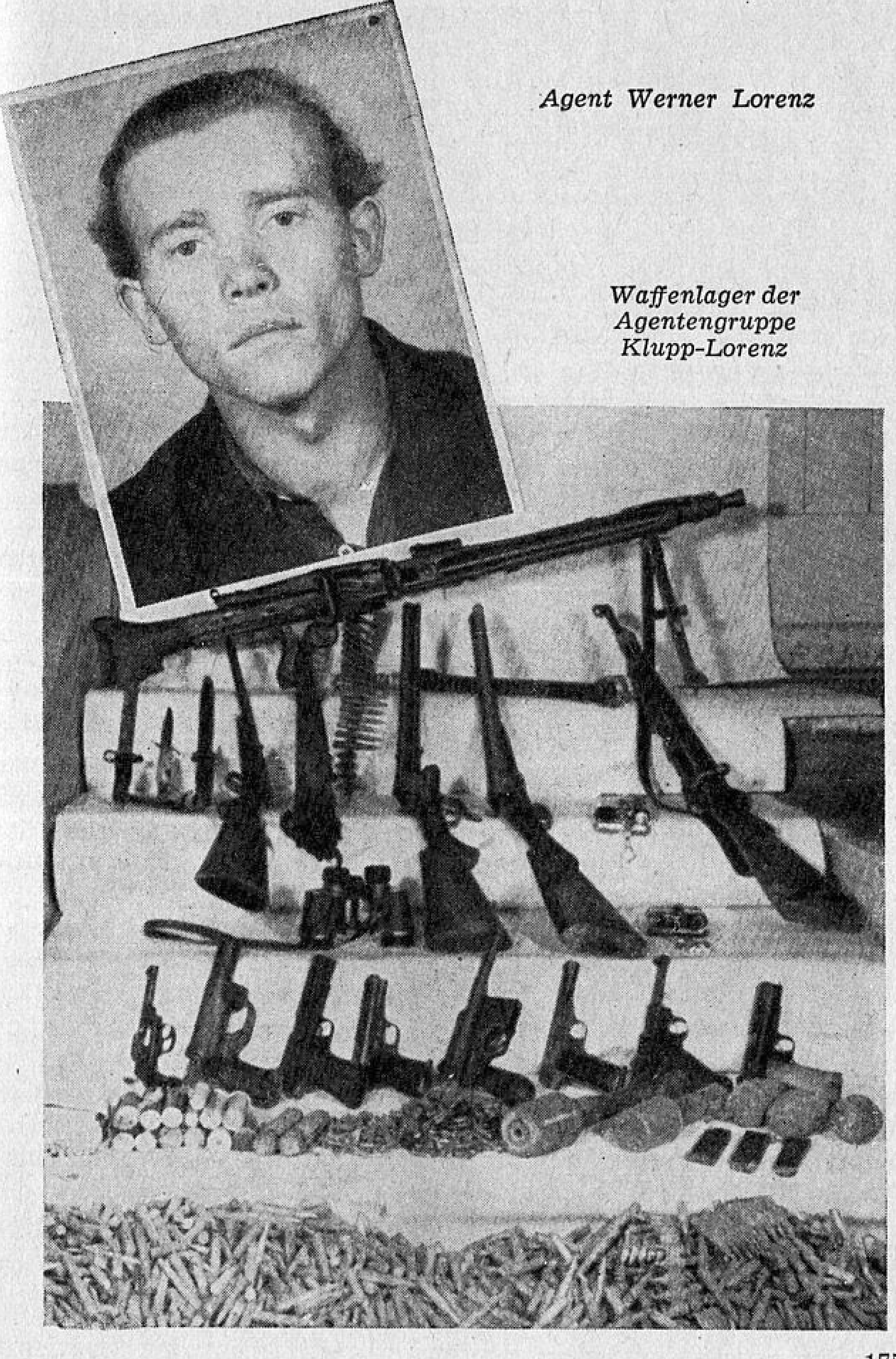
Methoden der Tarnung

Die KgU-Agenten erhalten von den Sachgebietsleitern die vielfältigsten Instruktionen, wie sie sich zu verhalten und zu tarnen haben, um ihre Verbrechen am wirkungsvollsten ausführen zu können.

In der Westberliner Zeitung „Der Tagesspiegel" vom 23. Oktober 1952 schrieb Ernst Tillich in einem Artikel, der in verschleierter Form die von der KgU geplanten Verbrechen zugab, unter anderem:

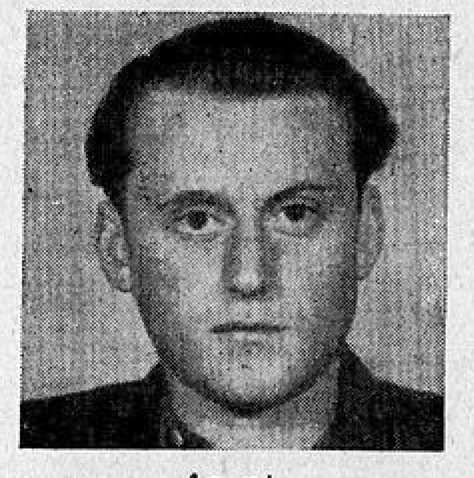
> „... Das aber setzt Widerstandskämpfer voraus, die unauffällig danach trachten, in einflußreiche Stellungen zu kommen ..."

Die KgU instruiert ihre Agenten auch darüber, wie sie zu „einflußreichen Stellungen" kommen können. Sie verlangt von ihnen fast ohne jede Ausnahme, daß sie sich im öffentlichen Leben fortschrittlich gebärden und versuchen sollen, in die demokratischen Parteien und Massenorganisationen einzudringen.



Agent Werner Lorenz

Waffenlager der Agentengruppe Klupp-Lorenz



Agent Johannes Engelmann

Der KgU-Agent Johannes E n g e l m a n n, Seiffen, Ernst-Thälmann-Straße 73, geboren am 31. Januar 1925, erklärte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik:

Im April 1950 wurde ich in die SED als Kandidat aufgenommen, obwohl ich schon damals eine verbrecherische Tätigkeit gegen die DDR mit plante, und benutzte diese Kandidatenschaft bei der SED nur zur Deckung meiner verbrecherischen Handlungen.

Johannes Engelmann

Der KgU-Agent Walter G e n r i c h, geboren am 12. August 1921, der in Magdeburg, Schefferstraße 26, wohnte, täuschte eine fortschrittliche Einstellung und Aktivität vor. So gelang es ihm, folgende Funktionen nacheinander zu erschleichen: Stadtbezirksvorsitzender der NDPD, Studienzirkelleiter, Lektor an der Kreisparteischule der NDPD, Mitglied des Kreisausschusses der NDPD und Stadtverordneter der Stadt Magdeburg.

Das Mitglied der KgU-Bande „Totila", Hans S t r a u ß, geboren am 5. Mai 1925, der zuletzt in Dresden-Radebeul 2, Bernhard-Voß-Straße 31, wohnte, sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Um uns zu tarnen, schlossen Gulder, Beeg, Wischnewski und ich uns der Kulturgruppe des Straßenbahnhofes an und benutzten unter anderem auch die Übungsstunden der Kulturgruppe zu unseren Besprechungen ..."

Die KgU-Agentin Helga F e r n a n d e z, Strausberg bei Berlin, Wriezener Straße 14, geboren am 30. Oktober 1926, hatte sich in die SED eingeschlichen, mußte dann aber auf Grund ihrer durch Heirat erworbenen spanischen Staatsangehörigkeit ausscheiden. Sie erhielt daraufhin vom Hauptagenten Hennig den Auftrag, sich scheiden zu lassen, um auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit wiederzuerlangen und dann wieder Mitglied der SED werden zu können. Während ihrer Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sagte sie aus:

> „Bei einem der ersten Treffs mit Weber (Deckname des Hauptagenten Hennig; die Red.) im Oktober/November 1953 hatte ich diesem mitgeteilt, daß ich bis Juni 1953 Mitglied der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands gewesen bin und auf Grund meiner spanischen Staatsangehörigkeit die Mitgliedschaft gestrichen wurde. Auf die Frage Webers, ob ich gegen diese Streichung Einspruch erhoben habe, hatte ich ihm mitgeteilt, daß ich dies bereits Anfang Oktober getan habe und mein Einspruch zur Zeit noch läuft. Als ich dann durch Umtausch der Personalausweise für staatenlos erklärt wurde, weil ich keinen gültigen Heimatpaß von Spanien vorlegen konnte ..., beauftragte er (gemeint ist Hennig; die Red.) mich, mich scheiden zu lassen, um dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit sowie die Parteizugehörigkeit wiederzuerlangen, woran er äußerst interessiert war."

Der Fall der Agentin Fernandez ist noch in einer anderen Hinsicht äußerst kennzeichnend für die Praktiken der KgU. Als die Agentin schwanger wurde, veranlaßte der KgU-Hauptagent Hennig eine Abtreibung, damit keine Unterbrechung ihrer verbrecherischen Tätigkeit für die KgU einträte. Bei ihrer Vernehmung sagte die Agentin Fernandez dazu aus:

„Bei einem Treff etwa Mitte Februar 1954 hatte ich dem Weber mitgeteilt, daß ich von Schiedwitz ein Kind erwarte und bereits im 3. Monat schwanger bin ... Daraufhin hatte Weber mit einer mir unbekannten Stelle telefoniert und danach zu mir gesagt, daß ich am 26. Februar 1954 wiederkommen sollte, wo ich dann das Kind genommen bekäme. Dazu bemerkte Weber noch, daß er ebenfalls daran interessiert ist, daß ich dieses Kind nicht austrage, weil ich dadurch längere Zeit nicht arbeiten könnte, womit er auch meine Spionagetätigkeit meinte. Als ich dann am 26. Februar 1954 zu Weber kam, sagte mir dieser, daß er mich zu einem Arzt bringen würde, der die Schwangerschaft beseitigt. Damit war ich auch einverstanden, trotzdem ich mir bewußt war, daß mich dadurch Weber vollständig in der Gewalt hatte und ich in der nächsten Zeit alles tun mußte, was er von mir verlangte, weil mir bekannt war, daß eine willkürliche Beseitigung einer Schwangerschaft verboten ist. Nachdem mich Weber zu dem mir unbekannten Arzt gebracht und dieser einen Eingriff gemacht hatte, sagte mir Weber, daß er die Kosten dafür bezahlt habe und ich in der nächsten Zeit kein Geld mehr von ihm für meine Spionagetätigkeit erhalten werde."

Methoden der Sicherung

Für die Vorbereitung, für die unmittelbare Durchführung und für das Verhalten nach der Ausführung eines Verbrechens gibt die KgU ihren Agenten zahlreiche Verhaltungsmaßregeln. Bemerkenswert ist, daß diese Instruktionen nicht von ungefähr an die in der internationalen Verbrecherwelt üblichen Methoden erinnern.

Bei der Vorbereitung verbrecherischer Aktionen werden die Agenten von der KgU angewiesen, ruhig und sachlich alle mit ihrem Anschlag zusammenhängenden Möglichkeiten zu erwägen und geduldig den richtigen Zeitpunkt zur Durchführung der Aktion abzuwarten. Als prinzipielle Anweisung dienen die Ausführungen, die der aus Haarlem/Holland stammende Rechtsanwalt und Notar Dr. B. W. Stomps auf einer Tagung der KgU anläßlich ihres vierjährigen Bestehens am 15. Dezember 1952 machte und die in der Schrift „Der Weg der Kampfgruppe" veröffentlicht wurden:

> „Ihre Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hat eine Aufgabe in der Ostzone. Als alter Kämpfer auf diesem Gebiet, wenn ich mich stolz so nennen darf, möchte ich Ihnen sagen: Wählen Sie sich dafür nur die allerwenigsten Leute aus. Es ist nicht einmal notwendig, daß Sie Leute nehmen, die jung, kräftig und tapfer sind und gern etwas tun möchten. Von größerem Wert ist es, daß Sie Leute auswählen, die sich gedulden können, die die notwendige Ruhe aufbringen; die, ich möchte fast sagen, wie eine Katze vor einem Loch tage- und wochenlang warten, um dann ohne Gefahr ... eingreifen zu können."

Die Anweisungen, die die KgU den Agenten für ihr Verhalten bei der unmittelbaren Durchführung verbrecherischer Handlungen gibt, beziehen sich ausschließlich auf kriminaltechnische Fragen, wie Beschaffung eines Alibis, Vermeidung von Spuren am Tatort und so weiter.

In der Agentenanweisung der KgU, die den Titel „Sinnvoller Widerstand" trägt, heißt es:

> „Sicherung der Widerstandshandlung erfordert mehr Umsicht und Zeit als die Arbeit selbst. Für jeden Augenblick muß eine passende, immer überprüfbare Erklärung bereitgehalten werden. Wer nachts Widerstandsarbeit tut, verschaffe sich vorher ein glaubwürdiges Alibi. Und immer daran denken: Fingerabdrücke vermeiden! Handschuhe anziehen!"

Und in einer von der KgU herausgegebenen Sabotageanweisung mit dem Titel „Amerikanische Panzer auf Rügen?" (!) wird im gleichen Slang gefordert:


Amerikanische Panzer auf Rügen?

Vorsicht bei Fingerabdrücken! Vorsicht bei Spuren! (Sackleinen um die Füße wickeln und mit Petroleum oder ähnlichem begießen).

Eine der Regeln für das Verhalten nach der Ausführung verbrecherischer Aktionen, auf welche die KgU ihre Agenten immer und immer wieder hinweist, ist die Schweigsamkeit gegenüber jedermann.

So wird auch in der Agentenanweisung „Sinnvoller Widerstand" hervorgehoben:

> „Schweigsamkeit, auch zu den nächsten Angehörigen, ist erster Grundsatz. Niemand gefährde die gemeinsame Sache, sich und seine Familie durch unvorsichtiges Reden!"

Die unbedingte Einhaltung dieser Regel forderte auch der holländische Rechtsanwalt und Notar Dr. B. W. Stomps in seinem obengenannten Vortrag, in dem er sich krampfhaft bemühte, die tausendfach am holländischen Volk schuldig gewordenen SS-Mörder zu verherrlichen und sich selbst als „alten Kämpfer gegen den Kommunismus" auszuweisen. Stomps erklärte:



> Wir haben schließlich in der ganzen Widerstandsorganisation folgende Regelung durchgeführt: *es wurde von jedem Widerstandskämpfer unbedingt verlangt, daß er jede Mißhandlung bis mindestens 24 Stunden nach seiner Verhaftung durchhielt, ohne ein Wort zu sagen.* Diese 24 Stunden mußten die, die mit ihm in Verbindung gestanden hatten, benutzen, um alle Spuren zu verwischen oder selbst an sicheren Orten unterzutauchen.

Damit jeder Agent sich auch wirklich an diese „Regelung“ hält, versucht die KgU, die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik in übelster Weise zu verleumden. Der bereits genannte KgU-Agent Willibald Schuster erklärte bei seiner Vernehmung auf die Frage, warum er wissentlich falsche Aussagen mache:

> „Ich habe bei meiner Anwerbung bei der KgU im Jahre 1951 eine Broschüre zum Lesen bekommen, worin Verhaltungsmaßregeln bei einer Vernehmung durch die Organe der Staatssicherheit angegeben waren. In dieser Broschüre stand, daß man mißhandelt wird und Qualen und Foltern ausgesetzt ist. Ich wurde mehrmals belehrt, daß ich bei einer eventuellen Verhaftung falsche Angaben machen soll und nicht die Wahrheit sprechen darf. Auf Grund dieser Belehrung und aus Angst, die mir von seiten der KgU eingeimpft wurde, machte ich falsche Aussagen. Da ich im Laufe der Untersuchungshaft festgestellt habe, daß die Anweisung der KgU nur Lüge und Verleumdung gegen die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik war, habe ich mich entschlossen, die volle Wahrheit zu sagen.“

Es gibt ein altes deutsches Sprichwort, das noch immer seine volle Gültigkeit besitzt: „Es ist nichts so fein gesponnen — es kommt doch ans Licht der Sonnen!“ So ausgeklügelt auch das Organisationssystem und die Methoden und Formen der Tarnung und Sicherung sind, die die KgU praktiziert und mit denen sie sich selbst zu einer Verbrecherorganisation stempelt — die Wachsamkeit der Bevölkerung und die Schlagkraft der Staatssicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben bewiesen und werden weiter beweisen, daß es für Agenten in der Deutschen Demokratischen Republik eben keinerlei Sicherheit gibt.

4. Verfahren bei geflüchteten V-Leuten

Abfertigung in Westberlin

Die Tatsache, daß es für Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, also auch für die der KgU, keine Sicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik gibt, kann jeder hier genannte Agent genauso bestätigen wie alle diejenigen, die nicht genannt, aber von den Gerichten der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Verbrechen

gegen das deutsche Volk und den Frieden zur Rechenschaft gezogen wurden. Nur wenigen Agenten ist es bisher gelungen, sich ihrer Verhaftung durch die Flucht nach Westberlin zu entziehen. Darüber, was sie dort erwartet, soll hier berichtet werden.

Ist ein V-Mann nach Westberlin geflohen, wird er von seinem Sachgebietsleiter sofort nach den Gründen der Flucht gefragt. Stellt sich dabei heraus, daß dem V-Mann lediglich die Nerven durchgegangen sind, daß also seine verbrecherische Tätigkeit nach Meinung des Hauptagenten noch nicht erkannt wurde, dann fordert der Sachgebietsleiter ihn auf, unverzüglich an seinen bisherigen Wohnort zurückzukehren.

Der Agent Harry Z i p p e l , Erfurt, Gutenbergstraße 61, geboren am 15. Juli 1932, sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Ich fuhr nach Westberlin, um als politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wurde mir aber mitgeteilt, daß dies nicht möglich sei. Ich erhielt von der KgU den Auftrag, wieder in die Deutsche Demokratische Republik zurückzufahren und mich bei der Wismut AG in Saalfeld zu bewerben. Bei der Wismut AG sollte ich in der ersten Zeit keine staatsfeindliche Tätigkeit durchführen. Zu diesem Auftrag erhielt ich konkrete Richtlinien, und zwar sollte ich mir das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten der Wismut AG erwerben und durch eine vorgetäuschte fortschrittliche Einstellung eine gute Funktion zu erhalten versuchen. Sobald mir dies gelungen sei, sollte ich meine staatsfeindliche Tätigkeit fortsetzen. Diesen Zeitpunkt sollte ich der KgU mitteilen, um Aufträge und Anweisungen zu erhalten."

Erkennt der Sachgebietsleiter den Fluchtgrund als hinreichend an, dann wird als erstes festgestellt, ob es sich bei dem Geflohenen um ein Mitglied einer Agentengruppe handelt, wo sich die anderen Mitglieder dieser Agentengruppe befinden, ob sie ebenfalls gefährdet sind und gewarnt werden müssen oder ob sie bereits durch den Geflohenen gewarnt wurden.

Wie sich die KgU verhält, wenn der geflüchtete Agent berichtet, daß andere Mitglieder der Agentengruppe verhaftet worden sind, geht aus der Erklärung des ehemaligen KgU-Hauptagenten Wagner hervor, die er am 20. Oktober 1955 in Berlin vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse gab:

„Als im Herbst 1952 wieder einmal zahlreiche V-Leute in Haft genommen wurden, lernte ich einen weiteren Zug der Brutalität des Agenten Baitz (gemeint ist der Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz; die Red.) kennen. Er verhöhnte die inhaftierten V-Leute der KgU mit der Behauptung, daß sie Spitzel der Staatssicherheit gewesen seien, die nur zum Schein verhaftet und verurteilt wären, um durch falsche Aussagen Argumente gegen die KgU zu liefern."

Nachdem der geflüchtete V-Mann ausführlich berichtet hat, wird er in einer Pension untergebracht und bleibt dort ein bis zwei Tage. In der Zwischenzeit gibt der Sachgebietsleiter einen umfassenden Bericht an die Zentrale der Operativen Abteilung. Dieser Bericht wird auf sogenannte Rotbogen geschrieben (das sind Formblätter DIN A 4 mit roter Einfassung). Er dient zur Information des amerikanischen Geheimdienstes über den Ausfall dieses Agenten und zur Schließung der entsprechenden V-Mann-Akte bei der Zentrale VII.

Außerdem wird eine Bescheinigung ausgeschrieben, die nach den Aussagen von KgU-Hauptagenten ungefähr folgenden Text enthält:

> Obiger war Mitarbeiter unserer Organisation seit dem . . . . . und hat in dieser Zeit sehr gute Arbeit geleistet (oder: hat nicht gut gearbeitet). Seine Flucht erfolgte auf Grund der Aufdeckung seiner Zusammenarbeit mit uns, wodurch er an Leib und Leben gefährdet ist. Wir bitten, Obigem bei der Durchführung des Bundesnotaufnahmeverfahrens in entsprechender Form behilflich zu sein.
>
> In Anbetracht seiner besonderen sozialen Notlage wird um Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 DM gebeten.

Das Original dieser Bescheinigung geht an die Meldestelle der KgU und dient dieser als Unterlage für das anzufertigende Gutachten zum Notaufnahmeverfahren.

Der Durchschlag wird an die Betreuungsstelle der KgU gegeben, die dem geflüchteten Agenten die einmalige Unterstützung auszahlt.

Obwohl allen Agenten bei ihrer sogenannten Verpflichtung versprochen wird, daß ihnen die KgU in jeder Weise helfen werde, wenn sie einmal flüchten müßten, wird dem geflohenen V-Mann nach Abwicklung des soeben geschilderten Vorgangs erklärt, daß die KgU alles in ihren Kräften Stehende zu seiner Unterstützung unternommen habe. Zugleich wird ihm mitgeteilt, daß sein weiterer Aufenthalt in Westberlin aus „Sicherheitsgründen" unmöglich ist und

er deshalb nach Westdeutschland gebracht würde. Man gibt ihm dabei zu verstehen, daß die KgU jedoch nicht in der Lage sei, ihm in der Bundesrepublik einen Arbeitsplatz und eine Wohnung zu besorgen, da den Unternehmern und Hausbesitzern nicht vorgeschrieben werden könnte, wen sie berücksichtigen müssen. Als ein gewisser Trost wird dann noch hinzugefügt, daß die KgU natürlich jederzeit bereit sei, bei Auftauchen von Zweifeln an der „politischen Zuverlässigkeit" des geflüchteten V-Mannes ein positives Gutachten abzugeben.

Der V-Mann wird dann dem Notaufnahmeverfahren zugeleitet, nachdem er eindringlich darauf hingewiesen worden ist, keiner Stelle — auch keiner alliierten — über seine verbrecherische Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik zu berichten. Sollte er danach gefragt werden, so sollte er grundsätzlich darum bitten, Rückfrage bei der KgU zu halten, die darüber Auskunft geben würde. In seiner Fluchtbegründung darf er nur angeben:

> Ich bin Mitarbeiter der KgU, wurde durch diese Arbeit gefährdet und mußte flüchten. Diese Angaben werden von der KgU bestätigt.

Von der „Flüchtlingsstelle" des Notaufnahmeverfahrens wird er dann wie jeder andere, der die Deutsche Demokratische Republik illegal verließ, in einem Lager untergebracht und durchläuft das normale Verfahren. Das Verfahren wird jedoch dadurch etwas beschleunigt, daß man ihn wegen der „Gutachtenerteilung" zur Meldestelle der KgU schickt, die das Gutachten erteilt und dabei auf die bereits erwähnte Bescheinigung zurückgreift.

Wenn der geflüchtete V-Mann nach all diesen Formalitäten als sogenannter politischer Flüchtling anerkannt wird — was aber durchaus nicht immer der Fall ist —, wird er mit dem Flugzeug nach Westdeutschland gebracht. Mit dem Zeitpunkt seines Abfluges erlischt in der Regel jeglicher Kontakt zwischen ihm und der KgU. Der Abbruch jeglicher Verbindungen mit den nach Westdeutschland abgeschobenen ehemaligen V-Leuten erfolgt auf Grund einer Anordnung des Leiters der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, der in einer Dienstbesprechung grundsätzlich jegliche Verbindung zu Geflüchteten ablehnte, „da das nur unnützen Zeitaufwand mit sich bringt". In den letzten fünf Jahren hat die KgU in den seltensten Fällen V-Leuten, die jetzt in Westdeutschland leben, Unterstützungen zukommen lassen, obwohl das allen Agenten bei der Anwerbung versprochen wird. Unterstützungen gewährt man jedoch nur denjenigen V-Leuten, die

von ganz bestimmten Vorgängen Kenntnis haben und bei denen die KgU befürchtet, daß sie aus der Schule plaudern könnten.

Auf der internationalen Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 erklärte der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner in diesem Zusammenhang:

> „Nur in Einzelfällen konnte Baitz zur Bewilligung einer Unterstützung der Angehörigen inhaftierter V-Leute bewogen werden. Die Unterstützung betrug in keinem Fall mehr als 20 D-Mark. An geflüchteten V-Leuten zeigte er grundsätzlich kein Interesse mehr. Unterstützungsgesuche der Sachgebietsleiter für geflüchtete V-Leute wurden von ihm durchweg abschlägig beschieden. Seine zynischen Aussprüche, wie ‚wir sind doch schließlich kein Obdachlosenheim oder Sozialamt' und ähnliche, werde ich nie vergessen. Auch den Briefwechsel mit nach Westdeutschland geflüchteten V-Leuten bezeichnete er als ‚unnützen Zeitaufwand'."

Ein geflüchteter V-Mann der KgU genießt also in Westdeutschland gegenüber anderen Personen, die die Deutsche Demokratische Republik illegal verließen, keine Vorrechte. Auf ihn wartet wie auf viele andere nichts weiter als Elend. Er wird zum Objekt der schamlosesten Ausbeutung. Verachtet von jedem anständigen Bürger der Bundesrepublik, landen die meisten von ihnen in der Gosse.

Unterbringung in Westdeutschland

Die nachstehend geschilderten Zustände beleuchten nicht nur die Situation, in der sich die nach Westdeutschland gebrachten KgU-Agenten befinden, sondern geben zugleich ein Gesamtbild des „Flüchtlings"lebens in der Bundesrepublik überhaupt. Es seien hier nur die „Flüchtlingslager" Krefeld-Traar, Viersen, Düsseldorf-Urdenbach und Krefeld-Uerdingen als typische Beispiele genannt. Bei diesen Lagern handelt es sich nicht um „Durchgangslager", sondern um normale Unterbringungsstätten für „anerkannte Flüchtlinge", die dort mindestens ein Jahr, in der Regel jedoch zwei bis zweieinhalb Jahre leben müssen. Die Lager befinden sich in alten Tanzsälen, stillgelegten kleineren Fabriken und ehemaligen Luftschutzbunkern. Aus ungehobelten Holzplatten und rohen Preßstoffplatten wurden in diesen Lagern Verschläge von etwa 2,5 Meter Breite, drei Meter Länge und zwei Meter Höhe geschaffen. Nur einige dieser Verschläge haben Fenster, die übrigen werden nur durch eine

Abteilung IIb Berlin, den 20. Februar 1952
Lee/Ln.

Rundschreiben!

Betrifft: Verfahren bei geflüchteten V-Leuten.

Nach neuerlicher Absprache mit der Abteilung IIa wurde darum gebeten, die in der KK verbleibenden Unterlagen über geflüchtete V-Leute so gering wie möglich zu halten. Ich bringe daher in Anlehnung an die letzte Dienstbesprechung folgendes Verfahren in Vorschlag:

Grundsätzlich gehört zu jedem Berichtsblatt bzw. zu jedem abgesetzten Gruppenmitglied ein Schlussbericht, der uns ganz klar schildert,

6.) lässt er Familie zurück? wenn ja, unter welchen Umständen (soziale Situation)?

7.) Wie ist seine Lage (soziale) hier in West-Berlin? Dies ist wichtig zu wissen. Ist er völlig auf sich allein angewiesen oder hat er Bekannte oder Verwandte, bei denen er zunächst unterschlüpfen kann, hat er noch finanzielle Mittel oder ist er völlig blank? Hiernach richtet sich die Höhe der vorzuschlagenden Unterstützung, die niemals DMW 100.-- überschreiten darf?

Es muss also praktisch von jedem V-Mann, der sich absetzt, der vorerwähnte Schlussbericht und diese zuletzt angegebene Fluchtmeldung der Zentrale zugeleitet werden. Es wird unterschiedlich bleiben in der Übersendung der Berichtsblätter, je nach der eben gegebenen Lage.

Ich bitte, umgehend nach Erhalt dieses Rundschreibens, das vertraulich zu behandeln ist, im Rahmen der Abteilung IIb danach verfahren zu wollen, um eine gemeinsame klare Linie zu erreichen.

Verteiler: je ein Exemplar an:

Sachgebiet 1
2
3
4
5
6
Anlaufstelle
Zentrale

Leeder

an der Decke behelfsmäßig angebrachte Glühbirne spärlich beleuchtet. Die Wohnverschläge haben zweiteilige Türen, wie sie bei Pferdeställen üblich sind, so daß man die untere Hälfte schließen kann, während die obere Hälfte zur Entlüftung offen bleibt. In den Verschlägen stehen bis zu sechs Betten, von denen je drei übereinandergebaut sind. Da der größte Teil der dort untergebrachten Familien mehrere Kinder besitzt, in den Verschlägen aber nicht nur gewohnt und geschlafen, sondern auch gekocht und gewaschen wird, eine Lüftung aber so gut wie nicht vorhanden ist, herrscht dort eine unbeschreibliche Atmosphäre.

In dieser Atmosphäre, preisgegeben der Verachtung durch die einheimische Bevölkerung, die sich erbittert gegen die Lohndrückerei der „Flüchtlinge" wehrt, stumpfen die hier lebenden Menschen immer mehr ab. Sie vegetieren statt zu leben, erfassen schließlich kaum noch die Unwürdigkeit ihrer Lage und setzen oft genug dann ihre im Auftrage der KgU in der Deutschen Demokratischen Republik begonnene verbrecherische Laufbahn in der Bundesrepublik mit kriminellen Vergehen — Diebstahl, Raub, Plünderung und manchmal sogar auch Mord — fort. Und doch hatten die meisten von ihnen einmal die Möglichkeit, einen besseren Lebensweg zu gehen; den Weg der friedlichen Arbeit und damit eines sinnvollen Lebens.

IV
Die Verbrechen der KgU

1. Spionage

In der Deutschen Demokratischen Republik wird derjenige wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren und mit Vermögenseinziehung bestraft, der es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht führen, oder deren Vertreter oder Helfer auszuliefern oder zu verraten.

Die von den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik untersuchten Spionagefälle und die Aussagen von KgU-Agenten, die sich freiwillig stellten, haben ergeben, daß die KgU im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes Spione in der Deutschen Demokratischen Republik und im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin anwirbt und arbeiten läßt.

Die Spionage der KgU erstreckt sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. Die KgU-Agenten versuchen, in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft, in den politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen, in der Deutschen Volkspolizei und in den Einheiten der Nationalen Streitkräfte eine systematische und umfangreiche Spionage zu betreiben. Zugleich haben sie den Auftrag, militärische Geheimnisse der Formationen der Sowjetarmee auszukundschaften, die in der Deutschen Demokratischen Republik auf Friedenswacht stehen.

Der Zweck dieser Spionage ist:

> Es sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um Anschläge gegen den Frieden, gegen die weitere Demokratisierung und den

wirtschaftlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik organisieren zu können.

Die von der KgU betriebene Spionage soll die Deutsche Demokratische Republik unterminieren und den sogenannten Tag X, an dem die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik beginnen soll, vorbereiten.

Daß die KgU Spionage im Auftrage jener Kreise betreibt, die einen neuen Krieg in Europa und in der Welt entfesseln wollen, erhellt neben vielen anderen Beweisen auch eine Aussage, die der ehemalige KgU-Hauptagent Hiecke bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu Protokoll gab. Er erklärte unter anderem, daß

> die Mehrzahl aller gesammelten Berichte an die Dienststellen der amerikanischen Hohen Kommission (HICOG), an das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn und an das Amt für Verfassungsschutz in Köln weitergeleitet wird.

Das Spionagezentrum der KgU ist die Operative Abteilung. Ihr Leiter, Gerd Baitz, erhält die Spionageaufträge unmittelbar vom amerikanischen Geheimdienst. Er gibt diese Aufträge dann durch die Zentrale VII und die Ländersachgebiete an die V-Leute weiter. Die V-Leute werden für ihren Vaterlandsverrat bezahlt. Darüber sagte der am 12. Mai 1919 geborene KgU-Spion Rudolf Stüber, Berlin N 58, Granseer Straße 1, bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

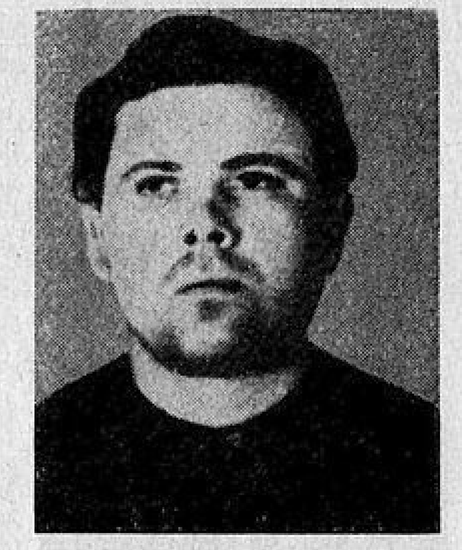
> „Für die Erfüllung eines Spionageauftrages habe ich etwa 20 bis 25 Westmark erhalten."

Die Spionagetätigkeit der KgU kann in drei Hauptgruppen eingeteilt werden:

Politische Spionage;
Wirtschaftsspionage;
Militärspionage.

Die KgU erteilt ihren Agenten jedoch nur in den seltensten Fällen Spionageaufträge, die sich auf eine dieser drei Hauptgruppen beschränken, sondern hält sie dazu an, alle Möglichkeiten, die sich aus ihrem Wohnort, ihrem Arbeitsplatz und ihren persönlichen Verbindungen ergeben, für die Beschaffung von Spionagenachrichten jeglicher Art auszunutzen. Es gibt deshalb Agenten und sogar Agentengruppen, die sowohl politische als auch Wirtschafts- und Militärspionage zugleich betreiben.

Die vom KgU-Agenten Wilhelm Herkner, Gönnsdorf (bei Dresden) Nr. 8, geboren am 5. April 1906, geführte siebenköpfige Gruppe betrieb im Dresdener Gebiet politische, Wirtschafts- und Militärspionage, indem sie über die Stimmung der Bevölkerung, über die Versorgungslage sowie über die Einheiten der damaligen Kasernierten Volkspolizei und über die sowjetischen Streitkräfte berichtete. Der bereits genannte KgU-Spion und ehemalige Reichsbahnangestellte Willibald Schuster sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:



Agent Willibald Schuster

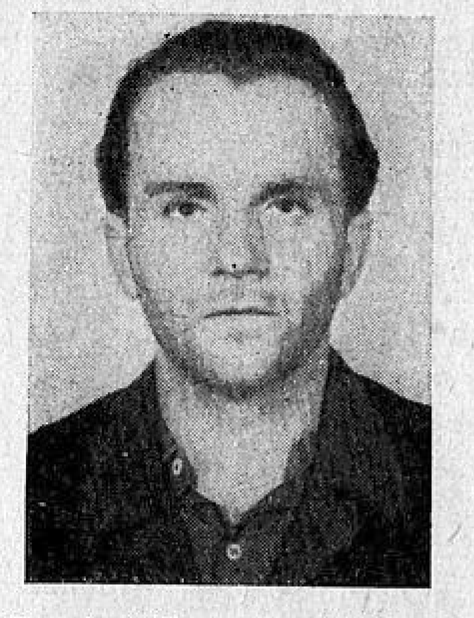
<u>Antwort:</u> Ich habe nach dem Auftrag von "LANGE" auf dem Bahnhof Triptis in der Güterabfertigung alle ausgehenden Kesselwagen aus dem Benzinlager der Sowjetarmee aufgeschrieben mit Bestimmungsort. Weiterhin habe ich in Gera in der Verkehrsleitung ebenfalls diese Kesselwagen aus den Büchern aufgeschrieben. Auf dem Reichsbahnamt Gera schrieb ich mir FDJ - Transporte zum Deutschlandtreffen 1954 auf. Weiterhin aus Diskussionen der Bevölkerung über Verhaftungen und Stimmung. In Bad Schandau machte ich Aufzeichnungen über Import - Transporte. All dies gesammelte Material fasste ich in meiner Wohnung zusammen und schrieb den ersten Spionagebericht im April oder Mai 1954 an die Deckadresse wie bereits schon angegeben.

<u>Frage:</u> Wie erstellen Sie Ihren Spionagebericht ?

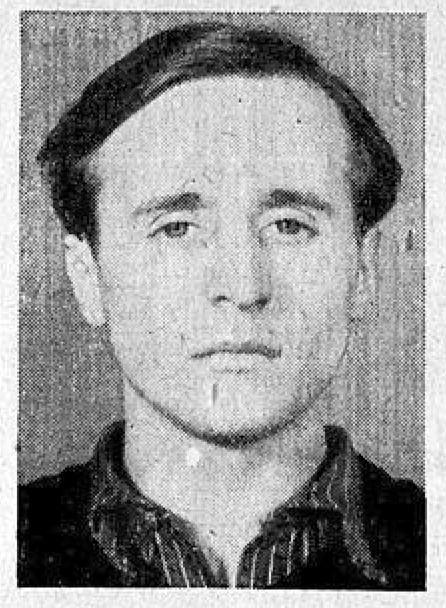
<u>Antwort:</u> Ich schrieb einen Brief in ganz belanglosem Text und die Rückseite beschrieb ich mit Geheimtinte, worin ich die gesamten Spionageangaben machte. Diesen Brief adressierte ich mit der Deckadresse und steckte diesen Brief in den Postkasten.

<u>Frage:</u> Wieviel derartige Spionageberichte haben Sie an Ihren Auftraggeber übersandt ?

W. Willibald Schuster



Bandenführer Josef Klupp



Spion Joachim Rauch

Der schon genannte Bandenführer Josef K l u p p aus Seiffen gab bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu Protokoll:

> „Der Auftrag lautete, die Maschinen-Ausleih-Station auszukundschaften, den Leiter und andere dort Beschäftigte, ihre Parteizugehörigkeit festzustellen und außerdem zu ermitteln, wieviel Traktoren die Station hat, wieviel Benzin vorhanden ist und wo es gelagert wird.
>
> Weiterhin sollten wir feststellen: Stärke der Volkspolizei, Namen der Offiziere, Standorte und Bewaffnung der KVP, Autonummern der Volkspolizei und der sowjetischen Besatzungsmacht sowie Stärke, Bewaffnung und Unterkunft der sowjetischen Truppenteile."

Der KgU-Spion Joachim R a u c h , geboren am 23. Dezember 1928, damals in Erfurt, Gutenbergstraße 19, wohnhaft, sagte über die bei ihm gefundenen Spionageaufzeichnungen vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik aus:

Soweit ich mich entsinnen kann, stehen darin Adres-
sen von fortschrittlichen Personen aus Erfurt mit
kurzen Charakteristiken. Desweiteren über die Pro-
duktionshöhe und Material der Optima Erfurt.
Ferner wann und wo ich Boykott- und Kriegshetz-
material gegen die Sowjetunion und Deutsche Demo-
kratische Republik verbreitet habe.

Rauch, der der Agentengruppe „Dibelius" in Erfurt angehörte, hatte von der KgU ferner den Auftrag erhalten, Informationen über die Deutsche Volkspolizei und ihre Offiziere zu beschaffen.

Diese wenigen, herausgegriffenen Beispiele lassen bereits erkennen, daß ein großer Teil der KgU-Agenten Aufträge zur Spionage auf allen nur möglichen Gebieten erhält. Um jedoch das Ziel der von der KgU gegen die Deutsche Demokratische Republik betriebenen Spionage in seiner ganzen Gemeinheit und Gefährlichkeit entlarven zu können, ist es notwendig, auf die von der KgU erteilten Spionageaufträge speziellen Charakters einzugehen.

Politische Spionage

Die KgU betreibt politische Spionage in staatlichen Organen und ihren Institutionen sowie in demokratischen Parteien und Massenorganisationen, um einen möglichst umfangreichen Einblick in die internen Angelegenheiten und in Vorgänge, Pläne und Ziele dieser Einrichtungen und Organisationen zu erhalten. Die Agenten der KgU haben den Auftrag, wichtige Beschlüsse und Protokolle, Struktur- und Arbeitspläne sowie andere Dokumente der Staats- und Wirtschaftsorgane, der demokratischen Parteien und Massenorganisationen zu stehlen oder davon fotografische Aufnahmen anzufertigen. Die Agenten werden weiterhin angewiesen, insbesondere verantwortliche Funktionäre des Staatsapparates, der demokratischen Parteien und der Massenorganisationen zu bespitzeln, ihr Leben und Wirken, besonders ihre politische Haltung auszukundschaften und einzuschätzen. Sie sind ferner angehalten, möglichst genau über Tagungen und Konferenzen, Sitzungen und Schulungen, aber auch über alle Veranstaltungen von besonderer politischer Bedeutung zu berichten. Vor allem aber fordert die KgU von ihren Spionen, daß sie bei bevorstehenden größeren politischen Ereignissen — wie zum Beispiel Wahlen — ständig die Meinung und Stimmung der Bevölkerung erforschen.

Durch die politische Spionage versucht die KgU solche Materialien zu erlangen, die durch Entstellungen zur Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und zur Irreführung der Bevölkerung in ganz Deutschland benutzt werden können. Dabei kommt es ihr darauf an, die schwächsten Punkte herauszufinden. Auf diese konzentriert die KgU dann ihre Wühl- und Hetzarbeit. Diese politische Spionage soll aber nicht nur Voraussetzungen für Störaktionen gegen die immer weiter fortschreitende politische Konsolidierung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch gegen die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands schaffen.

Der bereits genannte KgU-Agent Walter G e n r i c h aus Magdeburg lieferte der KgU Schulungspläne der NDPD-Landesparteischule

Naumburg. Er übermittelte Stimmungsberichte aus den Kreisen der Lehrgangsteilnehmer und fertigte Charakteristiken über verschiedene Funktionäre und Stadtverordnete in Magdeburg an. Aus seinem Arbeitsgebiet in der Magdeburger Stadtverwaltung stahl er zahlreiche Planungsunterlagen.

Alle Aufzeichnungen und Unterlagen übergab er dem KgU-Agenten Ewald Ritzmann aus Magdeburg, der als Zugführer bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt war und das Spionagematerial — da er als Zugführer nicht kontrolliert wurde — ungehindert nach Westberlin bringen konnte.

Der aus Erfurt stammende KgU-Agent Harry Zippel sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „... Darüber hinaus nahm ich jede Gelegenheit wahr, um den erhaltenen Spionageauftrag zu erfüllen. Von August 1951 an sammelte ich Namen von Funktionären aus dem Optima-Werk in Erfurt ..."

Der KgU-Agent Rudolf Stüber aus Berlin wurde vom Hauptagenten Schlede beauftragt, Ermittlungen über Angestellte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), den Chefarzt einer Poliklinik, mehrere Eisenbahner und verschiedene Westberliner Bürger — darunter einen Regierungsrat D. und einen Kapellmeister K. — zu führen. Unter anderem sollte er auch eine Postzeitungsliste der Deutschen Demokratischen Republik stehlen und bestimmte Telefon-Verteilerkästen im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin auskundschaften.

Wirtschaftsspionage

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind Besitzer der wichtigsten Produktionsmittel geworden und setzen all ihre schöpferischen Kräfte ein, um die ökonomischen Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht täglich zu erweitern und zu festigen. Befreit von den Fesseln der Ausbeutung, haben seit 1945 die Arbeiter, die Bauern und die Angehörigen der Intelligenz Heldentaten des friedlichen Aufbaus vollbracht und sich die Voraussetzungen für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes erarbeitet. Immer mehr Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik erlangen Weltruf. Die dummen Prophezeiungen gewisser westlicher Kreise über den „Zusammenbruch der Wirtschaft in der Ostzone" glaubt heute kein Mensch mehr. Auch den Werktätigen Westdeutschlands wird

immer klarer, daß der Weg, der in Ostdeutschland eingeschlagen wurde, der richtige Weg ist.

Gerade deshalb versuchen die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten, die Wirtschaft und insbesondere die Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik gewaltsam zu stören. Im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes betreibt daher auch die KgU eine intensive Wirtschaftsspionage gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie will die Industrie und die Landwirtschaft, das Transport- und Verkehrswesen, den Innen- und Außenhandel sowie die Versorgung der Bevölkerung erkunden.

In ihren Anweisungen fordert die KgU von den Agenten, daß sie Produktionsauflagen, Produktionskapazität und Rentabilität der volkseigenen Betriebe und Güter feststellen und bestimmte industrielle Objekte — wie Werke des Schwermaschinenbaus, Energieanlagen und andere Betriebe —, die in der Gesamtproduktion eine Schlüsselstellung einnehmen, auskundschaften, genau beschreiben und auch fotografieren. Dabei sollen die Agenten vor allem feststellen, welche Möglichkeiten vorhanden sind, die Produktion zu hemmen, Maschinen, Betriebsanlagen und ganze Betriebe zeitweilig oder ganz zu zerstören.

Die KgU versucht ferner durch ihre Agenten Informationen und Unterlagen über die Rohstoffversorgung, Neuerungen in der Ausrüstung und der Produktion, über Produktionsschwierigkeiten (Material-, Arbeitskräftemangel und dergleichen) sowie über die Verwendung der Erzeugnisse (Export oder Inlandsbedarf) zu sammeln. Sie richtet dabei ihr Augenmerk auf das Beschaffen von Informationen und Dokumenten,

1. die die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer Gesamtheit, in ihren einzelnen Zweigen und auch die wirtschaftlichen Verbindungen der einzelnen Betriebe oder Wirtschaftszweige betreffen;
2. die Auskunft über den Zustand des Geldumlaufes, der Bilanzen und der operativen Finanzpläne geben;
3. die sich auf die Aufbewahrung von Edelmetallen, Valutawerten und Banknoten beziehen;
4. die die Einfuhr und Ausfuhr bestimmter Waren betreffen;
5. die die Bodenschätze, insbesondere die Förderung von Buntmetallen und anderen seltenen Metallen betreffen;
6. die eine Übersicht über den Stand der Entdeckungen, der Erfindungen und der technischen Neuerungen, der Forschungsarbeiten

und der Experimente auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Technik geben;

7. die sich auf Wirtschaftsverhandlungen, -beziehungen und -abkommen der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen Staaten beziehen.

Die Vernehmungen von KgU-Agenten durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben eindeutig bewiesen, daß diese Wirtschaftsspionage der KgU einzig und allein zum Ziel hat, durch Sabotage, Schädlingstätigkeit und Diversion den schnellen wirtschaftlichen Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik gewaltsam zu verhindern, den innerdeutschen Handel und die Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland zu stören.



Spionin Lydia Schirrwagen

Die KgU-Agentin Lydia Schirrwagen, Berlin N 54, Lottumstraße 10a, geboren am 4. März 1915, wurde im Juli 1951 von der KgU angeworben und erhielt den Decknamen Rucksack. Sie war eine Komplicin des KgU-Residenten Burianek und arbeitete im VEB Secura Berlin als Direktionssekretärin. Bei ihrer Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik gab sie auf die Frage, welches Spionagematerial sie an den KgU-Hauptagenten Kurt Baitz geliefert habe, zu Protokoll:

<u>Antwort:</u> Nach der Rückkehr von meinem Urlaub wurde ich von THIEKE für Ende August 1951 zu einem Treff am Bahnhof Zoo bestellt.
Bei diesem Treff, zu dem SCHUBERT erschien, übergab ich diesem folgendes Material:

1. den Produktionserfüllungsstand
2. die Stellenbesetzung des Strukturplanes
3. eine Aufstellung derjenigen Belegschaftsmitglieder, die Mitglied einer demokratischen Partei sind
4. einen Bericht über die Finanzlage im Betrieb.

Der KgU-Agent Emil **Möbis**, Berlin-Friedrichshain, Palisadenstraße 42, geboren am 21. Juli 1906, der als Ingenieur im VEB Secura beschäftigt war und gleichfalls zur Burianek-Bande gehörte, betätigte sich nicht nur als Diversant und Terrorist, sondern auch als Werkspion. Zusammen mit Burianek und anderen Komplicen dieser Agentengruppe organisierte Möbis im VEB Secura im Auftrage der KgU einen Produktionsausfall. Darüber sagte er bei seiner Vernehmung aus:

> „Mitte April 1951 suchte mich Burianek mit Kranz, Brand, Benz und Hovestädt in meiner Wohnung auf und stellte mir diese als Mitglieder seiner Gruppe vor. Bei der Zusammenkunft berieten wir gemeinsam über unsere im Betrieb durchzuführende Spionagetätigkeit. Burianek beauftragte mich und die anderen Anwesenden, die Anschriften aller uns bekannten westdeutschen und Westberliner Firmen zu ermitteln, von denen der VEB Secura Stahl und Stahlfedern bezieht, weil er dieses für unseren Betrieb wichtige Material von der Westberliner Polizei beschlagnahmen lassen wollte, um so die Produktion (des VEB Secura; die Red.) abzuwürgen ...
>
> Im Mai 1951 wurden daraufhin auf Anweisung der KgU von der Westberliner Polizei 5 000 Spiralen bei der Anlieferung in Westberlin beschlagnahmt, wodurch für die von mir geleitete Abteilung ein Produktionsausfall von über einem Monat eintrat."

Über den durch diesen Fall von Wirtschaftsspionage entstandenen Schaden gibt der VEB Secura in einem Gutachten Auskunft:

Berlin, den 7.5.1952

Produktionsstörungen der Weckerfertigung im VEB Secura
Berlin C 2, Sophienstrasse 20/21.

Der hierdurch entstandene Schaden belief sich auf einen Produktionsausfall von einem Monat. (10 000 Wecker = DM 120 000,--) Hinzu kommt der Ausfall, welcher durch die Stillegung des Weckerbaues und des dadurch bedingten Neuanlaufes entstanden war.

....
Hauptmechaniker



Diversant Albrecht Geßler

Der KgU-Agent Albrecht Geßler, Lübs Nr. 2, geboren am 13. Februar 1931, betrieb außer anderen Verbrechen auch Wirtschaftsspionage. Bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sagte er aus:

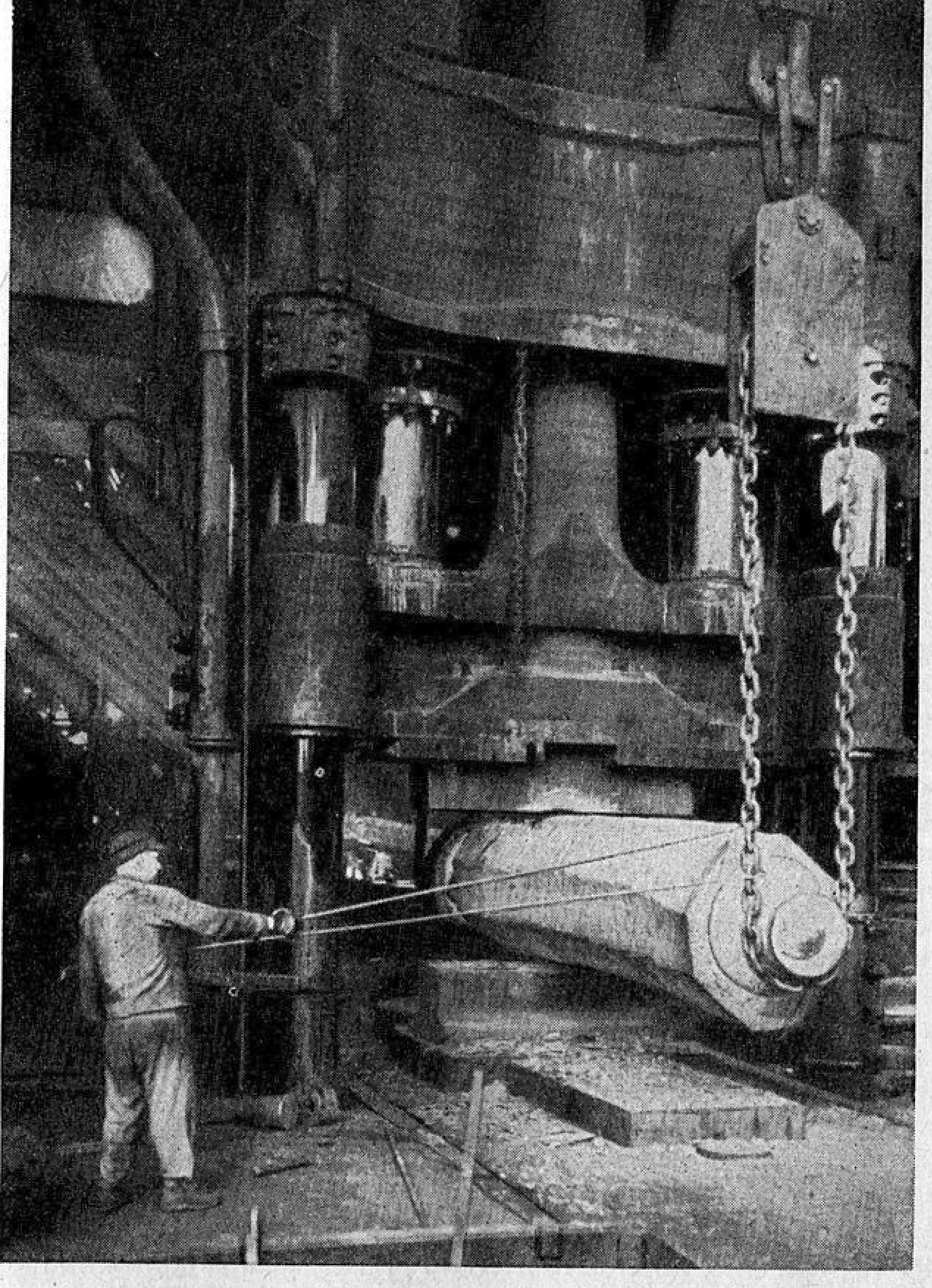
> „Ich sollte Berichte über die Produktion des Ernst-Thälmann-Werkes in Magdeburg geben und feststellen, welche Möglichkeiten bestehen, die große Schmiedepresse des Werkes außer Betrieb zu setzen."

Mit der gleichen Absicht wie in der Industrie betreibt die KgU auch auf allen Gebieten der Landwirtschaft Spionage, sowohl in Volkseigenen Gütern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen als auch in den Wirtschaften der werktätigen Einzelbauern.

Die KgU-Spione versuchen, alle Einzelheiten der landwirtschaftlichen Produktion — des Ackerbaues und der Viehzucht —, der Mechanisierung und Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiten, der Anwendung von Neuerermethoden sowie auch der agrarwissenschaftlichen und agrotechnischen Forschung zu erkunden. Die Agenten berichten der KgU zum Beispiel über die Viehbestände der Volkseigenen Güter, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder einzelner Gemeinden, über Anzahl, Lage und Größe von Stallungen und Scheunen, über die Kapazität und den Zustand des Maschinen- und Geräteparks, über Fehlen von Ersatzteilen oder Bindegarn, über Futterversorgung, Schwierigkeiten bei den Bestellungs- oder Erntearbeiten sowie über die Versorgung mit Kunstdünger und mit Industriewaren.

Der KgU-Agent Ewald Ritzmann aus Magdeburg gab bei seiner Vernehmung zu Protokoll:

> „Ich sollte unter anderem feststellen, wieweit die Bildung von Produktionsgenossenschaften auf dem Lande vorangekommen ist, wie die Einbringung der Ernte vonstatten geht, ob genügend Bindegarn zur Verfügung steht und wie es mit den Arbeitskräften in der Landwirtschaft aussieht. Besonderes Interesse zeigte der Hauptagent Hennig alias Rux für die Volkseigenen Güter."



Die große Schmiedepresse des Ernst-Thälmann-Werkes in Magdeburg sollte zerstört werden

Die Sammlung von Informationen und Unterlagen über den Innen- und Außenhandel sowie über die Versorgung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stellt einen weiteren Teil der von der KgU betriebenen Wirtschaftsspionage dar.

Am 20. Oktober 1955 ging der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner in seiner Erklärung vor den Pressevertretern in Berlin auch auf die von ihm selbst in dieser Richtung erteilten Spionageaufträge ein:

> „Der Gruppe Meier in Gera erteilte ich den Auftrag, die Textilversorgung in Thüringen zu stören und Unterlagen über die Planzuteilung zu beschaffen. Diese Unterlagen dienten zur Durchführung von Fälschungen, die von der administrativen Störabteilung angefertigt wurden.“

Auch im Transport- und Verkehrswesen betreibt die KgU Wirtschaftsspionage. Um eine Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen andere sozialistische Länder mit vorzubereiten und um Diversionsakte durchführen zu können, erteilt die KgU ihren Agenten Aufträge zur Erkundung aller strategisch wichtigen Verkehrsanlagen — wie Eisenbahnbrücken, Bahnhöfe, Signaleinrichtungen, Straßenbrücken, Schiffsschleusen, Kanalanlagen und anderes mehr. Dabei sollen sie zugleich feststellen, welche Möglichkeiten zur Störung der Verkehrswege bestehen und welcher Zeitpunkt der geeignetste ist, das heißt, wann ein Diversionsakt durchgeführt werden muß, um möglichst hohe Verluste an Menschen und Material zu erzielen. Die KgU weist ihre Spione an, genaue Skizzen dieser Objekte anzufertigen oder sie zu fotografieren, und stellt ihnen dafür oft Kleinbildkameras zur Verfügung.

Der KgU-Agent Willibald Schuster aus Großebersdorf, ein ehemaliger Reichsbahnangestellter, sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik aus:

> „Bei der Sammlung von Spionageinformationen wurden die von den Gruppenangehörigen (gemeint sind die Mitglieder einer KgU-Agentengruppe; die Red.) bei der Deutschen Reichsbahn innegehabten Funktionen ausgenutzt, um in den Besitz von Spionagematerial zu gelangen. Von den gesammelten Spionageinformationen wurden schriftliche Berichte gefertigt, die der KgU von mir entweder postalisch oder durch persönliche Übergabe bei Treffs geliefert wurden.“

Der KgU-Agent Gerhard Benkowitz aus Weimar kundschaftete mit seinen Komplicen die Sechs-Bogen-Brücke bei Weimar, die Saaletalsperre — die größte ihrer Art in Europa — und eine Reihe ande-

rer Objekte dieser Art genau aus, gab die Spionageergebnisse an die KgU weiter und erhielt von ihr den Auftrag, alle Vorbereitungen zu treffen, um diese wichtigen Anlagen durch Sprengung zu zerstören.

Militärspionage

Im Gesamtkomplex der von der KgU organisierten Spionage steht die Militärspionage an erster Stelle. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß alle die Militärspionage betreffenden Aufträge direkt vom amerikanischen Geheimdienst erteilt werden. Diese Aufträge haben zum Inhalt, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei, Einheiten der Nationalen Streitkräfte und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierte sowjetische Militäreinheiten auszukundschaften. Die KgU-Agenten sollen den Standort, die Lage, die Stärke, die Bewaffnung und die Besonderheiten militärischer Objekte erkunden, über Truppentransporte und Truppenübungen berichten und zugleich die Namen von Angehörigen der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sowie von Offizieren der sowjetischen Militäreinheiten feststellen.

Um die Aufträge des amerikanischen Geheimdienstes erfüllen zu können, bezieht die KgU ihre V-Leute fast ohne jede Ausnahme in die Militärspionage ein.

Von jeher aber hat sie versucht, besonders die Militärspionage zu leugnen. Die in Hamburg erscheinende Zeitung „Die Welt" straft in ihrer Ausgabe vom 13. Oktober 1955 diese Behauptungen der KgU jedoch Lügen. Sie berichtet über die Verhaftung des früheren KgU-Angestellten Johann R a t z e k , die auf Veranlassung der KgU durch die Westberliner Politische Polizei erfolgte. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

> „Man hatte ihn (Ratzek; die Red.) früh um 6.10 Uhr in seiner Wohnung festgenommen, und er hatte bereits ein 4½stündiges Verhör hinter sich. Ratzek sollte zugeben, daß er bei seinem Ausscheiden aus der KgU ‚geheime' Akten militärischer Art mitgenommen und sie später der westlichen Presse zur Verfügung gestellt habe."

Auf Betreiben von Gerd Baitz wurde ein Untersuchungsverfahren gegen Ratzek wegen „Geheimnisverrats" angestrengt. Damit wurde die von der KgU betriebene Militärspionage sogar bei der Westberliner Politischen Polizei aktenkundig gemacht.

Der KgU-Agent Paul Wischnewski aus Brockwitz bei Meißen, Karl-Liebknecht-Straße 142, geboren am 18. Januar 1927, gehörte der Agentengruppe „Totila“ an, die, geführt von dem KgU-Agenten Otto Schulze, im Dresdener Gebiet eine Reihe schwerer Verbrechen begangen hat. Im Auftrage dieser Agentengruppe bewarb sich Wischnewski im Herbst 1951 um Anstellung bei der Deutschen Volkspolizei. Er sollte versuchen, in einem Volkspolizei-Revier in Dresden-Radebeul unterzukommen, um von dort aus die verbrecherischen Anschläge der Agentengruppe zu unterstützen. Dem Agenten Schulze ging es vor allem darum, den Nacht-Einsatzplan des Streifendienstes zu erfahren, um seiner Gruppe zu ermöglichen, die geplanten Verbrechen ungefährdet auszuführen. Dieser Plan mißglückte, da Wischnewski erst nach einer zweiten Bewerbung von der Deutschen Volkspolizei eingestellt und nicht in Dresden-Radebeul eingesetzt wurde. Er betrieb daraufhin Militärspionage. Während der Wochenendurlaube machte er Schulze Mitteilungen über Dienstverlauf, Struktur, Stärke und Bewaffnung seiner Bereitschaft, ferner über seine Ausbildung als Funker und über den Stoff des ihm erteilten Unterrichts.

Der KgU-Agent Ewald Ritzmann aus Magdeburg sagte bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik über die ihm vom KgU-Hauptagenten Hennig erteilten Spionageaufträge aus:

> „Ich erhielt den Auftrag, Feststellungen zu treffen, ob im Raume Magdeburg Verschiebungen sowjetischer Truppen stattfinden; Bericht zu geben über Neuerungen bei motorisierten sowjetischen Einheiten — Arten, Typen und Ausstattung; Nummern sowjetischer Fahrzeuge zu notieren, die bei der Reichsbahn verladen werden; Spionage durchzuführen über die Beimskaserne in Magdeburg und zu versuchen, Namen sowjetischer Offiziere, die in dieser Kaserne untergebracht sind, in Erfahrung zu bringen; Erkundungen einzuziehen, wie und mit welchem Erfolg die Werbung zur Volkspolizei durchgeführt wird und ob dadurch in den Betrieben Mangel an Arbeitskräften entsteht; Angaben zu sammeln über die Durchführung der Regierungsverordnung zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik an der Demarkationslinie und an den Grenzen des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin.“

Der KgU-Agent Hans-Joachim Müller, Leipzig O 5, Bernhardstraße 33, geboren am 24. Juni 1930, wurde im November 1951 Angehöriger der Deutschen Volkspolizei. Bis zu seiner Verhaftung be-

richtete Müller dem KgU-Hauptagenten Kurt Baitz fortgesetzt über Strukturveränderungen innerhalb seines Dienstbereiches.

Der KgU-Resident Gerhard Benkowitz aus Weimar, der von der KgU ebenfalls zahlreiche Aufträge zur Militärspionage erhalten hatte, bekannte bei seiner Vernehmung:

Bei dieser Zusammenkunft sagte ich LANGER, dass für mich die Möglichkeit bestünde, in der Zentralschule der Volkspolizei in Weimar und in einem sowjetischen Militärobjekt, Russisch-bzw. Deutschunterricht zu erteilen.
Von dieser Mitteilung war LANGER sehr erfreut und gab mir den Auftrag, näheres Material über die beiden genannten Objekte zu beschaffen.
Ich sollte nicht systematisch vorgehen, sondern durch mitgehörte Gespräche und unverfängliche Fragen erkunden und feststellen wie der Dienstablauf der Zentralschule der Volkspolizei sei.

Bei dem Militärobjekt interessierten ihn in der Hauptsache Namen von sowjetischen Offizieren, deren Dienstgrad und Dienststellung, sowie Fahrzeugnummern und Waffengattungen, die zu diesem Objekt gehörten.

Gerhard Benkowitz



Spion und Diversant Gerhard Benkowitz

Nachdem es Benkowitz gelungen war, als Sprachlehrer getarnt in die Volkspolizeischule und in das sowjetische Objekt einzudringen, führte er diese Spionageaufträge auch aus. Darüber gab er zu Protokoll:

> „Im Verlauf meiner Feindtätigkeit führte ich an der Zentralschule folgende Erkundungen durch: Feststellung der Stärke der Zentralschule; Dauer der jeweiligen Lehrgänge; Feststellung der Unterrichtsfächer, zum Beispiel Politökonomie, Strafrecht, Deutsch, Russisch, Waffenkunde, Grund- und Geländeausbildung; Namen und Dienststellungen der dortigen Offiziere ...
>
> Im sowjetischen Objekt stellte ich auftragsgemäß etwa 15 bis 20 Namen sowjetischer Offiziere fest. Ich merkte mir außerdem

den Dienstgrad dieser Offiziere und — soweit es mir möglich war — ihre Dienststellungen. Außerdem merkte ich mir die Nummern der Fahrzeuge, mit denen ich von ... hin und wieder zurückgebracht wurde. Ferner stellte ich fest, was sich in diesem Objekt für Waffengattungen befanden und was für eine Einheit es war."

2. Sabotage und Schädlingstätigkeit

Die wesentlichsten Merkmale der Sabotage und der Schädlingstätigkeit sind das bewußte Behindern oder Stören der geordneten Arbeit in den staatlichen oder genossenschaftlichen Betrieben und Einrichtungen. Sabotage und Schädlingstätigkeit gehören zu jenen verbrecherischen Handlungen, die schwer zu entlarven sind, weil von den Saboteuren zumeist der äußere Schein der Pflichterfüllung gewahrt wird. Die von ihnen verursachten Störungen und Schäden werden oft sogar als das Ergebnis ihres Übereifers oder aber einer scheinbaren Pflichtvergessenheit und Fahrlässigkeit angesehen.

Gerade deshalb legt die KgU besonderen Wert auf diese Form der Ausführung ihrer Anschläge gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie gibt ihren Agenten die vielfältigsten Hinweise, wie sie die Sabotage und Schädlingstätigkeit durchführen sollen. So heißt es unter anderem in der von der KgU herausgegebenen Anweisung, die den aufschlußreichen Titel „Amerikanische Panzer auf Rügen?" trägt:

> „Sabotageakte niemals vor der eigenen Haustür und am eigenen Arbeitsplatz durchführen, doch jede Arbeit so verrichten, daß in der späteren Zeit das Material verschleißt oder unbrauchbar wird."

Formen der Sabotage und der Schädlingstätigkeit

Die von der KgU und ihren Agenten angewandten Formen der Sabotage und Schädlingstätigkeit sollen hier nur an Hand einiger typischer Beispiele gezeigt werden.

In der Zeit von Mitte Dezember 1953 bis Mitte Januar 1954 ereigneten sich auf dem Reichsbahn-Verschiebebahnhof Wustermark beim Rangieren zahlreiche Zusammenstöße, bei denen 12 Waggons, die mit Medikamenten, Streichhölzern und Schlachtvieh für Berlin beladen

waren, entweder verbrannten oder einschließlich ihrer Ladung durch Aufprall vollständig zerstört wurden. Der durch diese Zerstörung entstandene Sachschaden betrug allein bei einem Waggon über 20 000 DM.

Die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik untersuchten diese Vorgänge und stellten fest, daß einer der Reichsbahnangestellten, der Rangierer Heinz Woithe, der bei den Zusammenstößen zugegen gewesen war, seit Mitte Dezember 1953 mit der KgU in Verbindung stand. Er wurde daraufhin am 15. Januar 1954 festgenommen.

Woithe, geboren am 17. Januar 1933, damals in Berlin-Staaken, Isenburger Weg 8, wohnhaft, leugnete zuerst, daß er durch die KgU als Agent angeworben worden sei. Er sagte, daß er sich selbst die Zusammenstöße nicht erklären könnte. Nach seiner Ansicht hätte es an irgendwelchen Zufällen oder höchstens an einem Versehen gelegen.

Als ihm dann aber nachgewiesen wurde, daß er sich mit einem Hauptagenten der KgU getroffen hatte und daß die Zusammenstöße nicht zufällig oder durch ein Versehen zustande gekommen waren, sondern durch seine mangelhafte Arbeitsausführung, gab er sein Leugnen auf. Bei seiner Vernehmung gab er am 28. Januar 1954 zu Protokoll:

> „Ich verursachte das Auflaufen, indem ich für die vom Ablaufberg kommenden Waggons keine Hemmschuhe legte und den ersten stehenden Wagen durch einen Hemmschuh blockierte, um die Wirkung des Zusammenpralls zu verstärken...
>
> Ein Waggon, der mit Streichhölzern und Medikamenten beladen war, geriet auf diese Weise in der Nacht vom 4. zum 5. Januar in Brand."

In einer späteren Vernehmung gestand der Saboteur Woithe auch, die Zerstörung der übrigen Waggons und ihrer Ladungen verursacht zu haben.

Der bereits genannte KgU-Agent Werner Kleinert aus Dresden-Radebeul war als Rangiermeister bei der Reichsbahn in Dresden tätig. Er erhielt von der KgU neben Spionageanweisungen auch Sabotageaufträge. Unter anderem brachte er am 6. Oktober 1952 gegen 19 Uhr an der Übergangsstelle zum Industriegelände Dresden-Neustadt einige Waggons zur Entgleisung, indem er die Weiche 11 nur mangelhaft in ihre Grundstellung umstellte. Waggons und Weiche wurden durch diesen Sabotageakt schwer beschädigt beziehungsweise völlig zerstört.

Die KgU weist auch ihre Agenten, die sich in staatliche Verwaltungen, in Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen eingeschli-

chen haben, an, ihre Funktionen in vielfältigster Form zur Sabotage- und Schädlingstätigkeit zu mißbrauchen. Diese Agenten werden beauftragt, durch überspitzte und buchstabenmäßige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen Fehlplanungen zu verursachen, künstlich Defizite zu schaffen, den Einsatz von Transportmitteln durch unrationelle Ausnutzung oder falsche Lenkung zu behindern, die Fertigstellung von Bauten durch falsche Anweisungen zu verzögern und anderes mehr.

Daß es kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik gibt, dessen Entwicklung die KgU nicht durch die von ihr organisierte Sabotage und Schädlingstätigkeit zu hindern oder zu stören versucht, zeigt folgendes Beispiel:

Im August 1955 wurde der Schieber Werner Horlitz, geboren am 17. September 1923, damals in Brandenburg/Havel, Eichamtstraße 3, wohnhaft, von der Kriminalpolizei im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin festgenommen. Horlitz, von Beruf Lehrer, gab nach wochenlangem Leugnen nicht nur zu, im Auftrage eines Westberliner Schieberringes und mit Hilfe von drei gefälschten Deutschen Personalausweisen in über 25 Fällen Schreibmaschinen, Fotoapparate und Ferngläser in der Deutschen Demokratischen Republik aufgekauft und nach Westberlin verschoben zu haben, sondern gestand auch, zur KgU Verbindung gehalten zu haben, da die Anschrift der KgU sowie Notizen, die sich auf die KgU bezogen, bei ihm gefunden wurden. Er hatte also nicht nur gegen das Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels verstoßen, sondern als KgU-Agent auch die Lebensinteressen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit Füßen getreten.

Die Kriminalpolizei übermittelte diese Feststellung den Sicherheitsorganen. Bei einer Überprüfung seiner Person wurde festgestellt, daß Horlitz als Lehrer im Auftrage der KgU in grober Weise gegen die Lehrpläne verstoßen und den Drang nach Wissen und Bildung der von ihm unterrichteten Kinder bewußt unterdrückt und fehlgeleitet hatte, um das Bildungsniveau seiner Schüler systematisch zu senken. Horlitz wollte dadurch erreichen, daß den Kindern nach ihrer Schulentlassung Berufe, die einen gewissen Bildungsstand voraussetzen, verschlossen blieben. Zugleich sollte damit das Vertrauen der Eltern zur demokratischen Schule untergraben werden.

Ein besonders verwerfliches Beispiel für die Sabotagemethoden der KgU stellen einige von ihr verbreitete schriftliche Anweisungen dar, in denen asozialen und feindlichen Elementen erläutert wird, wie sie durch bestimmte Mittel Erscheinungen einer schweren Krankheit

hervorrufen können. Durch diese dann „augenscheinlichen" Krankheiten soll eine verstärkte Inanspruchnahme sozialer Leistungen und zugleich ein künstlicher Arbeitskräftemangel erreicht werden. In einer dieser Anweisungen — in ihrer äußeren Aufmachung als FDGB-Mitgliedsbuch getarnt — wird zum Beispiel genau beschrieben, wie stark eiternde Wundinfektionen hervorgerufen werden können. Dabei wird jedoch verschwiegen, daß jeder schwere gesundheitliche Schäden davontragen kann, wenn er einer solchen Aufforderung Folge leistet.

Administrative Störungen

Im Frühjahr des Jahres 1951 ging die KgU zu sogenannten administrativen Störungen über.

Der ehemalige KgU-Hauptagent H i e c k e schreibt darüber in der Broschüre „Deckname Walter"[8]:

> „Leeder (gemeint ist Gerd Baitz; die Red.) plante, zunächst mit sogenannten ‚administrativen Störungen' zu beginnen, einer Sabotagemöglichkeit, die ihm von amerikanischer Seite als zweckmäßig anempfohlen worden war. Das weiß ich von dem von Tillich abgesetzten Dr. Hoffmann, der mir damals sagte, der Plan der ‚administrativen Störungen' sei von den ‚Amerikanern eingeblasen' worden.
>
> Unter ‚administrativen Störungen' verstand Leeder die systematische Störung der Verwaltungsarbeit von Behörden und Betrieben der DDR mittels fingierter Dienstanweisungen, die durch Post oder Agenten in den Geschäftsgang geschleust werden sollten. Als Ziel erhoffte man sich, unter den Angestellten der Verwaltung und der Behörden das Ansehen der vorgesetzten Dienststellen zu untergraben und ein Gefühl der Unsicherheit und des Mißtrauens aller gegen alle zu erzeugen. Gleichzeitig sollten Fehldispositionen verursacht werden, die eine Schädigung der Wirtschaft der DDR zur Folge haben mußten."

Den Zweck, den die KgU mit dieser Art der Schädlingstätigkeit verfolgt, erläuterte Tillich in einer Rede anläßlich des vierjährigen Bestehens der KgU am 15. Dezember 1952:

> „... Wir machen den Gegner unsicher beispielsweise dadurch, daß wir seinen Apparat übermäßig beanspruchen und ihn zu

---

[8]) Hanfried Hiecke, „Deckname Walter", Kongreß-Verlag, Berlin 1953, S. 18.

nutzlosem Einsatz zwingen ... Diese Bindung der Kräfte ... muß das Prinzip solcher Arbeit bleiben."

Spionage ist die Voraussetzung für solche administrativen Störungen. Die KgU-Spione versuchen, in den Besitz sachlicher Informationen und entsprechender Dokumente sowie Dienstsiegel zu gelangen, mit deren Hilfe die Administrative Störstelle der Operativen Abteilung Fälschungen aller Art herstellen kann.

Die KgU-Agentin Hannelore Adam aus Schwerin, Steindorfer Straße 55, geboren am 17. Oktober 1931, war beim Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieb (VEAB) Schwerin beschäftigt. Sie stahl im Auftrage des KgU-Hauptagenten Bruhn zahlreiche Unterlagen aus ihrer Dienststelle. So lieferte sie Kopfbogen, mit Firmenstempel versehene Briefumschläge, Schreiben von anderen Dienststellen, Schriftstücke mit Unterschriften leitender Angestellter, Abdrücke von allen verwendeten Stempeln, Abschriften von internen Bekanntmachungen, Durchschläge von Berichten über die Planerfüllung in der tierischen Produktion und anderes mehr.

Der KgU-Agent Kurt Hoppe aus Güterfelde war bei der Landesfinanzdirektion Brandenburg in Potsdam als Sachbearbeiter beschäftigt und stahl aus seiner Dienststelle zahlreiche Verordnungen, Verfügungen und Dienstanweisungen, die das Finanzwesen betrafen. Er lieferte der KgU außerdem Abdrücke aller bei der Landesfinanzdirektion gebräuchlichen Stempel, Blankoformulare und andere Unterlagen.



Agent Kurt Hoppe

Die mit Hilfe solcher gestohlenen Unterlagen von der Administrativen Störstelle angefertigten Fälschungen werden durch die Agenten der KgU in den Geschäftsgang der staatlichen oder genossenschaftlichen Organe eingeschleust. Welches Ausmaß die sogenannten administrativen Störungen allein auf diesem Gebiet annahmen, beweisen die Feststellungen der Staatssicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik. Nach ihren Ermittlungen brachte die KgU seit dem Frühjahr 1955 monatlich bis zu 400 Fälschungen verschiedenster Art in der Deutschen Demokratischen Republik in Umlauf, die jedoch in den meisten Fällen sofort als solche erkannt worden sind.

DEUTSCHER INNEN- UND AUSSENHANDEL
INVEST-EXPORT

DIA

DIA WERKZEUGMASCHINEN UND METALLWAREN, BERLIN W 8, MOHRENSTRASSE

Firma
CHIMIMPORT
INTREPRINDERE DE STAT PENTRU
COMERTUL EXTERIOR

BUCURESTI (R.P.R.)

Bursei 2

DIA-NR.
Bitte in allen Telegrammen und jeder Korrespondenz angeben, da sonst der Vorgang nicht bearbeitet werden kann

1 Antwort erbeten in fachter Ausfertigung

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Unser Zeichen	Hausruf	Kontor	Berlin W 8
St/ago.	25.9.54	Ja/Li.	412	E 21	1.11.54

Betrifft: Lieferung von Vulkanfiber

Ihr obiges Schreiben sowie das Schreiben Nr. 23403/24.VIII wurde uns zuständigkeitshalber zugeleitet. Durch Übernahme großer Exportverpflichtungen in das kapitalistische Ausland ist es uns zur Zeit nicht möglich, Vulkanfiberplatten in 14 und 15 mm-Dicke zu liefern. Erneute Lieferung in diesen Artikeln ist frühestens im August 1955 möglich.

Um Produktionsstörungen Ihrer Industrie zu vermeiden, bieten wir Ihnen zum Ausgleich Lieferung von Hartpappenplatten in 8 mm-Dicke an. Bei Interesse bitten wir um entsprechende Auftragserteilung.

Deutscher Innen-und Außenhandel
Invest - Export

(J a h n k e)



Ortsruf 22 54 71 / 75 Fernruf 22 10 39 — Telegramm-Adresse: DIAWERKZEUG — Code Mosse — Fernschreib-Nr. 1151/1190 — Besuchszeiten Dienstag 8-14 Uhr, Mittwoch 11-17 Uhr, Freitag 8-14 Uhr — Bank: Deutsche Notenbank Nr. 2519 Konto-Nr. 11 000 — Betriebs-Nr. 92971/7001

Vordruck-Leitverlag Halle/S.

Ein von der „Administrativen Störstelle“ gefälschter Geschäftsbrief

Der KgU-Chefkurier Gustav Buciek, der zahlreiche Fälschungen in die Deutsche Demokratische Republik einschmuggelte, gab bei seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu Protokoll:

> „Etwa seit Anfang 1952 bekam ich im Rahmen einer sogenannten Briefaktion von der Kampfgruppe Briefe ausgehändigt, deren Inhalt aus gefälschten Anweisungen und Richtlinien der Regierung der DDR bzw. anderer Dienststellen bestand... Im einzelnen kann ich mich nicht mehr an den Inhalt aller von mir eingeschleusten Fälschungen erinnern. Es war zum Beispiel so, daß die KgU zu einer von der Regierung der DDR herausgegebenen Verordnung Ergänzungen fälschte, in denen die ergangene Verordnung in ihrem Sinn völlig entstellt wurde. Es sind zum Beispiel auch Bestellungen von irgendwelchen Industrieerzeugnissen gefälscht worden, um die Herstellerbetriebe zu einer falschen Produktion zu verleiten."

Die KgU verfaßte auf gestohlenen Briefbogen, die den Aufdruck „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — Ministerium für Leichtindustrie — Verwaltung Volkseigener Betriebe Bastfaser" trugen, gefälschte Schreiben, die sie am 6. Juli 1954 in ebenfalls gestohlenen Briefumschlägen mit demselben Aufdruck an die der Verwaltung Bastfaser unterstehenden Betriebe versandte. Dadurch sollte die Verbindung der einzelnen volkseigenen Betriebe mit der Verwaltung auf längere Zeit gestört werden, um eine planmäßige Lenkung dieser Betriebe zu behindern:

> „Betr.: Umorganisation und Verlegung der VVB-Bastfaser.
>
> Im Zuge der weiteren Demokratisierung der Verwaltung und auf Grund der zweiten Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Kontrolle der bestätigten Stellenpläne und Verwaltungsausgaben der staatlichen Organe für Ministerien, Staatssekretariate und Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft vom 1. 7. 54 und zur weiteren Reorganisation des bisherigen Ministeriums für Leichtindustrie ist der Sitz unserer Verwaltung mit Wirkung ab 1. 7. 1954 nach Berlin verlegt worden.
>
> Mit der Verlegung der Verwaltung, die bis spätestens 10. 7. 54 durchgeführt sein muß, haben wir bereits begonnen. Wir bitten Sie deshalb, den gesamten mit uns zu unterhaltenden Schriftwechsel wie auch sonstige Verbindlichkeiten ab sofort an obenbezeichnete Anschrift zu reichen. Die bis 10. 7. 54 noch irrtümlich an die alte Anschrift gerichteten Postsendungen werden uns automatisch zugeführt. Alle bisherigen Anordnungen und

Bestimmungen, wie auch Vertragsverpflichtungen der Röst- und Aufbereitungsbetriebe gegenüber den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben bleiben von dieser rein örtlichen Veränderung vorläufig völlig unberührt.

Verwaltung Volkseigener Betriebe
— Bastfaser —
Planung“

In vielen Fällen operierte die KgU auch mit überaus plumpen Fälschungen. So versandte sie unter Verwendung gestohlener Originalbriefbogen und -umschläge der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe — Bäuerliche Handelsgenossenschaft (VdgB—BHG) im Herbst 1954 Fälschungen, in denen die Räte der Gemeinden aufgefordert wurden, das Mindestablieferungsgewicht für Kälber von 50 kg auf 40 kg herabzusetzen.

Insbesondere versucht die KgU, durch eingeschleuste Fälschungen den Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik — vor allem den Finanzplan und den Geldumlauf — zu stören.

Der KgU-Agent Rudolf Mühlberg, Holzhausen/Sachsen, Parkstraße 38, geboren am 1. März 1912, der an zahlreichen Störaktionen der KgU beteiligt war, lieferte ihr Anschriften und Kontonummern volkseigener Betriebe in Leipzig. Diese Angaben wurden von der KgU durch Schlüsselnummern der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik ergänzt und an Mühlberg zurückgegeben. Mühlberg sollte dann an einige Zweigstellen der Deutschen Notenbank fingierte Telegramme versenden, mit denen die Zweigstellen angewiesen wurden, einer Reihe von Betrieben größere Geldbeträge gutzuschreiben.

Auch der KgU-Agent Heinz Gnichtel aus Borna sollte solche fingierten Telegramme abschicken:

„An Notenbank Halle/Sa.
863 fünfundzwanzigsten gutschreibt
dreißigtausend bauunion konto
42293 auftrags ministerium finanzen.
Notenbank Stralsund.“

Es war geplant, alle Telegramme am 25. April 1953 aufzugeben. Diese fingierten telegraphischen Überweisungen bezogen sich ohne Ausnahme auf Betriebe. An die in den Telegrammen genannten Betriebe hatte die KgU zur gleichen Zeit ein fingiertes Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik gesandt, in dem mitgeteilt wurde, daß die Notenbank angewiesen sei, dem Betrieb einen bestimmten Betrag gutzuschreiben, der am

1. Mai 1953 für Prämienzahlungen und Feierlichkeiten verbraucht werden könnte.

Die Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben einige dieser hier genannten Fälschungen dem Leiter des Hauptaufgabengebietes „Kredite“ und stellvertretenden Leiter der Bezirksfiliale Leipzig der Deutschen Notenbank zur Begutachtung vorgelegt. Im folgenden wird dieses Gutachten — nur unwesentlich gekürzt — wiedergegeben:

DEUTSCHE NOTENBANK LEIPZIG — Leipzig, den 21. Juli 1953

G u t a c h t e n

Ich bin vom Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik beauftragt worden, über vier mir übergebene gefälschte Telegrammentwürfe ein G u t a c h t e n, über die Art der Fälschung und die Wirkung der Fälschungen, wenn sie wirksam geworden wären, abzugeben.

Es handelt sich um vier Telegrammentwürfe mit sechs telegrafischen Überweisungen im Gesamtbetrage von

DM 365 000,—

die auf posteigenen Blankoformularen geschrieben wurden.

Die Telegramme sind gerichtet in

3 Fällen an das Berliner Stadtkontor,

in 2 Fällen an die Deutsche Notenbank Eberswalde

und in 1 Fall an die Deutsche Notenbank Königswusterhausen.

Im einzelnen lauten sie über

DM 110.000.-- an das Berliner Stadtkontor
" 120.000.-- an die Deutsche Notenbank Eberswalde
" 50.000.-- an " " " "
" 55.000.-- an das Berliner Stadtkontor
" 15.000,-- an " " "
" 15.000.-- an die Deutsche Notenbank Königswusterhausen,

wovon die Überweisungstexte über DM 120.000,-- und DM 50.000,— an die DN Eberswalde und die Überweisungstexte über DM 55.000.-- und DM 15.000.— an das Berliner Stadtkontor auf je einem Telegrammformular geschrieben sind. In jedem Falle handelt es sich im Entwurf um telegrafische Überweisungen von verschiedenen Stellen der Deutschen Notenbank im Auftrage des Ministeriums der Finanzen an Betriebe, die bei der als Empfänger bezeichneten Bankstelle Konto unterhalten.

Deutsche Post

Telegramm

Deutsche Notenbank
Martin-Luther-Ring 10 Leipzig C 1

Notenbank
Eberswalde

845 fünfundzwanzigsten gutschreibt einhundertzwanzigtausend
stahlwerk finow konto 1ooo stop
863 fünfundzwanzigsten gutschreibt fünfzigtausend
abus kranbau auftrags ministerium finanzen.

Notenbank Leipzig

Eine von der „KgU" gefälschte telegraphische Überweisung mit Schlüsselzahlen

Weiterhin heißt es in dem Gutachten:

„Bei den Entwürfen handelt es sich um äußerst raffinierte Fälschungen, mit denen der Finanzplan der Deutschen Demokratischen Republik geschädigt werden sollte. Sie entsprechen in allen Punkten dem für alle telegraphischen Überweisungen vorgeschriebenen Wortlaut. Das läßt darauf schließen, daß diese Telegrammentwürfe von Fachleuten angefertigt wurden, die nicht nur Kenntnisse von den Gepflogenheiten im telegraphischen Geldverkehr haben, sondern die auch im Besitz des eigens für telegraphische Überweisungen herausgegebenen Depeschenschlüssels sind . . .

Nur dem Umstand, daß mit Wirkung vom 15. April 1953 die Schlüsselzahlen geändert wurden, ist es zu verdanken, daß die von feindlichen Kräftegruppen geplante große Sabotage des Finanzplanes der Deutschen Demokratischen Republik nicht zum Zuge gekommen ist . . .

Des weiteren muß festgestellt werden, daß nach meiner Meinung die ganze Aktion von langer Hand vorbereitet wurde, weil auch

bei den angegebenen Empfängern die mitgeschriebenen Kontonummern mit den tatsächlichen Kontonummern übereinstimmen, wie es sich hier überhaupt um eine großangelegte Aktion handeln dürfte...

Der bankeigene Kontrollapparat hätte diese Fälschung erst nach einer Zeit von etwa 10 Tagen aufgreifen können, weil erst fünf Tage nach Eingang des Telegramms bei Nichteingang des Gegenwertes derselbe angemahnt worden wäre, so daß hierdurch die Fälschung hätte aufgedeckt werden können...

Die Wahl des 25. April 1953 ist hierbei der raffinierteste Zeitpunkt, weil der Gegenwert frühestens erst am 2. Mai 1953 nach den Bestimmungen der Bank angemahnt worden, das Geld aber bereits vor dem 1. Mai 1953 zur Auszahlung gelangt wäre. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus ist die Größe und Raffiniertheit der geplanten Schädigung der Wirtschaft zu erkennen.
Die Wirkung der Fälschungen wäre eine vielfache geworden, die sich kurz in folgenden Punkten zusammenfassen läßt:

1. Sabotage des Finanzplanes des Ministeriums der Finanzen

Allein schon die vorliegenden sechs Telegrammentwürfe über DM 365 000,— hätten für den Staatshaushalt unvorhergesehene Ausgaben bedeutet, die bewirkten, daß an anderer Stelle Mittel nicht zur Verfügung gestanden hätten...

2. Heraufbeschwören einer Unsicherheit im Zahlungsverkehr der Banken

Das Auftreten einer größeren Anzahl von gefälschten telegraphischen Überweisungen hätte zumindest den ganzen telegraphischen Überweisungsverkehr aller Stellen der Deutschen Notenbank, aller Stellen der Sparkassen und aller Stellen der Bank für Handwerk und Gewerbe in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik für einige Tage vollkommen lahmgelegt...

3. Schaffung einer größeren Kaufkraft bei der Bevölkerung

Allein die Auszahlung von DM 365 000,— an nur drei Orten im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik — größere Geldbeträge wären durch eine größere Anzahl weiterer gefälschter telegraphischer Überweisungen noch zur Auszahlung gelangt — hätte eine zusätzliche Kaufkraft an diesen Orten geschaffen, die

enorm gewesen wäre. Der Warenumsatzplan unserer volkseigenen Handelsorgane und die dafür erforderliche Warenbereitstellung hätten wahrscheinlich nicht ausgereicht, um diese größere Kaufkraft zu befriedigen. Dadurch wäre bei nicht genügendem Warenangebot eine Unzufriedenheit in die Bevölkerung getragen worden, deren Ausmaß gar nicht abzusehen ist.

4. Schaffung von Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft

...

Des weiteren hätte eine solche, im großen Umfange angelegte Fälschung eine Überprüfung der gesamten für den 1. Mai 1953 vorgesehenen Prämienzahlungen notwendig gemacht, so daß die planmäßig vorgesehenen Prämien hätten nicht ausgezahlt werden können. Auch dadurch wäre die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft noch vergrößert worden.

5. Gefährdung des Bargeldplanes an verschiedenen Plätzen der Deutschen Notenbank

Die Bargeldpläne der Deutschen Notenbank sind erfahrungsgemäß in der Zeit vor dem 1. Mai durch verschiedene, auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängte Lohn- und Prämienzahlungen sehr stark angespannt. Eine weitere Auszahlung von solchen in den gefälschten telegraphischen Überweisungen angegebenen Beträgen hätte eine Gefährdung des Bargeldplanes der Deutschen Notenbank an verschiedenen Plätzen mit sich gebracht, so daß die größeren Anforderungen nur nach größeren Geldtransporten und Anstrengungen hätten erfüllt werden können. Dadurch wäre das Vertrauen der Bevölkerung zur Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik und zu unserer Währung sehr stark erschüttert worden. Untergrabung des Vertrauens zu einer Bank und zur Währung bedeutet aber im Bankverkehr massenweise Abhebung der auf den Konten vorhandenen Guthaben, bedeutet also noch weitere Anspannung im Bargeldplan und bedeutet in der Endfolge unabsehbaren Schaden für unsere ganze Volkswirtschaft.

6. Schaffung von größeren Verlusten im Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik

Die aus den vorhergehenden fünf Punkten notwendig gewordenen Maßnahmen hätten einen gewaltigen Kostenaufwand für den

Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik mit sich gebracht, der sich in gewaltigen Verlusten widerspiegelt hätte ...

Zusammengefaßt kann folgendes gesagt werden:

Die von den Besitzern der gefälschten Telegrammentwürfe nach Feststellung von denselben angebrachten Erklärungen, daß sie diese gefälschten Telegrammentwürfe von der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit' zur Schädigung des Finanzplanes der Deutschen Demokratischen Republik erhalten hätten, zeugen davon, daß im Dienste einer ausländischen Macht Sabotagemaßnahmen durchgeführt werden sollten mit dem Ziel, dem Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik unübersehbaren Schaden zuzufügen und in der Arbeiterschaft künstlich Unzufriedenheit zu schaffen. Das ist eine der verwerflichsten Maßnahmen, mit der der Tag X vorbereitet werden sollte ..."

Durch Fälschungen aller Art versucht die KgU auch die Versorgung der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören und Versorgungsschwierigkeiten hervorzurufen.

Der KgU-Agent Rudolf M ü h l b e r g aus Holzhausen/Sachsen erhielt vom Hauptagenten Kurt Baitz ein gefälschtes Dienstsiegel der Stadt Leipzig. Mit diesem Siegel sollte Mühlberg 800 Berechtigungsscheine zum Bezug von Butter, Margarine und Bohnenkaffee ausstellen und diese den Betriebsgewerkschaftsleitungen verschiedener Betriebe zustellen. In einigen Fällen geschah dies auch. In einem Begleitschreiben wurden die Betriebsgewerkschaftsleitungen aufgefordert, das Geld für die genannten Waren im voraus einzusammeln und auf ein bestimmtes Konto — das fingiert war — zu überweisen.

In einem anderen Falle wurde der Agent Mühlberg angewiesen, mit dem gefälschten Dienstsiegel Schlachtgenehmigungen anzufertigen und diese durch die Post an Bauern zu versenden.

In dem für öffentliche Bekanntmachungen bestimmten Aushangkasten der Gemeinde Holzhausen, den Mühlberg mit einem Nachschlüssel öffnete, hängte der Agent ein gefälschtes Schreiben aus, in dem eine Änderung der bestehenden Verfügungen über die Ausstellung von Schlachtgenehmigungen bekanntgegeben wurde.

Um die Versorgung in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören, setzte die KgU gefälschte Berechtigungsnachweise zum Bezug bewirtschafteter Waren in Umlauf. Sie fälschte allmonatlich Lebensmittelkarten, Kohlenkarten, Benzinmarken und anderes mehr und

schleuste sie durch ihren V-Mann-Apparat in die Deutsche Demokratische Republik ein.

Der Plan zur Ausführung dieses Verbrechens entstand ebenfalls schon im Jahre 1951. Der ehemalige KgU-Hauptagent Hiecke gab darüber bei den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik zu Protokoll, daß

> Gerd Baitz auf einer Arbeitsbesprechung vorschlug, Lebensmittelkarten und Reisemarken der Deutschen Demokratischen Republik nachzudrucken und diese Fälschungen an Funktionäre der Grundorganisationen der Parteien und der Massenorganisationen sowie an Personen, die wegen ihrer aufrechten demokratischen Haltung bekannt waren, zu versenden. Baitz beabsichtigte damit, diese Personen zu korrumpieren, ihr Ansehen bei der Bevölkerung zu mindern und gleichzeitig die geregelte Versorgung der Bevölkerung zu stören.

Über den Umfang dieser von der KgU produzierten Fälschungen machte Frau Anneliese Gleibs, die von der KgU zu Agentendiensten gepreßt worden war und sich freiwillig den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik stellte, auf einer Pressekonferenz am 4. Mai 1955 in Berlin aufschlußreiche Ausführungen:

> „... Später erhielt ich die Fälschungen von Paulsen (Deckname des KgU-Hauptagenten Herzog; die Red.). Es war jedesmal eine ungeheuere Menge von Karten. Einmal, als er mir je 50 Bogen Reisemarken für Fleisch und Fett gab, sagte er: ‚Wir haben für fünfzig Tonnen Lebensmittel gefälschte Reisemarken gedruckt. Die im Osten werden sich ganz schön wundern, wenn ihr Kram nicht ausreicht, um die Marken zu beliefern. Die werden ihre Pläne bald aufgeben müssen. Wenn alles rund gegangen ist, haben wir allein durch diese Fälschungen dem Osten einen Schaden von über einer Million Mark zugefügt.'"

Der KgU-Agent Christian Busch aus Berlin-Pankow erhielt vom Hauptagenten Kurt Baitz bei einem Treff in Westberlin

5750 gefälschte Fettmarken zu 10 Gramm,
5750 gefälschte Fleischmarken zu 50 Gramm,
100 gefälschte Kohlenkarten zu 2 Zentner,
100 gefälschte Benzinmarken zu 5 Liter.

Busch, der an der Humboldt-Universität Berlin studierte, sollte die gefälschten Marken bei einem Besuch seiner Eltern in Dresden über Nacht verteilen.

Wie diese Fälschungen verteilt wurden, erläuterte Frau Gleibs auf der Pressekonferenz am 4. Mai 1955 in Berlin:

> „Ich sollte die Karten im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin verteilen, indem ich sie einzeln auf der Straße verlor, in Telefonzellen legte, in Briefkästen einwarf, in der Straßenbahn einfach hinfallen ließ usw."

3. Diversion

Diversionsakte sind verbrecherische Handlungen zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben. Objekte der Diversion sind hauptsächlich Maschinen, technische Anlagen, Bauten, Brücken, Transport- und Verkehrsmittel und andere wichtige öffentliche Einrichtungen. Sie sollen durch Feuer, Sprengstoff, Säuren und andere Mittel beschädigt, unbrauchbar gemacht oder zerstört werden.

Die KgU mißt den Diversionshandlungen besonders große Bedeutung bei. Sie weist ihre Agenten an, jede sich bietende Gelegenheit auszunutzen, um mit Sand, gefährlichen Säuren, Phosphor, Thermit oder anderen Brandmitteln, mit Hexamit oder anderen hochbrisanten Sprengstoffen Diversionsakte gegen staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Besitz durchzuführen. Ihr Ziel ist, den friedlichen Aufbau und die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zu behindern und zu stören.

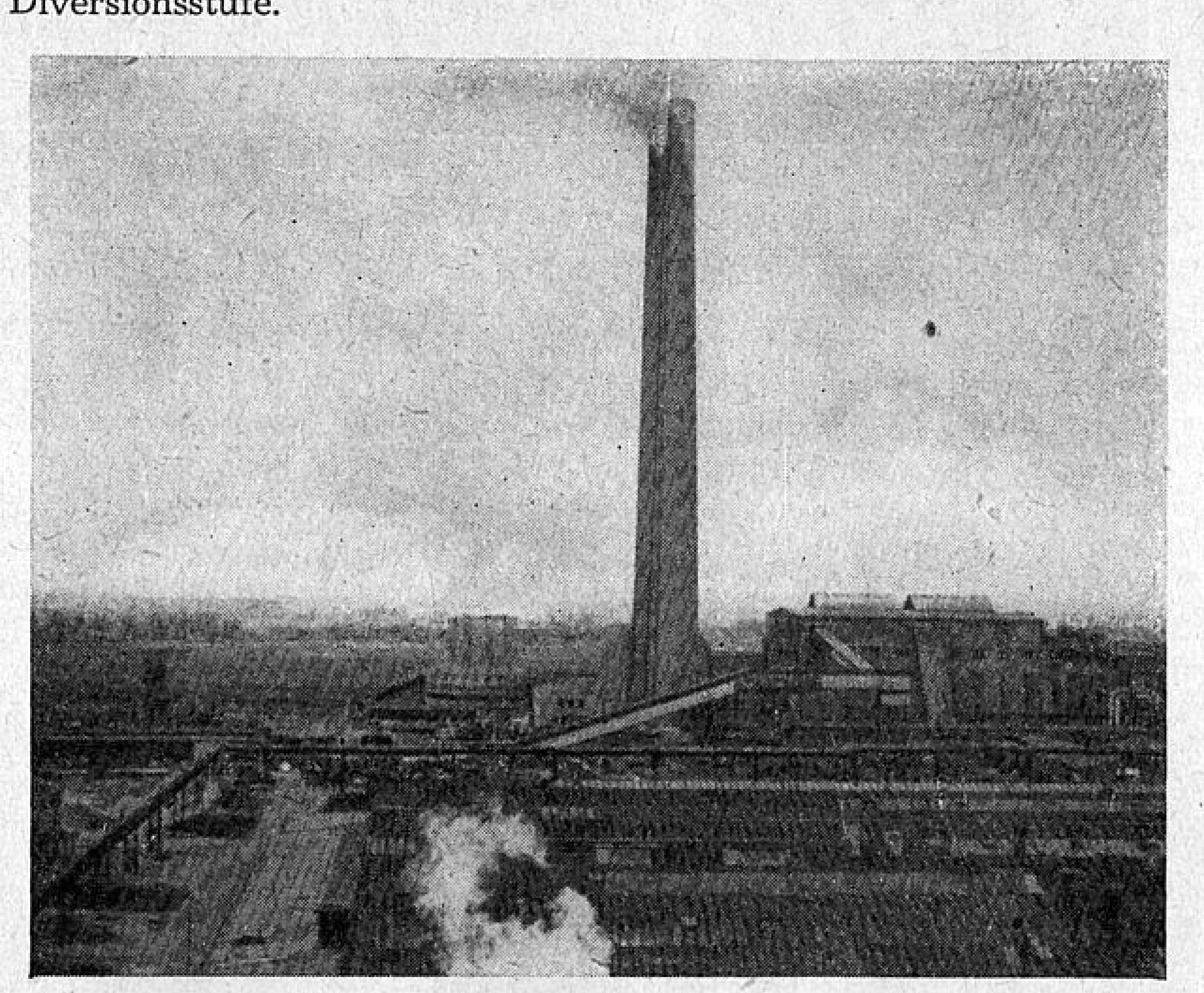
In der KgU-Anweisung „Amerikanische Panzer auf Rügen?" werden den Agenten auch genaue Hinweise gegeben, wie Diversionshandlungen durchzuführen sind:

> „Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen, über die Telefondrähte einen Bindfaden (oder noch besser Draht) zweimal überwerfen und beide Enden fest zusammenziehen und befestigen, Bunatreibstoffe mit Leuna vermischen usw... seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen — ja, und so vieles andere mehr können wir euch erzählen."

Schon aus dieser Aufforderung zur Durchführung von Verbrechen ist ersichtlich, daß durch die Diversionshandlungen der KgU Menschenleben in Gefahr gebracht werden; denn die Zerstörung von Signalsystemen der Reichsbahn — um nur das eine Beispiel zu nennen — gefährdet nicht nur den Güter-, sondern auch den Personenverkehr.

Die KgU liefert ihren Agenten die Diversionsmittel, die sich diese nicht selbst besorgen können. Die Agenten beschaffen sich also selbst Sand, Zucker, bestimmte, im freien Handel käufliche Säuren und so weiter. Die von der KgU gelieferten Diversionsmittel werden fast ohne Ausnahme im chemisch-technischen Labor der KgU hergestellt und, verschiedenartig getarnt, in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust.

Die Diversionshandlungen werden — nach den verwendeten Mitteln und der durch sie erzielten Wirkung — in eine „niedere" und eine „höhere" Stufe eingeteilt. Diversionshandlungen, die mit Sand und anderen primitiven Mitteln oder mit Säuren ausgeführt werden, zählen zur „niederen" Stufe der Diversion, da hierbei nur Teilzerstörungen verursacht werden. Diversionshandlungen, bei denen Brandsätze und Sprengstoffladungen verwendet werden und die deshalb in der Regel zu Totalschäden führen, rechnet die KgU zur „höheren" Diversionsstufe.

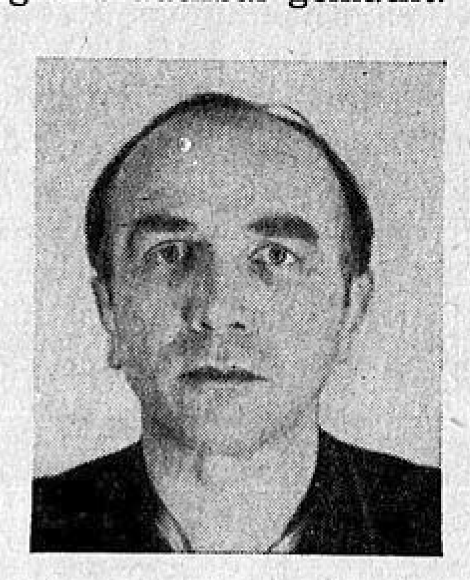


Die Sprengung des größten Schornsteins der Filmfabrik Agfa-Wolfen war schon beschlossene Sache

Beschädigungen durch primitive Mittel

Die KgU bezeichnet als „niedrigste" Stufe der Diversion solche verbrecherischen Anschläge, die zwar mit primitiven, aber trotzdem äußerst wirksamen Mitteln, wie Sand, Eisenspänen, Steinen und ähnlichem, ausgeführt werden. Durch die Anwendung dieser Mittel werden so wichtige Maschinenteile wie Kugellager, Getriebe, Kolbengehäuse und anderes mehr zeitweilig unbrauchbar gemacht.





Die Diversanten

Paul Horney *Kurt Groß*

Die KgU-Agenten Paul Horney, Wolfen, Karl-Liebknecht-Straße 20, geboren am 25. Oktober 1902, und Kurt Groß, Wolfen, Ernst-Thälmann-Straße 1a, geboren am 6. September 1911, wurden 1950 von der KgU angeworben und zur Diversionstätigkeit in der volkseigenen Filmfabrik Agfa Wolfen, wo sie beschäftigt waren, eingesetzt. Der Hauptagent Hennig beauftragte sie, auf irgendeine Weise diesen Betrieb zeitweilig stillzulegen. Beide Agenten beabsichtigten nun, in den Maschinenraum des Werkes einzudringen und Sand in die Lager der Hauptturbine zu streuen, um so eine Unterbrechung der Produktion herbeizuführen. Des weiteren hatten die beiden Agenten die Sprengung des größten Schornsteins der Filmfabrik vorbereitet.

Der KgU-Agent Willibald Schuster aus Großebersdorf erhielt neben vielen anderen Aufträgen auch die Anweisung, die Eisenbahnstrecke Münchenbernsdorf—Niederpöllnitz zu blockieren. Er sollte mehrere Weichen dieser Strecke durch das Dazwischenklemmen von Steinen unbrauchbar machen. Für den Fall des sogenannten Tages X erhielt er den Auftrag, die zwischen den Orten Lederhose und Münchenbernsdorf gelegene Steinbrücke in die Luft zu sprengen.

Zerstörungen durch Ätzstoffe

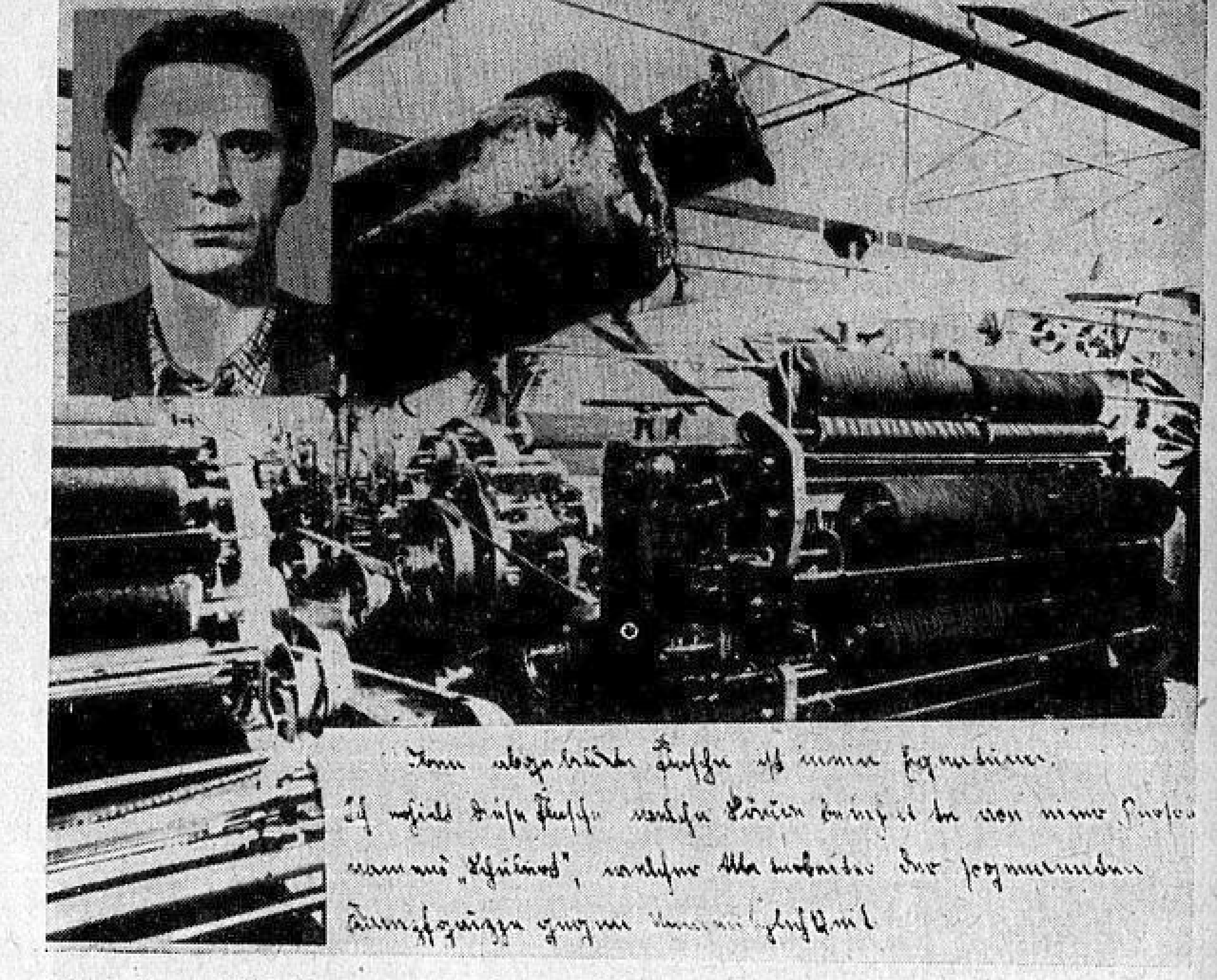
Noch gefährlicher ist die Form der Diversionstätigkeit, bei der Säuren oder andere ätzende chemische Mittel angewendet werden. Diese Diversionsmittel verursachen ähnliche Zerstörungen oder Beschädigungen wie mit Sand, Eisenspänen und Steinen. Sie sind jedoch insofern gefährlicher, als sie — beispielsweise Treibstoffen oder Motorenölen beigemischt — nicht rechtzeitig genug erkannt werden können.

Über die Wirkungsweise einer von der KgU hergestellten und an ihre Agenten ausgelieferten Säure liegt den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik ein Gutachten vor, in dem es heißt:

> „Der Glasbehälter in Flaschenform enthielt ursprünglich das auf seiner Etikettierung bezeichnete Insektenvertilgungsmittel. Die später eingefüllte, ölartige Flüssigkeit gelber Färbung hat Bestandteile einer Säure mit metallangreifender Ätzkraft und wirkt bei Entzündung durch hohe Gasentwicklung explosiv ...
>
> Wird Treibstoff mit dieser Flüssigkeit vermischt und das daraus entstandene Gemisch zum Antrieb von Motoren benutzt, so ent-



Der Agent Schuster sollte die Eisenbahnstrecke Münchenbernsdorf—Niederpöllnitz blockieren



Der Agent Herbert Simroß sollte Maschinen im VEB-Feintuch Finsterwalde mit Hilfe einer Säure vernichten

steht nach kurzer Zeit ein Überdruck im Zylinder, dem das durch die Ätzwirkung in seiner Festigkeit beeinträchtigte Material nicht gewachsen ist, d. h., der Motorblock wird durch die gesteigerte Kraft des Verbrennungsprozesses auseinandergerissen.“

Wie diese säurehaltigen Diversionsmittel — im Slang der KgU „Schnaps“ genannt — von der KgU verwendet werden, zeigt der vom KgU-Hauptagenten S c h l e d e unterzeichnete Monatsbericht des Ländersachgebietes Berlin/Brandenburg für Februar 1952. Unter dem Datum vom 26. Februar 1952 heißt es dort:

„S-Aktion im Fernmeldewerk HF Oberspree. Abregnung von Flugblättern von der Wendeltreppe des Werkes. Stillegung einer 60 to Hydraulikpresse mit ‚Schnaps‘. Ausfall 3 Schichten zu je 5—6000 Radioröhrenkappen.“

Der KgU-Diversant Gerhard V o g e l, Böhlen, Beethovenstraße 3, geboren am 31. Juli 1910, bildete im Auftrage der Hauptagenten

Milster und Kurt Baitz im volkseigenen „Kombinat Otto Grotewohl" in Böhlen eine Diversantengruppe. Am 1. Mai 1953 versuchte diese Gruppe, durch Säure die Motoren der Lastkraftwagen zu zerstören, mit denen Werkangehörige befördert werden sollten.

Der KgU-Agent Rudolf Stüber aus Berlin, der seit 1951 unter dem Decknamen Retter Verbindung zur KgU hatte, erhielt vom Hauptagenten Schlede unter anderem den Spionageauftrag, die Lage der Telefonverteilerkästen in der Stalinallee und an einigen anderen Stellen im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin zu erkunden. Stüber sagte vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik aus, daß Schlede unter anderem beabsichtigte, diese Telefonverteilerkästen durch die „Drei Germans" — eine dreiköpfige Bande, die im Auftrage der KgU die verschiedensten Verbrechen ausführte — zerstören zu lassen. Der Diversionsakt sollte mit einer Spezialsäure durchgeführt werden. Zur Tarnung war für die Bande folgende Ausrüstung vorgesehen: Motorräder, Postuniformen und Nachschlüssel. Schlede versprach sich von diesem Diversionsakt größere Schäden, da die Spezialsäure sofort alle Anschlüsse zerfressen hätte und dadurch eine zeitweilige Störung im Fernsprechnetz der Deutschen Post entstanden wäre.

Die KgU-Agentin Gisela Schmidt aus Erfurt, die inzwischen durch Gnadenerweis der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aus der Haft entlassen wurde, gab bei ihrer Vernehmung durch die Staatsorgane über die Bemühungen, die die KgU anstellt, um neue Diversionsmittel zu bekommen, zu Protokoll:

> „Ferner sagte er (der Hauptagent Bruhn; die Red.) zu mir, ich sei doch Chemikerin von Beruf, ob ich nicht einen Pilz entwickeln könnte, der die Telegrafenmasten zerfrißt und umstürzt."

Brandstiftungen

Alle Anschläge der KgU, die sowohl mit einfachen Zündmitteln (Streichhölzern) als auch mit Benzin, Petroleum, Phosphorlösungen, Thermit und ähnlichem durchgeführt werden, zielen stets auf eine völlige Vernichtung des Objektes durch Feuer und werden daher zur „höheren" Form der Diversion gerechnet.

Die KgU-Agenten benutzen bei Brandstiftungen zumeist Brandampullen (Selbstentzündung durch Sauerstoffzuführung, sobald die Ampulle zerschlagen ist) oder Brandsätze (Entzündung durch offenes Feuer oder elektrischen Kontakt).

Der KgU-Agent Reinhard W e i t l i n g aus Eberswalde gab bei seiner Vernehmung zu Protokoll, wie der KgU-Hauptagent Herzog ihm bei einem Besuch im KgU-„Stammhaus", Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2—4, die Wirkungsweise des Brandmittels Thermit vorführte:

> „Die Eisenplatte lag auf dem Steinboden des Hofes. ‚PAULSEN' (das ist der Deckname des Hauptagenten Herzog; die Red.) schüttete in einen mitgebrachten Metallbehälter, der die Größe einer Taschenlampenbatterie hatte, das ‚THERMIT' ... In die obere Öffnung der Metallschachtel legte er eine etwa 8 Zentimeter lange Zündkirsche, die am Kopf stark mit Schwefel belegt war. Mit einem Streichholz setzte er den an der Zündkirsche befindlichen Schwefel in Brand. Der Schwefel fraß sich durch die Zündkirsche. In diesem Moment geriet auch die Zündkirsche in Brand und brachte das ‚THERMIT' zur Entzündung. Das ‚THERMIT' fraß sich nunmehr durch die enorme Hitze durch die Eisenplatte. Es dauerte etwa 2 bis 3 Minuten, und in der Eisenplatte war ein faustgroßes Loch zu sehen. Während des Schweißprozesses konnte man auf der Eisenplatte einen weißen Fleck erkennen, der durch das zur Entzündung gebrachte ‚THERMIT' entstanden war. Nach dem Nachlassen der Schweißkraft entstand auf dem weißen Fleck das Loch in der Eisenplatte."

Weiter sagte der Agent Weitling aus, welche Hinweise er vom Hauptagenten Herzog hinsichtlich des Einsatzes von Thermit bei Diversionsakten erhielt:

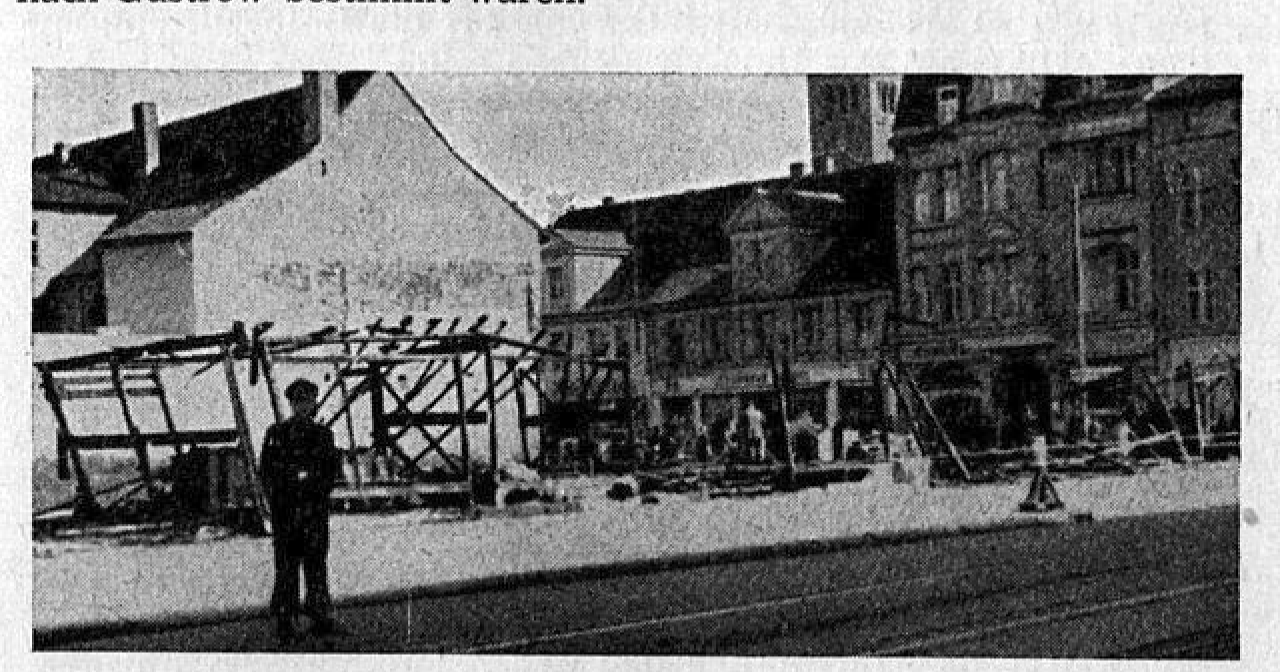
> „‚PAULSEN' hat die Meinung vertreten, daß die Anwendung des ‚THERMITS' gegen die DDR äußerst wirkungsvoll sei. Er stellte sich vor, daß man dadurch auf Parkplätzen in kürzester Zeit Fahrzeuge unbrauchbar machen kann, indem man auf dem Kühler eine Packung ‚THERMIT' zur Entzündung bringt. Weiter betonte er, daß man dadurch ..."

urch größere wichtige Gebäude in Brand stecken kann, wenn man
im obersten Geschoß eine anständige Packung " THERMIT " anbringt. Durch die Beschaffenheit der Gebäude ist es ein leichtes,
da sich das " THERMIT " von Etage zu Etage durchfrißt und in
kürzester Zeit das Gebäude entsprechend abbrennt.
In diesem Zusammenhang erwähnte " PAULSEN ", das HO-Kaufhaus
das vor 8 Tagen in Potsdam restlos abbrannte. Darüber war er
sehr erfreut und meinte weiter:

Der KgU-Agent Joachim Müller, Zerpenschleuse, Berliner Straße 37, geboren am 21. August 1920, der unter dem Decknamen Bürger arbeitete, erhielt vom Hauptagenten Tietze im August 1951 den Auftrag, zur Störung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin die Autobahnbrücke bei Finowfurt, die über den Großschiffahrtskanal führt, durch Brandstiftung zu vernichten. Müller erhielt dafür von Tietze mehrere Phosphorbrandampullen und versuchte zweimal, die Brücke in Brand zu stecken. Durch die Wachsamkeit der Bevölkerung und der Deutschen Volkspolizei wurden diese Anschläge vereitelt. Die Brände konnten in ihren Anfangsstadien erstickt werden.

Müller bekam ferner von Tietze den Auftrag, die Paretzer Schleuse im Nauener Kanal zu sprengen. Bei der Durchführung dieses Anschlages wurden Müller und seine Ehefrau, die ihrem Mann bei seinen Verbrechen half, festgenommen.

Der KgU-Agent Alfred Weigel, Zepelin, Kreis Bützow, erhielt von dem Hauptagenten Bruhn den Auftrag, Heu- und Strohmieten auf den Feldern Mecklenburgs in Brand zu setzen. Bruhn übergab dem Agenten zu diesem Zweck 10 Brandampullen. Bei der Festnahme des Agenten Weigel wurden mehrere Büchsen Sprengstoff, eine Anzahl Spezialsprengkörper, Brandampullen und verschiedene Waffen sichergestellt. Während seiner Vernehmung durch die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik sagte Weigel aus, daß die bei ihm gefundenen Sprengkörper zur Stillegung der Schiffswerft Angermünde und zur Sprengung eines Mastes der Hochspannungsleitung nach Güstrow bestimmt waren.



Das ist der HO-Pavillon in Potsdam, den die „KgU" in Brand stecken ließ

Dieter Dost aus Berlin, Kollwitzstraße 40, geboren am 12. September 1936, wurde ungeachtet seiner Jugend bei einem Besuch des „Amerika-Hauses“ in Westberlin von einem KgU-Agenten angeworben und damit beauftragt, eine Scheune des Volkseigenen Gutes Albrechtshof, auf dem Dieter Dost damals arbeitete, in Brand zu setzen. Nachdem er seinen Arbeitsplatz gewechselt hatte und dann auf dem Volkseigenen Gut Lanke arbeitete, zündete er dort eine gefüllte Scheune an. Die Scheune brannte restlos nieder, da Dost die Abwesenheit der Dorfbewohner, die zu einer Filmveranstaltung gegangen waren, zur Brandlegung ausgenutzt hatte.

Der KgU-Diversant Ralf Bomsdorf, Dresden-Reick, Gasanstaltsstraße 27, geboren am 17. August 1929, erhielt vom Hauptagenten Milster zahlreiche Diversionsaufträge. Einen dieser Aufträge übermittelte ihm sein Komplice, der KgU-Agent Erich Pellmann, Dresden-Heidenau, Herbert-Graf-Straße 7, geboren am 28. September 1912, der bei seiner Vernehmung folgendes aussagte:

> „... Bei meinem achten Treff mit Malik (Deckname des Hauptagenten Milster; die Red.) erklärte mir dieser, daß ich zwei Blechbüchsen mit Brandsätzen und einer Verzögerungsuhr in einem Ausstellungspavillon in Dresden ansetzen sollte, um diesen zu vernichten.
>
> Nach Rückkehr habe ich dem Bomsdorf und dem Peter von diesem Auftrag Kenntnis gegeben. Wir kamen überein, daß ich den Pavillon am ‚Platz der Einheit‘ durch Brandstiftung vernichten und Peter in Gemeinschaft mit Bomsdorf die Brandstiftung an dem Pavillon am Postplatz vornehmen sollte.“

Die beiden Brandstiftungen wurden von den KgU-Diversanten ausgeführt.

Die Bande des KgU-Residenten Josef Klupp in Seiffen versuchte auf Anweisung der KgU in mehreren Fällen, Waldbestände im Erzgebirge durch Brandstiftungen zu vernichten. Sie benutzte dazu Benzin, Phosphor und eine Nitroflüssigkeit.

Sprengstoffanschläge

Die gemeingefährlichste Form der Diversion sind Sprengstoffanschläge. Durch Verwendung hochbrisanter Sprengstoffe soll, wie bei den Brandstiftungen, die völlige Zerstörung von Brücken, Talsperren, Betrieben, Kraftwerken und anderen technischen Anlagen erreicht werden.



Dieter Dost erhielt von der „KgU“ Brandsätze und zündete damit eine Scheune des VEG Lanke an

Die KgU liefert an ihre Diversanten die Sprengmittel (Dynamit, Hexamit, Donarit und andere) meist in Form von Sprengsätzen oder Sprengbüchsen. Die Sprengsätze sind für die völlige Zerstörung kleinster und kleiner Objekte und die Sprengbüchsen für die Totalzerstörung größerer Objekte bestimmt. Bei Anschlägen auf größere Objekte sollen die KgU-Agenten in der Regel mehrere Sprengbüchsen zu gleicher Zeit zur Detonation bringen.

Trotz aller Tarnversuche (Etikettierung der Sprengbüchsen als Gemüsekonserven zum Beispiel) wird das Einschleusen der Sprengmittel für die Agenten der KgU immer schwieriger und gefahrvoller. Deshalb bemüht sich die KgU seit langem, neue Formen der Tarnung zu finden, die sowohl den Transport als auch die Anwendung der Sprengstoffe erleichtern sollen. Darüber gibt ein Monatsbericht des Ländersachgebietes Berlin/Brandenburg für März 1952, der vom Hauptagenten S c h l e d e alias Roller angefertigt wurde, Aufschluß:

5. Besondere Wünsche.

a) Es ist zu überlegen, ob nicht ein Widerstandsmittel entwickelt wird, welches die Form einer Preßkohle hat, beinhaltet mit S-Stoff. Getarnt als Kohle sind ziemlich viele Verwendungsmöglichkeiten im Bereich des Sachgebietes vorhanden.

1. Öfen der Industrieanlagen in Oberspree, die fast alle auf Wärmeerzeugung angewiesen sind.

2. Da die ostzonalen Lokomotiven ebenfalls mit Preßkohlen fahren, dürfte auch auf diesem Gebiet etwas zu machen sein und die so behandelten Lokomotiven müßten aus der Fahrbereitschaft herausgezogen werden.

Roller

Dieser Vorschlag ist eine Aufforderung zum Massenmord! Denn diese Sprengstoffanschläge sollen nicht nur Öfen und Lokomotiven vernichten, sondern auch die Arbeiter, das Zugpersonal und die Reisenden töten. Doch die Agenten-, Spionage- und Sabotageorganisation des amerikanischen Geheimdienstes, die der Weltöffentlichkeit noch immer glauben zu machen versucht, daß sie gegen die Unmenschlichkeit kämpft, zögerte keinen Augenblick, den teuflischen Plan ihres Hauptagenten Schlede aufzugreifen. In einigen Fällen versuchte die KgU tatsächlich solche Sprengstoffanschläge durchzuführen.

So wurde bereits im Frühjahr 1951 der Plan zu einem umfassenden Diversionsakt in der Wismut AG entworfen. Ein Hauptwasserrohr

sollte gesprengt werden. Dadurch wären im Gebiet der Stadt Oberschlema mehrere Schächte vollkommen unter Wasser gesetzt worden. Um den Einsatz der Pumpen zu verhindern, hatte die KgU vorgesehen, zur gleichen Zeit auch zwei Transformatorenstationen zu sprengen. Durch schnelles Handeln der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Ausführung dieses Planes vereitelt, der ohne Zweifel Hunderten von Bergleuten das Leben gekostet hätte.

Der KgU-Agent Walter Klemke aus Wittenberg, Annendorfer Straße 31, geboren am 29. Oktober 1911, wurde von der KgU beauftragt, die Starkstromleitung vom Kraftwerk Zschornewitz zum Stickstoffwerk Piesteritz durch Sprengung eines eisernen Mastes zu unterbrechen. Klemke forderte deshalb durch den Agenten Ehresmann, der für die KgU aus einem Steinbruch 25 Kilogramm Donarit gestohlen hatte, bei der KgU eine Vorsatzladung an. Er erhielt eine Konservendose, in die einige Sprengsätze eingebaut waren und die mit einem handelsüblichen Etikett als „Tomatenmark“ getarnt war.

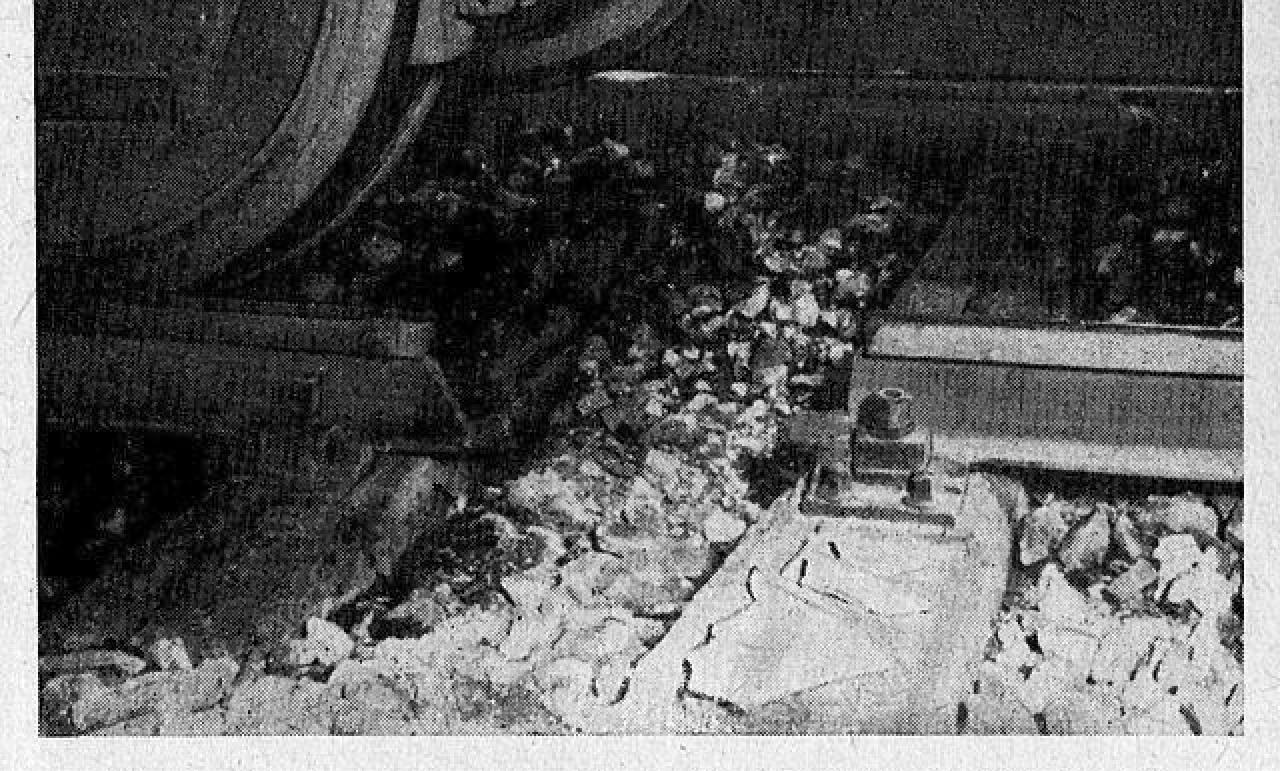
Wie eng die Diversionstätigkeit der KgU vor allem bei den Sprengstoffanschlägen mit brutalstem Terror verbunden ist, mögen folgende Beispiele beweisen:

Der KgU-Diversant Albrecht Geßler aus Lübs sprengte mit Druckminen, die aus Heeresbeständen der faschistischen Wehrmacht stammten, auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt Gleisanlagen. Bei dem ersten Attentat entgleiste auf der Strecke Magdeburg—Dessau die Lokomotive eines Personenzuges. Das Lokpersonal wurde dabei verletzt.

Ein weiteres Attentat führte Geßler im Auftrage der KgU auf einen Schnelltriebwagen aus, der als Sonderzug zur Leipziger Messe eingesetzt worden war. Durch die Sprengwirkung wurde der Triebwagen stark beschädigt. Drei Personen erlitten dabei schwere und fünf Personen leichte Verletzungen.

Den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik liegt darüber unter anderen die Zeugenaussage eines Eisenbahners vor, der durch das Sprengstoffattentat des Diversanten Geßler verletzt wurde:

> „Es war ein sehr nebliger Tag, und kurz vor Prödel gab es einen lauten Knall. Fensterscheiben und Türfüllungen flogen zwischen die Reisenden, unter denen eine große Unruhe entstand. Frauen und Kinder schrien. Der Bodenbelag im Führerstand war her-



Die Druckminen rissen ein 53 cm langes Schienenstück heraus

untergerissen. Der Triebwagenführer und dessen Beifahrer waren verletzt. Es gab auch unter den Reisenden viele Verletzte ...

Ich bin etwa 5 bis 6 Meter weit in den Wagen hineingeflogen. Ich hatte mir am linken Fuß eine Verstauchung und eine offene Wunde zugezogen. Der rechte Fuß war angebrochen. Ich lag mit dem rechten Fuß sechs Wochen in Gips und mußte 8 Wochen von der Arbeit fernbleiben."

Der KgU-Resident Johann Burianek aus Berlin spionierte im Auftrage des KgU-Hauptagenten Parey mit seiner Bande verschiedene volkswirtschaftlich wichtige Betriebe im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin aus, um Ansatzpunkte dafür zu finden, diese Betriebe zeitweilig stillzulegen oder zu zerstören. Das Spionagematerial — Skizzen und schriftliche Informationen — überbrachte er der KgU und ergänzte es noch durch mündliche Berichte. Zudem hatten Burianek und seine Bande auch verkehrstechnische Anlagen ausgekundschaftet. Er erhielt von Parey dann die Anweisung, die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Erkner vorzubereiten. Ziel dieser Diversion sollte sein, den Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Berlin—Frankfurt/Oder und auf der Autobahn Prenzlau—Berlin—Frankfurt/Oder für einige Zeit lahmzulegen. Die Sprengung der Brücke sollte beim Passieren des fahrplanmäßigen D-Zuges vorgenommen werden. Auch

hier zeigt sich deutlich, wie eng die von der KgU organisierten Diversionsakte mit brutalem Mord verbunden sind. Dieses Attentat wurde von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik



durch die Festnahme Burianeks verhindert. Viele Reisende dieses Zuges — Männer, Frauen und auch Kinder — hätten sonst ohne Zweifel den Tod gefunden.

Im Auftrage des KgU-Hauptagenten Kurt Baitz fotografierte der Resident Gerhard Benkowitz aus Weimar eine Anzahl wichtiger Objekte, um Möglichkeiten der größten Sprengwirkung zu erkunden. Es sollten gesprengt werden: die Saaletalsperre, die Sechsbogenbrücke bei Weimar, die Kegelbrücke, die Eisenbahnunterführungen Jenaer Straße, Dürrenbacher Hütte und Tiefurter Allee in Weimar und andere. Benkowitz traf entsprechende Vorbereitungen, um alle diese Objekte am sogenannten Tag X zu zerstören. So beschaffte er sich unter anderem einen Bremsschuh, mit dem er einen Eisenbahnzug auf der Sechsbogenbrücke kurz vor der Sprengung zum Stehen bringen wollte, um auf diese Art einen möglichst großen Schaden anzurichten. Vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik sagte Benkowitz aus, daß er nicht gezögert hätte, auch einen D-Zug oder einen Kinderferienzug in die Luft zu jagen. Benkowitz hatte bereits Vorbereitungen getroffen, um größere Mengen Sprengstoff, die ihm unmittelbar von der KgU geliefert werden sollten, zu lagern.

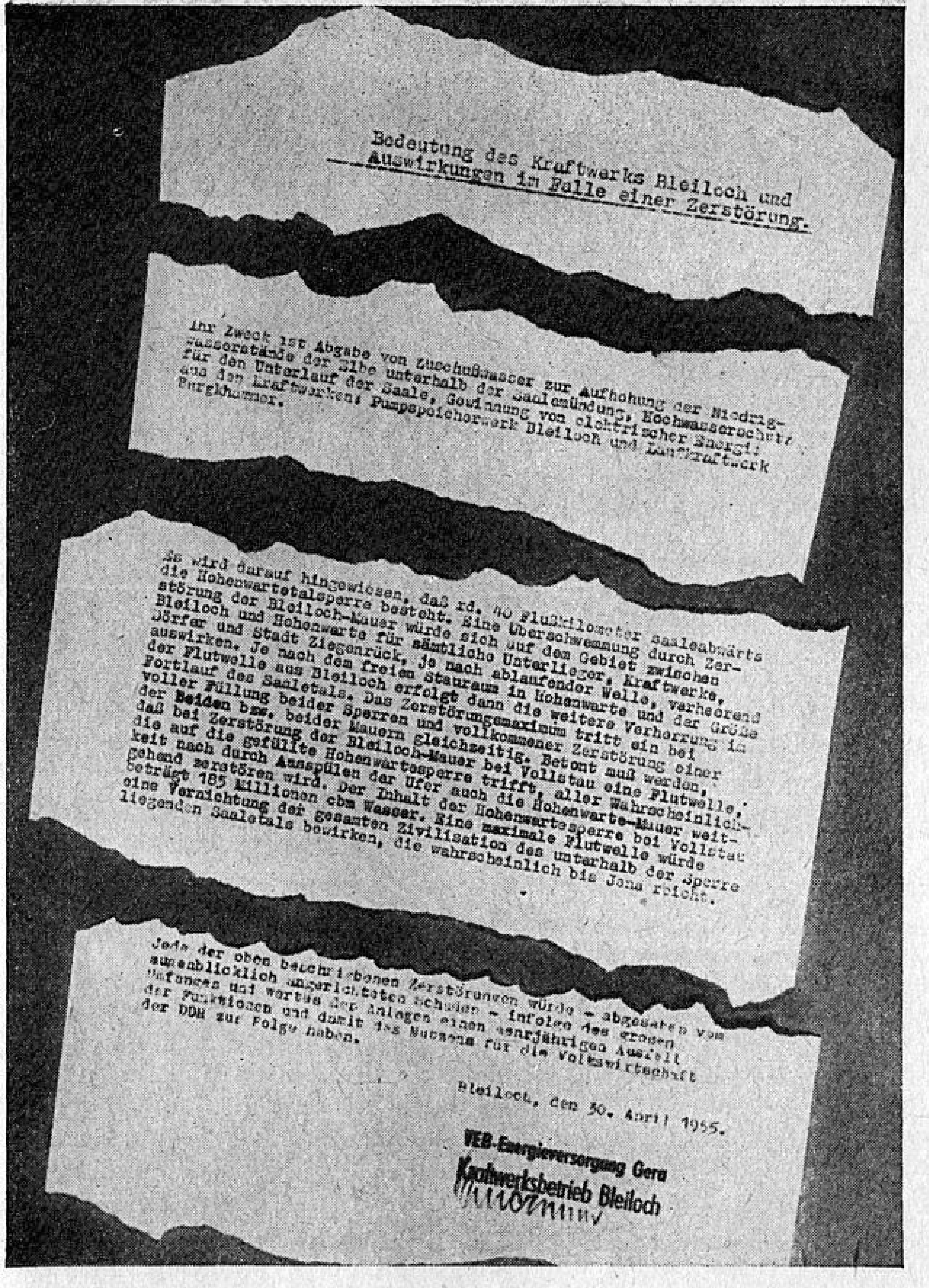
Gerade die letzten Beispiele lassen erkennen, welche wirklichen Ziele die KgU verfolgt. Ihr Leiter, Ernst Tillich, äußerte sich am 15. Dezember 1952 über das „Ziel" der KgU:

> „Aber was ist das positive Ziel? Lassen Sie es mich ganz einfach mit dem Symbol beantworten, von dem in diesem Vortrag schon einmal die Rede war: die deutsche Brüderlichkeit."

Unter dem „Symbol der deutschen Brüderlichkeit" ist also die Zerstörung der Arbeitsstätten Tausender Menschen, die Vernichtung der Arbeit fleißiger Bauern und schließlich der unmenschliche Terror gegen jedermann, der brutale Mord zu verstehen.

4. Terror

Der Begriff Terror umschließt sowohl die Drohung mit Gewaltakten als auch die Ausführung von Gewaltakten gegen Einzelpersonen und ganze Bevölkerungskreise, um sie in Furcht und Schrecken zu versetzen und in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit hervorzurufen.



Bedeutung des Kraftwerks Bleiloch und
Auswirkungen im Falle einer Zerstörung.

Ihr Zweck ist Abgabe von Zuschußwasser zur Aufhöhung der Niedrigwasserstände der Elbe unterhalb der Saalemündung, Hochwasserschutz für den Unterlauf der Saale, Gewinnung von elektrischer Energie aus den Kraftwerken: Pumpspeicherwerk Bleiloch und Laufkraftwerk Burgkhammer.

Es wird darauf hingewiesen, daß rd. 40 Flußkilometer saaleabwärts die Hohenwartetalsperre besteht. Eine Überschwemmung durch Zerstörung der Bleiloch-Mauer würde sich auf dem Gebiet zwischen Bleiloch und Hohenwarte für sämtliche Unterlieger, Kraftwerke, Dörfer und Stadt Ziegenrück, je nach ablaufender Welle, verheerend auswirken. Je nach dem freien Stauraum in Hohenwarte und der Größe der Flutwelle aus Bleiloch erfolgt dann die weitere Verheerung im Fortlauf des Saaletals. Das Zerstörungsmaximum tritt ein bei voller Füllung beider Sperren und vollkommener Zerstörung einer der Beiden bzw. beider Mauern gleichzeitig. Betont muß werden, daß bei Zerstörung der Bleiloch-Mauer bei Vollstau eine Flutwelle, die auf die gefüllte Hohenwartesperre trifft, aller Wahrscheinlichkeit nach durch Ausspülen der Ufer auch die Hohenwarte-Mauer weitgehend zerstören wird. Der Inhalt der Hohenwartesperre bei Vollstau beträgt 185 Millionen cbm Wasser. Eine maximale Flutwelle würde eine Vernichtung der gesamten Zivilisation des unterhalb der Sperre liegenden Saaletals bewirken, die wahrscheinlich bis Jena reicht.

Jede der oben beschriebenen Zerstörungen würde – abgesehen vom augenblicklich angerichteten Schaden – infolge des großen Umfanges und Wertes der Anlagen einen mehrjährigen Ausfall der Funktionen und damit des Nutzens für die Volkswirtschaft der DDR zur Folge haben.

Bleiloch, den 30. April 1955.

VEB-Energieversorgung Gera
Kraftwerksbetrieb Bleiloch

Auszüge aus dem Gutachten über die verheerenden Auswirkungen einer Sprengung der Saaletalsperre

Der von der KgU organisierte Terror gegen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und auch gegen Bürger der Deutschen Bundesrepublik und Westberlins wird in den verschiedensten Formen ausgeübt. Hauptsächliches Ziel der Terrorakte ist es, das Vertrauen der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur demokratischen Staatsmacht zu erschüttern, ihren Aufbauwillen zu lähmen, ihre Bereitschaft für den Kampf um eine glückliche Zukunft des Volkes und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands mit allen nur möglichen terroristischen Mitteln zu ersticken. Die Skala dieser von der KgU und ihren Agenten im amerikanischen Auftrage seit Jahren verübten Verbrechen reicht von der Hetze gegen aufrechte Demokraten und Patrioten bis zum Mord. Wie abscheulich all diese Verbrechen sind, die von der KgU geplant werden und zum Teil auch ausgeführt wurden, zeigten bereits die hier geschilderten Beispiele von Diversionsakten. Die KgU wendet den Terror nicht nur gegen Funktionäre der demokratischen Parteien und Massenorganisationen und des Staatsapparates an, sondern auch gegen Kinder. Sie steht in dieser Hinsicht in keiner Weise den vertierten Mordbanden der SS nach, deren Brutalität immer Haß und Abscheu erregen wird.

Grundlage jeglicher terroristischer Handlung der KgU ist vor allem ihre Spionagetätigkeit, insbesondere aber die politische Spionage, durch die Namen, Anschriften und Informationen über die Arbeit, die politische Haltung, die patriotische Einsatzbereitschaft und auch die Lebensgewohnheiten von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlins und der Deutschen Bundesrepublik gesammelt werden.

Terror gegen Einzelpersonen

Durch verschiedenartigste Drohungen und Druckmittel versucht die KgU, vor allem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik von der aktiven gesellschaftlichen Tätigkeit abzuhalten und sie zu zwingen, ihre Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Organisationen oder ihre Arbeit in staatlichen Organen aufzugeben. Die Terrorakte der KgU richten sich deshalb gegen Patrioten und Friedenskämpfer, gegen Funktionäre in Staats- und Wirtschaftsorganen, gegen leitende Mitglieder der demokratischen Parteien und Massenorganisationen, vor allem gegen Aktivisten und Neuerer in der Produktion und gegen Angehörige der Deutschen Volkspolizei, der Sicherheitsorgane und der Nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik.

Die KgU leitet so zum Beispiel die aus Spionageinformationen erhaltenen Angaben über Bürger der Deutschen Demokratischen Republik an das amerikanische Agentenzentrum RIAS weiter. Der RIAS verwendet diese Angaben für sogenannte Warnsendungen, mit denen er versucht, vor allem bekannte Funktionäre zu terrorisieren und sie von der Bevölkerung zu isolieren.

Der KgU-Agent Joachim Rauch aus Erfurt sagte vor den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik über die Verwendung der von ihm gelieferten Spionagenachrichten aus:

Dieses von mir bereits eingetragene Spionagematerial wollte ich vervollständigen und Anfang März 1952 der "KgU" aushändigen. Soviel mir bekannt ist, gibt die "KgU" diese Namen den Hetzsender RIAS, damit dieser in seinen Sendungen diese Personen verleumden kann. Joachim Rauch.

Auf Grund ihrer Spionageinformationen erteilt die KgU ihren Agenten und Residenten Terroraufträge. So antwortete zum Beispiel der eben genannte KgU-Agent Joachim Rauch bei seiner Vernehmung auf die Frage, was es mit einer bei ihm gefundenen Liste mit Namen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik auf sich habe:

> „Die Namen habe ich im Februar 1952 in der KgU erhalten. Es soll sich dabei um Personen handeln, die fortschrittlich eingestellt sind und vor denen die KgU in Verbindung mit der Spionageagentur Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen besonders warnt. Ich schrieb mir die Namen auf, um diese Leute besonders mit Hetzmaterial zu beliefern."

Die KgU „beliefert" — wie sich der Agent Rauch ausdrückte — diese Bürger jedoch nicht nur mit Hetzmaterial. Sie versendet in weit größerem Umfange an allgemein bekannte und geschätzte Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik Postkarten und Briefe, in denen sie wegen ihrer fortschrittlichen Tätigkeit verleumdet und bedroht werden.

Der KgU-Agent Gerhard Heyder (Decknamen: Ebert, Kurtze), Quedlinburg, Bornholzweg 34, geboren am 6. September 1925, entwarf im Auftrage des Hauptagenten Hennig Drohbriefe und versandte diese an Funktionäre der demokratischen Parteien und Massenorganisationen im Kreise Quedlinburg. Unter anderem fertigte er auch „Trauerkarten" an und verschickte sie an die Ehefrauen dieser Funktionäre. Mit der Morddrohung „Herzliches Beileid zum baldigen



Der Agent Heyder terrorisiert die Bevölkerung von Quedlinburg nicht mehr

Ableben ihres Ehegatten" versuchte er, Frauen und Kinder zu erschrecken und einzuschüchtern. Unter Mißbrauch der Namen von Ehefrauen, deren Männer im öffentlichen Leben stehen, ließ er in den Bezirkszeitungen Traueranzeigen veröffentlichen. Heyder ging sogar so weit, ein Beerdigungsinstitut zu beauftragen, den „Leichnam" eines völlig gesunden Bürgermeisters abzuholen, wozu er gleichfalls die Namen der Angehörigen dieses Funktionärs mißbrauchte.

Durch diesen Terror will die KgU erreichen, daß die Angehörigen ihre Männer oder Väter durch Bitten dazu bewegen, ihre gesellschaftliche Tätigkeit aufzugeben.

Der KgU-Agent Otto Schulze, Dresden-Coswig, Hirtenweg 3, geboren am 12. Juni 1908, bekam vom Hauptagenten Milster den Auftrag, mit Drohbriefen Terroraktionen zu organisieren. Bei einem Treff in Westberlin erhielt er ein Konzept, nach dem er die Drohbriefe schreiben und an verschiedene Geistliche aus Radebeul versenden sollte. Dieser Terrorakt wurde auch von Schulze ausgeführt.

Neben diesem Terror mit Hetz-, Verleumdungs- und Drohbriefen organisiert die KgU auch Überfälle auf fortschrittliche Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlins. Dabei gibt sie ihren Agenten die Weisung, diesen Bürgern möglichst so starke Verletzungen beizubringen, daß sie arbeitsbehindert oder arbeitsunfähig werden. Auch diese Terrorüberfälle sollen bewirken, andere aufrechte Demokraten und Friedenskämpfer derart einzuschüchtern, daß sie von ihrer aktiven gesellschaftlichen Tätigkeit Abstand nehmen.

Der KgU-Bandenführer Josef Klupp aus Seiffen/Erzgebirge sollte im Auftrage des Hauptagenten Kurt Baitz Dienstausweise der Deutschen Volkspolizei und Mitgliedsbücher der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschaffen. Da Klupp nicht wußte, wie er zu solchen Ausweisen kommen könnte, wies ihn Baitz an, diese Dokumente durch Überfälle auf Volkspolizisten und Mitglieder der SED zu rauben. Klupp erteilte daraufhin an vier Komplicen seiner Bande den Auftrag, einen bewaffneten Überfall auf die Streife der Deutschen Grenzpolizei im Rauschenbachtal zu verüben. Weiter wurde von dieser Bande ein Überfall auf einen Lehrer und einen Funktionär, beide Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, geplant. Diese Verbrechen wurden nur durch das rechtzeitige Eingreifen der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik verhindert.

Der KgU-Bandenführer Herbert Hoese (Deckname: Ferdinand) aus Berlin N 31 führte mit seiner Bande, die sich aus jugendlichen Row-

dys zusammensetzte, an den Sektorengrenzen in Groß-Berlin die verschiedensten Terroraktionen durch. Unter anderem wurde die Bande vom KgU-Hauptagenten Schlede angewiesen, an der Sektorengrenze gelegene Verkaufskioske der Staatlichen Handelsorganisation (HO), der Konsumgenossenschaft und des privaten Einzelhandels durch Phosphorampullen in Brand zu setzen und Schaufensterscheiben verschiedener Geschäfte durch Steinwürfe zu zertrümmern. Die Bande ging gegen Passanten, die sie an diesen Verbrechen hindern wollten, tätlich vor. Sie schlug auch einen Volkspolizisten nieder, mißhandelte ihn auf unmenschlichste Weise und verschleppte ihn in die Westsektoren Berlins. Die Rowdys schlugen eine Straßenbahnschaffnerin, bis sie bewußtlos wurde, und bewarfen die zur Löschung der von ihnen gelegten Brände anrückende Feuerwehr mit Steinen.

Den Staatsorganen der Deutschen Demokratischen Republik liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß die KgU gegen fortschrittliche Bürger zum Mord hetzt, ja direkt Mordaufträge erteilt.

Und nicht nur das: Die KgU organisiert sogar Pogrome.

So ließ die KgU im Juli 1952 an Wohnungstüren von Westberliner Bürgern, die gegen den Generalkriegsvertrag auftraten, gelbe Zettel mit der Aufschrift „Schlagt sie tot!" kleben. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Abhängigkeit des Westberliner Senats vom amerikanischen Geheimdienst, wenn der Westberliner Oberstaatsanwalt Cantor die Klage, die ein Zehlendorfer Einwohner, Peter K., wegen Mordhetze gegen die KgU erhob, mit dem Bemerken ablehnte, daß „ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung nicht vorliegt".

Der Leiter der Operativen Abteilung der KgU, Gerd Baitz, traf Vorbereitungen, um Funktionäre in der Deutschen Demokratischen Republik mit Gift zu ermorden. Von dem ihm unterstehenden chemisch-technischen Laboratorium der KgU forderte er ein intensiv wirkendes Kontaktgift. Die Wirkung des Giftes sollte so stark sein, daß schon die geringste Menge bei Berührung schwerste gesundheitliche Schäden und sogar den Tod verursachen würde. Baitz beabsichtigte, dieses Gift auf Schriftstücke zu streuen, die in Form eines Bittgesuches oder einer Anfrage aus der Bevölkerung an Staats-, Wirtschafts- und Parteifunktionäre in der Deutschen Demokratischen Republik versandt werden sollten.

Der KgU-Chefchemiker Wolfgang Kaiser stellte daraufhin unter Verwendung von Cantharidin das Kontaktgift her. Über die Wirksamkeit dieses Giftes wurde Kaiser während der Hauptverhandlung vor dem Ersten Strafsenat des Obersten Gerichts der Deutschen

Demokratischen Republik befragt. Er bestätigte, daß die im Besitz der KgU befindliche Giftmenge genügt hätte, um zahlreiche Menschen zu töten.

Was von der Lüge der KgU über ihren angeblichen Kampf gegen die Unmenschlichkeit, ihre angeblichen humanitären Aufgaben und ihre „politische Seelsorge“ übrigbleibt, mögen die Ausführungen des ehemaligen KgU-Hauptagenten Wagner vor Vertretern der deutschen und internationalen Presse auf der Pressekonferenz des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Oktober 1955 in Berlin dokumentieren:

> „Ich sehe mich jedenfalls gezwungen, hier vor der Weltöffentlichkeit festzustellen, daß die angeblich humanitäre Organisation KgU Gift nicht nur produziert, sondern es auch einsetzt. Baitz hat über den damaligen Sachgebietsleiter Sachsen, Kurt Milster, Deckname Malik, dem früher in Leipzig wohnhaft gewesenen Tierarzt W. Schöbe den Auftrag erteilt, Giftanschläge durchzuführen.“



Agent Walter Schöbe

Walter Schöbe, Leipzig C 1, Thomaskirchhof 13 e, geboren am 18. März 1929, hatte sich als Veterinärmediziner Zugang zum Leipziger Schlachthof verschafft. Er war im Besitz von einem Gramm Gift, das er von der KgU erhalten hatte, und ver-

... an uns die Frage, ob
REHAHN und ich in der Lage wären, daß für die sowjetische Armee
bestimmte Fleisch ungenießbar zu machen. Da wir daraufhin
zum Ausdruck brachten, daß wir nicht wüßten, was damit
gemeint ist, sagte uns MALIK, daß die " KGU" im Besitz eines
stark wirkenden Giftes ist, mit welchem wir das für die sowjeti-
sche Armee bestimmte Fleisch infizieren sollten.
REHAHN und ich brachten darauf unsere Bereitschaft zum
Ausdruck, unsere zeitweilige Tätigkeit auf dem Schlacht-
hof auszunutzen, um diesen verbrecherischen Auftrag durch-
zuführen.
Mit...

Auszug aus einem Vernehmungsprotokoll des „KgU“-Agenten Walter Schöbe

giftete damit eine beträchtliche Menge Fleisch. Diese Vergiftung konnte glücklicherweise festgestellt werden, bevor das Fleisch ausgeliefert wurde.

Der KgU-Agent Werner K a l k o w s k i war einer der Rädelsführer des faschistischen Putschversuches vom 17. Juni 1953 in Berlin. Über die Anweisungen, die seine Bande von der KgU erhalten hatte, sagte er bei seiner Vernehmung aus:

> „Wir erhielten den Auftrag, die Regierungsgebäude zu überfallen, Brände anzulegen, Läden zu plündern, Volkspolizisten umzulegen und mit der Waffe gegen die Staatsorgane vorzugehen."

Massenterror

Die KgU beschränkt sich jedoch nicht auf den Terror gegen Einzelpersonen, sondern organisiert auch Massenterror; sie plant und führt terroristische Aktionen durch, die sich auf die Einwohnerschaft ganzer Dörfer und Städte, auf die Mitglieder von Parteien und Organisationen und sogar auf die gesamte Bevölkerung auswirken und Angst und Unsicherheit hervorrufen sollen. Die Grenze zwischen dem Terror gegen Einzelpersonen und dem Massenterror kann kaum scharf markiert werden; denn verschiedene Methoden des Terrors gegen Einzelpersonen werden von der KgU zugleich zur Massenterrorisierung angewendet.

Eines der gebräuchlichsten Mittel des von der KgU organisierten Massenterrors sind Lügen und Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre Staatsmacht, die von der KgU durch Rundfunksender und durch Versendung von Drucksachen verbreitet werden.

So hat die KgU seit ihrem Bestehen vor allem über den dem amerikanischen Geheimdienst unterstehenden Sender RIAS Lügenmeldungen über die Deutsche Demokratische Republik verbreiten lassen, die einzig und allein das Ziel verfolgen, die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ständig in Unruhe zu versetzen und ihr Vertrauen zur Arbeiter-und-Bauern-Macht zu unterwühlen.

Häufig werden Falschmeldungen über die Versorgungslage in der Deutschen Demokratischen Republik verbreitet, mit denen Preiserhöhungen und eintretende Warenknappheit bei verschiedenen Industriewaren angekündigt werden. Dadurch soll ein Teil der Bevölkerung zu sogenannten Angsteinkäufen veranlaßt werden. Der Zweck dieser terroristischen Aktionen besteht darin, eine tatsächliche Warenknappheit durch diese Angsteinkäufe hervorzurufen, die planmäßige Versorgung zu stören und dadurch Unzufriedenheit herbeizuführen.

Mit der Lüge von einer bevorstehenden Währungsreform in der Deutschen Demokratischen Republik sollte die Bevölkerung veranlaßt werden, ihre Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zu kündigen, womit man erreichen wollte, daß der Bargeldumlauf schlagartig ansteigt, die Nachfrage nach Waren bei weitem das Angebot überwiegt und so die Finanzplanung sowie die Versorgung in der Deutschen Demokratischen Republik gestört werden.

Die von der KgU in großen Mengen über das gesamte Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gestreuten Flugblätter, deren Inhalt Lügen, Verleumdungen und Hetze sind, sollen gleiche oder ähnliche Wirkungen erzielen.

Die Hetzschriften der KgU werden durch Agenten auf verschiedene Art und Weise in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust.

Im Jahre 1952 begann die KgU, vor allem Hetzflugblätter mit Hilfe gasgefüllter Ballons in allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik zu streuen. Bei diesen Ballonaktionen wurden mehrfach Bürger der Deutschen Demokratischen Republik — darunter auch Kinder — durch die aus großer Höhe abstürzenden Flugblätterpakete verletzt und in Lebensgefahr gebracht sowie erheblicher Materialschaden verursacht. Gleichzeitig sind durch mehrere Explosionsunglücke in Westberlin Leben und Gut Westberliner Bürger gefährdet worden. Darüber hinaus wurde der internationale Flugverkehr durch diese Ballons ernsten Gefahren ausgesetzt.

Um den Umfang der von der KgU organisierten Terroraktion nur anzudeuten, genügt die Angabe, daß allein im Jahre 1954 insgesamt über 100 Millionen Hetzflugblätter und Hetzschriften durch die KgU vertrieben wurden, von denen ungefähr 68 Millionen die KgU selbst hergestellt hatte.

Neben dieser Form des Massenterrors richtet die KgU ihre Terroraktionen vor allem auch gegen die Mitglieder demokratischer Parteien und anderer Massenorganisationen. Überfälle auf Büros und Heime dieser Organisationen, deren Ausraubung und Zerstörung, sollen insbesondere in Westberlin die Mitgliedschaft einschüchtern und sie in ihrer öffentlichen Tätigkeit behindern.

Der KgU-Bandenchef Helmut M e t z, ehemals in Berlin N 65, Gerichtstraße 65, wohnhaft, geboren am 11. September 1928, erhielt von der KgU den Auftrag, in Westberlin terroristische Überfälle auf Geschäftsstellen und Heime demokratischer Organisationen durchzuführen, deren Inneneinrichtungen zu demolieren und besondere „Beutestücke“ — wie Fahnen, Akten und Karteien — der KgU zu überbringen. Metz führte die Aufträge bedenkenlos aus.



Ein vom „KgU"-Agenten Metz und seinen Komplicen demolierter Versammlungsraum in Westberlin

Im Untersuchungsverfahren konnte dem Terroristen Metz und seinen Komplicen die Zerstörung des Inventars von Versammlungsräumen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Freien Deutschen Jugend in mehreren Fällen nachgewiesen werden. Er zerschlug mit seinen Rowdys im September 1951 die Einrichtung von Versammlungsräumen in Berlin-Spandau, Sprengelstraße, und in Berlin-Wedding, Ackerstraße.

Eine von der KgU organisierte Bande überfiel Mitte August 1952 Westberliner Jugendliche, die sich auf dem Wege zum FDJ-Heim am S-Bahnhof Westend (britischer Sektor) befanden. Sie mißhandelten mehrere Jungen und Mädel und zerstörten anschließend die Inneneinrichtung des FDJ-Heimes.

In den verschiedensten Städten der Deutschen Demokratischen Republik terrorisierte die KgU die Bevölkerung durch Werfen von Stinkbomben und anderen ähnlichen Mitteln. Die KgU-Agenten sind angewiesen, diese Terrormittel vor allem dort anzuwenden, wo viele Menschen zusammenkommen, so in HO-Warenhäusern und großen Restaurants, bei Versammlungen und Kundgebungen, in Lichtspielhäusern, Theatern und anderen Kulturstätten. Das Ziel solcher

Terroraktionen ist, Panik unter der Menschenmenge zu erzeugen, die Bevölkerung zu verärgern und sie vom Besuch von Veranstaltungen jeglicher Art fernzuhalten.

Der KgU-Agent Joachim Müller aus Zerpenschleuse erhielt vom Hauptagenten Tietze den Auftrag, während der Volksbefragung im Juni 1951 in das Abstimmungslokal von Zerpenschleuse einzudringen und dort Stinkbomben zu werfen. Er erhielt für diesen Terrorakt 10 Ampullen, die mit einer Brechreize hervorrufenden Säure gefüllt waren. Müller führte diesen Auftrag aus.

Der KgU-Agent Erich Mallaun aus Leipzig N 34, Huttenstraße 18, geboren am 20. Oktober 1903, erhielt von der KgU etwa 50 Stinkbomben und Brandampullen. Er sollte damit Besucher von Kaufhäusern des staatlichen und genossenschaftlichen Handels terrorisieren. Während des stärksten Publikumsverkehrs warf Mallaun in verschiedenen Leipziger Kaufhäusern, so im HO-Warenhaus Hainstraße und Petersstraße, und auch im HO-Kaffee „Centra" Brandampullen und Stinkbomben.

5. Verschwörung gegen Deutschland und den Frieden

Fünfte Kolonne des Kalten Krieges

Aus der Rolle, die der KgU im Kalten Krieg der Westmächte und der 150 westdeutschen Multimillionäre zugedacht ist und die zu erfüllen sie kein Verbrechen scheut, ergibt sich, daß ihre gesamte Tätigkeit darauf gerichtet ist, die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu gefährden.

Die verbrecherische Tätigkeit der KgU konzentriert sich dabei auf zwei Komplexe:

1. Auf den Terror gegen alle deutschen Patrioten und demokratischen Organisationen, die die antinationale Politik des Adenauer-Regimes, die Politik der Spaltung Deutschlands und die Vorbereitung eines „heißen Krieges" bekämpfen.

   Ziel dieses Terrors ist es, die demokratischen Organisationen und die patriotischen Kräfte zu diffamieren und sie an der Lösung der großen nationalen Aufgaben zu hindern;

   die bestehenden Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland zu zerstören und das Zustandekommen neuer Verbindungen

zur Pflege des gesamtdeutschen Gedankens von vornherein unmöglich zu machen.

Der Terror der KgU beginnt hier mit Verleumdungen und wird fortgesetzt mit dem Anlegen von sogenannten schwarzen Listen, mit Überfällen und mit Mordanschlägen.

2. Auf die Störung aller Versuche, die internationale Lage zu entspannen. Die KgU leistet den „Politikern der Stärke" bei Verhandlungen der Großmächte über die Deutschlandfrage durch unzählige Störmanöver immer wieder schmutzige Handlangerdienste.

Zum e r s t e n K o m p l e x sei hier folgendes erwähnt:

Die KgU versendet an zahlreiche westdeutsche Bürger fingierte Einladungen zu Arbeitstagungen, Konferenzen und Besprechungen, für die irgendwelche Orte in Westdeutschland oder in der Deutschen Demokratischen Republik angegeben werden. Mit diesen Fälschungen wird beabsichtigt, das Vertrauen der Eingeladenen zum angeblichen Veranstalter — in der Regel wird von der KgU dafür eine demokratische Organisation Westdeutschlands oder der Deutschen Demokratischen Republik angegeben — zu erschüttern. Zugleich soll aber auch erreicht werden, daß den Eingeladenen durch Reisekosten und Arbeitsausfall finanzielle Nachteile entstehen. Nicht zuletzt versucht die KgU mit diesen fingierten Einladungen, westdeutsche Bürger bei den Unternehmern, bei denen sie beschäftigt sind, zu diskreditieren. Sie will damit erreichen, daß diese die Einheit Deutschlands anstrebenden Bürger bei Betriebseinschränkungen oder Einführung von Kurzarbeit als erste entlassen oder auf eine andere Weise benachteiligt werden.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner erklärte in diesem Zusammenhang auf der internationalen Pressekonferenz vom 20. Oktober 1955 in Berlin:

> „Um der Annäherung der Bevölkerung aus Ost und West entgegenzuwirken, werden unter Verwendung von gefälschten Briefbogen des Friedensrates, des Kulturbundes, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der Handelsorgane und anderer Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik Einladungen an westdeutsche Arbeiter, Geistesschaffende und Bauern versandt. Mit diesen Schreiben werden sie zu Kongressen, Veranstaltungen oder auch zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub in die Deutsche Demokratische Republik eingeladen."

Vom Westberliner Polizeipräsidium, Abteilung I — Politische Polizei — erhält die KgU regelmäßig Listen mit Personalangaben Westberliner Bürger, die bei Protestaktionen, Kundgebungen und anderen Veranstaltungen in Westberlin von der Westberliner Polizei unter Verletzung der offiziell anerkannten demokratischen Rechte und Freiheiten festgenommen wurden. Die KgU verwendet diese Angaben, um die genannten Bürger auf jede nur erdenkliche Weise zu terrorisieren.

Umgekehrt spielt die KgU der Polizei Westberliner Bürger durch Gangstermethoden in die Hände. Sie versendet beispielsweise an solche Bürger, die durch ihr mutiges Eintreten für die Beseitigung der Spaltung Berlins und für die Wiedervereinigung Deutschlands bekannt sind, gefälschte Einladungen irgendwelcher Organisationen. Gleichzeitig informiert sie die Politische Polizei davon, daß zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Lokal Westberlins eine „illegale kommunistische Versammlung" stattfinde. Zeit- und Ortsangabe decken sich mit den Angaben in den gefälschten Einladungen. Bürger, die den gefälschten Einladungen gefolgt sind, werden dann so den Schikanen der Westberliner Polizei ausgesetzt.

Im verstärkten Maße versucht die KgU auch solche Westberliner Bürger zu terrorisieren, die in Betrieben des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin vor allem als Facharbeiter beschäftigt sind. Die KgU stellt ihnen anonyme Warnungen zu, in denen behauptet wird, daß sie in Kürze von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik wegen angeblich antidemokratischer Äußerungen am Arbeitsplatz verhaftet würden.

Wie die KgU versucht, jegliche Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland zu stören, ist auch einem Artikel der Westberliner Zeitung „Tagesspiegel" vom 5. Juli 1953 zu entnehmen, in dem die KgU gegen die Teilnahme von Künstlern aus der Deutschen Demokratischen Republik an den Bayreuther Wagner-Festspielen hetzt.

Aus denselben Motiven heraus will die KgU die ihr und ihren Auftraggebern unbequemen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Deutschen Bundesrepublik und Westberlins durch Diffamierung politisch unmöglich machen oder zumindest in Mißkredit bringen. Um dafür Anhaltspunkte zu bekommen, hat sie ein weitverzweigtes Spitzelsystem organisiert. Das von den Spitzeln zusammengetragene Material verwendet die KgU zur Vervollständigung ihrer sogenannten Schwarzen Listen, in denen sie alle ihr mißliebigen Persönlichkeiten registriert.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner erklärte dazu am 20. Oktober 1955:

> „Genau weiß ich, daß vom Sachgebietsleiter Sachsen (Kurt Baitz; die Red.) im Auftrage Tillichs kompromittierendes Material gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner gesammelt wurde mit der Absicht, ihn in seiner Funktion als Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen unmöglich zu machen."

Ein besonders treffendes Beispiel der Bespitzelung Westberliner und westdeutscher Bürger durch die KgU ist der Fall Stephan.

Stephan — ein professioneller Nachrichtenhändler, der zu westlichen Geheimdiensten und westdeutschen Agentenorganisationen alle nur möglichen Verbindungen pflegt, — erhielt nach einem Bericht der Hamburger Zeitung „Die Welt" vom 28. Juni 1955 für seine im Auftrage der KgU geleistete Spitzeltätigkeit

> „... für 3 Monate als erste Zahlung 2400 DM".

Über die Spitzeltätigkeit, die Stephan für diesen Sold leistete, berichtete „Die Welt" detailliert:

> „... Stephans letztes ‚Meisterstück' bestand darin, im Auftrage des Leiters der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, eines gewissen Ernst Tillich, eine Liste mit den Namen angeblicher Westberliner Vertrauensleute des Pankower Staatssicherheitsdienstes zusammenzustellen. Tillich steuerte dazu handschriftliche Notizen über ihm ‚unangenehme' Personen bei. Die von Stephan zum größten Teil am Schreibtisch erfundene Liste — sie liegt fotokopiert ‚Der Welt' vor — enthält insgesamt 60 Namen, darunter bekannte Senatsangestellte und Bezirksräte, die zumeist noch gar nicht wissen, daß sie SSD-Agenten sein sollen."

Welchen Umfang und welche Formen die Spitzeltätigkeit der KgU annimmt, soll hier noch an einem weiteren Beispiel erläutert werden:

Aus einem Brief vom 4. September 1951, den die Göttinger Filiale „Kampfbund" an die KgU in Westberlin sandte, geht hervor, daß die KgU den Sänger Rudi Schuricke schon wegen der Tatsache zu diffamieren versuchte, daß er 1945 in Berlin-Rahnsdorf wohnte und seinen Beruf deshalb auch in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone ausübte. In der Absicht, ihn als Künstler unmöglich zu machen, wird in diesem Schreiben „berichtet":

> „Nach dem Zusammenbruch, Mai 45, verstand es der Schallplattensänger Rudi Schuricke, wohnhaft Berlin, sich bei der dortigen

Kampfbund gegen Unmenschlichkeit
Bundesgeschäftsstelle

(20b) Göttingen, den 4. September 51
Düstere Eichenweg 28
Telefon 3212

SA 1891/87/293

SA 501/398

An
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
Berlin Nikolassee
Ernst Ring Str. 2

Betr.: Schallplattensänger Rudi Schuricke, Herrsching am Ammersee / Bayern

PM

Über oben Genannten liegt hier Material vor, das wir Ihnen hiermit zur Kenntnis bringen:

Berlin, 30.10.1951

Ermittlungsbericht
V-Mann Ricardo

Betr.: Schalplattensänger Rudi Schuricke,
wohnh. Herrsching am Ammersee (Bayern)

Ich suchte Herrn Gerhard Sommer, Marienbäger Allee 8 (oder 9) auf und erfuhr von ihm folgendes:

Sch. ist S. persönlich nur flüchtig bekannt aus der Zeit, als beide noch in Friedrichshagen wohnten. Sie lernten sich kennen bei dem Inhaber einer Reifen-Vulkanisieranstalt Päske, Friedrhg., wo sie ihre Reifenreparaturen ausführen liessen. Sch. war jedoch dardcerhlaus eng mit Päske befreundet. S., der über den Sch. nichts weiter zu sagen weiss, macht folgende Quellen namhaft:

1.) Dr. Rust, Chefarzt der Frauenklinik in Friedrichshagen, 1. Mann von Ada Tscheschowa, eng mit Sch. befreundet,

2.) Frl. Bombeck, 47/48 mit Sch. befreundet

3.) den oben erwähnten Päske, der auch über die anderen Freunde und Bekannten von Sch. Bescheid wissen soll.

... für ... und der sowjetisch ... Deutschlands angesehen."

Sollten über Rudi Schuricke Unterlagen vorhanden sein, so bitten wir um Kenntnisnahme.

Kampfbund gegen Unmenschlichkeit
Bundesgeschäftsstelle
I.A.

Fahnd. nicht notiert
Kartei notiert

Postscheckkonto: „Kampfbund gegen Unmenschlichkeit" Hannover Nr. 17985 – Bankkonto: Merkur-Bank Göttingen Nr. 8013

Ermittlungsersuchen des „Kampfbundes" und Ermittlungsbericht des V-Mannes Ricardo

sowjetischen Besatzungsmacht und führenden deutschen kommunistischen Kreisen daselbst anzubiedern und sich beliebt zu machen."

Von dieser böswilligen und dummen Verleumdung ausgehend, kommt der Göttinger „Kampfbund" zu der in Kreisen der Kalten Krieger üblichen „Schlußfolgerung", daß Herr Schuricke, der später nach Westdeutschland verzog, ohne Zweifel ein „kommunistischer Agent" sei:

„Vor einiger Zeit kaufte Sch. das erst Hotel am Platz in Herrsching am Ammersee. Schuricke verfügt über große Geldmittel und ist die Herkunft des Geldes ungeklärt. Es wird stark vermutet, daß in besagtem Hotel Schuricke ein Personenkreis verkehrt, der sowjetischen Kreisen nahesteht. Das Hotel wird als eine Art Relais-Station für kommunistische Agenten aus Ostberlin und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands angesehen."

Diesen verleumderischen Bericht über den Sänger Schuricke verbindet der „Kampfbund" mit dem Ersuchen an die KgU, in Berlin weitere Ermittlungen über ihn anzustellen. Die KgU wies auf Grund dieses Briefes das zuständige Sachgebiet der damaligen Abteilung II b an, Nachforschungen anzustellen, mit welchem Personenkreis Herr Schuricke bekannt war. Ein V-Mann, der den Decknamen ‚Ricardo' trägt, lieferte dann am 30. Oktober 1951 der KgU einen sogenannten Ermittlungsbericht über Berliner Bürger, die mit dem Sänger befreundet waren. Dieser und einige andere Berichte in dieser Spitzelangelegenheit wurden der Göttinger Filiale der KgU zur weiteren Verwendung zugeleitet, unter anderem auch zur Weitergabe an das Amt für Verfassungsschutz. Zugleich wurde Rudi Schuricke von der KgU in der „Schwarzen Liste" als „kommunistischer Agent" registriert.

In der zweiten Hälfte des Oktober 1955 tagte in Westberlin der Bonner Bundestag. Dazu wurden vom Westberliner Senat und vom Landesamt für Verfassungsschutz in Westberlin umfangreiche „Sicherungsmaßnahmen" eingeleitet, um angeblich die Bundestagsabgeordneten vor eventuellen Belästigungen zu bewahren. In Wirklichkeit wurden diese Maßnahmen jedoch getroffen, um auf jeden Fall zu verhindern, daß Bundestagsabgeordnete den Demokratischen Sektor von Groß-Berlin aufsuchen oder auf irgendeine andere Weise mit Bürgern aus dem Demokratischen Sektor oder aus der Deutschen Demokratischen Republik ins Gespräch kommen. Die genannten Westberliner Behörden beschlossen, die Bespitzelung der Bundestagsabge-

ordneten hauptsächlich durch Mitglieder der Westberliner Agentenorganisationen durchführen zu lassen. Das „Neue Deutschland“ vom 17. Oktober 1955 berichtete dazu:

> Es „werden besonders die sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, der ‚Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen‘ sowie die Ostbüros der verschiedenen Parteien genannt. Ihnen sind bereits ausführliche Anweisungen sowie die Listen der zu kontrollierenden Abgeordneten übermittelt worden. Darunter befinden sich von der SPD unter anderen die Abgeordneten Mommer, Menzel, Erler, Maismann und Seidel sowie Dr. Dehler von der FDP und mehrere Abgeordnete des BHE.“

Wozu die von der KgU angelegten „Schwarzen Listen“ schon jetzt dienen sollen, deutet die Hamburger Zeitung „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1955 an:

> widerspiegelt. Es gibt auch handschriftliche Notizen des Gehirnzentralenchefs über ihm unangenehme Personen, die er am liebsten, „da die vorhandenen Gesetze nicht ausreichen“, mit Hilfe „außergesetzlicher Mittel“ beseitigen möchte.

Wie sehen diese „außergesetzlichen Mittel“ aus, die die KgU anwenden will?

Die Antwort auf diese Frage wurde bereits durch einige kennzeichnende Beispiele von Terroraktionen der KgU gegen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlins und der Deutschen Bundesrepublik gegeben. Trotzdem sei hier noch einmal auf den bereits zitierten Bericht des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 19. November 1952 verwiesen, der einen von der KgU organisierten Überfall auf den Westberliner Journalisten Heinz Krüger meldete. Der Journalist wurde durch zwei KgU-Agenten in seiner Wohnung überfallen und brutal niedergeschlagen, weil er sich neutral verhielt und Verbindungen zum „Nauheimer Kreis“ des Professors Noack unterhielt. Allein diese Verbindung und sein „neutralistisches Verhalten“ — wie die beiden KgU-Agenten sich ausdrückten — genügten der KgU, ihn auf ihre sogenannte Schwarze Liste zu setzen und tätlich gegen ihn vorzugehen.

Zum vorhin bereits erwähnten zweiten Komplex der verbrecherischen Tätigkeit der KgU muß das folgende Beispiel gerechnet werden:

Der Verrat an der Nation, den die KgU seit ihrem Bestehen begeht, findet seine gesteigerte Form in den Handlangerdiensten für die „Po-

litik der Stärke", mit denen die KgU im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes sogar versucht, internationale Konferenzen, die sich die Lösung der Deutschlandfrage als Aufgabe gestellt haben, zu stören oder zum Scheitern zu bringen.

Im Januar/Februar 1954 fand in Berlin eine Konferenz der Außenminister der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und der USA statt. Wenige Wochen vorher, am 17. Dezember 1953, vormittags 10 Uhr, trafen sich im Hause des Westberliner Innensenators — im sogenannten Ostbüro des Senats — etwa 20 bis 30 leitende Mitglieder der Agenten- und Spionageorganisationen KgU, „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" und anderer zu einer geheimen Zusammenkunft. Wesentlichster Punkt der Tagesordnung dieser geheimen Zusammenkunft war die Beratung von Maßnahmen zur Störung der Berliner Außenministerkonferenz.

Es wurde unter anderem beschlossen:

1. Gefälschte Dokumente mit dem Inhalt herzustellen, daß das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei beabsichtige, niemals eine Wiedervereinigung Deutschlands zuzulassen.
2. Briefe abzufassen, die, mit fingierten Absendern von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik versehen, an die amerikanische Delegation geschickt werden sollten. Aus diesen gefälschten Briefen sollte hervorgehen, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von den Westmächten Schutz fordere und verlange, gleiche Verhältnisse wie in Westdeutschland zu schaffen.

An beiden Störaktionen war die KgU maßgeblich beteiligt, zumal der Leiter der Operativen Abteilung, Gerd Baitz, vom amerikanischen Geheimdienst gleichlautende Aufträge erhalten hatte.

Der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner erklärte in diesem Zusammenhang auf der internationalen Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin:

> „Auf einer plötzlich einberufenen Dienstbesprechung der Abteilung VII, die in meiner damaligen Wohnung, Berlin-Lichterfelde-West, Berner Straße 18, stattfand, erklärte er (gemeint ist Gerd Baitz; die Red.), daß er soeben von einer Sitzung beim ‚Brötchengeber' käme (gemeint ist der amerikanische Geheimdienst; die Red.), der der KgU anläßlich der Berliner Außenministerkonferenz eine besondere Aufgabe übertragen habe.
>
> Baitz erklärte: Wir müssen, um dem USA-Außenminister (Dulles; die Red.) auf der Berliner Konferenz in seiner Argumen-

tation gegenüber dem Außenminister der Sowjetunion zu helfen, sofort Briefe, Postkarten und Ansichtskarten an Außenminister Dulles schreiben. Diese Zuschriften müssen getarnt werden, damit sie den Anschein erwecken, daß sie von Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik abgesandt worden seien. Der Inhalt muß so abgefaßt werden, daß eine ablehnende Einstellung der Bevölkerung der DDR zu ihrer Regierung zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig müssen diese Zuschriften den amerikanischen Außenminister auffordern, kompromißlos zu verhandeln. Im Text muß vorgetäuscht werden, daß der Schreiber die Zuschrift durch Verwandte oder Bekannte in einen Westberliner Postkasten hat einwerfen lassen. Um eine möglichst große Anzahl solcher Zuschriften zusammenzubringen, mußten auf Anordnung von Baitz alle Sekretärinnen, Frauen und Kinder der Sachgebietsleiter an dieser Aktion teilnehmen. An alle ehemaligen V-Leute, die sich in Westdeutschland aufhalten, wurde geschrieben, und sie wurden um Teilnahme an dieser Aktion ersucht. Als Belohnung für die Beteiligung an diesem Störmanöver wurden ihnen Beträge zwischen 5 und 10 DM ausgehändigt.

Mit Hilfe dieser betrügerischen Methoden wurden innerhalb einer Woche 10 000 bis 12 000 gefälschte Zuschriften abgesandt. Auf die besondere Geheimhaltung dieser Aktion wurde eindringlich hingewiesen. Baitz betonte, daß die KgU das besondere Vertrauen des ‚Brötchengebers' genieße und dieser erwarte, daß keine Angaben über diese Aktion an die Öffentlichkeit gelangten.

In einer späteren Dienstbesprechung wurde uns mitgeteilt, daß die Aktion ein voller Erfolg gewesen sei. Die in Westdeutschland lebenden V-Leute erhielten später aus dem Berliner Büro des USA-Außenministers ein Dankschreiben. Über den RIAS und andere Rundfunkstellen wurde über diese ‚Zuschriften' der Bevölkerung der DDR berichtet, und die eingegangenen Briefe wurden in der Wochenschau gezeigt. Innerhalb der Abteilung VII gab es ein großes Gelächter, als der Techniker Kubitz (gemeint ist Stenzel; die Red.) erklärte, daß er unter den in der Wochenschau gezeigten Zuschriften seine eigenen erkannt habe."

Störung des friedlichen Handels

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik ist der Außenhandel von großer Bedeutung. Darüber

hinaus trägt er auch zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Staaten wesentlich bei und ist ein wichtiger Faktor zur Erhöhung des Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt. Gleiches gilt für den Handel mit der Bundesrepublik.

Gerade wegen dieser ökonomischen und politischen Bedeutung des friedlichen Warenaustauschs ziehen die Strategen des Kalten Krieges, die ihre Handelsbeziehungen in der Regel zur politischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Handelspartner zu benutzen pflegen, mit Embargobestimmungen, Drohungen und sonstigen Störversuchen gegen den Handel zu Felde, den die Länder des sozialistischen Lagers mit anderen Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils betreiben.

Im Rahmen der gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre Handelspartner gerichteten Störversuche der USA fällt der KgU eine besondere Rolle zu. Als wichtigstes Mittel zur Störung des Handels benutzt die KgU gefälschte Schriftstücke, die sowohl das Vertrauen der ausländischen Handelspartner erschüttern als auch den Export der DDR beeinträchtigen sollen.

Die Unterlagen für ihre Fälschungen beschafft sich die KgU durch Spionage. So entsendet sie regelmäßig zur Leipziger Messe Agenten, die ihr über den Abschluß von Verträgen zwischen westdeutschen sowie ausländischen Käufern und der Deutschen Demokratischen Republik berichten sollen.

Dazu erklärte der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner auf der internationalen Pressekonferenz vom 20. Oktober 1955 in Berlin:

> „Unter Benutzung der Messebücher, in denen die vertragschließenden Firmen verzeichnet sind, werden den betreffenden Firmen nach Abschluß der Messe gefälschte Schreiben mit dem Inhalt zugesandt, daß eine Realisierung der abgeschlossenen Verträge erst später oder überhaupt nicht möglich sei. Alle von der KgU festgestellten Anschriften ausländischer Handelspartner der DDR werden an amerikanische Dienststellen weitergeleitet, die die ausländischen Kaufleute unter Druck setzen und zur Aufgabe dieser Handelsbeziehungen zwingen wollen."

Der Text solcher gefälschten Schreiben wird häufig von der KgU so abgefaßt, daß sich eine Beantwortung des Schreibens erübrigt. Dadurch soll die Aufdeckung der Fälschung verhindert und zugleich erreicht werden, daß die Mitteilung anerkannt wird und der Empfänger die sich aus dem Schreiben ergebenden Maßnahmen einleitet.

Im Dezember 1954 wurde an das türkische Wirtschaftsministerium auf einem gefälschten Briefbogen des Deutschen Innen- und Außen-

handels (DIA) ein von der KgU gefälschtes Schreiben gerichtet. Es enthielt die Mitteilung, daß die eingegangenen Verpflichtungen angeblich nicht eingehalten werden könnten:

Betr.: "IFA" Kraftfahrzeug-Großreparaturwerk.

Die beabsichtigte Errichtung eines "IFA" Kraftfahrzeug-Großreparaturwerkes müssen wir wegen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten leider bis zum Jahre 1956/57 zurückstellen.

Aus dem gleichen Grunde wird sich auch das Lieferabkommen über Personenkraftwagen und Nutzungsfahrzeuge aus der IFA-Produktion nur schleppend durchführen lassen.

In der Hoffnung, daß Sie für unsere Situation Verständnis haben, zeichnen wir

hochachtungsvoll

Deutscher Innen- und Aussenhandel
-Transportmaschinen-

In einem auf einem Kopfbogen des DIA-Invest-Export gefälschten Schreiben wurde die Firma Müller & Pesant in Maubeuge/Nordfrankreich gebeten, einen Vertreter ihrer Firma zu angeblichen Vertragsabschlüssen nach Berlin zu entsenden:

> „Infolge des Aufbaus neuer Industriebetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik werden wir etwa 200 Drehbänke vom Typ Viking und 150 Drehbänke vom Typ Gallia 130 benötigen.
>
> Nach den auf der Leipziger Messe von uns gesammelten Erfahrungen liegen Ihre Drehbänke mit gutem Leistungsvermögen für uns preisgünstig.
>
> Wir würden es begrüßen, wenn Sie baldmöglichst einen Vertreter entsenden würden, der autorisiert ist, Vertragsabschlüsse mit uns zu tätigen."

Die KgU beschafft sich auch Informationen über die Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik, indem sie die für die Deutsche Demokratische Republik bestimmte Post aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland, die über Westberliner Postämter läuft, durch Postangestellte überwachen läßt, die KgU-Agenten sind.

Über diese, jede internationale und gesetzliche Bestimmung des Postverkehrs verletzenden Eingriffe der KgU gab der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner in- und ausländischen Pressevertretern am 20. Oktober 1955 auf der Pressekonferenz in Berlin Auskunft:

„Verbrecherische Postangestellte, die KgU-Agenten sind, werden angewiesen, Postsendungen zu stehlen und sie der KgU für Fälschungen zuzuleiten. Auch die aus Westdeutschland an die Handelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik gerichtete Post wird unterschlagen. Diese Verbrechen dienen der Störung der Handelsbeziehungen mit Frankreich, Holland, Belgien, Norwegen und anderen europäischen Ländern und nicht zuletzt mit Westdeutschland."

Unter diesen Postsendungen befinden sich sehr häufig Briefe ausländischer Firmen, die vor dem Kriege mit deutschen Firmen, die heute ihren Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik haben, regen Geschäftsverkehr unterhielten. In diesen Schreiben wird zumeist angefragt, welche Liefermöglichkeiten zur Zeit bestehen, und zugleich um Zusendung von Warenproben, Preislisten und ähnlichem gebeten. Ausgehend von diesen Anfragen wird in allen Fällen den ausländischen Firmen durch die Fälscherzentrale der KgU mitgeteilt, daß die Wirtschaftsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik noch sehr ungefestigt seien und daß durch „restlose Demontage" der Industriebetriebe, durch „langfristige Reparationen" und „ungenügende Rohstoffversorgung" die Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zur Zeit unmöglich wäre. Meist wird dann in diesen gefälschten Antworten noch darauf hingewiesen, daß „die Qualität der Erzeugnisse der derzeitigen Produktion noch nicht den Erfordernissen des Weltmarktes entsprächen". Abschließend wird in der Regel den Firmen mitgeteilt, daß „erst nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und nach Anschluß an den Handel der westeuropäischen Länder" solche Liefermöglichkeiten bestünden.

Vielfach wurde in diesen Fälschungen eine Lieferquelle in Westdeutschland angegeben und gebeten, sich doch an die genannte westdeutsche Firma zu wenden.

Die von der KgU gestohlenen Briefe ausländischer Firmen, die bereits im Geschäftsverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik stehen, werden von der Fälscherzentrale als Unterlagen zu Fälschungen benutzt. Diese Fälschungen reichen von der „Bitte um Hinausschieben der vereinbarten Liefertermine" bis zum „Kündigen von Handelsverträgen".

In einem gefälschten Schreiben an das schwedische Außenhandelsministerium in Stockholm, für das die KgU den Kopfbogen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und die Unterschriften der leitenden Mitarbeiter dieses Ministeriums nachahmte, wurde das bestehende Warenabkommen Schweden—Deutsche Demokratische Republik „aufgekündigt":

REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ministerium für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel

An das
Ministerium für Außenhandel

Stockholm / Schweden

① Berlin NW 7
Unter den Linden

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Hausruf	Unsere Zeichen	
–	–	24	Kr/Be	25. 1. 1955

Betreff

Warenabkommen Schweden - Deutsche Demokratische Republik
vom 11.12.54

Die lt. Warenabkommen vom 11.12.54 abgeschlossenen Verträge können von der Deutschen Demokratischen Republik nicht realisiert werden.

Durch die Pariser Verträge sind wir gezwungen, zwecks Verteidigung unserer sozialen Errungenschaften unsere Industrie auf Rüstung umzustellen.
Unsere lt. Warenabkommen festgelegten Lieferungen von Textilien, Kraftfahrzeugen, Erzeugnissen der Feinmechanik und Optik, Maschinen aller Art werden daher in nächster Zeit vordringlich innerhalb unseres Landes und der Volksdemokratien benötigt.
Die vorgesehenen Lieferungen an Kali, Chemikalien sowie Musikinstrumenten werden in vollem Umfange durchgeführt.
Inwieweit wir unsere Lieferverpflichtungen bei Glaswaren und keramischen Erzeugnissen einhalten können, läßt sich z.Zt. noch nicht überblicken.
Aufgrund zugesagter erweiterter Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion hoffen wir aber im Jahre 1956 unseren Lieferverpflichtungen Ihrem Land gegenüber wieder nochkommen zu können.

Im Laufe des Monats März wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen autorisierten Vertreter nach dort entsenden, der bevollmächtigt ist, zur Entflechtung der Verträge entsprechende Verhandlungen zu führen.
Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir an der Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten, wie Käse, Butter, Eiern und Fischen nicht interessiert sind, sondern zum Aufbau unserer Rüstungsindustrie vordringlich Eisen, Stahl und Eisenerze benötigen.

In der Hoffnung, daß Sie für unser e Situation Verständnis haben, zeichnen wir

hochachtungsvoll

(Gregor)	(Hüttenrauch)
Staatssekretär	Stellvertreter des Ministers für Außenhandel u.innerdeutschen Handel



Gerade dieses gefälschte Schreiben beweist, daß die KgU nicht nur die Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik stören will, sondern auch alles daransetzt, die Deutsche Demokratische Republik in gemeinster Weise zu verleumden, mit provokatorischen Lügen das Vertrauen ihrer Handelspartner zu erschüttern versucht und zugleich die Versorgung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu sabotieren trachtet. Und diese verbrecherischen Methoden werden dann von der KgU — mit den Worten ihres Leiters Ernst Tillich ausgedrückt — als „das Auftragen des Humusbodens der europäischen Kultur durch geistige Hilfe“ bezeichnet, für das ein „Katechismus des moralischen Verhaltens“ gefordert wird.

Auf Grund der von der KgU fabrizierten Fälschungen haben wiederholt ausländische Handelspartner der Deutschen Demokratischen Republik bei den Außenhandelsorganen in Berlin gegen die angeblichen Änderungen von Handelsvereinbarungen protestiert, weil sie nicht ahnen konnten, daß sie gemeinen Fälschungen zum Opfer gefallen waren.

In einem Schreiben der Dänischen Handels-Treuhand-GmbH an den DIA Kulturwaren wird Einspruch gegen eine angebliche Verschiebung des Liefertermines erhoben. Auch dieses Schreiben kam nur durch eine der dänischen Handelsgesellschaft von der KgU zugesandte Fälschung zustande:

> „Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 1. 6. 55, in welchem Sie uns mitteilten, der EA für rubr. Auftrag habe der Firma Hertwig & Co. noch nicht zugestellt werden können, da zunächst abgewartet werden müsse, ob der Kunde mit dem vorgesehenen Liefertermin Januar 1956 einverstanden ist.
>
> Heute hören wir nun aus Kopenhagen, daß der Kunde darauf besteht, die Ware wie ursprünglich verabredet im September 1955 zu erhalten. Mit einer Hinausschiebung des Liefertermins auf Januar 1956 ist er keinesfalls einverstanden. Der Kunde hat den Vertreter des Werkes, die Firma R. Mollerup, gebeten, beim Werk energisch zu protestieren.
>
> Da dem Kunden bei Abschluß des Geschäftes tatsächlich ein Liefertermin September 1955 versprochen worden ist, bitten wir Sie, alles daranzusetzen, daß dieser Termin auch eingehalten wird. Es kann dem Kunden nicht zugemutet werden, zu warten, bis evtl. neuere Aufträge, die dem Werk erteilt wurden, realisiert worden sind.“

Um diese verbrecherischen Handelsstörungen der KgU unwirksam zu machen, informierten die Außenhandelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik ihre ausländischen Handelspartner über die Herstellung und den Versand von Fälschungen durch Westberliner und westdeutsche Agentenorganisationen.

In einem Schreiben der Stockholmer Firma A. B. Sukab an den DIA — Kompensation wird der Empfang einer solchen Mitteilung bestätigt und zugleich die Fotokopie einer Fälschung übersandt, die bereits in Schweden als solche erkannt worden war:

A. B. SUKAB

TELEFON 234795 TELEGRAM: SUKAB POSTGIRO 188/80

Uty HM/TB
Nr. 2335

STOCKHOLM 18, den 5.2 1955
POSTBOX

An die Direktion des
Deutschen Innen- u. Aussenhandels
Kompensation
Französische Strasse 24

B e r l i n W8

Wir sehen uns heute veranlasst auf Ihren werten Brief vom 13. November 1954 zurückzukommen, in dem Sie auf den Versand von Briefen auf nachgedruckten DIA-Firmenbogen hinweisen, die Falschmeldungen über beschränkte Liefermöglichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik beinhalten. Sie bitten uns fernerhin von Briefen ähnlichen Inhaltes Kenntnis zu geben, die in unsere Hände gelangen.

Mit Heutigem gestatten wir uns beiliegend die Photostat-Kopie eines Briefes zu übersenden, die uns von unserem Auswärtigen Amt übermittelt worden ist. Da sowohl der Inhalt wie die Unterschriften offensichtlich falsch sind, betrachten wir das Schreiben nach Uebersendung der beiliegenden Kopie an Sie als erledigt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

H. Mott

Die KgU setzt auch ihren gesamten V-Mann-Apparat ein, um immer neue Ansatzpunkte für Handelsstörungen ausspionieren zu können. Sie versucht fortgesetzt, über ihre Agenten, die in Betrieben und Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik tätig sind, festzustellen, welche Betriebe für Exportaufträge arbeiten. An Hand der von den Agenten gelieferten Spionageinformationen versendet die KgU dann Fälschungen, in denen die Betriebe angewiesen werden, die Exportproduktion einzustellen, oder in denen ihnen mitgeteilt wird, daß sich Termine und Positionen des Exportauftrages verändert haben.

Dem volkseigenen Betrieb Elektromotorenwerk Wernigerode wurde auf einem gefälschten Kopfbogen des DIA-Invest-Export eine Anweisung übermittelt, nach der die Produktion von Tropenmotoren für Ägypten sofort einzustellen sei:

Betr.: Tropenmotore für Aegypten und Indonesien.

Die anläßlich der Leipziger Herbstmesse 1954 abgeschlossenen Verträge über Lieferung von Drehstrommotoren (Tropenmotoren) für Bergwerke und Industrie der Länder Aegypten und Indonesien können wegen unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten mit den Vertragspartnern nicht realisiert werden. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen besteh keine Aussicht die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Die Produktion von Tropenmotoren für den Export nach Aegypten und Indonesien ist daher sofort zu stoppen.

Deutscher Innen- und Aussenhandel
- Elektrotechnik -

Dem volkseigenen Betrieb „Henry Pels“ in Erfurt wurde eine Fälschung der KgU zugeleitet, mit der der Betrieb angewiesen wurde, die Produktion von Tafelscheren für Holland — infolge Rücktritts des holländischen Handelspartners vom Geschäft — sofort einzustellen:

„Betr.: Export von Tafelscheren nach Holland.

Von unserem holländischen Exportpartner sind infolge unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten die Verträge über Lieferung von Tafelscheren rückgängig gemacht worden.

Da wir z. Zt. noch nicht überblicken können, ob wir für diesen Auftrag einen neuen Exportpartner finden, ist die Fertigung von Tafelscheren zugunsten anderer wichtiger Aufträge zu stoppen.

Wir hoffen jedoch, nach der Leipziger Frühjahrsmesse Ihnen einen anderen Exportpartner namhaft machen zu können."

Mit einer von der KgU hergestellten und versandten Fälschung wurde dem volkseigenen Betrieb Buchbindereimaschinenwerk Leipzig auf einem Briefbogen der Deutschen Waren-Vertriebsgesellschaft mitgeteilt, daß sich die Eröffnung einer Maschinenausstellung in Indien verzögere und daß deshalb alle für diese Ausstellung getroffenen Vorbereitungen abgebrochen werden müßten. Mit dieser Fälschung sollte die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Indien verhindert werden:

„Betr.: Polygraphische Ausstellung in Madras.

Die ‚All India Printers Conference and Exhibition' in Madras teilt uns mit, daß zur Zeit den Anforderungen aller Teilnehmer nicht entsprochen werden kann und beachtliche Schwierigkeiten in der Raumbeschaffung vorliegen. Mit der Eröffnung der Ausstellung ist daher erst Anfang September 1955 zu rechnen. Getroffene Vorbereitungen an Ausstellungsstücken sind zurückzustellen, um andere vordringliche Aufträge zu erfüllen. Wann mit neuen Vorbereitungen begonnen werden soll, wird von uns rechtzeitig bekanntgegeben."

Durch ihre Agenten in den Ostseehäfen der Deutschen Demokratischen Republik läßt die KgU auskundschaften, welche Export- und Importgeschäfte auf dem Schiffahrtswege abgewickelt werden, von welchen Ländern und Firmen importiert und nach welchen Ländern und Firmen exportiert wird. Das von den Agenten gelieferte Spionagematerial wird ebenfalls von der KgU für Fälschungen benutzt und in zahlreichen Fällen auch an die amerikanischen Behörden in Westberlin weitergeleitet, die dann auf die Handelspartner der Deutschen Demokratischen Republik im westlichen Ausland direkten oder indirekten Druck ausüben, um sie zur Aufgabe der Handelsbeziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu zwingen.

Die sich auf diesen Komplex der Störtätigkeit der KgU beziehende Frage eines Pressevertreters beantwortete der ehemalige KgU-Hauptagent Wagner auf der internationalen Pressekonferenz vom 20. Oktober 1955:

„1953 wurde der Bundesrepublik untersagt, Schwefelkies zu liefern, um das Zellwollwerk Schwarza stillzulegen. Schweizer

Exporteure, die dann die Lieferung übernahmen, wurden durch die Amerikaner gesperrt und erst, nachdem sie sich verpflichtet hatten, keine Lieferungen mehr zu leisten, wieder für den europäischen Handel zugelassen."

Um den innerdeutschen Handel empfindlich stören zu können, verschaffte die KgU ihr zuverlässig erscheinenden V-Leuten, die aus der Deutschen Demokratischen Republik geflüchtet waren, in der westdeutschen Industrie eine Anstellung. Diese Agenten sollen feststellen, ob die Firmen, bei denen sie tätig sind, Lieferungen an die Deutsche Demokratische Republik vornehmen, die nach den amerikanischen Embargobestimmungen nicht gestattet sind, oder aber umfangreichen Geschäftsverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik unterhalten. Haben die Spitzel solche Firmen festgestellt, benachrichtigt die KgU umgehend davon das Kaiser-Ministerium in Bonn und die amerikanischen Dienststellen. Die Firmen werden dann auf jede nur erdenkliche Art terrorisiert und in ihrem Geschäftsverkehr behindert.

Doch die Aufträge des amerikanischen Geheimdienstes an die KgU bezwecken nicht nur, den Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit westeuropäischen Ländern und den innerdeutschen Handel zu stören; die KgU soll auch versuchen, gegen die Handelsabkommen der Deutschen Demokratischen Republik mit den volksdemokratischen Ländern zu intrigieren, um so die freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländern zu trüben.

So wurde an die rumänische Gesellschaft CHIMIMPORT in Bukarest auf einem nachgedruckten Kopfbogen des DIA-Invest-Export eine Fälschung gesandt, aus der hervorging, daß die Deutsche Demokratische Republik vorläufig Lieferverträge annullieren müsse:

„Durch Übernahme großer Exportverpflichtungen in das kapitalistische Ausland ist es uns zur Zeit nicht möglich, Vulkanfiberplatten in 14 und 15 mm-Dicke zu liefern. Erneute Lieferung in diesen Artikeln ist frühestens im August 1955 möglich.

Um Produktionsstörungen Ihrer Industrie zu vermeiden, bieten wir Ihnen zum Ausgleich Lieferung von Hartpappenplatten in 8 mm-Dicke an. Bei Interesse bitten wir um entsprechende Auftragserteilung."

Der bulgarischen Gesellschaft Industrialimport in Sofia wurden in einem gefälschten Schreiben Verträge gekündigt:

„Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 14. Oktober 54 bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir wegen Devisen-

DEUTSCHER INNEN- UND AUSSENHANDEL

INVEST-EXPORT

DIA

DIA WERKZEUGMASCHINEN UND METALLWAREN, BERLIN W 8, MOHRENSTRASSE 60/61

An das
Wirtschaftsministerium
der Regierung der
Volksrepublik KOREA

P j ö n g j a n g

DIA-NR. 01

Unser Zeichen			Berlin W 8
Zei/-	16	01	3. 12. 54

Betr.: Stern-Revolverdrehmaschine DRS 63

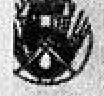
Aufgrund unserer angespannten Devisen- und Rohstofflage sind wir leider gezwungen, die von dem VEB Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg Ihrer jungen, im Aufbau befindlichen Republik als Geschenk geliefferte Stern-Revolverdrehmaschine DRS 63 zu berechnen.

In der Hoffnung, daß Sie für unsere Situation Verständnis haben, zeichnen wir

hochachtungsvoll

Deutscher Innen- und Aussenhandel
Invest - Export

(Lossie)   (Zeidler)



Telegramm-Adresse: DIAWERKZEUG

Code: Mosse

Fernschreib-Nr.: 1151/1190

Bank: Deutsche Notenbank

Eine von der „KgU“ an die Regierung der Volksrepublik Korea gesandte gemeine Fälschung

und anderweitigen Schwierigkeiten innerhalb der Industrie unseres Landes die mit Ihnen abgeschlossenen Verträge über Import von Baumwoll- und anderen Geweben nicht realisieren können.

Wir hoffen, daß Sie angesichts unserer freundschaftlichen Beziehungen Verständnis für unsere derzeitigen Schwierigkeiten aufbringen, und bitten Sie, den Versand weiterer Gewebe sofort einzustellen."

Dem Wirtschaftsministerium der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in Phoengjang wurde die gemeine Fälschung zugesandt, daß eine als Freundschaftsgeschenk gelieferte Maschine infolge der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Demokratischen Republik berechnet werden müsse:

„Aufgrund unserer angespannten Devisen- und Rohstofflage sind wir leider gezwungen, die von dem VEB Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg Ihrer jungen, im Aufbau befindlichen Republik als Geschenk gelieferte Stern-Revolverdrehmaschine DRS 63 zu berechnen."

Viele solcher und ähnlicher Beispiele ließen sich noch nennen. Sie alle beweisen, in welcher, jedes Völkerrecht höhnenden Weise die KgU im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes den Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen Ländern durch Lügen und Fälschungen zu schädigen und zu stören versucht, um so die Atmosphäre freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten zu vergiften. Es muß aber auch erwähnt werden, daß diese Versuche in fast allen Fällen jämmerlich scheiterten. Das dokumentieren eindeutig die stets wertmäßig höher werdenden und an Zahl zunehmenden Verträge, die die Handelsorgane der Deutschen Demokratischen Republik auf deutschen und internationalen Messen mit anderen Ländern abschließen.

V
Eine Forderung der Zeit: Verbot der KgU

Tschuikow an Donnelly

Am 1. Oktober 1952 übermittelte der Vorsitzende der damaligen Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Marschall W. I. Tschuikow, dem damaligen amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland, Donnelly, ein Schreiben, in dem es unter anderem hieß:

„Uns ist bekanntgeworden, daß auf dem Territorium des amerikanischen und des britischen sowie des französischen Sektors von Berlin zahlreiche Spionage- und Diversionszentralen bestehen, die verbrecherische Unterminierungsarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und den Ostsektor von Berlin durchführen.

Im Verlauf der in der letzten Zeit in Berlin, Dresden, Leipzig, Halle, Potsdam und anderen Städten geführten Prozesse gegen Terror- und Diversionsbanden, die bei der Ausführung von Verbrechen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und des Ostsektors von Berlin ergriffen wurden, stellte sich heraus, daß diese Banden die Aufträge, Instruktionen und Mittel zur Durchführung der Diversionsakte sowie die Entlohnung für ihre Verbrechen von Westberliner Spionage- und Diversionszentralen erhielten, die sich durch heuchlerische Bezeichnungen wie ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit', ‚Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen', ‚Vereinigung politischer Ostflüchtlinge', ‚Ostbüro der CDU', Redaktion des ‚Telegraf' usw. tarnen. Aus den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen geht hervor, daß der Hauptzweck dieser Organisationen in der Ausführung von Verbrechen besteht, die die Wirtschaft und den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik untergraben und die Bevölkerung der Republik schädigen sollen.

Zu solchen Verbrechen gehören die Ermordung von Aktivisten der Produktion, Massenvergiftungen, Brandstiftungen und die Sprengung von öffentlichen Einrichtungen, Diversionsakte in volkseigenen Betrieben und im Transportwesen, Brandstiftungen auf Bauernhöfen und in Wirtschaftsgebäuden ..."[9]

Ist es nicht blutiger Hohn, wenn der damalige amerikanische Hohe Kommissar Donnelly in seinem Antwortschreiben erklärte, daß die Tätigkeit der von Marschall Tschuikow angeprangerten Agenten- und Terrororganisationen „in den demokratischen Ländern als normales Element des täglichen Lebens betrachtet wird"?

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" kommentierte in seiner Ausgabe vom 19. November 1952 diese unverfrorene Antwort wie folgt:

> Nur die drei westlichen Hochkommissare nahmen die „Kampfgruppe" noch in Schutz, als sie mit erzwungener Ahnungslosigkeit an Tschuikow schrieben, daß auch die Kampfgruppe „freiwillig von Deutschen geschaffen" sei, „denen die Interessen des deutschen Volkes am Herzen liegen".

Die KgU am Pranger

Mister Donnelly wollte aus recht durchsichtigen Gründen nicht eingestehen, daß die KgU eine Agenten- und Diversionszentrale des amerikanischen Geheimdienstes ist. Er bestätigte mit dieser Antwort nur aufs neue, daß das USA-Außenministerium ein „Department of Dirty Tricks" — ein „Amt für Schurkenstreiche" — ist, wie die „New York Times" in ihrer Ausgabe vom 9. Januar 1951 feststellte.

Doch unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte die westdeutsche und Westberliner Presse die Antwort des Mister Donnelly Lügen strafen, indem sie wiederholt die KgU als eine gegen die Interessen des deutschen Volkes wirkende Organisation anprangerte. Die „Aachener Nachrichten" stellten in ihrem Leitartikel vom 15. August 1952 fest:

„Die Tillich-Kampfgruppe ist ein reines Agenten-Unternehmen."

Die Westberliner Zeitung „Telegraf" stellte nur wenige Tage nach der verlogenen Antwort des Mister Donnelly in ihrer Ausgabe vom 6. November 1952 richtig:

---

9) „Dokumentation der Zeit", Gesamtdeutsches Informations-Archiv, Jahrgang 1952, Heft 34, S. 1543 bis 1544.

> „Die Kampfgruppe ... hat sich im Laufe der letzten Jahre Funktionen angemaßt, die den Widerspruch aller maßgebenden politischen Organisationen auslösten“,

und forderte von der Bundesregierung und von den amerikanischen Stellen, daß sie die KgU auf „die Aufgaben zurückweisen“, die zu erfüllen sie stets der Öffentlichkeit weismachen will.

Die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“ brandmarkte die KgU im Oktober 1952 als eine Organisation, die in gemeinster Weise junge Deutsche gegen die Interessen des deutschen Volkes und damit gegen ihre eigenen Interessen mißbraucht:

> „... In einem anderen Haus sitzen 10 junge Menschen in einem großen Raum ... und schauen einen mißtrauisch an. Die Jungen warten darauf, daß sie zum Leiter des Büros gerufen werden und neue Einsatzpläne besprechen können. Flugblätter verteilen, Transparente zerstören und Informationen liefern, und das ist ihre ‚Arbeit‘.“

Mit dem gleichen Thema befaßt sich das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 19. November 1952, wobei es zu der Schlußfolgerung kommt:

> „Die Westberliner Zentrale der ‚Kampfgruppe‘ vor allem aber sieht einem Skandal immer ähnlicher als einer Bastion der freien Welt.“

Unter der Überschrift „So etwas wie Feme“ schildert „Der Spiegel“ einige „alltägliche Fälle“ aus der Tätigkeit der „hartgesottenen Kampfgruppe“ — vor allem Sprengstoffattentate und andere Diversionsakte sowie Menschenraub — und unterstreicht die Dringlichkeit der am 1. Oktober 1952 vom Vorsitzenden der damaligen Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland gestellten Forderung auf sofortige Auflösung aller Agenten- und Diversionszentralen in Westberlin.

In ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1955 weist die Hamburger Zeitung „Die Welt“ darauf hin, daß sich nun „die kritischen Stimmen mehren, die ernsthaft auf eine Klärung aller jener Vorfälle drängen, in denen der Gehirnzentralenchef (gemeint ist Tillich; die Red.) ... die eigentlichen Ziele dieser Organisation ins Gegenteil verfälscht hat“, wobei jedoch „Die Welt“ übersieht, daß die „eigentlichen Ziele“ der KgU seit Anbeginn eben nur in Verbrechen bestanden.

„Die Welt“ erkannte das offensichtlich wenige Tage später bereits selbst, denn in ihrer Ausgabe vom 6. Juli 1955 läßt sie unter der

Überschrift „Fall Tillich soll geklärt werden“ mehrere Leser zu Wort kommen. So gibt sie der Meinung des Lesers Gerhard Wegener aus Berlin-Charlottenburg Raum. Herr Wegener fordert:

> „Es wäre an der Zeit, von unserer Seite aus diesem Spuk (gemeint sind die Verbrechen der KgU; die Red.) ein Ende zu bereiten, und zwar möglichst ohne großen Aufwand an Worten.“

Und unter der Zwischenüberschrift „Anzeige beim Staatsanwalt“ schreibt ein Dr. K.-H. Ritter aus Berlin-Wilmersdorf in der gleichen Rubrik:

> „... wäre hier m. E. der gegebene Anlaß, gegen diesen Menschen (gemeint ist Tillich; die Red.) Anzeige bei der Generalstaatsanwaltschaft — denn von allein kommt sie wohl nicht auf diesen Gedanken — zu erstatten. Gegebenenfalls sogar wegen Anstiftung zur Beseitigung eines Gegners, und das wäre dann Anstiftung zum Mord.“

Auch andere westdeutsche und Westberliner Zeitungen fordern, daß der „Fall KgU“ nun endlich von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen wird. So schreibt die Ullstein-„B.Z.“ vom 28. September 1955:

Wer Spionage treiben will, soll das tun — auf eigenes Risiko und auf die Gefahr hin, als Spion behandelt zu werden. Wer jedoch unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Menschen zur Spionage verführt, begeht ein Verbrechen. Wo ist der Staatsanwalt, der sich endlich um diese Sache kümmert?

Am 9. Juli 1955 fordert die Westberliner Zeitung „Telegraf“:

> „... Die Öffentlichkeit erwartet eine unverzügliche und grundlegende Bereinigung des Problems der KgU. Dies ist vor allem im Interesse der Bevölkerung der Sowjetzone (gemeint ist die Deutsche Demokratische Republik; die Red.) notwendig.“

Wenige Tage später, am 13. Juli 1955, berichtet der „Telegraf“ über eine Besprechung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion des Westberliner Abgeordnetenhauses, Franz Neumann, mit Pressevertretern, die die KgU zum Gegenstand hatte, und zitiert aus den Ausführungen Neumanns:

> „Wir als Berliner Abgeordnete sollten größten Wert darauf legen, daß kein Zusammenhang offizieller Stellen mit derartigen Organisationen besteht.“

Die „Nürnberger Nachrichten“ vom 30. September 1955 erklären:

> Heute ist „die... hinter dem Eisernen Vorhang gegründete ‚Kampfgruppe‘ nichts anderes als eine Spionagezentrale, die unter dem Deckmantel des Idealismus und des Freiheitskampfes Menschen für ihr Gewerbe benutzt, die keine Ahnung davon haben, wozu sie mißbraucht werden.“

Die Hamburger Illustrierte „Der Stern“ vom 11. September 1955 stellt fest:

> „Mit amerikanischer Finanzierung hat der neue Leiter Ernst Tillich die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ zur Agentenzentrale gemacht. Heute werden Flüchtlinge und jugendliche Idealisten hier zu Spionage- und Sabotageaufträgen gepreßt. Reihenweise fallen sie dem SSD zum Opfer und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmungen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen.“

Immer mehr Westberliner und westdeutsche Zeitungen protestieren vor allem auch gegen das Anlegen von „Schwarzen Listen“, mit denen die KgU offensichtlich auch den Charakter jener aus den 20er Jahren berüchtigten Feme-Mordorganisationen angenommen hat.

So schreibt die Westberliner Zeitung „2. Nachtdepesche“ am 8. Juli 1955:



Es geht auch gar nicht darum, daß die KgU seit Jahren viel zu sehr, und zwar nicht immer angenehm, aufgefallen ist. Es geht einfach darum, ob die Leitung der KgU das Recht hat, jede mißliebige Organisation oder Persönlichkeit in Westberlin oder in der Bundesrepublik, die nicht Gnade vor den Augen Ernst Tillichs fand, für kommunistisch, schurkenhaft und kriminell zu erklären.

Beiden Zeitungen — sowohl dem „Stern“ als auch der „2. Nachtdepesche“ — unterliefen bei ihren Forderungen und Feststellungen einige Fehler. So ist zum Beispiel die KgU bereits seit Beginn ihres Bestehens eine Agentenzentrale — also nicht erst seit der Übernahme der Leitung durch Tillich —, und die „2. Nachtdepesche“ begeht dieselbe Grundtorheit wie mancher westdeutsche Politiker, wahre Patrioten — wie sie die deutschen Kommunisten von jeher waren und immer bleiben werden — im gleichen Atemzuge mit Schurken und kriminellen Verbrechern zu nennen. Doch — und das ist hier das Wesentliche — sie stellen die KgU an den Pranger, sprechen das — wenn auch noch recht zaghaft — aus, was die Mehrheit des deutschen Volkes fordert: die KgU muß verschwinden.

In westdeutschen Zeitungen werden auch immer mehr Stimmen laut, die mit allem Nachdruck betonen, daß die Verbrechen der KgU die Atmosphäre der Entspannung der politischen Situation und der Verständigung vergiften und damit auch gegen die friedliche Lösung der deutschen Frage gerichtet sind.

Die „Frankfurter Rundschau“ vom 11. Juli 1955 schreibt:

> „Grundsätzlich steht heute zur Diskussion, ob ein bestimmter Aufgabenkreis dieser Organisationen (gemeint ist auch die KgU; die Red.) heute noch zu verantworten ist, zu einem Zeitpunkt, der es notwendig macht, den Weg auch von seiten des Westens für eine Lösung des deutschen Problems freizuschaufeln.“

Und die in Marburg erscheinende Zeitung „Freiheitsbote“ trifft am 2. Oktober 1955 die berechtigte Feststellung:

> „Die Bevölkerung ist dieses gemeingefährlichen jahrelangen Treibens längst überdrüssig. Man begreift, daß mit dem Agententum auch die letzten menschlichen und politischen Brücken der Deutschen zueinander zerstört werden.“

Die Hintermänner schalten sich ein

Die immer stärker werdenden Proteste der Westberliner und der westdeutschen Bevölkerung gegen die KgU, denen sich die Presse nicht verschließen konnte, riefen selbstverständlich die amerikanischen und westdeutschen Hintermänner auf den Plan. Sie wagten und wagen jedoch nicht, offen gegen diese Proteste und Forderungen aufzutreten, wirken dafür aber um so mehr im geheimen, wobei sie das Ziel verfolgen, die Diskussion über die Verbrechen der KgU mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu ersticken.

Die Westberliner „2. Nachtdepesche“ vom 8. Juli 1955 erklärte dazu:

Kommentar des Tages

Zur KgU

w. n. Es ist schwierig, zu den Fragen um die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zu schreiben. Vor einigen Wochen war es sogar gefährlich, weil dann sofort die hinter der KgU stehende Macht in Aktion gesetzt werden konnte.

Weiterhin heißt es in diesem Kommentar:

> „... Von bestimmter Seite wird seit gestern versucht, die Diskussion um die Kampfgruppe zu einer Beruhigung zu führen ...“

Wie diese „Aktion“ wirkt, geht auch aus der Tatsache hervor, daß im Juli 1955 in der Westberliner Presse mit ziemlicher Lautstärke davon gesprochen wurde, daß sich Justizsenator Dr. Kielinger (CDU) „für eine Überprüfung der Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘“ einsetzt („Telegraf“ vom 7. Juli 1955) und daß — laut „Tagesspiegel“ vom 8. Juli 1955 und „Telegraf“ vom 9. Juli 1955 —

> die „Parlamentsfraktion der SPD ... eine Anfrage über die Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ im Abgeordnetenhaus einbringen“

wird. Doch kaum eine Woche war vergangen, und schon mußte der „Telegraf“ am 13. Juli 1955 melden:

> „Trotz des ablehnenden Standpunktes der Sozialdemokratie gegenüber der KgU und allen sonstigen unkontrollierbaren Organisationen habe die SPD-Fraktion beschlossen, keine Anfrage über die Tätigkeit der KgU im Abgeordnetenhaus einzubringen.“

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus, Franz Neumann, erklärte dazu gegenüber Pressevertretern:

> „Dafür wollen wir uns von niemandem den Zeitpunkt vorschreiben lassen.“

Damit sagte er offensichtlich die Unwahrheit, denn ein Wink der amerikanischen Behörden in Westberlin und des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen aus Bonn hatte genügt, um die SPD-Fraktion zu veranlassen, ihre geplante Anfrage nicht einzubringen.

Auch der bereits zitierte Brief des Rechtsanwaltes Dr. Curt Bley vom 27. Oktober 1955 (siehe S. 74 ff.) läßt nur allzudeutlich erkennen, wie solche „Aktionen“ der „hinter der KgU stehenden Macht“ aussehen.

Dieser „Macht“ — lies: USA-Geheimdienst — beugte sich auch die Westberliner Staatsanwaltschaft, welcher am 24. Oktober 1955 in einem offiziellen Schreiben des Generalstaatsanwaltes von Groß-Berlin umfangreiches Beweismaterial über die verbrecherische Tätigkeit der KgU zur Unterstützung im Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen dieser Agenten- und Spionagezentrale angeboten wurde. Die Westberliner Staatsanwaltschaft hat dieses Angebot unbeachtet gelassen und keine Schritte zur strafrechtlichen Verfolgung der KgU unternommen.

Somit hat noch heute das Gültigkeit, was der Westberliner „Telegraf“ am 14. Oktober 1955 bereits feststellte:

> „Erinnern wir uns: Vor wenigen Wochen entbrannte in der Berliner Öffentlichkeit eine heftige Diskussion um die Kampfgruppe und ihre Führung, insbesondere stand der KgU-Chef Tillich im Kreuzfeuer der Kritik. Eine parlamentarische Untersuchung der Geschäftsführung und der Arbeit der Kampfgruppe wurde von allen Seiten gefordert. L e i d e r i s t b i s h e u t e n i c h t s d e r g l e i c h e n g e s c h e h e n.“ (Sperrung durch die Red.)

Ja, erinnern wir uns! Ob im Osten oder im Westen Deutschlands! Jeder sollte sich dessen erinnern, daß bis heute noch immer nichts geschehen ist!

Gegen alle diese Versuche der Hintermänner, die Diskussion über die Praxis eines „privaten Vereins“ — als der die KgU stets hingestellt wird — unter Hinweis auf „Geheimnisverrat“ abzuwürgen und die Forderungen der Öffentlichkeit zum Schweigen zu bringen, verwahren sich viele Zeitungen in Westberlin, in Westdeutschland und auch im Ausland.

Die Hamburger Zeitung „Die Welt“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 13. Oktober 1955:

> „Nur gelegentlich dringt von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) etwas an die Öffentlichkeit. Aber manches scheint uns, sollte die Öffentlichkeit beschäftigen. Denn die Methoden, deren man sich dort hin und wieder bedient, stehen uns im Westen schlecht an... Die bei der KgU bestehenden Geheimnisse sind selbstgeschaffene Geheimnisse. Wo steht, daß es strafbar ist, sie in die Öffentlichkeit zu bringen?“

Noch klarer stellt das Züricher Blatt „Zeitdienst“ in seiner Ausgabe vom 27. August 1955 die Frage nach der Ungesetzlichkeit der Handlungen der KgU:

> „Erfand Goebbels nach der Wehrmachtskatastrophe in Rußland damals über Nacht den kalten, russischen Winter, so fällt den Westberliner offiziellen Persönlichkeiten urplötzlich ein, daß in Westberlin seit 1948 jene ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ wütet, die in der DDR systematisch Terroraktionen unternehmen läßt, die auch in der Bundesrepublik mit der höchstzulässigen Strafe (Zuchthaus lebenslänglich) bedroht sind. Diese von Besatzungsmächten finanzierte und organisierte unmenschliche Spionage- und Terrororganisation hat viele deutsche Menschenleben auf dem Gewissen; sie ist, wie im Bonner Bundesministerium unumwunden unter vier Augen zugegeben wird, ein Apparat von Unmenschlichem im echten Sinne des Wortes.“

Und die „Welt am Sonntag“ vom 23. Oktober 1955 erklärt kategorisch:

> „Die Diskussion wird nicht eher aufhören, bevor die vielen Argumente, mit denen der Vereinsvorstand (der KgU; die Red.) heute noch genau wie früher operiert, nicht in die richtige Beziehung zur Wirklichkeit gebracht worden sind. Dieses zu erreichen, wird nun allerdings die Aufgabe des Staatsanwalts sein.“

Der Oberstaatsanwalt zeigt kein Interesse

Die Tatsachen beweisen, daß in Westberlin zwar offizielle Vertreter der Verwaltung ab und zu der Wahrheit die Ehre geben und mit Worten gegen die KgU zu Felde ziehen, doch noch nicht ein einziges Mal haben sie zu diesen Worten gestanden und eine Hand gegen die KgU gerührt. Im Gegenteil. Obwohl sich fast alle offiziellen Vertreter des Westberliner Senats und auch der Regierende Bürgermeister Dr. Suhr vor der Öffentlichkeit von der KgU distanzierten, ließen sie den Mann in seiner Schöneberger Wohnung verhaften und stillschweigend in einem Untersuchungsgefängnis verschwinden, der nicht nur authentische Angaben über die Tätigkeit der KgU machen konnte, sondern sie unbedingt machen wollte: Johann Ratzek, der langjähriger Mitarbeiter der KgU war.

Die Ullstein-„B.Z.“ vom 14. Oktober 1955 berichtet darüber:

> „Als das ehemalige Vereinsmitglied Ratzek am 28. September die Abteilung I der Westberliner Polizei aufsuchte, befanden sich

in seiner Aktentasche einige solcher ‚Strenggeheim'-Akten. Ratzek wollte an diesem Tag den Sachbearbeiter der Polizei sprechen, der, so glaubte Ratzek annehmen zu müssen, Ermittlungen gegen ihn führte. Sein Versuch mißlang. Ratzek nahm seine Akten wieder mit und versuchte zweimal telefonisch, den Sachbearbeiter zu erreichen. Nach dem zweiten Anruf wurde ihm gesagt, er solle auf Bescheid warten. Ratzek aber wollte nicht warten.

Er wandte sich an Berlins politischen Oberstaatsanwalt Cantor. Wiederum befanden sich in der Aktentasche besagte Geheimakten, die Ratzek nach der erhofften ausführlichen Rücksprache dem Oberstaatsanwalt übergeben wollte.

Ratzek berichtete der BZ im Anschluß an diesen Besuch, der Oberstaatsanwalt habe kein Interesse gezeigt, ihn anzuhören. Das war am Abend des 4. Oktober. Zwei Tage später wurde der 39jährige Johann Ratzek festgenommen."

Ratzek wollte aussagen. Der Herr Oberstaatsanwalt zeigte kein Interesse. Was wollte Johann Ratzek eigentlich aussagen?

Die Ullstein-„B.Z." vom 14. Oktober 1955 zitiert Ratzek wörtlich:

„Ich will der Öffentlichkeit beweisen, daß hier Schindluder mit dem Leben der Menschen in der Zone getrieben wird. Irregeführte Idealisten müssen für das Wohlleben einiger Konjunkturritter in die Zuchthäuser des SSD wandern. Zahllose Jugendliche müssen für die eigensüchtigen Zwecke der KgU-Führung mit ihrem Leben oder zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt für die völlig zwecklosen Aktionen der KgU büßen . . .

Ich bin jederzeit bereit, meine Angaben vor einem ordentlichen Gericht unter Eid zu wiederholen. Und ich bin bereit, weitere Zeugen für alle meine Angaben beizubringen."

Ratzek wollte dem deutschen Volk sagen, daß junge Menschen in den Tod gehetzt werden. Und der zuständige Oberstaatsanwalt in Westberlin „zeigte kein Interesse"?

Doch, der Herr Oberstaatsanwalt zeigte „Interesse"! Nur ein anderes Interesse, als es die Öffentlichkeit von einem Mann, der das Recht wahren soll, erwartet: Johann Ratzek wurde verhaftet — verhaftet wegen „Geheimnisverrates".

Was ist das für ein Staat, der Menschen verhaften läßt, die Anklage erheben gegen Verbrecher, die Sabotage, Diversion, Spionage, Attentate, Überfälle, Terror, Mord organisieren, die Dokumente fälschen,

Mißtrauen unter die Völker säen, gegen den Frieden hetzen und den Krieg, das große Massenmorden, vorbereiten helfen?

Was ist das für ein Staat, der so vor der Weltöffentlichkeit alle Rechtsnormen bricht und gemeingefährliche Verbrecher jahrelang förmlich verhätschelt?

Was ist das für ein Staat, in dem Senatoren, Abgeordnete, Minister und sogar der Regierungschef Hand in Hand mit Verbrechern arbeiten?

Was ist das für ein Staat, der einen Mann verhaften und seine Aussagen bei der Vernehmung fälschen läßt, damit eine Anklage gegen Verbrecher nicht erhoben wird?

Denn bestimmte, die KgU belastende Aussagen wurden bei der Vernehmung Ratzeks nicht in das Protokoll aufgenommen.

Auch das berichtet die Ullstein-„B. Z." vom 14. Oktober 1955:

> „Am Freitag voriger Woche trat Johann Ratzek in seiner Moabiter Zelle in den Hungerstreik. Er hielt ihn bis Montag aufrecht, weil man bestimmte Angaben von ihm nicht in das Vernehmungsprotokoll aufgenommen haben soll."

Was ist das für ein Staat, in dem sich der Leiter einer Agenten-, Spionage-, Terror- und Diversionszentrale im Dienste einer ausländischen Macht damit brüstet, daß die Behörden nicht gegen ihn und seine Organisation vorgehen werden?

Denn die Ullstein-„B. Z." weiß auch darüber in ihrer Ausgabe vom 1. Oktober 1955 zu berichten:

> „Zu der Forderung der ‚BZ', daß der Staatsanwalt sich endlich in den ‚Fall KgU' einschalten müsse, erklärte Tillich, der Ruf nach dem Staatsanwalt sei lächerlich.
> Sechs Jahre lang wüßten die Behörden schon, wie die ‚Kampfgruppe' arbeite und was für ein Programm sie habe. Wenn sie in diesen sechs Jahren nichts unternommen hätten, würden sie auch im siebenten Jahr nichts gegen die KgU unternehmen."

Was ist das für ein Staat, in dem die offiziellen Vertreter den „Mann auf der Straße" mit der Auskunft zu beruhigen versuchen: „Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden!" und in dem die Staatsanwaltschaft alles unternimmt, um die „Sache" zu vertuschen?

Was ist das für ein Staat, in dem eine Agenten- und Spionageorganisation, die tausendfach Verbrechen begangen hat, den Protesten der Bevölkerung mit offener Ironie begegnen darf?

Denn der damalige Presse-Chef der KgU, Hasso Graf, erklärte — wie das Westberliner Blatt „SOS“ in seiner zweiten Oktoberausgabe 1955 berichtet — zu all diesen Vorfällen:

> „Es liegt an der Eigenart unserer Organisation, über derartige Angriffe hinwegzusehen und einen günstigeren Zeitpunkt abwarten zu können.“

Soll mit dem „günstigeren Zeitpunkt“ etwa das gemeint sein, was die Ehefrau des gleichen Hasso Graf nach seinem Tode erleben mußte und was dann nicht einmal in einer kleinen Pressenotiz sonst so rühriger Skandalblättchen unter der Rubrik „Selbstmorde“ seine grausige Widerspiegelung finden durfte?

Der Oberstaatsanwalt hat kein Interesse!

Aber das deutsche Volk hat ein Interesse. Denn es will in Frieden leben! Gleich, ob im Osten oder im Westen Deutschlands. Doch die Existenz der deutschen Nation wird durch solche Unterwelt- und Mordzentralen aufs schwerste gefährdet.

Deshalb ist es die Pflicht eines jeden ehrlichen und aufrechten Deutschen, alles zu tun, damit den kriminellen Umtrieben solcher Spionage- und Terrororganisationen wie „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“, VOS, „Vereinigung politischer Ostflüchtlinge“, RIAS und KgU für immer ein Ende bereitet wird.

Das deutsche Volk erhebt Anklage!

Westberlin ist heutzutage ein Naturschutzgebiet aller möglichen Spionage-, Diversions- und Mordbanden, die im Auftrag der Geheimdienste der imperialistischen Westmächte alles versuchen, Deutschland erneut in einen grauenhaften Weltkrieg hineinzuziehen.

Wir haben in diesem Buch die Geschichte, den Aufbau und die „Arbeitsweise“ einer solchen Organisation, der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, an Hand authentischen Materials geschildert.

- Die Kampfgruppe für Unmenschlichkeit, wie sie die Westberliner Zeitung „Der Abend“ am 21. Mai 1954 treffend bezeichnet hat, gefährdet den Frieden, da ihre Pressestelle aktiv Kriegs- und Antisowjethetze betreibt, da die Operative Abteilung Spione in die DDR entsendet, die den NATO-Strategen Unterlagen für ihre Aggressionsplanung liefern sollen, da sie versucht, mit allen Mitteln der Hetze, der Verleumdung und des Terrors die Deutsche Demokratische Republik „von innen aufzurollen“.

* Die Kampfgruppe für Unmenschlichkeit tut alles in ihren Kräften Stehende, um die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu einem demokratischen und unabhängigen Staat zu verhindern. Sie unterstützt daher alle faschistischen Kräfte in Deutschland, verleumdet und terrorisiert deutsche Patrioten und versucht, jede Verständigung der Deutschen untereinander genauso zu hintertreiben wie den innerdeutschen Handel. Ihre gegen die DDR gerichtete verbrecherische Tätigkeit soll die Basis unseres nationalen Kampfes schwächen und schädigen.
* Die Kampfgruppe für Unmenschlichkeit hat sich zum Ziel gesetzt, den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern oder zumindest stark zu erschweren. Somit bekämpft sie auch alle unsere Schritte auf dem Wege zu einer glücklichen Zukunft des deutschen Volkes in Frieden und Wohlstand. Durch Sabotage, Schädlingstätigkeit und Diversion versucht sie, die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen und die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen.
* Diese teuflische Kampfgruppe zerstört das Lebensglück derjenigen Menschen, die sie durch Versprechungen, Drohungen oder Erpressungen zur Agententätigkeit verleitet, wie auch das Lebensglück der Angehörigen dieser Agenten.
* Diese unmenschliche Kampfgruppe bedroht Gut und Leben der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, ganz Berlins und der Deutschen Bundesrepublik. Um ihr gemeingefährliches Ziel zu erreichen, schrecken die KgU-Agenten vor nichts zurück. Der von der „Kampfgruppe“ praktizierte Terror richtet sich gegen alle friedliebenden Menschen in ganz Deutschland. Das chemisch-technische Labor, in dem Gifte, Brandsätze und Sprengstoffe fabriziert werden, befindet sich in einem Wohnhaus. Im Falle eines Unglücks wären viele Westberliner Bürger die Opfer dieser Giftmischer und Brandstifter. Die Sabotage- und Diversionsakte sollen nicht nur die Wirtschafts- und Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik schwächen, bereits bei ihrer Planung kalkulieren diese Verbrecher den Massenmord ein. Burianek wollte die Eisenbahnbrücke bei Erkner gerade in dem Augenblick sprengen, da der fahrplanmäßige D-Zug diese passierte, und Benkowitz besorgte sich extra einen Bremsschuh, um die Zahl der Toten bei der beabsichtigten Sprengung der Sechs-Bogen-Brücke bei Weimar möglichst hoch zu halten.

Der Ausspruch dieses KgU-Residenten Benkowitz, daß er auch einen Kinderferienzug in die Luft gejagt hätte, ist typisch für den Geist dieser barbarischen Kampfgruppe.

* Die sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit ist demnach nichts anderes als eine gemeingefährliche Bande von Spionen, Saboteuren, Schädlingen, Diversanten, Terroristen und Mördern. Das ist in diesem Buch genauso unwiderlegbar bewiesen worden wie die Tatsache, daß sie alle ihre Verbrechen im Auftrage des Geheimdienstes einer nichtdeutschen Macht verübt und dabei der Unterstützung und wohlwollenden Duldung einer volksfeindlichen und landesverräterischen Regierung im Westen Deutschlands sicher ist.

Daher erklärte auf der internationalen Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin der Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik völlig zu Recht:

„Diese der Unmenschlichkeit dienende Kampfgruppe ist eine jener zahlreichen Organisationen, die als Instrumente des kalten Krieges verbrecherische Handlungen begehen, die von der Spionage bis zum Mordanschlag reichen. Die Kampfgruppe ist eine Organisation, die den Haß zwischen den Menschen aus Ost und West sät, die Bevölkerung Westberlins und Westdeutschlands bespitzelt, Menschen der Deutschen Demokratischen Republik mit den hinterhältigsten Methoden zur Republikflucht zu verleiten versucht, die mit Erpressung und Lüge, mit Sprengstoffen und Giften sowie mit allen anderen erdenklichen Verbrechermitteln alle Anstrengungen macht, den kalten Krieg möglichst in einen heißen zu verwandeln."

Deshalb erhebt das deutsche Volk Anklage gegen die sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Es fordert, daß endlich jener Weg gegangen wird, den der Vorsitzende der damaligen Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Marschall Tschuikow, vorschlug. Nur so kann den verbrecherischen Umtrieben der KgU Einhalt geboten werden: Verbot der KgU und aller anderen ähnlichen Organisationen, Bestrafung aller Verantwortlichen, harte Strafen für alle derartigen Verbrechen!

Im Namen der Menschlichkeit, im Namen des Friedens und im Interesse aller friedliebenden Völker erhebt das deutsche Volk diese Anklage!

INHALT

Seite

Seite